

Teil E
Inhaltsverzeichnis (Seiten E I – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee
Seiten E 1 - 11

Steffen Reiche

Predigtkreis (1-5) & Taurus-Debatte (6-7) & Clan-Boss Issa Remmo hofft auf die deutsche Staatsangehörigkeit (7-9) & «Alexei Nawalny wäre der ideale Präsident eines vollkommen neuen Russlands gewesen» (9-11)

E. b) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 12– E 23**

01) Schmerzgrenze Geld. Die G7-Staaten scheuen sich vor der Beschlagnahme des eingefrorenen russischen Vermögens. Dabei würde so vor Angriffskriegen abgeschreckt werden.

Von Mattia Nelles & Olena Halushka

02) „Die westliche Hegemonie ist lange vorbei“. Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil über eine neue Nord-Süd-Politik, Kooperation im multipolaren Zeitalter und eine Reform der Vereinten Nationen.

Von Lars Klingbeil

03) Wer hat Angst vorm bösen Wolf? Im Rennen um das Weiße Haus liegt Donald Trump laut Umfragen derzeit vorne. Doch die große Panik bleibt bislang aus. Warum?

Von Marco Bitschnau

E. c) Wanderungen und Einwanderungen **Seite E 24**

Keine Berichte

E. d) Länder weltweit – im Überblick **Seite E 25**

Keine Berichte

E. e) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seiten E 26 – E 28

- 01)** Die Mär vom NATO-Defizit. In der EU heißt es, man müsse die Militärausgaben drastisch erhöhen. Dabei sind diese deutlich höher als der russische Verteidigungshaushalt.
Von Herbert Wulf

E. fa) Europa, Europa und die Welt

Seiten E 29 – E 31

- 01)** Königsweg gesucht. Radikal oder gemäßigt: Mit welcher Strategie sollte die politische Linke dem Rechtspopulismus entgegentreten?
Von Robert Misik

E. fb) Europäische Union (EU)

Seiten E 32 – E 46

- 01)** FUEN-Manifest zu den EU-Wahlen
- 02)** Keine Zeit für Alleingänge. Wer auch immer die US-Präsidentschaftswahl für sich entscheidet: Die EU muss dringend ihre gemeinsame Verteidigung stärken
Von Paul Mason
- 03)** „Vielleicht gäbe es dann heute keinen Krieg“. Der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen über die Osterweiterung, Fehler der EU und einen möglichen Ukraine-Beitritt.
Interview mit Günter Verheugen. Die Fragen stellten Joscha Wendland und Nikolaos Gavalakis
- 04)** Geiz ist nicht geil. Zwei Billionen Euro geben die EU-Staaten jährlich für öffentliche Aufträge aus. Doch vom Geldsegen profitieren oft die Falschen.
Von Dennis Radtke & Agnes Jongerius & Sara Matthieu & Nikolaj Villumsen

E. g) Mitteleuropa

Seite E 47

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 48 – E 70)

- 01) KW 17 (22. bis 28.04.2024) – Innenansichten. Von Ed Koch
- 02) Vielfalt vs. Einfachheit. Von Ed Koch
- 03) Schlimmer als die Pest. Von Ed Koch
- 04) Ein Abgrund von Landesverrat. Von Ed Koch
- 05) Wladimir Kant. Von Ed Koch
- 06) Umweltsau Sneakers. Von Ed Koch
- 07) Stockende Zeitenwende. In der Sicherheitspolitik klafft eine Lücke zwischen Anspruch und Realität. Deutschland sollte sich ein Beispiel an den europäischen Partnern nehmen.
Von Minna Ålander & Frank Sauer
- 08) Der Berliner Blob. Einseitigkeit und Gruppendenken kennzeichnen oft die außenpolitische Sicherheitsblase. In Deutschland ist dies besonders stark ausgeprägt.
Von Hans Kundnani
- 09) Kleine Parteien mischen mit
- 10) Heute Ruhetag. Von Ed Koch
- 11) KW 15 (08. bis 14.04.2024). Von Ed Koch
- 12) Heute mal fernsehen. Von Ed Koch
- 13) Aufarbeitung dringend erforderlich. Von Ed Koch

B e r l i n u n d L a n d B r a n d e n b u r g (Seiten E 71 – E 97)

- 01) Veranstaltungstipps für den Mai
- 02) Die Leser haben das Wort
- 03) Berliner sind nie zufrieden. Von Ed Koch
- 04) KW 16 (15. bis 21.04.2024) – Scheißegal. Von Ed Koch
- 05) Zeitreise
- 06) Kryptisch. Von Ed Koch
- 07) And the Winner is ... Von Ed Koch
- 08) Super effizient! Von Ed Koch
- 09) Kammeier kocht Suppe. Von Ed Koch
- 10) Warten auf'n Zug. Von Ed Koch
- 11) KW 14 (01. bis 07.04.2024) - Kein Firlefanz. Von Ed Koch
- 12) Mit Raed Saleh unterwegs in Spandau. Von Ed Koch
- 13) Vom Umgang mit Medien. Von Ed Koch

S c h w e i z (Seiten E 98 – E 100)

- 01)** Gefährlicher Übergriff. Der Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt die Schweiz aufgrund ihrer Klimapolitik. Doch für diese sollte jemand anderes zuständig sein: das Volk.
Von François Valentin

E. i) Ostmitteleuropa

Seite E 101

Keine Berichte

E. j) Osteuropa

Seiten E 102 – E 109

U k r a i n e (Seiten E 102 – E 109)

- 01)** Vorteil David? Im Krieg siegt nicht immer der Stärkere. Warum gerade ohne die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern Hoffnung für die Ukraine besteht.
Von Roland Lochte
- 02)** Stille Revolution. Um Ressourcen für den Krieg zu mobilisieren, greift die ukrainische Regierung in die Wirtschaft ein wie selten zuvor.
Von Luke Cooper

E. k) Mittelasien / Kaukasusgebiet / Türkei

Seiten E 110 – E 119

K a s a c h s t a n (Seiten E 110 bis E 113)

- 01)** Vermittler gesucht. Kasachstan unterhält gute Beziehungen sowohl zu Russland als auch zur Ukraine. Das Land wäre bestens geeignet, Verhandlungen zu führen.
Von Alexandra Sitenko

G e o r g i e n (Seiten E 114 bis E 116)

- 01)** Vorreiter auf Abwegen. Georgiens Führung riskiert den Bruch mit der Europäischen Union. Doch die Bevölkerung wehrt sich leidenschaftlich
Von Marcel Röthig

T ü r k e i (Seiten E 117 bis E 119)

- 01)** Erdoğan kassiert bei den Kommunalwahlen die heftigste Niederlage seiner politischen Karriere. Wie nah ist ein Machtwechsel in der Türkei?
Despotendämmerung
Von Hendrik Meyer

E. l) Südosteuropa

Seite E 120

Keine Berichte

E. m) Süd- und Westeuropa

Seite E 121

Keine Berichte

E. n) Nordwest- und Nordeuropa

Seiten E 122 - E 125

G r o ß b r i t a n n i e n (Seiten E 122 bis E 125)

- 01)** Das Spiel ist aus. In Großbritannien bedauern immer mehr den EU-Austritt. Doch auch unter einer Labour-Regierung wird es keine Neuauflage der Brexit-Verhandlungen geben.
Von Michèle Auga



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Pfarrer Steffen Reiche u.a., Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee

Seiten E 1 - 11

Steffen Reiche <steffen-reiche@gmx.de

Predigtkreis & Taurus-Debatte & Clan-Boss Issa Remmo hofft auf die deutsche Staatsangehörigkeit & «Alexei Nawalny wäre der ideale Präsident eines vollkommen neuen Russlands gewesen»

Am 07. April 2024

Liebe Predigtkreisgemeinde,

mit herzlichen Grüßen aus Teneriffa die heutige Predigt. Nach der Irrlehre von Kyrill ist klar, wie wir reagieren müß(t)en.

Im Anhang der Text und die Audio-Version.

Euer / Ihr Steffen Reiche

Liebe Schwestern und Brüder,

die Botschaft unseres Lebens ist: Mitten im Leben sind wir vom Tode umfungen. – *Mediam in vitae in morte sumus.*

Denn: ich feiere mein ganzes Leben lang einmal im Jahr mit meiner Familie und meinen Freunden meinen Geburtstag – den Geburtstag in die Zeit. Das heißt: Davor war ich nicht.

Und dann begehen Sie später ohne mich meinen 2. Geburtstag – den Geburtstag in die Ewigkeit. – Aber die Botschaft von Ostern ist: am Ende meiner Zeit mit Gott beginnt Gottes Zeit mit mir. Das ist der Grund von Quasimodogeniti. Der Grund, weshalb ich mitten im Leben aus Gott neu geboren werden kann: dass ich seit Ostern denken, ja fühlen und glauben kann: Gott kommt mir vom Ende meiner Zeit her entgegen. Er trägt mich über mein Ende hinaus. Und so bin ich selig, weil ich glauben kann, was ich noch nicht sehe.

So wie es Jesus dem ungläubigen Thomas, der dann später als Apostel doch die Kirche nach Indien bringen durfte, gesagt hat.

Oder wie es eine Nonne mal überraschend gesagt hat: „*Gott misst jedem seinen Anteil an der Ewigkeit zu.*“ Für sie galt also gar nicht vor allem, wieviel Zeit in der Welt ihr Gott zumisst, sondern wieviel Gott ihr zumisst in seiner Gegenwart.

Der antike Philosoph, der einmal sagte: „*Zeige mir einen Punkt, wo mein Fuß fest steht, und ich bewege die Erde*“, hat physikalisch doch völlig recht. Und seelisch gesehen ist dieser Punkt mein Glauben an die Auferweckung der Toten durch Gott - am Ende meines

Seite E 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

irdischen Lebens. Durch diese Hoffnung habe ich in Gott einen Punkt, wo mein Fuß feststeht. Und so kann ich mitten im Leben auferstehen zu neuem Leben.

Die Auferweckung Christi durch Gott ist, wie Paulus uns im Brief an die Korinther sagt, der eigentliche Kern unseres christlichen Glaubens. Deshalb hat die Russisch-Orthodoxe Kirche, die größte von den 17 Orthodoxen Kirchen des Ostens, wie ich finde zu Recht, etwas sehr Ungewöhnliches gemacht in dem sie Tolstoi exkommunizierte.

Die Russen haben eine große Literatur. Die russische Literatur trat mit Puschkin zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf die Weltbühne. Er gilt den Russen als ihr Nationaldichter und Begründer der modernen russischen Literatur. Rund 50 Jahre später erscheint dann das Doppelgestirn Tolstoi und Dostojewski am Literaturhimmel. Und die Orthodoxe Kirche exkommuniziert den einen und hält den anderen für heilig.

1899 erscheint Tolstois Roman „Auferstehung“ – Woskressenie, was zugleich das russische Wort für Sonntag ist. Er schreibt diesen Roman, gerade weil er nicht an die Auferstehung Christi glaubt. Aber den frommen Russen erklären will, wie und warum es doch eine Auferstehung der Menschen mitten im Leben gibt.

Fürst Dmitri Nechljudow sitzt als Geschworener zu Gericht über eine junge Frau, die er acht Jahre zuvor, als 16-Jährige verführt hat. Sie wird vor dem Geschworenengericht wegen eines Mordes angeklagt. Er sieht sich nun in Verantwortung dafür, dass sie auf die schiefe Bahn gekommen ist und sich prostituiert hat und folgt ihr deshalb in die Verbannung nach Sibirien. In die sie jedoch eigentlich nur wegen eines Protokollfehler muss und will dort durch die Heirat mit ihr, seine Schuld büßen. Durch die Nächstenliebe also ist Auferstehung mitten im Leben möglich. Leo Nikolajewitsch Tolstoi aber wird durch die Russisch-Orthodoxe Kirche exkommuniziert.

Ganz anders versteht Fjodr Michailowitsch Dostojewski die Auferstehung.

Fjodr Michailowitsch Dostojewski, der andere Stern des Doppelgestirns am russischen Literaturhimmel, hat unsere Wirklichkeit in großartigen Kriminalromanen beschrieben. „Schuld und Sühne“ galt Thomas Mann als der großartigste Kriminalroman überhaupt. Rodion Raskolnikow, glaubt wie Napoleon, der einst Russland überfallen hat, das Recht zu haben, sich über eine alte Pfandleiherin hinwegzusetzen, sie zu töten. Woraus dann sogar ein Doppelmord wird, denn deren Schwester ist gerade bei ihr. In seiner Dachkammer fällt Raskolnikow dann in ein Delirium, aus dem ihn seine Freundin Sonja, die die Weisheit, die Sophia, verkörpern soll, dann herausholt. Sie erzählt ihm in Anlehnung an das Johannesevangelium, das Evangelium der Weisheit, von der Auferweckung Jesu durch Gott. Und dass Gott Menschen ihre Schuld zu vergeben bereit ist und sie dann trotz größten Versagens im Leben auferweckt – zu neuem, bleibendem Leben in den Dimensionen Gottes. Und Rodion Raskolnikow glaubt Sonja. Er glaubt der Weisheit und kann mitten im Leben zu neuem Leben auferstehen, ein neues Leben beginnen und ist quasi modo geniti – wie ein aus Gott neugeborenes Kindlein.

Ich halte diese Entscheidung der Russisch-Orthodoxen Kirche für nachvollziehbar und auch mutig. Jemandem wie Leo Tolstoi, dem Literaturgiganten Russlands, die Tür zu weisen, erfordert Konsequenz und Mut. Aber die Aufgabe der Kirche ist es eben seit Anbeginn, die Auferweckung Jesu von den Toten zu bezeugen. Und dass durch seine Auferweckung unsere Auferweckung möglich wird und wir dadurch mitten im Leben zu neuer Hoffnung auferstehen können.

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Ganz anders jedoch heute. Hier kann ich in keiner Weise dem zustimmen, was das Moskauer Patriarchat der Russisch-Orthodoxen Kirche, einer vom Kreml kontrollierten Organisation, vor wenigen Tagen, am 27. und 28. März in Moskau, beim „Weltrat des Russischen Volkes“ veröffentlicht. Dieses ideologische und politische Dokument unter dem Namen „Die Gegenwart und Zukunft der russischen Welt“ hat das Ziel, eine umfassende und nationalistische Ideologie rund um den Krieg in der Ukraine und die expansive Zukunft Russlands darzulegen. Unter der Leitung von Patriarch Kirill, einem überzeugten Unterstützer von Putin, hat die russisch-orthodoxe Kirche die Rhetorik des Krieges in der Ukraine verschärft und bezeichnete den Krieg nun als einen existenziellen und zivilisatorischen „Heiligen Krieg“. Man kann dort lesen, dass der Ukraine-Krieg eine neue Etappe im Kampf des russischen Volkes für „nationale Befreiung“ sei. Mit dem Einmarsch in die Ukraine verteidigt Russland die Welt vor dem Ansturm des Globalismus und dem Sieg des Westens, „der dem Satanismus verfallen sei“.

Die Verwendung und Beschreibung des „Heiligen Krieges“ in der Ukraine steht im Einklang mit den Bemühungen des Kremls, den Krieg als einen existenziellen nationalen Kampf gegen die Ukraine und den kollektiven Westen darzustellen.

Hier ist deshalb nun nicht der Bundestag gefordert, Maßnahmen zu beschließen, die Ukraine zu unterstützen! Sondern die Kirche ist gefordert wie 1934, als die Kirchen in Deutschland sich als Bekennende Kirchen neu erfinden mussten gegen die von den Nazis in ihr System einbezogene Deutsche Evangelische Kirche unter Reichsbischof Müller.

Und im Grunde sind nicht allein wir gefordert, sondern die ganze Ökumene und auch die Katholische Weltkirche, gegen eine so häretisch, so ketzerisch gewordene Kirche klar den Glauben an Jesus Christus, den König der Welt, zu bezeugen. „*Jesus Christus herrscht als König*“ singen wir mit einem Lied unseres Gesangbuches. Und wenn dann eine Kirche, wie die große, weltweit bedeutende Orthodoxe Kirche von Russland sich in der Weise sichtbar von Christus abwendet, dann sind wir daher gefordert, nun sie zu exkommunizieren, so lange sie in der Weise der Sünde verfallen sind. Und Putin folgen und nicht mehr Christus!

Die Orthodoxe Kirche ist phänomenal anders als die Katholische Kirche und all die anderen Kirchen, die sich aus der Katholischen Kirche in den letzten 500 Jahren entwickelt haben. Ich will versuchen, das kurz zu erklären.

300 Jahre lang nach der Auferweckung Christi sind die Christen immer wieder verfolgt worden. Es gab fürchterliche Verfolgungen, wie unter Nero. Und bis zu Kaiser Konstantin im Jahr 324 nach Christi Geburt war der christliche Glauben, eine verbotene und nicht anerkannte Religion – eine religio illicita.

Der in Ostrom, in Byzanz residierende Kaiser Konstantin hatte zu vor die Schlacht an der Milvischen Brücke im Zeichen des Kreuzes (in signo crucis) gewonnen. Seine Mutter hat ihn wohl auch entsprechend zuvor beeinflusst. Und daher hat er nun 324 n. Chr. die Verfolgung der Christen offiziell beendet.

Der Nachfolger Petri, der Papst saß in Rom. Das ist Luftlinie 1376 km vom Sitz des Kaisers Konstantin in Konstantinopel entfernt. Zu fahren sind es sogar 2 242 km.

Wenn Ihr auf Istanbul genau hört, merkt ihr, dass der heutige Name der Stadt von Konstantinopel herrührt.

Im Westen sagte man oft: Rom ist weit und hat sich daraus Freiheiten abgeleitet.

Seite E 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Aber in Rom konnte man sagen: Byzanz und damit der Kaiser ist weit. Und nahm sich daher dann in wundervoller Weise die Freiheit der Kirche, die sie heute hier noch immer hat. Und die weltweite Bedeutung, die sie daher gewinnen konnte.

Ein Investiturstreit wie hier im Westen war im Osten schlicht nicht denkbar. Denn Kirche war dort eine vom Kaiser hochgeschätzte Einrichtung, aber hatte nie die Selbständigkeit und Autonomie, wie sie die katholische Kirche in Rom immer hatte. Denn die konnte sich mit dem Kaiser im Westen streiten, wer der Erste war, der Mächtigste, wer also wen investierte, wer wen in die Amts-Kleider hüllte.

Der Patriarch in Konstantinopel aber hatte quasi zwei Herren, denen er folgen musste – er erkannte den Kaiser an, denn der war ja auch Oberster Herrscher für ihn und erkannte den Papst in Rom, den Nachfolger Petri, an. Das war so bis 1054. Da hatte man im Westen längst unter Kaiser Karl dem Großen das Wort *filioque* ins Nicäno-Konstantinopolitanische Glaubensbekenntnis aufgenommen. Also in das Glaubensbekenntnis, was im Osten, im Bereich des Patriarchen des 2. Rom, dem Rom des Ostens, unter Führung von Kaiser Konstantin 500 Jahre zuvor entwickelt worden war – *filioque* heißt „und vom Sohn“.

Auch vom Sohn, meinte man dort, geht der Heilige Geist aus.

Denn hatte nicht Jesus zu den Jüngern im heutigen Evangelium gesagt: „*Friede sei mit euch! Wie mich der Vater gesandt hat, so sende ich euch. Und als er das gesagt hatte, blies er sie an und spricht zu ihnen: Nehmt hin den Heiligen Geist!*“

Wenn aber der Heilige Geist, der Geist von Pfingsten, auch vom Sohn ausgeht, dann geht er auch von der Kirche aus. Denn die Kirche ist ja der Leib Christi in der Welt.

Der Osten hat das nicht anerkannt. Und deshalb hat sich die Kirche im Osten in 2000 Jahren auch kaum entwickelt oder geändert. Im Grunde ist es die Kirche des 1. Jahrtausends geblieben. Die Kleidung, also die Ornate der Priester, sind die des 4 und 5. Jahrhunderts. Auch die Liturgie hat sich kaum geändert. Ganz anders im Westen. „*Ecclesia semper reformanda*“ – Die Kirche ist eine immer zu reformierende, das gilt eben im Grunde nicht nur für die reformatorischen Kirchen. Alle Kirchen im Westen ändern sich – sind Kirche für die Welt und in der Welt.

Und die Kirche des 3. Rom und das ist Moskau, versteht sich auch als Weltkirche und will der Welt Vorgaben machen. Aber Kyrill gibt sich nicht mal die Mühe, das was er sagt, irgendwie von der Heiligen Schrift, der Bibel oder den Schriften der Heiligen, abzuleiten.

Patriarch Kyrill leitet sein Denken von einem Atheisten ab, der nun nur, anders als alle seine Vorgänger von 1917 an, in die Kirche geht, weil das seiner Herrschaft und seiner Diktatur nutzt. Und außerdem ist es ja seine Kirche! Er ist der Zar und kann daher auch in der Kirche bestimmen. Und deshalb müssen wir, als Kirchen in Deutschland, als Kirchen in Europa, als Ökumene und als Kirchen im Abendland, im Westen, diesem Antichristen, diesem Ketzler Patriarch Kyrill widersprechen. Wir müssen zumindest ihn exkommunizieren und müssen aus der Schrift zeigen, warum er irrt und warum das, was er sagt, gefährliche Irrlehre ist.

Wir sollten und müssen das in der Tradition der Theologischen Erklärung von Barmen tun. Denn auch die Protestanten um Karl Barth, damals in dem Wuppertaler Vorstädtchen

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Barmen, haben mit ihrem von der Schrift her abgeleitetem Bekenntnis gegen den Diktator Hitler Ihren Glauben an den Herrn Jesus Christus bekannt.

Die orthodoxe Kirche in Russland musste das damals nicht machen, denn der aus einem Priesterseminar stammende Stalin verachtete die Kirche Russlands und unterdrückte sie wo er konnte. Aber Kyrill, der mit seinem Dekret in 100 Jahren die Bevölkerung Russlands von derzeit 144 Millionen auf dann 600 Millionen bringen will, stärkt mit seiner, ihm von Putin gegebenen Macht und Bedeutung, nun wiederum dessen Macht.

Und wenn sie russische Erde einsammeln wollen, dann gilt ihnen als russische Erde all die Erde, auf der Russisch gesprochen wird. Russisch wird auch hier auf Teneriffa gesprochen. Aber sie haben Atomwaffen, ihren Wahn in die Wirklichkeit umzusetzen.

Vielleicht denkt jetzt jemand, der macht wieder so viel Politik. Ich widerspreche.

Zum einen widerspreche ich dem, der so denkt. Und zum anderen widerspreche ich eben dem orthodoxen Patriarchen Kyrill. Ich widerspreche als Christ. Denn durch das, was er sagt, wird die Königsherrschaft Jesus Christi verhöhnt.

Unser Gemeindeglied Hanne Greif hat mich neulich sehr eindringlich und verwundert gefragt, warum es eigentlich kein 3. Testament gäbe? Anfangs hielt ich die Frage für vermessen, war dann als Protestant sogar kurz verwundert, fast verärgert.

Aber um so länger ich über ihre Frage nachdachte, um so klarer wurde mir: Diese berechnete Frage verlangt eine Antwort.

Alle Zeiten sind Gott unmittelbar. Jede Epoche ist Gott unmittelbar, sagt der große Historiker Leopold von Ranke. *„In aller Geschichte wohnt, lebet, ist Gott zu erkennen. Jede Tat zeuget von ihm, jeder Augenblick prediget seinen Namen, am meisten aber der Zusammenhang der großen Geschichte. Er steht da wie eine heilige Hieroglyphe.“*

Also ist die gesamte Kirchengeschichte im Grunde das 3. Testament. Mit der Apostelgeschichte fängt diese Geschichte im Grunde im 2. Testament, im Neuen Testament an.

Quasimodogeniti – nach seiner Auferweckung lebt Jesus heute mitten unter uns, neugeboren wurde Jesus nach seiner Auferweckung an die Seite Gottes auch als Kirche. Als Kirche, in der Form der Kirche lebt Jesus mitten unter uns. Obwohl die Kirche, die Kirchen, uns das oft unerträglich schwer macht, das zu sehen, zu spüren und zu glauben. Amen.

Taurus-Debatte. Die unerträgliche Arroganz des Olaf Scholz 01.03.2024 Thomas Schmoll

Monate braucht der Kanzler, sein Nein zur Taurus-Lieferung zu erklären. Seine Aussagen sind nachvollziehbar. Aber Scholz agiert abgehoben. Er glaubt, allein den Überblick zu haben. Dabei hat er nicht verstanden: Wenn Putin einen großen Krieg will, wird er ihn anzetteln.

Eile bei Entscheidungen über Waffenlieferungen an die Ukraine ist noch nie die Spezialität der Bundesregierung gewesen. Da bittet man als Verteidigungsminister schon mal um Geduld, etwa wenn es um den Taurus geht. "Wenn das jetzt noch eine Woche oder zwei dauert, bis eine Entscheidung fällt, dann ist das so", [sagte](#) Boris Pistorius bei der ersten "Westfälischen Friedenskonferenz" in Münster, deren Name an das Ende des Dreißigjährigen Krieges 1648 erinnern soll. Als Zögern des für seine Unentschlossenheit bekannten Bundeskanzlers Olaf Scholz wollte der Minister seine Auskunft nicht verstanden wissen. Denn: "Wir reden hier nicht über die Programmierung einer Kaffeemaschine."

Das war am 15. September 2023. Seither hat es Scholz erfolgreich vermieden, den Taurus rauszurücken - und es nebenbei geschafft, seinen Mangel an Entschlossenheit, einem täglich terrorisierten Land zu helfen, als Besonnenheit zu kaschieren. Seit nunmehr zwei Jahren klafft eine Lücke zwischen den - richtigen - Warnungen vor Putin samt den weltweiten Folgen eines russischen Sieges über die Ukraine einerseits und den deutschen Waffenlieferungen andererseits. Darüber täuscht auch nicht hinweg, dass die Bundesrepublik der wichtigste europäische Unterstützer mit Militärtechnik für das angegriffene Land ist.

Nach der Münchner Sicherheitskonferenz sickerte die Prognose des ukrainischen Botschafters in Deutschland, Oleksii Makeiev, durch. Der gab vor wenigen Teilnehmern zu verstehen, dass er auf die Hilfe- und Einigkeitsschwüre des Westens nichts mehr gibt, sein Heimatland alleingelassen wird, wie es sich seit vielen Wochen abzeichnet oder schon der Fall ist. Scholz lieferte einen Beweis. Das ist umso erstaunlicher, da er auf dem Münchner Treffen berechtigterweise fragte: "Tun wir genug, wo wir alle doch genau wissen, was ein russischer Sieg in der Ukraine bedeuten würde? Nämlich das Ende der Ukraine als freier, unabhängiger und demokratischer Staat, die Zerstörung unserer europäischen Friedensordnung, die schwerste Erschütterung der UN-Charta seit 1945 und nicht zuletzt die Ermutigung an alle Autokraten weltweit, bei der Lösung von Konflikten auf Gewalt zu setzen."

Superförderer und Friedenskanzler

Scholz, der monatelang von den Amerikanern und anderen NATO-Staaten getrieben worden war, mehr für die Ukraine zu tun, versucht, den Spieß umzudrehen und preist sich als Superförderer der Ukraine und forderte die Bündnispartner auf, es ihm gleichzutun. Zugleich lehnt er die Lieferung des Taurus kategorisch ab - und das mit einer Argumentation, [die Experten als falsch zurückweisen](#) und die [in Großbritannien als Affront empfunden](#) wird. Bei einem peinlichen Auftritt in Dresden inszenierte er sich als Friedenskanzler und skandierte "Diplomaten statt Granaten".

An der Taurus-Bundestagsdebatte hatte Scholz nicht mal teilgenommen. Es blieb dem armen Pistorius überlassen, der dann sich [wie ein Aal winden](#) musste, um keine Stellung zu beziehen, ob mit den "weitreichenden Waffensystemen" im Antrag der Ampelfraktionen der Taurus gemeint ist oder nicht. Als Scholz sich wenige Tage später dazu durchrang, seine Haltung doch öffentlich zu erläutern, war es nicht im Bundestag, sondern auf einer [Chefredakteurskonferenz der Deutschen Presse-Agentur](#). Schon das mutet angesichts des wichtigen Themas befremdlich an und zeigt einmal mehr, dass Scholz und seine PR-Berater Schwächen in der politischen Kommunikation haben.

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Noch trauriger als die Reaktionen von Experten und Briten darauf waren die Aussagen des Kanzlers, die einen nur staunend zurückließen. "Ich habe erklärt, warum das nicht infrage kommt - und dabei bleibt es." Nein, er hatte es eben nicht erklärt. Man muss annehmen, dass Scholz - wie bei seinen Cum-Ex-Angaben - den Rest der Bevölkerung für unwissend oder blöd hält. Wo und wem hatte er seine Position erklärt? Handelt es sich um die nächste Erinnerungslücke? Noch kurz vor der Münchner Sicherheitskonferenz hatte er die Gelegenheit ausgelassen, in einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" auszuführen, "warum das nicht infrage kommt". Er beschränkte sich auf den Satz: "Deutschland liefert die Waffen, auf die es jetzt ankommt."

Scholz hält sich offenbar für den Einzigen, der nachdenkt

Der Kanzler lebt in einer Blase, in der nur seine engsten Berater zählen - sonst niemand. Selbst SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hatte von einer öffentlichen Erklärung des Kanzlers, "warum das nicht infrage kommt", nichts mitbekommen. Er kündigte im jüngsten "Bericht aus Berlin" des ZDF in der für ihn typischen Kauderwelsch-Manier an: "Wenn der Bundeskanzler sehr bald darstellen wird, was ihn bisher und vielleicht auch zukünftig von der Lieferung von Taurus abgehalten hat, dann wird vielleicht der ein oder andere erkennen, dass die Wortmeldungen, die in den vergangenen Monaten und Jahren gewesen sind, offensichtlich auch keine Grundlage haben, zumindest kein politisches Verständnis." Warum Scholz Monate brauchte, sein Nein zur Taurus-Lieferung vor Publikum konkret zu begründen, bleibt sein Geheimnis. Immerhin. Das Rätselraten hat ein Ende. Nun weiß die Bevölkerung also, was der Kanzler denkt: "Wir dürfen an keiner Stelle und an keinem Ort mit den Zielen, die dieses System erreicht, verknüpft sein." Es folgte ein Satz, der für Scholzens Überheblichkeit spricht, als mache nur er, der große Denker, sich einen Kopf und überschaue die Lage: "Ich wundere mich, dass es einige gar nicht bewegt, dass sie nicht einmal darüber nachdenken, ob es gewissermaßen zu einer Kriegsbeteiligung kommen kann durch das, was wir tun."

Seine Überlegung ist nachvollziehbar. [Teilen muss man sie nicht.](#) Tragisch für die Ukraine ist es in jedem Fall. Putin, vor dem Scholz warnt und warnt, darf sich bestätigt sehen: Der Westen ist uneins und schwächt die Ukraine, je länger der Krieg dauert. Während Frankreichs Präsident Emmanuel Macron über Bodentruppen nachdenkt, schlottern dem Kanzler die Knie, obwohl Putin keine einzige Drohung wahr gemacht hat, die er oder einer seiner Spießgesellen fallen ließ, sollte Deutschland diese oder jene Waffe der Ukraine überlassen. Was Scholz, der ach so kluge Kanzler, noch immer nicht verstanden hat: Wenn Putin einen großen Krieg will, wird er ihn anzetteln.

Von Berlin aufs Dorf: Clan-Boss Issa Remmo hofft auf die deutsche Staatsangehörigkeit

Der Chef eines kriminellen Clans aus der deutschen Hauptstadt will sich einbürgern lassen. Die Empörung ist groß, weil die Familie Remmo mit zahlreichen Straftaten in Erscheinung trat. Susann Kreuzmann, Berlin 27.03.2024

Das Oberhaupt eines der bekanntesten Clans in Deutschland zieht es offenbar von Berlin an die Mecklenburgische Seenplatte. Wie zuerst das Online-Medium «Wir sind Müritzer» berichtete, hat der 56-jährige Issa Remmo in dem kleinen Dorf Grabowhöfe, in der Nähe der Stadt Waren an der Müritz, eine neue Meldeadresse. Hintergrund des Umzugs von Berlin in das etwa zwei Autostunden entfernte mecklenburgische Dorf ist möglicherweise, dass der Clan-Chef dort den deutschen Pass beantragt hat. Nach NDR-Informationen läuft das Einbürgerungsverfahren bereits. Der Landkreis teilte auf NZZ-Anfrage mit, dass er zu personenbezogenen Anfragen und laufenden Verfahren prinzipiell keine Auskünfte erteile. Das Innenministerium in Mecklenburg-Vorpommern ließ eine Anfrage unbeantwortet.

Seite E 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Issa Remmo kam in den 1980er Jahren aus Libanon nach Deutschland, offiziell ist er staatenlos. Eine Einbürgerung hätte für ihn Vorteile, unter anderem könnte er nicht mehr ausgewiesen werden. Remmo erfüllt auch die formalen Voraussetzungen für die deutsche Staatsangehörigkeit: Er ist trotz diversen Ermittlungen gegen ihn nicht vorbestraft, lebt seit Jahrzehnten in Deutschland und verdient seinen Lebensunterhalt offiziell als Unternehmer.

Remmo-Clan verantwortlich für schwerste Straftaten

Entsprechend alarmiert reagieren deutsche Politiker. «Kein deutscher Pass für kriminelle Clan-Bosse. Wer Deutscher werden will, darf den deutschen Rechtsstaat nicht mit Füßen treten», sagte der CSU-Generalsekretär Martin Huber der «Bild»-Zeitung. «Issa Remmo und sein Familien-Clan verachten unsere Rechtsordnung und die Werte unseres Landes zutiefst. Der Antrag auf Einbürgerung muss jedem rechtstreuen Bürger wie eine Verhöhnung unseres Staates vorkommen», meinte der CDU-Innenexperte Christoph de Vries. Nach seiner Einschätzung bestehe «null Chance» auf Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft.

Ein Teil der Remmo-Großfamilie wird mit schwersten Straftaten in Verbindung gebracht. Die Berliner Polizei hat den Clan seit Jahren im Visier. Im Jahr 2018 beschlagnahmte die Berliner Justiz 77 Clan-Immobilien, die mit Geld aus Straftaten finanziert sein sollen. Die Familie klagte dagegen, zahlreiche Verfahren sind noch anhängig.

In der vergangenen Woche wurde nach jahrelangem Rechtsstreit eine Villa der Remmos im Berliner Bezirk Neukölln geräumt. Rund 130 Polizisten waren an dem Einsatz beteiligt. Issa Remmo soll in dem Haus gewohnt haben.

Damit ist die Sorge in Mecklenburg groß, dass sich die Remmos eine neue Familienbleibe in Grabowhöfe zugelegt haben könnten. Die Dorfbewohner blicken mit Unbehagen auf ihren neuen Nachbarn. Das Haus liegt etwas abseits vom Dorfkern und soll einen eher renovierungsbedürftigen Eindruck machen. Der Briefkasten ist mit «I. Remmo» beschriftet, wie das Online-Medium «Wir sind Müritzer» berichtet. Das Haus soll von einem Unternehmer angemietet worden sein. Allerdings wurde der Clan-Boss laut Bewohnern in dem Dorf bisher noch nicht gesichtet.

Das Online-Medium berichtet auch, dass Remmo schon vor einiger Zeit seine Meldeadresse in Grabowhöfe hatte. Nachdem die Behörden aber herausgefunden hätten, dass es in dem angemieteten Haus weder Strom noch Wasser gebe, sei ihm diese wieder entzogen worden. Remmo habe dem widersprochen und sei vor rund zwei Wochen im Amt erschienen, um sich wieder anzumelden. Für ein Einbürgerungsverfahren braucht er eine offizielle Adresse. Diese hat er jetzt von den Behörden bekommen.

Politik will härter gegen Clans vorgehen

Der Remmo-Clan, der mehr als 500 Familienmitglieder zählen soll, gehört der Volksgruppe der Mhallami an und stammt ursprünglich aus Anatolien. Familienmitgliedern werden schwere Straftaten wie Schutzgelderpressung, Raub, Drogenhandel, Geldwäsche, Hehlerei, illegaler Waffenbesitz und Waffenhandel sowie Mord zugeordnet. Auf das Konto des Clans gehen auch der Diebstahl der 100-Kilo-Goldmünze aus dem Berliner Bode-Museum und [der Juwelendiebstahl aus dem Grünen Gewölbe in Dresden](#).

Immer wieder wird ein härteres Vorgehen gegen Clan-Kriminalität gefordert. Die deutsche Innenministerin [Nancy Faeser hatte einen Vorstoss gestartet](#). Die Sozialdemokratin will nicht nur verurteilte Straftäter ausweisen lassen, sondern auch nicht rechtskräftig verurteilte Mitglieder einer kriminellen Vereinigung. Allerdings muss jedes Mitglied einen Bezug zu kriminellen Aktivitäten haben.

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Auch in Berlin wurden schon mehrfach Offensiven gegen die Clans ausgerufen, bislang mit mäßigem Erfolg. So mussten zuvor konfiszierte Immobilien wieder zurückgegeben werden, weil den Beschuldigten Geldwäsche nicht nachgewiesen werden konnte.

Die Berliner Innensenatorin Iris Spranger plädierte deshalb für eine volle Beweislastumkehr, wie sie in Italien bei der Mafia-Bekämpfung angewandt wird: «Mit ihr müsste zum Beispiel ein Tatverdächtiger, der über keine Einkünfte, keine bekannten Vermögenswerte verfügt, aber Immobilien in Millionenhöhe bar erworben hat, nachweisen, woher die hierfür genutzten Gelder stammen», sagte die Sozialdemokratin. Laut dem letzten Lagebericht der Polizei aus dem Jahr 2022 wurden den Clans in Berlin rund 300 Straftaten zugerechnet.

«Alexei Nawalny wäre der ideale Präsident eines vollkommen neuen Russland gewesen»

Der im Berliner Exil lebende russische Schriftsteller Viktor Jerofejew möchte kein Pessimist sein. Dennoch hält er es für ausgeschlossen, dass die Opposition in Russland an die Macht kommt. Im Interview äußert er sich zudem über die geringen Aussichten für eine demokratische Erneuerung.

Paul Jandl 20.02.2024

Herr Jerofejew, haben Sie nach dem Tod Alexei Nawalys neue Nachrichten aus Ihrer russischen Heimat? Nawalys toter Körper wird vor der Öffentlichkeit und den Angehörigen versteckt, und es gibt keine wirklich präzise Information aus Russland. Manche Anhänger Putins sagen, es sei ein «plötzlicher Tod» gewesen. Wir wissen, dass es so etwas nur bei Säuglingen gibt. Andere sagen, dass Nawalny an einer Thrombose gestorben sei. Das könnte man aber nur nach einer Obduktion sagen. Es ist also reine Mystifikation. Die Bedingungen im sibirischen Lager, wo Nawalny gefangen gehalten wurde, sind so katastrophal, dass es fast ein Wunder wäre, dort nicht zu sterben. Man könnte sagen: Es war ein langsamer, von langer Hand inszenierter Mord.

Will Putin mit der Ermordung Nawalys Russland und der Welt ein Zeichen geben? Nein, das ist kein Zeichen. Es ist nur ein Zeichen dafür, dass die Dinge wie üblich funktionieren. Die wahren Hintergründe werden, wie bei Jewgeni Prigoschin, verborgen bleiben, und die Welt zerbricht sich vollkommen sinnlos den Kopf darüber. Wir werden nie wissen, wie es wirklich war. Jetzt wissen wir nicht einmal, ob die Behörden Nawalys sterbliche Überreste an die Familie übergeben werden.

Kann es einen Punkt geben, an dem sogar die russische Bevölkerung sagt, dass Putin zu weit gegangen ist? Im Augenblick nicht. Auch die Trauer um Nawalny wird schnell wieder verfliegen. Bei meinem guten Freund, dem vor neun Jahren hinterrücks erschossenen Boris Nemzow, war das genauso. Putins Taten werden für ihn nicht zur politischen Gefahr werden. Die eigentliche Katastrophe und weltpolitische Tragödie ist: Nach dem Ende Putins wird Alexei Nawalny schmerzlich fehlen. Er wäre der ideale Präsident eines vollkommen neuen Russland gewesen. Nawalny war noch ein junger Mann, 47 Jahre alt. Er hätte Putin überleben können.

Wie war das Verhältnis zwischen Putin und Nawalny? Putin hat Nawalny gehasst, wie nur ein Heide hassen kann, auf sehr vorchristliche Art. Als eine Art Abwehrzauber hat er seinen Namen nie ausgesprochen. Er hat sich vor diesem Gegner ganz enorm gefürchtet und auch aus der Distanz seine Rache gefürchtet. Nawalny und Putin haben sich gegenseitig gehasst, aber die Qualität dieses Hasses war sehr verschieden. Putin hat Nawalny gehasst, weil er symbolisch für das Gegenteil seiner ureigenen Wünsche stand. Nawalny hat Putin aus politischen Gründen gehasst. Er hasste seine Rolle als Diktator. Das sind sehr konkrete Gründe. Der Diktator Putin, der sein Alter gerne verstecken möchte, hat in Nawalny auch die Konkurrenz durch die junge Generation gehasst.

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Die Liste der politischen Gegner, die Putin hat ermorden lassen, wird immer länger. Dann gibt es auch die vielen inhaftierten politischen Gegner. Kann man bei diesen Methoden als oppositioneller Russe noch Hoffnung haben?

Ich weiß nicht, ob ich optimistisch bin, aber ich habe vor einigen Jahren aufgehört, von Putins Grausamkeiten überrascht zu sein. Es ist stalinistischer Terror in Reinkultur. [Descartes](#) hat einmal gesagt: Wenn du überrascht bist, dann machst dich das schwach. Ich möchte nicht überrascht sein. Wir alle müssen stark bleiben.

Kann eine russische Opposition jemals an die Macht kommen? Dazu fehlt uns eine entsprechende politische Kultur. Alles baut auf Gefühlen auf, und da wäre höchstens eine Art Wiedergänger von Chruschtschow gut. Es wäre auch keine Tragödie, wenn das Land in lauter Einzelstaaten zerfiele, obwohl ich nicht glaube, dass es so kommt.

Sie haben 2015 in einem Interview mit dieser Zeitung gesagt, dass auch Russland demokratisch werden wird, es sei nur eine Frage der Zeit. Das war offensichtlich sehr optimistisch. Es ist immer leicht, Pessimist zu sein. Der Pessimist ist eine zutiefst russische Figur. Ihr fehlt jede Energie. Schriftsteller wie ich sollten sich im Denken von den sozialen Tragödien der Zeit emanzipieren. Als depressiver Autor kann man überhaupt nicht schreiben. Mein Roman «Der Grosse Gopnik» schaut von oben auf die Welt. Der Roman beschreibt den Aufstieg eines Ganoven. «Gopnik» ist ein Wort für Rowdy, und dieser Gopnik ist Putin. Es ist ein surrealer Roman. Als Schriftsteller muss man sich auch ganz hineinstürzen in die Dinge. Man muss in sie eindringen. Ein realistischer Roman würde einen Ausgang suchen. Das wäre langweilig und würde zur Wahrheitsfindung nichts beitragen. Ich habe die Realität neu erfunden und Russland als böses Märchen beschrieben. Der Gopnik ist ein kleiner Hooligan, der es bis zum Zaren gebracht hat.

«Schriftsteller wie ich sollten sich im Denken von den sozialen Tragödien der Zeit emanzipieren. Als depressiver Autor kann man überhaupt nicht schreiben», sagt der russische Autor Viktor Jerofejew.

Tobias Kruse / Ostkreuz

Und ausserhalb des Romans, was ist die Wahrheit über Putin? Die Macht Putins ist sehr schwach. Putin liebt es, zu hassen. Niemand verehrt Putin wirklich. Beim Interview, das [der amerikanische Journalist Tucker Carlson](#) kürzlich mit ihm geführt hat, hat sich gezeigt, dass Putins historische Erzählung vollkommener Unsinn ist. Er ist sehr schwach. Stalin war trotz allem ein vom Volk verehrter Diktator, Putin fehlt diese Grundlage.

Verliert er an politischem Rückhalt? Ich würde sagen, dass selbst im Kreml fünfzig Prozent der Leute für seine Ablösung sind. Dazu kommt: In Russland ist jeder bereit für Putins Tod. Niemand wird, wie bei Stalins Tod, um ihn weinen. Und es gibt auch in den russischen Machtzentren einige, die meinen, dass das Land in den Kreis der zivilisierten Staaten zurückkehren sollte. Nach Putin wird es keinen neuen Diktator geben, es stehen jede Menge kleine Chruschtschows bereit. Nicht nur in Moskau.

Haben Sie Putin öfter getroffen? Ja, aber ich habe beschlossen, nur noch über ein Zusammentreffen zu reden. Im Élysée-Palast bei Präsident Jacques Chirac. Er stand vor lauter Kulturmenschen und wusste nicht, wohin mit sich, mit seinen Händen. Er wollte auf trotzig Art von mir wissen, warum ich nicht russisch, sondern französisch spreche.

«Der Grosse Gopnik» entwickelt eine umfassende Metapher für Russland und beschreibt den Kampf zwischen Kultur und Macht. Die eine Hauptfigur ist unverkennbar Viktor Jerofejew, die andere ist Gopnik, eine Art Hooligan. Er hat die Züge Putins.

Das Entscheidende bei diesem Zusammenprall von Kultur und Macht ist: Beide sind sehr einsam.

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Erzeugt das eine die Einsamkeit des anderen? Bis zu einem Punkt, ja. Das ist die Bestimmung Russlands. Es hat diese Tänze immer gegeben. Solschenizyn hat den Tango der Gegensätze mit Stalin getanzt, Pasternak mit Chruschtschow.

Kann am Ende einer als Sieger die Tanzfläche verlassen? Eigentlich nicht. Wir haben nicht einmal eine Vorstellung davon, was eine Demokratie in unserem Land sein könnte. Was es vielleicht geben könnte: ein bisschen mehr Freiheit. Demokratie ist eine sehr spezielle westliche Struktur, die auch nicht in einem Tag errichtet wurde. Wir hatten in Russland nie eine Demokratie. Und es gab nur zwei Mal in der Geschichte die Chance auf eine Demokratie. Zwischen Februar und Oktober 1917 und vielleicht in den Gorbatschow-Jahren 1988 und 1989.

Ihr persönliches Leben war schon früh auf sehr intime Art mit der Politik verbunden. Ihr Vater war einer der Dolmetscher Stalins und Assistent von Außenminister Molotow. Haben Sie als Kind Stalin persönlich kennengelernt? Ich glaube schon, kann mich aber nicht konkret erinnern. Meine erste tatsächliche Erinnerung: Stalin und Lenin waren die ersten Toten, die ich gesehen habe. Im Mausoleum in Moskau. Gleich als Stalin und Lenin öffentlich aufgebahrt wurden, bin ich mit meinem Vater dort hingegangen. Beide lagen in einem Bett. Seltsam intim. Ein großer Schock. Alles war in Rot, aber die Leichen waren ganz gelb.

Als Dreizehnjähriger haben Sie sich mit Stalins vormals engem Vertrautem Wjatscheslaw Molotow angefreundet. Wie kam das? Der Garten unseres Hauses war neben dem von Molotow. Gemeinsam haben er und ich um neun Uhr abends die Nachrichten bei Voice of America gehört. Molotow war in den fünfziger Jahren in Ungnade gefallen und sehr einsam. Niemand wollte mit dem unverbesserlichen Stalinisten zu tun haben. Es gehört zu meinen ersten dissidenten Taten, ausgerechnet mit diesem Mann den Feindsender gehört zu haben. Er war kein Dämon, er war nur ein alter Mann. Er war ein Nichts, hatte aber noch die Luxus-Dienstlimousine aus den früheren Molotow-Werken. Molotows sehr hübsche Frau hat sich immer darüber beklagt, dass das Viertel, in dem wir wohnten, so heruntergekommen war. Sie hat immer gesagt: Unter Stalin hätte es das nicht gegeben!

Ist nicht in einem Ihrer Bücher sogar vom «magischen Totalitarismus» die Rede? Ja, es war alles sehr surreal. Mein Vater, damals russischer Kulturattaché in Paris, war mit Picasso befreundet. Er hat Picasso säckeweise Geld nach Südfrankreich gebracht. Offiziell, weil er Kunst kaufen wollte. Inoffiziell wurde das Geld vom Kommunisten Picasso für revolutionäre Zwecke in aller Welt weitergegeben. Man muss für diese Phase des Kommunismus etwas Paradoxes sagen: Es gab eine Idee von kollektiver Zukunft. Heute gibt es nicht einmal mehr im Westen eine Idee von kollektiver Zukunft.

Sie haben gleich nach Beginn des Ukraine-Krieges Russland verlassen, im März 2022. Über Finnland, das Baltikum und Polen sind Sie im Auto nach Deutschland gekommen. Werden Sie Moskau jemals wiedersehen? Ich würde sagen, nein. Es ist zu gefährlich. Meine achtzehnjährige Tochter ist noch dort, meine Putzfrau und unser Papagei Shiva. Es geht ihm gut, wir sehen uns über Zoom. Er ist kein Freund Putins. Den Namen Putin spricht er nicht aus. Vor einiger Zeit war er für die liberale Kandidatin Irina Chakamada, zumindest hat er das so gesagt. Er ist sehr klug. Auf Französisch sagt er oft: «*Je suis une boule de neige*. Ich bin ein Schneeball.» In Zeiten wie diesen wäre es wohl am besten, ein Papagei zu sein.

In seinem neuen Roman «Der Grosse Gopnik» (Verlag Matthes & Seitz, Berlin) hat der russische Schriftsteller Viktor Jerofejew ein surreal-düsteres Bild seiner Heimat gezeichnet. Es geht darin um einen Emporkömmling, der es bis zum Diktator bringt. Im Porträtierten ist deutlich Wladimir Putin erkennbar. Der Roman erzählt aber auch die Geschichte Viktor Jerofejews. Geboren 1947 in Moskau als Sohn eines Mitarbeiters Stalins, bringt sich der Schriftsteller 1979 durch seine Mitarbeit am dissidenten Literaturalmanach «Metropol» erstmals in Gefahr. Es folgen Jahre des Publikationsverbots. Durch Bücher wie «Der gute Stalin», «Russische Apokalypse» und «Die Akimuden» international bekannt geworden, zählt er heute politisch zu den wichtigsten kritischen Stimmen aus Russland. Bei Beginn des Ukraine-Kriegs 2022 ist Viktor Jerofejew mit seiner Familie nach Deutschland geflohen.

01) Schmerzgrenze Geld. Die G7-Staaten scheuen sich vor der Beschlagnahme des eingefrorenen russischen Vermögens. Dabei würde so vor Angriffskriegen abgeschreckt werden.

Von Mattia Nelles & Olena Halushka



Mattia Nelles, Berlin

Mattia Nelles ist Mitbegründer des Deutsch-Ukrainischen Büros (DUB) GmbH, eine Boutique-Beratung mit Fokus auf die Verbesserung der deutsch-ukrainischen Beziehungen. Bis zur vollständigen russischen Invasion arbeitete er für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in der Ostukraine. Davor arbeitet er beim Zentrum für Liberale Moderne in Berlin.



Olena Halushka, Kiew

Olena Halushka ist ehemaliges Mitglied des Kiewer Stadtrats, Mitbegründerin des *International Centre for Ukrainian Victory* und Leiterin der Abteilung für internationale Beziehungen des Kiewer *Anti-Corruption Action Centre*.

Außen- und Sicherheitspolitik 18.04.2024 |



Seite E 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Die Ukraine braucht dringend Geld für den Krieg und den Wiederaufbau. Das beschlagnahmte russische Vermögen würde helfen.- *picture alliance / Tobias Steinmaurer / picturedesk*

Seit fast 800 Tagen russischer Völlinvasion kämpft die Ukraine um ihr Überleben. Russland ist derzeit in der Offensive und greift immer erfolgreicher die ukrainische Energieinfrastruktur an – Angriffe, welche von den Ermittlerinnen und Ermittlern des Internationalen Strafgerichtshofs als Verbrechen gegen die Menschlichkeit [bezeichnet werden](#). Gleichzeitig stellen die westlichen Unterstützerstaaten der Ukraine kaum genug Artilleriegranaten oder Flugabwehrraketen für ihre Verteidigung zur Verfügung. Angesichts der schwierigen militärischen Lage der Ukraine, der [klammen Haushaltslage](#) auch in Deutschland und der politischen Spannungen rund um die US-Hilfen sieht es dieser Tage nicht danach aus, als ob die Verbündeten die notwendigen Mittel aufbringen könnten, um die Ukraine in den nächsten Monaten und Jahren massiv zu unterstützen. So schaffen es die europäischen Verbündeten bis heute nicht, die drei Milliarden Euro für die 800 000 Artilleriegranaten der [tschechischen Munitionsinitiative](#) aufzutreiben.

Auch deswegen wird in Europa seit Monaten [darüber gestritten](#), ob und wie die eingefrorenen Vermögen der russischen Zentralbank in Höhe von knapp 300 Milliarden US-Dollar für die Ukraine genutzt werden könnten. Grundsätzlich besteht innerhalb der G7-Staaten und der EU Einigkeit, dass Russland die eingefrorenen Vermögen der Zentralbank nicht wiederbekommen wird, bis es Reparationen an die Ukraine leistet. Doch es gibt auch skeptische Stimmen. Gerade in Deutschland heißt es oft, dass die Beschlagnahmung und die Weitergabe der eingefrorenen russischen Reserven gegen internationales Recht verstoßen. [Kritikerinnen und Kritiker](#) bezeichnen die mögliche Beschlagnahmung als moralisch richtig, aber juristisch, politisch und wirtschaftlich enorm heikel. Auch wenn in der Frage kein Konsens besteht, zeigen [unterschiedliche Rechtsgutachten](#) und [Fachbeiträge](#), dass russische Staatsvermögen völkerrechtlich weder sakrosankt sind noch unter bestehende Investitionsschutzabkommen fallen. Zuletzt hatten zehn renommierte [Rechtsexpertinnen und -experten](#) dargelegt, warum das Völkerrecht die Beschlagnahmung und Übertragung der russischen Reserven als [legitime Gegenmaßnahmen](#) ermögliche.

Die Europäische Zentralbank und andere Finanzexpertinnen und -experten sorgen sich hingegen, dass die Beschlagnahmung zu einer langfristigen Schwächung des Euroraums führen und die Dominanz westlicher Währungen aufbrechen könnte. Kurz- bis mittelfristig ist diese Befürchtung unbegründet, da es keine echte Alternative zu den westlichen Reservewährungen gibt. Selbst autoritäre Staaten, die fast 40 Prozent der weltweiten Devisenreserven besitzen, entscheiden sich für die stabilen Währungen der G7-Staaten. Im zweiten Quartal 2023 wurden 89 Prozent aller Reserven in US-Dollar, Euro, Yen und britischem Pfund gehalten. Gerade wenn die sieben führenden Industrieländer im Verbund handeln, stellt die Flucht aus den stabilen Währungen [kaum eine sinnvolle Alternative](#) dar. Außerdem wird die Frage übersehen, welche Auswirkungen ein Sieg Russlands gerade auch für die Währungsstabilität des Euroraums hätte, wenn weitere Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer vor der russischen Vernichtung in die EU fliehen würden.

Die Konfiszierung der russischen Staatsvermögen wäre keineswegs ein negativer Präzedenzfall.

Andere Kritikerinnen und Kritiker meinen, dass die Beschlagnahmung und der Transfer der Mittel an die Ukraine einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen würden. Zuletzt meldete [Politico](#), dass gerade Staaten wie China und Saudi-Arabien aktiv gegen die Konfiszierungen lobbyieren. Sie sorgen sich, dass ihre Vermögen die nächsten sein könnten. Dabei wäre die Konfiszierung der russischen Staatsvermögen keineswegs ein negativer Präzedenzfall.

Seite E 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Ganz im Gegenteil, es würde als Abschreckung gegen weitere Aggressionsverbrechen dienen, die gegen die grundlegende Bestimmung der UN-Charta verstoßen. Die internationale, auf Regeln basierende Ordnung würde gestärkt werden und weitere Staaten von ungerechtfertigten Angriffskriegen abgeschreckt. Das internationale Recht würde zu einem Mittel werden, um den Aggressor für seine Handlungen zur Rechenschaft zu ziehen und die Opfer zu schützen. Da die Latte für die Konfiszierungen hoch liegt, können sich Länder, die keine umfassenden illegalen Angriffskriege beginnen, sicher sein, dass ihre Währungsreserven sicher sind.

In Deutschland ist insbesondere die Sorge verbreitet, dass Russland Vergeltung üben würde, indem es staatliche und private ausländische Vermögen beschlagnahmt. Da der Rubel keine Reservewährung ist, verfügt Russland über keine nennenswerten staatlichen Vermögenswerte der G7. Jedoch hat Russland bereits westliche Unternehmen illegal beschlagnahmt, etwa [Danone](#), [Carlsberg](#), [Uniper](#) oder [Wintershall](#), und wird dies aller Voraussicht nach weiter tun – unabhängig von den Diskussionen über die Konfiszierungen. Noch immer befinden sich Vermögenswerte europäischer Unternehmen in Höhe von über [100 Milliarden US-Dollar](#) in Russland. Dabei gilt, dass die westlichen Unternehmen mit ihrem Verbleib im Russlandgeschäft nach der russischen Völlinvasion samt Putins neuer Willkürherrschaft ein erhebliches Risiko eingegangen sind. Dies darf staatliches Handeln nicht abschrecken. Die betroffenen Firmen können vor internationalen Schiedsgerichten Schadensersatz gegen Russland einklagen.

Allen voran die USA befürworten die komplette Beschlagnahmung der russischen Staatsvermögen.

Nach intensiven Diskussionen innerhalb der G7 gibt es noch keine Einigung. Allen voran die USA, wo lediglich rund acht Milliarden US-Dollar eingefroren sind, befürworten die komplette Beschlagnahmung der russischen Staatsvermögen. Bereits Anfang des Jahres passierte der *Rebuilding Economic Prosperity and Opportunity for Ukrainians Act* ([REPO](#)) die entsprechenden Ausschüsse des US-Senats, seine Verabschiedung gilt nur noch als Frage der Zeit. Damit könnte die Beschlagnahmung in den USA beginnen.

Auch wegen der Haltung von Deutschland, Frankreich und der Europäischen Zentralbank konnte sich die EU bisher nur darauf einigen, der Ukraine die Zinsen der eingefrorenen Vermögen zur Verfügung zu stellen, etwa drei Milliarden US-Dollar jährlich. Dieser Vorschlag ist ein erster Schritt und besser als nichts. Dennoch ist er unzureichend, um die Ukraine mit den Mitteln auszustatten, die sie zum Überleben braucht, geschweige denn den Wiederaufbau zu finanzieren. Belgien, wo beim Zentralverwahrer [Euroclear](#) 200 Milliarden Euro eingefroren sind, hatte bisher lediglich die Zinsen auf die eingefrorenen Vermögen besteuert und nicht die Zinsen selbst an Kiew weitergeleitet, wie es die aktuellen Pläne der EU für 2024 vorsehen. Die Einnahmen der belgischen Steuern auf die Zinsen beliefen sich bisher auf [1,7 Milliarden Euro](#) und wurden zum größten Teil in einen [Fonds für die Ukraine](#) gesteckt, um Hilfen für geflüchtete Ukrainer zu finanzieren; lediglich 200 Millionen Euro wurden davon für [Waffenkäufe bereitgestellt](#), weitere 334 Millionen Euro sind für 2024 vorgesehen. 2022 und 2023 haben sich in Belgien Zinszahlungen von knapp fünf Milliarden Euro angesammelt, die Euroclear beziehungsweise Belgien nicht in Gänze freigeben möchte. Damit entgehen der Ukraine fünf Milliarden Euro, mit denen zwei Patriot-Systeme und 750 Abwehrraketen finanziert werden könnten.

Gleichzeitig wurde innerhalb der G7 von Großbritannien die Möglichkeit ins Spiel gebracht, der Ukraine [Kredite zur Verfügung zu stellen](#), die durch das beschlagnahmte russische Staatsvermögen abgesichert werden könnten. Zuletzt hatte sich auch die USA hinter diesen Vorschlag gestellt und vorgeschlagen, die erwarteten zukünftigen Zinszahlungen zu nutzen.

So könnten [30 bis 40 Milliarden](#) Euro generiert werden. Eine weitere und weniger von Wechselkursschwankungen betroffene Möglichkeit wäre es, einen [europäischen Kredit](#) aufzunehmen, ähnlich wie es in der Corona-Pandemie bereits getan wurde. Mit den Krediten könnte ein deutlich größerer Fonds befüllt werden und die jährlichen Zinskosten dafür mit abgeschöpften Gewinnen beglichen werden. Die aktuellen Zinszahlungen von drei Milliarden Euro würden ausreichen, um den Fonds mit bis zu 150 Milliarden Euro zu befüllen. Mithilfe dieser Konstruktion könnte die EU schnell Geld auftreiben und gleichzeitig wäre diese Konstruktion ein Anreiz für die Europäer, sich in den kommenden Jahren auch wirklich für einen Einzug der russischen Vermögen einzusetzen.

In Deutschland kommt langsam Bewegung in die Debatte.

In Deutschland, das innerhalb der EU nach wie vor als einer der größten Zögerer in der Frage gilt, kommt langsam Bewegung in die Debatte. Im Februar hatte der Bundestag in seinem [Antrag zum zehnten Jahrestag des russischen Krieges gegen die Ukraine](#) die Bundesregierung aufgefordert, Initiativen zu unterstützen, um die eingefrorenen russischen Vermögenswerte für die Ukraine rechtskonform und im Einklang mit dem Völkerrecht nutzbar zu machen. Zuletzt hatte sich der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil [dafür ausgesprochen](#), eingefrorenes russisches Vermögen zu verwenden, um Waffen für die Ukraine zu beschaffen. Tatsächlich müssen sich Entscheidungsträgerinnen und -träger gerade in Deutschland der Dringlichkeit der Lage bewusst werden und eine Abwägungsentscheidung treffen. Im Kern handelt es sich nicht um eine rein juristische, sondern auch um eine politische Frage. Die Entscheidung der Beschlagnahmung ist mit rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Folgen verbunden, steht aber der realen Gefahr gegenüber, dass Russland diesen Krieg gewinnen könnte. Das wäre nicht nur eine empfindliche Niederlage für das Völkerrecht, sondern würde ein größeres Risiko für die europäische Wirtschaft, die Finanzsysteme und die Sicherheit in Europa darstellen.

In einem gemeinsamen Meinungsbeitrag [schrieben die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs](#) vor Kurzem: „Wenn die Ukraine verliert, verlieren wir alle. Der Preis für die unterlassene Unterstützung der Ukraine wird viel höher sein als der Preis für den Kampf gegen Putin.“ Je länger wir zögern, der Ukraine auch durch die Beschlagnahmung von russischen Geldern zu helfen, desto schwieriger wird die Lage für die Ukraine – und umso größer werden die Kosten des Krieges für Europa.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/schmerzgrenze-geld-7453/?utm_campaign=de_40_20240419&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) „Die westliche Hegemonie ist lange vorbei“. Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil über eine neue Nord-Süd-Politik, Kooperation im multipolaren Zeitalter und eine Reform der Vereinten Nationen.

Von Lars Klingbeil



Lars Klingbeil, Berlin

Lars Klingbeil ist neben Saskia Esken einer der beiden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Seit 2009 ist er Mitglied des Deutschen Bundestags. Von 2017 bis 2021 war er Generalsekretär der SPD.

Global 16.04.2024



„Eine neue Nord-Süd-Politik ist auch für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit von zentraler Bedeutung“.- *picture alliance / Florian Gaertner/photothek.de*

Die Bundesregierung verhandelt derzeit ein Versöhnungsabkommen mit Namibia, wo die deutsche Schutztruppe zwischen 1904 und 1908 während der 30-jährigen deutschen Kolonialherrschaft einen Genozid an den Herero und Nama verübte. Der nun stattfindende Versöhnungsprozess wird die Verbrechen nicht ungeschehen machen – und dennoch ist es wichtig, dass wir uns unserer Verantwortung stellen und unsere koloniale Schuld anerkennen. Nur so kann die Grundlage für eine dringend notwendige Neuausrichtung der Nord-Süd-Politik geschaffen werden.

Willy Brandt forderte bereits in den 1970er Jahren einen anderen, respektvollen Umgang mit dem Globalen Süden und verstärkte den Dialog mit Parteien und Regierungen weltweit. Die Beschlüsse, die er mit seiner 18-köpfigen Nord-Süd-Kommission vorgelegt hat, lesen sich auch aus heutiger Sicht visionär. Sie sind eine Handlungsanleitung für das gemeinsame Überleben in einer globalisierten Welt. Der Bericht forderte etwa eine stärkere Integration der ärmeren Länder in die Weltwirtschaft oder auch Reformen der internationalen Organisationen. Er warnte zudem vor den

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Auswirkungen globaler Herausforderungen wie der Klimakrise, Fluchtbewegungen, Armut, Hunger und Ungleichheit. Viele dieser Krisen haben sich heute verschärft und viele seiner wichtigsten Forderungen warten bis heute auf ihre Umsetzung. Statt Staaten in Afrika, Lateinamerika oder Asien von oben herab zu behandeln, sah er in ihnen wichtige Partner für die Lösung gemeinsamer Herausforderungen.

Moderne Entwicklungspolitik ist auch Friedenspolitik. Nur wenn wir als Partner im Globalen Süden respektiert werden, können wir auch Einfluss auf Krisen und Konflikte nehmen. Allerdings müssen wir konstatieren, dass die politischen und wirtschaftlichen Verheißungen des westlichen Entwicklungsmodells aus heutiger Sicht für viele Staaten des Globalen Südens nicht eingelöst werden konnten. Das, was viele von uns als Zeit des Wohlstands, des Friedens und der Sicherheit erlebt haben, war in großen Teilen des Globalen Südens oftmals eine Fortsetzung von Krisen. Dazu gehörten die wirtschaftlichen Strukturanpassungen genauso wie Militärinterventionen oder auch der Einsatz von Kleinwaffen, die nach dem Ende des Kalten Krieges auf einmal in großen Mengen verfügbar waren.

Eine neue Nord-Süd-Politik muss sich an die veränderten Zeiten anpassen. Wir leben längst nicht mehr in einem bipolaren, sondern in einem multipolaren Zeitalter, in dem sich die Welt in mehrere Zentren organisiert, die Bindungen, Abhängigkeiten und Kooperationen schaffen. Diese Weltordnung hat für viele Staaten große Vorteile, weil sie sich nicht mehr einem Block zuordnen müssen, sondern sich aussuchen können, bei welchen Themen sie mit wem zusammenarbeiten. Dadurch werden Verhandlungen zwischen Staaten noch wichtiger, aber genauso essenziell sind belastbare und vertrauensvolle Beziehungen.

Eine neue Nord-Süd-Politik muss sich an die veränderten Zeiten anpassen.

Für viele Menschen und Regierungen – vor allem in Ländern des Globalen Südens – ist die multipolare Welt sogar ein emanzipatorisches Versprechen. Initiativen wie die BRICS geben einigen Staaten des Globalen Südens eine Stimme in einer internationalen Ordnung, deren Institutionen weiterhin stark von den westlichen Industriestaaten dominiert werden. Chinesische Investitionen in Infrastruktur sind ein attraktives Angebot, das wir mit unserer Entwicklungszusammenarbeit zu lange nicht gemacht haben.

Wenn wir auf die Fakten schauen, müssen wir feststellen, dass die westliche Hegemonie lange vorbei ist. Zwar werden wir auch weiterhin wirtschaftlich und politisch einflussreich bleiben, aber es gibt keine globale Krise, die wir im Westen alleine lösen könnten. Um unsere Interessen weiterhin wahren zu können, brauchen wir neue Partnerschaften. Das erfordert ein Umdenken auf unserer Seite: Die Krisen, die wir priorisieren, haben nicht zwangsläufig auch Priorität für andere Staaten. Der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar brachte die Erwartung des Globalen Südens an uns Europäer auf den Punkt: „Europa muss aus dem Denkmuster herauswachsen, dass Europas Probleme die Probleme der Welt sind, aber die Probleme der Welt nicht die Probleme Europas.“

Als Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine losbrach, haben viele westliche Politiker die Länder des Globalen Südens aufgefordert, sich an den Sanktionen zu beteiligen. Die verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen für diese Länder wollten sie zunächst nicht sehen. Der moralische Unterton, der dabei häufig mitschwang, hat oft für Verärgerung gesorgt. Die Mehrheit der Staaten im Globalen Süden verurteilt den russischen Angriffskrieg und den Bruch des Völkerrechts, ist aber nicht bereit, die Kosten für einen Krieg in Europa zu tragen.

Die noch kompliziertere Belastungsprobe erleben wir aktuell mit der Eskalation im Nahen Osten. Die brutalen Terrorakte der Hamas auf unschuldige Israelis haben weltweit für großes Entsetzen gesorgt. Nach diesen feigen Attacken haben wir richtigerweise unsere Solidarität mit dem Staat Israel und seinen Menschen zum Ausdruck gebracht. Es gibt keine Rechtfertigung für diese brutalen

Seite E 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Morde. Das Vorgehen der israelischen Armee in Gaza hat jedoch gerade im Globalen Süden schnell für Empörung gesorgt und der Vorwurf westlicher Doppelstandards wurde laut. Unsere Partner fragen uns: Warum verurteilt der Westen die Zerstörung ziviler Infrastruktur in der Ukraine, nicht aber in Gaza? Warum rückt Deutschland nicht stärker von Israel ab, bei über 25 000 toten Zivilisten in Gaza, darunter viele Frauen und Kinder?

Für eine Lösung der Konflikte unserer Zeit müssen wir der Perspektive unserer Partner mit Respekt begegnen – nicht mit moralischer Überhöhung. In einer multipolaren Welt ist es wichtig, Unterschiedlichkeit zuzulassen und gleichzeitig in der Lage zu sein, gemeinsame Interessen zu identifizieren. Wir müssen uns folglich für eine Demokratisierung der internationalen Ordnung einsetzen, um eine neue Nord-Süd-Politik auch strukturell zu verankern. Wir können eine regelbasierte Ordnung nur verteidigen, wenn wir bereit sind, sie zu reformieren.

Die Verzichtsdebatte verringert die Akzeptanz für Klimapolitik.

Dafür brauchen wir einen langen Atem, denn Vertrauen können wir nicht von heute auf morgen aufbauen. Wir sind in der Verantwortung, faire Angebote zu machen, die zum beidseitigen Vorteil sind, denn anders als in der Vergangenheit, haben diese Länder längst Alternativen: Russland und China waren über viele Jahre präsent, als wir uns wenig für den Globalen Süden interessiert haben. Das können wir uns nicht länger leisten, wenn wir unsere Interessen und Werte in einer multipolaren Welt langfristig sichern wollen. Schließlich ist eine neue Nord-Süd-Politik auch für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit von zentraler Bedeutung.

Wie könnte eine solche neue Politik aussehen? Unweigerlich müsste sie sich für eine globale sozial-ökologische Transformation und die Demokratisierung der internationalen Ordnung einsetzen. Für den Kampf gegen die Klimakrise kann es nur eine globale Antwort geben – aber es braucht eine Antwort, die für alle Seiten funktioniert. Viele Staaten des Globalen Südens empfinden die Debatte über Klimaschutz, die wir anstoßen, als Aufforderung, auf Wachstum und Wohlstand zu verzichten. Da weisen sie völlig zu Recht darauf hin, dass wir in Europa unseren Wohlstand mit Kolonialismus, Kohle, Öl und Gas aufgebaut haben, häufig durch Ausbeutung der Ressourcen im Globalen Süden.

Auch die Länder des Globalen Südens haben ein Interesse und auch ein Recht, Wohlstand und Wachstum anzustreben und die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Die Verzichtsdebatte verringert die Akzeptanz für Klimapolitik. Das haben wir auch bei uns in Deutschland erlebt. Wenn wir mit unserer Entwicklungszusammenarbeit also auf Klimaschutz drängen, dann müssen wir auch immer Strukturpolitik und sozialen Ausgleich mitdenken.

Ein weiterer Punkt ist die Wertschöpfung vor Ort. Wenn wir neue Klima- und Ressourcenpartnerschaften mit Staaten des Globalen Südes eingehen, fordern unsere Partner zu Recht, dass es auch Jobs und Wachstum bei ihnen gibt. Unsere Entwicklungszusammenarbeit wird in Zukunft stärker auf soziale und ökologische Entwicklungen vor Ort setzen müssen. Dazu gehört, dass wir beispielsweise nicht nur grünen Wasserstoff aus dem Globalen Süden importieren, sondern auch in die Herstellung der Anlagen vor Ort und damit in neue Jobs investieren. Das sind Ansätze, die wir in unserer bilateralen Zusammenarbeit als Deutschland, als Europäische Union oder mit weiteren Partnern effektiv angehen können. Solche Ansätze tragen auch dazu bei, die Ziele der Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen zu erreichen, die für uns zentral bleiben.

Staaten des Globalen Südens haben berechtigterweise das Interesse, die globale Ordnung mitzugestalten.

Der zweite große Bereich, den wir angehen müssen, ist die Demokratisierung der globalen Ordnung. Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von einer regelbasierten internationalen Ordnung. Jeder vierte Job hängt hierzulande vom Export ab und die Krisen der vergangenen Jahre haben gezeigt, welche Auswirkungen Krisen und Konflikte weltweit auf unser Leben haben. Staaten wie

Seite E 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Russland greifen diese Ordnung an oder versuchen sie wie China, nach ihren Interessen auszurichten. Daher muss unser Fokus darauf liegen, die internationale Ordnung zu verteidigen, aber sie auch zu reformieren. Nur so können wir langfristig Frieden, Sicherheit und nachhaltiges Wachstum garantieren.

Ein Fokus liegt dabei auf den Vereinten Nationen. Diese spiegeln die Machtverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg wider. Die Welt hat sich aber geändert. Staaten des Globalen Südens haben berechtigterweise das Interesse, die globale Ordnung mitzugestalten. Damit die Vereinten Nationen als Hüter einer regelbasierten internationalen Ordnung eine Zukunft haben, braucht es Reformen, welche die Machtverhältnisse einer multipolaren Welt von heute besser abbilden. Ein Fokus liegt hier auf der Reform des Sicherheitsrates. In der sogenannten G4-Initiative haben Deutschland, Brasilien, Indien und Japan bereits vor fast 20 Jahren erklärt, sich gegenseitig im Bemühen um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu unterstützen. Auch sollten wir Initiativen unterstützen, die für eine bessere afrikanische Repräsentation sorgen.

Ein weiterer Fokus muss auf der Reform der internationalen Finanzinstitutionen liegen. So müssen zum Beispiel Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Klimaschutz oder Biodiversität die Arbeit der Weltbank und regionaler Entwicklungsbanken viel stärker prägen. Die infolge der Pandemie dramatisch gewachsene Staatsverschuldung verhindert in vielen Ländern Investitionen in die Zukunft. Für diese Schuldenkrisen brauchen wir eine nachhaltige Lösung innerhalb der internationalen Gemeinschaft. Dabei müssen wir sicherstellen, dass Programme des Internationalen Währungsfonds in Schuldenkrisen soziale Teilhabe schützen, Ungleichheit vorbeugen und wir Fehler der neoliberalen Strukturanpassungsprogramme der Vergangenheit nicht wiederholen.

Es wird der Moment kommen, in dem sich ein Fenster öffnet, diese Reformen anzugehen. Das eine wird schneller gehen, das andere wird länger dauern. Auch wenn wir unterschiedliche Perspektiven auf Konflikte und Krisen haben, gibt es immer Interessen und Werte, die uns zusammenbringen. Die Grundlage dafür ist eine neue Nord-Süd-Politik, die wir als deutsche Sozialdemokratie in den nächsten Jahren prägen wollen.

Auszüge der Rede Lars Klingbeils im Rahmen der Veranstaltung „Nord-Süd – Neu denken“ des Geschichtsforums der SPD in Berlin.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/die-westliche-hegemonie-ist-lange-vorbei-7450/?utm_campaign=de_40_20240416&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Wer hat Angst vorm bösen Wolf? Im Rennen um das Weiße Haus liegt Donald Trump laut Umfragen derzeit vorne. Doch die große Panik bleibt bislang aus. Warum?

Von Marco Bitschnau



Marco Bitschnau

Konstanz

Marco Bitschnau ist Postdoktorand am Lehrstuhl für Soziologie (Schwerpunkt Soziale Bewegungen) der Universität Konstanz und dort mit dem Exzellenzcluster *The Politics of Inequality* affiliert.

Nordamerika 08.04.2024



Dritter Weltkrieg, Diktatur, Ende der NATO: Welche Auswirkungen hätte eine zweite Trump-Präsidentschaft?- *picture alliance / Reuters | Dieu-Nalio Chery*

Was sich lange abgezeichnet hat, ist seit kurzem offiziell: Donald Trump ist [designierter Präsidentschaftskandidat](#) der Republikaner. Noch gut vier Monate muss er sich gedulden, dann werden ihm die Delegierten seiner Partei auf der Bühne des Fiserv-Forums zu Milwaukee offiziell den Spitzenplatz auf ihrem *presidential ticket* antragen. Trump – so steht zu erwarten – wird annehmen, eine (je nach Parteitagsterminologie) feurige oder patriotische Rede halten, für diese viel Applaus entgegennehmen und so seinen Eintrag in den Geschichtsbüchern um einen neuen Passus erweitern. [Nur wenige US-Präsidenten](#) haben sich je um ein Comeback bemüht, keiner davon in den letzten acht Jahrzehnten. Und lediglich einem ist es am Ende gelungen: Grover Cleveland, der als New Yorker Gouverneur die Wahlen 1884 gewann, 1888 von Benjamin Harrison abgelöst wurde und diesen dann seinerseits 1892 schlug. Für Trump eine offensichtliche Blaupause, zumal ihn mit dem Demokraten Cleveland nicht nur Leibesfülle und Heimatstaat verbinden, sondern auch eine beachtliche Vorwahldominanz.

Seite E 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Vermutlich ist *umstandslos* das richtige Wort, um die Beiläufigkeit zu beschreiben, mit der der 77-Jährige diesmal seine innerparteiliche Konkurrenz beiseitegeräumt hat. Ron DeSantis, [der wahrscheinlichste Brutus](#), der monatelang den Dolch gewetzt hatte? Strich nach der ersten Vorwahl in Iowa die Segel. Mike Pence, einstiger Vizepräsident und erklärter Liebling der Evangelikalen? Schaffte es erst gar nicht so weit, sondern gab noch vor den Vorwahlen auf. Vivek Ramaswamy, jugendlicher Hoffnungsträger der Partei mit indischen Wurzeln? Stimmt immer wieder [Loblieder auf seinen nominellen Rivalen](#) an und hofft nun auf einen Platz am Kabinetttisch. Und Nikki Haley, die letzte im Rennen verbliebene Kandidatin, die Wolfram Weimer noch im Dezember zu seiner [Person der Woche](#) kürte („Ihre Umfragewerte steigen nicht bloß, sie springen nach oben“)? Wurde von Trump in South Carolina – dem Staat, dem sie einst als Gouverneurin vorstand – mit mehr als 20 Prozentpunkten Unterschied abgewatscht und bald darauf von ihren wohl bedeutendsten Geldgebern als [Fehlinvestition](#) abgeschrieben.

In der Folge blieb auch ihr nichts anderes übrig, als sich dem übermächtigen Rivalen geschlagen zu geben. Wenn auch mit schmollendem Unterton: Sie könne ihren Wählern derzeit nicht die Unterstützung Trumps empfehlen, verkündete sie. Vielmehr müsse dieser in den kommenden Monaten [hart dafür arbeiten](#). Ein durchsichtiges Manöver, um den Rest politischen Kapitals zu bewahren, den sich Haley als *last (wo)man standing* zusammengeklaut hat. Nur dass sie hier bei Trump an den Falschen geraten sein dürfte, denn dieser verlangt bekanntlich bedingungslose Loyalität und hat keinen allzu langen Geduldsfaden für die Machtspielchen einer Gescheiterten. Gleiches gilt übrigens für DeSantis, der sich nach seiner Kapitulation [widerwillig hinter](#) seinen vormaligen Gönner gestellt hat und dem das Geziere der Ex-Kontrahentin [sichtlich aufzustoßen](#) scheint: „Jetzt nach Hause gehen und den Ball mitnehmen, das geht nicht.“

Trump weiß anders als bei seiner ersten Kandidatur seine Partei fast geschlossen hinter sich.

Indes läuft für den Wahlflorianer Trump auch ohne Haley als Sekundantin vieles nach Plan. So [etwa die Umfragen](#), in denen er inzwischen meist vor Amtsinhaber Joe Biden rangiert – und die insofern ein Novum darstellen, als seine bisherige Rolle ja immer die des Underdogs war, des Mannes, dem niemand im Vorfeld eine Chance gibt (und der diese „Nicht-Chance“ dann nutzt). Jetzt aber prasseln die guten Werte wie ein warmer Regen auf ihn ein, während der [historisch unbeliebte](#) Biden einen Nackenschlag nach dem anderen hinnehmen muss. Dabei stemmt der Präsident sich mit aller Kraft gegen den Trend und lässt keine Gelegenheit aus, die Bilanz seiner Regierung in ein günstiges Licht zu rücken. Zuletzt funktionierte er gar die alljährliche [Rede zur Lage der Nation](#) in eine kämpferische Kampagnenansprache um, was [von der Presse](#) auch entsprechend goutiert wurde. Nur an den Zahlen hat sein Auftritt denkbar wenig geändert.

Zusammengefasst gilt also: Donald Trump ist Präsidentschaftskandidat. Er weiß, anders als bei seiner ersten Kandidatur (die ja von diversen Nickligkeiten und Sabotageversuchen begleitet war), seine Partei fast geschlossen hinter sich. Er liegt augenscheinlich in Front und hat gute Aussichten auf eine baldige Revanche. Sollten da, fragt man sich, nicht längst alle Alarmglocken schellen? Vor acht Jahren genügte schon das Gedankenspiel, dieser Reality-TV-Zampano könnte tatsächlich den Sieg davontragen, um in Redaktionen und Regierungskreisen wahlweise kalten Angstschweiß oder hysterische Lachsalven hervorzurufen. Nun aber tut sich bis auf [einige Unkenrufe](#) vergleichsweise wenig, was natürlich auch daran liegen mag, dass es im Moment einfach genug andere Krisenfelder zu beackern gibt. Dennoch: Irgendwie scheint die Luft aus dem Thema raus zu sein, scheint Apathie statt Aufregung an der Tagesordnung.

Seite E 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Nur weshalb? Ganz unvermittelt kommt einem hier die Äsop'sche Fabel vom Hirtenjungen und dem Wolf in den Sinn. In ihr narret der titelgebende Hirtenjunge die Bewohner seines Dorfes ein ums andere Mal mit falschen „Wolf“-Rufen, sodass sie ihm keinen Glauben schenken, als der Wolf eines Tages tatsächlich auftaucht und die ganze Schafsherde reißt. Versucht man sich an der naheliegendsten Analogie, erscheinen die unzähligen Warner und Fabulanten der letzten Jahre als leichtsinnige Jungen und Trump als ausgedachter Wolf. Zu oft haben sie die Paniktrommel geschlagen, zu schrill waren ihre Schreckensvisionen, seine Wahl vor acht Jahren würde einen dritten Weltkrieg auslösen oder die Errichtung einer faschistischen Diktatur nach sich ziehen. Trump im *Oval Office*, so hieß es, wäre eine Revolution, eine Zäsur, eine gewaltige Farce mit verheerendem Ausgang. Ein Paradebeispiel: Die Journalistin Anne Applebaum, die im März 2016 in einem [vielbeachteten Kommentar](#) klagte, sie könne sich in ihrem ganzen Erwachsenenleben an keinen „Moment erinnern, der so dramatisch war, wie dieser“.

Noch immer gibt die Mehrheit der europäischen NATO-Partner deutlich zu wenig für Verteidigung aus.

Da stand Trump (anders als heute) zwar noch nicht als republikanischer Kandidat fest, doch Applebaum bediente sich bereits munter aus dem Füllhorn düsterer Ahnungen: „Wir sind zwei oder drei Wahlen entfernt vom Ende der NATO, dem Ende der EU sowie dem Ende des liberalen Westens, wie wir ihn kennen.“ Damals ließ sich eine solche Position schon ob des fehlenden Erfahrungswerts noch halbwegs vermitteln. Doch wie bei der Geschichte mit dem Jungen und dem Wolf wird auch die schönste Bedenkenträgerei schal, wenn sie sich immer wieder als übertrieben herausstellt – und zugleich die Sinne für jene Konstellationen abstumpfen, in denen Bedenken tatsächlich angebracht sein könnten. Gerade im Falle Trumps – der einst im Wahlkampf versprochen hatte, „weitaus schlimmere“ [Verhörtechniken](#) als Waterboarding abzusegnen, [Massenabschiebungen](#) durchzuführen und eine gewaltige, [von Mexiko finanzierte Mauer](#) entlang der Grenze zu bauen – lehrt der vielzitierte gesunde Menschenverstand, nicht jede unsinnige Aussage direkt auf die Goldwaage zu legen.

Das gilt namentlich auch für den neuesten Kurzeitaufreger, nämlich die [Haltung des Kandidaten zur NATO](#). Geradezu seltsam mutet hier die Annahme an, derselbe Mann, dem man jahrelang in Faktenchecks Lug und Trug vorgehalten hat, lasse sich irgendwie auf einen dahingeschluderten Wahlkampfhalbsatz festnageln. Zumal eine gewisse Kaltschnäuzigkeit gegenüber den eigenen Ergüssen bei ihm seit jeher zum guten Ton gehört: Wenn „die Partner fair spielen“, bleibe man dem Bündnis natürlich „zu 100 Prozent“ treu, stellte er jüngst [in einem Fernsehgespräch](#) mit der Brexit-Ikone Nigel Farage klar. Jede anderslautende Aussage sei nichts als Taktik, um die anderen Mitgliedstaaten zu diesem Fairspielen zu bewegen, also zum Einhalten des 2014 beschlossenen Zweiprozentziels. Der Ton mag dahingehend ruppig erscheinen, die Absicht aber ist kaum zu beanstanden: Noch immer gibt die Mehrheit der europäischen NATO-Partner deutlich [zu wenig für Verteidigung aus](#) und versteckt sich lieber hinter bestehenden US-Kapazitäten. Ein Umstand, der die Entscheidungsträger in Washington, D. C. schon seit einiger Zeit frustriert und Zweifel an der Wertigkeit der Allianz Vorschub leistet.

In jedem Fall dürfte auch bei einer zweiten Trump-Präsidentschaft die alte (und auch im [Fall Meloni](#) gültige) Lebensweisheit zutreffen, dass nichts so heiß gegessen wie gekocht wird. Die relative Unbetroffenheit, mit der man diesem Szenario entgegenseht, spricht dabei Bände – der Junge hat einmal zu oft geschrien und die Dorfbewohner sind misstrauisch geworden. Auch der gelegentlich zu hörende Einwand, diesmal sei wirklich alles anders, weil Trump entweder besser vorbereitet oder schlicht „[radikaler](#)“ sei als 2016, überzeugt nur bedingt. Denn selbst wenn außer Acht bleibt, dass es sich dabei vorrangig um Kaffeesatzleserei handelt, lassen sich gegen beide Punkte zahlreiche Einwände vorbringen:

Seite E 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

etwa, dass auch die Weltgemeinschaft dieses Mal besser vorbereitet ist, dass Trump im Amt lieber den Showman [als den Ideologen spielt](#) und dass ihm eine zum Durchregieren nötige Kongressmehrheit keineswegs sicher ist. Auch und gerade vor diesem Hintergrund erscheint (wachsamer) Gelassenheit als Gebot der Stunde.

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/wer-hat-angst-vorm-boesen-wolf-7432/?utm_campaign=de_40_20240408&utm_medium=email&utm_source=newsletter

keine Berichte

Keine Berichte

01) Die Mär vom NATO-Defizit. In der EU heißt es, man müsse die Militärausgaben drastisch erhöhen. Dabei sind diese deutlich höher als der russische Verteidigungshaushalt.

Von Herbert Wulf



Herbert Wulf

Duisburg

Prof. Dr. Herbert Wulf ist ehemaliger Leiter des *Bonn International Center for Conflict Studies* (BICC). Er ist heute *Fellow* am BICC und am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Essen/Duisburg.

Außen- und Sicherheitspolitik 11.04.2024



NATO-Übung Steadfast Defender mit 90 000 Soldaten aus 32 Ländern: Frankreich und Deutschland geben zusammen mehr für ihre Streitkräfte aus als Russland. *picture alliance / ANP | Remko de Waal*

Der große Bruch in der europäischen Sicherheitsarchitektur ereignete sich im Februar 2022 durch Russlands Aggression gegen die Ukraine. Vorher hatte man in Europa immer noch gehofft, mit den Minsker Abkommen eine friedliche Lösung zu finden. Doch das heutige Russland, so die allgemeine Einschätzung, ist auf absehbare Zeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euro-atlantischen Raum. Deshalb auch die rasche Entscheidung für ein 100 Milliarden Euro schweres Sondervermögen für die Bundeswehr.

Seite E 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

In Reaktion auf den russischen Angriff gelobten NATO und EU uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine und versprachen ihre politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung. Die Rüstungsproduktion wurde in vielen Ländern Westeuropas hochgefahren. Mehr und mehr NATO-Mitgliedsländer verpflichteten sich, ihre Militärausgaben auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu steigern, entsprechende Vorkehrungen wurden von den meisten Staaten bereits getroffen. Mit Finnland und Schweden kamen zudem zwei neue NATO-Mitglieder dazu. Es sollte alles getan werden, um Moskau in die Schranken zu weisen und sich vor Russlands imperialen Ambitionen zu schützen.

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine wurde zumindest die Notwendigkeit einer einheitlichen EU-Sicherheits- und -Rüstungspolitik gebetsmühlenartig wiederholt. Aber allzu oft wurden typische EU-Kompromisse vereinbart, die die offensichtlichen Brüche und Spaltungen zwischen den Mitgliedstaaten der EU kaum verschleiern können. Es bleibt eine offene Frage, ob die EU wirklich ihre eigene Rolle in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik finden wird. Der im März 2022 vereinbarte Strategische Kompass der EU verspricht „einen ehrgeizigen Aktionsplan für die Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ... und einen Quantensprung nach vorn“. Dazu sei es notwendig, nachzurüsten und die Lücken in den Verteidigungskapazitäten so schnell wie möglich zu schließen. Aber gibt es überhaupt ein europäisches oder ein NATO-Defizit?

Laut offiziellen Zahlen der NATO wuchsen die Militärausgaben von NATO-Europa plus Kanada zwischen 2015 und 2022 in jedem einzelnen Jahr. Das Wachstum schwankte real zwischen 1,6 und 5,9 Prozent. Im Jahr 2023 wuchsen die Budgets sogar um 8,3 Prozent. Die europäischen NATO-Länder und Kanada haben ihre Budgets von 235 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014 auf geschätzte 380 Milliarden US-Dollar im Jahr 2024 erhöht – eine Steigerung um mehr als 60 Prozent. Die Gesamtausgaben der NATO, einschließlich der USA, erreichten im Jahr 2024 zusammen 1 160 Milliarden US-Dollar.

Vergleicht man diese Entwicklungen und Trends mit den russischen Militärausgaben, ergibt sich ein interessantes Bild. In den letzten zehn Jahren hat Russland jährlich rund vier Prozent seines BIP für das Militär ausgegeben (mehr als doppelt so viel, wie die NATO jetzt anstrebt). 2022 belief sich das russische Budget für die Streitkräfte auf 86,4 Milliarden US-Dollar. Der russische Verteidigungshaushalt ist drastisch gestiegen und wird im Jahr 2024 auf etwa 109 Milliarden US-Dollar geschätzt, knapp ein Drittel des gesamten Staatshaushalts. Aber allein der Verteidigungsetat der europäischen NATO-Länder ist größer als der gesamte russische Staatshaushalt. Obwohl die Militärausgaben eine schwere Belastung für die russische Wirtschaft darstellen, die inzwischen weitgehend auf Kriegswirtschaft umgestellt ist, sind die Ausgaben der NATO in Europa und Kanada dreieinhalb Mal höher. Mit den neuen NATO-Mitgliedern Finnland und Schweden ist die negative militärische Bilanz Russlands noch ausgeprägter. Russlands Militärausgaben belaufen sich auf lediglich zehn Prozent der Ausgaben der NATO, wenn man die US-Ausgaben mit einbezieht. Allein Frankreich (53,6 Milliarden US-Dollar) und Deutschland (55,8 Milliarden US-Dollar) haben 2022 insgesamt so viel ausgegeben, wie Russland jetzt plant.

Die Erklärungen und Versprechungen für eine eigenständige europäische Politik und deren Umsetzung klaffen weit auseinander.

Gemessen an diesen Zahlen hat es nie ein Defizit gegenüber Russland gegeben und gibt es, trotz aller Anstrengungen Moskaus, auch heute nicht. Selbst wenn die unterschiedliche Kaufkraft in Russland und in der NATO berücksichtigt wird, zeigt sich ein deutliches Übergewicht der NATO. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Zahl der Soldaten oder

Seite E 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

die Ausrüstung mit Kampfflugzeugen, Kampfpanzern, Raketen, Kriegsschiffen und U-Booten vergleicht. Schließlich waren Russlands Streitkräfte nicht in der Lage, die als schwach eingestufte Ukraine sofort erfolgreich zu besetzen. Dass die NATO rein quantitativ betrachtet hoch überlegen ist, wird aber kaum thematisiert.

Warum also das Narrativ, dass Europa nicht in der Lage sei, sich selbst zu verteidigen? Warum schrillen die Alarmglocken in Westeuropa, wenn Donald Trump verkündet, wer nicht bezahlt, wird „von uns“ nicht verteidigt? Ist Europa ohne Unterstützung der USA wirklich nicht fähig, sich konventionell gegen Russland zu verteidigen? Dass die Europäer tatsächlich zu einer eigenständigen Rüstungs- und Verteidigungspolitik nicht in der Lage sind, wird durch viele international bedeutsame militärische Aktionen der letzten Jahrzehnte bestätigt. Im Kosovokrieg 1999 erwiesen sich die Europäer als unfähig, ihre völkerrechtlich problematische Politik ohne die USA durchzusetzen. Die Evakuierung der westlichen Truppen aus Afghanistan 2021 endete im Chaos. Die Europäer waren auf die Lufttransportkapazitäten der USA angewiesen. Auch die militärisch gestützte EU-Sahelpolitik endete kürzlich mit einem Misserfolg und dem Rückzug der Streitkräfte.

Der Hauptgrund für die jahrzehntelange Unfähigkeit der Westeuropäer, im Rahmen der EU oder im europäischen Teil der NATO strategische Autonomie zu erzielen, die der französische Präsident Emmanuel Macron seit Langem fordert, ist die unkoordinierte, weitgehend national orientierte Rüstungs- und Verteidigungspolitik – und eben nicht die angeblich fehlenden finanziellen Mittel. Denn in den vergangenen Jahrzehnten wurden in Europa Unmengen von Geldern bereitgestellt. So liegt Deutschland auf Platz 6 der Weltrangliste bei den Militärausgaben. Dennoch heißt es, die Bundeswehr stehe „blank“ da, sie sei „kaputtgespart“ worden. Was ist eigentlich aus den mehr als 3 000 Milliarden US-Dollar geworden, die die europäischen NATO-Länder in den letzten zehn Jahren für ihre Streitkräfte aufgewendet haben?

Die Erklärungen und Versprechungen für eine eigenständige europäische Politik und deren Umsetzung klaffen weit auseinander. Nach wie vor ist die Verteidigungspolitik in der EU höchst umstritten. Die jüngsten Diskussionen um die Möglichkeiten des Einsatzes europäischer Bodentruppen in der Ukraine bestätigen die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Kaum hatte der französische Präsident diese Möglichkeit ins Gespräch gebracht, zerfiel die EU in zwei Lager: in Befürworter und vehemente Gegner.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hätte das endgültige Aus für eine national ausgerichtete Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa sein müssen. Doch das Gegenteil ist der Fall, wie auch der Streit um die Möglichkeit zeigt, einen EU-Kommissar für Verteidigung zu schaffen. Die in allen europäischen Ländern erklingenden Rufe nach mehr Waffen ist reine Symbolpolitik. Es ist eine Ersatzhandlung, um nicht die wirklichen Konsequenzen aus dem Ukrainekrieg ziehen zu müssen. Es ist symbolischer Aktionismus, mit dem die gescheiterten gemeinsamen Konzepte und Strategien kaschiert werden.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/die-maer-vom-nato-defizit-7444/?utm_campaign=de_40_20240411&utm_medium=email&utm_source=newsletter

01) Königsweg gesucht. Radikal oder gemäßigt: Mit welcher Strategie sollte die politische Linke dem Rechtspopulismus entgegentreten?

Von Robert Misik



Robert Misik, Wien

Robert Misik lebt und arbeitet in Wien als Journalist und Autor. Zuletzt erschien von ihm: *Putin. Ein Verhängnis: Wie Wladimir Putin Russland in eine Despotie verwandelte und jetzt Europa bedroht*

Demokratie und Gesellschaft 15.04.2024



Radikaler Linkspopulismus oder gemäßigter Linksliberalismus? Radikaler Linksliberalismus! - picture alliance / Zoonar | Oleksandr Latkun

Heute ist die Demokratie beinahe überall vom Geist der Illiberalität, des Anti-Pluralismus und des autoritären Rechtsextremismus bedroht. Dies hat eine Reihe von Ursachen: ein sich ausbreitender Pessimismus, die Angst vor sozialem Abstieg, die das Fortschrittsgefühl der Nachkriegszeit verdrängt hat, sowie verschiedenste Gegenreaktionen auf kulturellen Wandel. In das Panorama der multikausalen Hintergründe gehört jedoch auch eine Banalisierung der Diskurse durch ein Zusammenspiel von reiner Propaganda, dem Strukturwandel der Öffentlichkeit durch Social Media und dem Internet generell sowie der Schlagzeilen-Kultur und Sensationsmache der Tabloids.

Der Rechtsextremismus operiert mit den Mitteln von Übertreibung, Vereinfachung und durch das Schaffen von Feindbildern. Obwohl er seinen reichen Gönnern verpflichtet ist, stilisiert er sich zum Fürsprecher der einfachen Leute gegen „die da oben“, die „Eliten“ und gegen Politiker, die allesamt als gekauft, korrupt, unfähig, abgehoben, „gegen das Volk“, ja, als

Agenten eines „Systems“ dargestellt werden. Darin steckt jedoch auch ein Kern des Guten, nämlich die Sehnsucht nach etwas ganz anderen, nach einer Politik, die sich nicht mit der Verwaltung des Existierenden und dem Management von Details zufriedengibt. Es ist eine Art Revolte in perversen Formen, der Wunsch nach einer echten Systemveränderung.

Deswegen gibt es auch immer wieder die Kritik, dass breite Teile der gemäßigten Linken diese rebellischen, widerständigen Energien den Rechtsextremen überlassen hätten. Mit dieser Kritik geht manchmal ein Plädoyer für einen „linken Populismus“ einher. Was linker Populismus sein soll, ist dabei häufig nicht so klar. Der vor einigen Jahren verstorbene britisch-argentinische Philosoph Ernesto Laclau galt als einer der schlauesten Denker eines solchen Populismus „von links“. Für ihn war eine der Charaktereigenschaften dieses Populismus, dass die Linke die Unterprivilegierten ansprechen müsse – als ein widerständiges „Wir“, gegen die Etablierten, die Reichen, die Gewinner, gegen diejenigen, die das System zu ihrem Vorteil geschaffen haben. Andere wiederum verbinden mit Linkspopulismus mehr Radikalismus, oder auch leicht verständliche Forderungen, die sich nicht im energielosen Für und Wider, dem Einerseits-Andererseits verlieren, die häufig progressive Regierungspolitik kennzeichnen.

Viele dieser Argumente klingen nicht nur plausibel, sie haben auch viel für sich. Zugleich führen Versuche einer radikaleren linken Politik sehr oft in eine Sackgasse, in der eine regressive Linke die Welt viel zu oft in Schwarz und Weiß, in Gut und Böse unterteilt. Eine solche banale Gegenüberstellung verkennt jedoch sowohl die Ambiguitäten der Wirklichkeit als auch die Komplexität der meisten Themen. Und sehr häufig stellt sich dann heraus, dass eine solche Strategie nicht nur zu deprimierenden Simplifizierungen führt, sondern auch zu pseudo-leninistischer Kraftmeierei und Verbalradikalismus – und überdies noch nicht einmal Erfolge nach sich zieht. Denn im eher heterogenen Wählerpotenzial von Linksparteien schreckt solche Unvernunft immer auch mindestens so viele Leute ab wie sie möglicherweise anzieht.

Der Linksliberalismus ist in aller Regel derart gemäßigt, dass er wegen der „realpolitischen“ Orientierung keinerlei Leidenschaften entfachen kann.

Das, was man in Kontinentaleuropa gelegentlich den gemäßigten Linksliberalismus nennt, war immer auch eine Gegenreaktion auf eine regressive Linke, die glaubte, die Konflikte in einer modernen Welt in den Kostümen einer untergegangenen Vergangenheit führen zu können. Das ist das Gute am Linksliberalismus. Aber auch er hat, wie der Linkspopulismus, seine Falle: Er verliert sich leicht in einer ausbalancierten Gemäßigkeit und Vernünftigkeit, sodass er gar nichts mehr zuwege bringt. Ja, schlimmer noch: Oft war er einfach eine Kapitulation vor den „Realitäten“, die Akzeptanz des zeitgenössischen Kapitalismus.

Der Linksliberalismus ist in aller Regel derart gemäßigt, dass er wegen der „realpolitischen“ Orientierung keinerlei Leidenschaften entfachen kann, während die akzentuierte Linke einen gewissen „Unrealismus“ für notwendig hält, um den Kampf gegen Gewalt, Ungerechtigkeiten, soziale und ökonomische Ungleichheit aufnehmen zu können. Das ist oft eine Schwäche des Linksliberalismus. Aber dennoch hat er gegenüber einem (verbal-)radikalen Linkspopulismus einen großen Vorzug: Die Banalisierung der Diskurse, die Gereiztheit, die Phrasen und die allgegenwärtige Propaganda, die mit dem Aufstieg des Rechtsextremismus einhergehen, gehen sehr vielen Leuten richtig auf die Nerven. Es ist eine Sackgasse, zu versuchen, in diesem Stil mit den Rechtsextremen und Rechtspopulisten in Konkurrenz zu treten.

Seite E 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Die demokratische Linke sollte auf die Macht des Wortes, auf die des leisen Nachdenkens und Abwägens, aber auch auf die Macht der Gesprächsführung setzen, wozu das Argumentieren, das Widersprechen, aber auch das Zuhören gehört. „Die Stimme des Intellekts ist leise, aber sie ruht nicht, ehe sie sich Gehör verschafft hat“, formulierte Sigmund Freud einmal. Vielleicht werden manche von Ihnen jetzt entgegenen, dass es romantisch oder sogar naiv sei, auf diese Weise auf die Macht des Wortes zu setzen, auf das, was Jürgen Habermas in einer längst legendären Formulierung den „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ nannte. Dann sollten wir allesamt romantischer werden. Denn es gibt keine andere gute Möglichkeit zur Verbesserung unserer Gesellschaften, als sich – um Kant zu paraphrasieren – des eigenen Verstandes zu bedienen, und das öffentlich zu tun und die Macht des Wortes zur Geltung zu bringen, gegen das Geschrei.

Der Königsweg wäre wohl so etwas wie ein „radikaler Linksliberalismus“, wenn es denn so etwas gäbe, angelehnt an einen „revolutionären Reformismus“, der nicht nur den autoritären Versuchungen einer regressiven Linken und den Verlockungen entgeht, eine komplexe Welt in alberne Eindeutigkeiten aufzulösen, sondern der zugleich die Falle einer totalen Gemäßigkeit vermeidet, in der man die Fähigkeit einbüßt, irgendwelche ambitionierten Ziele zu formulieren. Also etwa in der Art: radikal in der Ambition, aber vernünftig in Stil und Ton.

Dieser Artikel ist eine gemeinsame Publikation von Social Europe und dem IPG-Journal.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/koenigsweg-gesucht-7442/?utm_campaign=de_40_20240416&utm_medium=email&utm_source=newsletter

01) FUEN-Manifest zu den EU-Wahlen

Was erwarten die Minderheiten von der Europäischen Union? Lesen Sie das **Manifest der FUEN** (=Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten) zu den EU-Wahlen!

„Wir, die **traditionellen Minderheiten** in Europa, glauben an ein Europa, das mit Stolz seinen kulturellen Reichtum, seine Traditionen und seine sprachliche Vielfalt bewahrt. Die FUEN und ihre Mitgliedsorganisationen stehen für eine kulturell und sprachlich reiche und demokratische Europäische Union, in der sich nationale und sprachliche Minderheiten entfalten.“

[Hier geht es zum genauen Wortlaut des FUEN-Manifestes.](#)

https://fuen.org/assets/upload/editor/docs/doc_cMleiBI4_FUEN_Manifesto_DE.pdf

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 26, 2024

Wien, am 22. April 2024



In Europa liegt unsere Stärke in der Einheit der Vielfalt. Wir, die traditionellen Minderheiten in Europa, glauben an ein Europa, das mit Stolz seinen kulturellen Reichtum, seine Traditionen und seine sprachliche Vielfalt bewahrt. In der Europäischen Union gibt es etwa 50 Millionen Menschen, die einer nationalen Minderheit angehören oder eine Minderheitensprache sprechen. Die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) und ihre Mitgliedsorganisationen stehen für eine kulturell und sprachlich reiche und demokratische Europäische Union, in der sich nationale und sprachliche Minderheiten entfalten.

Trotz der grundlegenden Rechtsgarantien in ihren Verträgen fehlt es der EU immer noch an einer umfassenden Minderheitenpolitik. Wir bedauern, dass dem Schutz nationaler und sprachlicher Minderheiten in den Institutionen der Europäischen Union, insbesondere in der Europäischen Kommission, keine größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die EU muss ein Raum sein, in dem die ethnische, kulturelle und sprachliche Vielfalt geachtet wird und in dem Menschen weder ausgegrenzt noch marginalisiert werden. Unsere Vision ist eine kulturell reiche und demokratisch integrative Europäische Union, in der nationale und sprachliche Minderheiten gedeihen.

Wir, die Mitglieder der FUEN, fordern die Verabschiedung von Normen zum Schutz von Minderheiten innerhalb der EU, um die tatsächliche Gleichstellung von Minderheiten zu gewährleisten. Die Einrichtung eines wirksamen Mechanismus zur Gewährleistung und Überwachung der Grundrechte von Minderheiten ist sowohl in den EU-Mitgliedstaaten als auch in den Kandidatenländern von größter Bedeutung.

Die Situation und die rechtliche Stellung der nationalen Minderheiten in der EU sind von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich. Wir setzen uns daher für einen gemeinsamen europäischen Politikstandard zu ihrem Schutz ein. Wir wollen eine europäische Strategie zum Schutz und zur Förderung nationaler und sprachlicher Minderheiten, die sicherstellt, dass alle Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Verbesserung der Minderheitenrechte ergreifen. Wir fordern die EU auf, einen systematischen Ansatz zur Erhaltung und zum Schutz nationaler und sprachlicher Minderheiten im Rahmen ihres Rechtsstaatlichkeitsmechanismus zu wählen.

In einem breiteren internationalen Kontext glauben wir, dass die EU ihre institutionelle Partnerschaft im Bereich des Schutzes von Minderheitenrechten mit dem Europarat, der OSZE und den Vereinten Nationen vertiefen sollte. Die grundlegenden Minderheitenschutzstandards des Europarats sollten in den EU-Besitzstand integriert werden.

Wir unterstützen die vollständige Umsetzung der Kopenhagener Kriterien in den Beitrittsländern und halten die Bedingungen für den Schutz der Minderheitenrechte für entscheidend, um die Eignung für eine EU-Mitgliedschaft zu beurteilen. In ihrem Erweiterungsprozess sollte die EU die vollständige und bedingungslose Einhaltung dieser Bestimmungen verlangen.

Die Umsetzung der Ziele der Europäischen Bürgerinitiative „Minority SafePack“ steht nach wie vor ganz oben auf unserer Agenda, und wir sind überzeugt, dass die Maßnahmen dieser Initiative in hohem Maße zu einem verbesserten Schutz von Minderheiten in der Union beitragen würden.

Wir fordern die Wiedereinsetzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe für traditionelle Minderheiten, nationale Gemeinschaften und Sprachen im Europäischen Parlament, die weiterhin als wichtiges Forum dienen sollte, um Informationen aus erster Hand über die Herausforderungen zu erhalten, denen sich Sprach- und Minderheitengemeinschaften gegenübersehen.

Wir fordern die Einsetzung einer beratenden Gruppe für die Europäische Kommission, die sich mit traditionellen nationalen und sprachlichen Minderheiten befasst. Dieses beratende Gremium unabhängiger Experten für Minderheitenrechte sollte die Kommission bei der Politikgestaltung in allen relevanten Bereichen unterstützen.

Wir fordern, dass die künftige Kommission den Schutz und die Förderung der Rechte nationaler und sprachlicher Minderheiten in das Ressort eines ihrer Kommissionsmitglieder aufnimmt.

Wir setzen uns für ein Europäisches Forum nationaler und sprachlicher Minderheiten ein, das als angeschlossenes beratendes Gremium der Europäischen Union und des Europarats fungieren soll.

Die Teilnahme an den Europawahlen vom 6. bis 9. Juni 2024 ist von größter Bedeutung für die Zukunft der Minderheiten. Wir empfehlen nachdrücklich, für Kandidaten aus unseren Minderheitengemeinschaften zu stimmen, um sicherzustellen, dass unsere Stimmen in der europäischen Politik und Politikgestaltung gehört werden!

02) Keine Zeit für Alleingänge. Wer auch immer die US-Präsidentschaftswahl für sich entscheidet: Die EU muss dringend ihre gemeinsame Verteidigung stärken

Von Paul Mason



Paul Mason
London

Paul Mason ist Autor und Fernsehjournalist. Sein Buch *Postkapitalismus: Grundrisse einer kommenden Ökonomie* erschien 2016, *Klare, lichte Zukunft – Eine radikale Verteidigung des Humanismus* erschien 2019.

Außen- und Sicherheitspolitik 29.04.2024



Der Eurofighter gilt als europäisches Vorzeigeprojekt.- *picture alliance / Photoshot*

Kürzlich hat der französische Präsident Emmanuel Macron gefordert, Frankreich müsse eine „[Kriegswirtschaft](#)“ werden. Für dieses Jahr hat er bereits neue Rüstungsaufträge im Wert von 20 Milliarden Euro erteilt und die Rüstungsunternehmen aufgerufen, die Produktion anzukurbeln. Ziel ist es, die Munitionsvorräte aufzufüllen und die Ukraine weiterhin zu unterstützen.

[Polen](#) hat sich unterdessen verpflichtet, seine Verteidigungsausgaben auf vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen (auf das Doppelte der von der NATO geforderten Mindestausgaben), während [Norwegen](#) ein neues Programm zum Bau von Kriegsschiffen aufgelegt hat, mit dem sich die Militärausgaben bis 2036 verdoppeln werden.

Die Gründe für diesen plötzlichen Anstieg der europäischen Verteidigungsausgaben liegen auf der Hand: So will man nicht nur die Ukraine mit weiterer überlebensnotwendiger

Seite E 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Munition und anderem Material versorgen, sondern es verbreitet sich auch langsam die Erkenntnis, dass die USA immer mehr zu einem strategisch unzuverlässigen Verbündeten werden.

Mehrere einflussreiche Personen, von EU-Ratspräsident Charles Michel bis zur estnischen Premierministerin Kaja Kallas, haben die Europäische Union daher aufgerufen, weitere Verteidigungsinvestitionen zu [finanzieren](#). Im vergangenen Monat hat die Europäische Kommission darüber hinaus ihre erste [europäische Industriestrategie für den Verteidigungsbereich](#) veröffentlicht (die *European Defence Industrial Strategy*, EDIS).

Die EU-Staaten arbeiten bei ihren Verteidigungsausgaben meist nicht zusammen.

Doch die Herausforderungen sind riesig. Die europäischen Staaten haben in der Vergangenheit stets zu wenig Geld im Bereich Verteidigung ausgegeben. Außerdem sind die jeweiligen Rüstungsindustrien zersplittert und das Kapital für neue Investitionen ist knapp, sodass die europäischen Armeen chronisch von US-Ausrüstung abhängig sind.

EDIS ist zwar äußerst ambitioniert, zeigt dabei aber auch, dass die Bilanz der bisherigen Rüstungsproduktion ernüchternd ausfällt – vor allem im Vergleich zur US-amerikanischen Reaktion auf neue Bedrohungen. Hätten alle EU-Mitgliedstaaten die NATO-Mindestausgaben in Höhe von zwei Prozent des BIP eingehalten, hätten sie zwischen 2006 und 2020 eine Billion Euro zusätzlich ausgegeben, ein Viertel davon für neue Investitionen. Während die Nachfrage nach Munition und neuer Ausrüstung als Reaktion auf den [Krieg in der Ukraine](#) also sprunghaft angestiegen ist, wurden 78 Prozent der europäischen Rüstungsgüter ins Ausland geliefert, davon allein 63 Prozent in die USA.

Ein weiteres Problem: Die EU-Staaten arbeiten bei ihren Verteidigungsausgaben meist nicht zusammen. Nur 18 Prozent der gesamten europäischen Rüstungsbudgets fließen in länderübergreifende Projekte. Das ist gerade einmal die Hälfte der 35 Prozent, die sich die Mitgliedstaaten 2007 als Ziel gesetzt hatten.

Die europäischen Armeen sind in Bezug auf Hightech-Ausrüstung existenziell von den USA abhängig. Darüber hinaus hat sich Südkorea als Lieferant von dringend benötigten, in Massenproduktion hergestellten Panzern und Artilleriewaffen etabliert. Die europäische Rüstungsindustrie hingegen strotzt vor eifersüchtig gegeneinander ins Feld geschickten und geschützten „nationalen Champions“, die wenig Bereitschaft zeigen, proaktiv und in großem Umfang zu investieren. So aufgeblasen diese Unternehmen auch sein mögen, sie sind bestenfalls Nischeninnovatoren, die (im Gegensatz zu ihren US-amerikanischen Konkurrenten) nicht in der Lage sind, bei den Waffensystemen die Generationensprünge zu vollziehen. Diese wären jedoch erforderlich angesichts der Bedrohung durch ein autoritäres Russland und eine chinesische Diktatur, die sich jeglicher regelbasierten und durch universelle Normen zementierten Ordnung widersetzen.

Die europäischen Armeen sind in Bezug auf Hightech-Ausrüstung existenziell von den USA abhängig.

Die USA machen derzeit schnelle Fortschritte. In der [National Defense Industrial Strategy](#), die Ende letzten Jahres veröffentlicht wurde, wird ein gänzlich anderes Problem diagnostiziert als in der EU: eine stark monopolisierte Verteidigungsindustrie, die sich auf große Systemhersteller wie Lockheed Martin und General Dynamics konzentriert. Dies lasse wenig Raum für kleine und mittelgroße Unternehmen sowie Technologie-Start-ups,

Seite E 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

die neue Impulse auf den Markt bringen könnten. Stattdessen seien die fünf großen Rüstungsunternehmen in einer Position, in der sie ihren Markt mehr oder weniger selbst gestalten können.

Als Reaktion darauf versprach die US-Regierung, den heimischen Rüstungsmarkt für ausländische „Partnerschaften“ (statt für Wettbewerb) zu öffnen und die eigenen Einkäufe in einem breiter aufgestellten, heimischen Anbieternetzwerk zu tätigen. Dadurch sollen kleine und mittlere Unternehmen sowie digital orientierte Technologieunternehmen direkteren Zugang erhalten – und die Gatekeeper-Rolle der fünf Großkonzerne soll beseitigt werden.

Die USA zeigen sich also entschlossen, ihre Rüstungsproduktion „umzuschichten“ und deutlich mehr [staatliche Vorgaben](#) zu machen (ähnlich wie es die EU auch tun möchte). Indes ist schwer vorstellbar, dass die Europäer ohne eine aggressivere Herangehensweise das Maximum für sich herausholen können. Zwar setzt EDIS ehrgeizige Ziele: So sollen die EU-Mitgliedstaaten bis 2030 50 Prozent und bis 2035 60 Prozent ihres Verteidigungshaushalts in Europa ausgeben, wobei 40 Prozent der Ausgaben bis 2030 auf länderübergreifende Zusammenarbeit entfallen sollen. Es dürfte jedoch schwierig sein, diese Ziele zu erreichen.

Was die heutigen Militärtechnologien angeht, so hat Europa tatsächlich einige großartige Nischenanbieter. Als man im Vereinigten Königreich beispielsweise merkte, dass man schnellstmöglich Kriegsschiffe braucht, die andere Kriegsschiffe versenken können, kaufte man [in aller Eile](#) 200 Marineflugkörper (*Naval Strike Missiles*) von der norwegischen Firma Kongsberg. Diese Flugkörper gelten als herausragende Waffe in ihrer Klasse. Die französischen Rafale sind bewährte Kampfflugzeuge, die unter anderem von der ägyptischen und indischen Luftwaffe eingesetzt werden und für die es zahlreiche weitere Produktionsaufträge gibt. Der deutsche Schützenpanzer Puma gilt ebenfalls als weltweit führend, wenn auch als teuer.

Das Problem ist aber zunächst, dass Europas derzeitige Erfolgsgeschichten im Bereich der Verteidigungstechnologie *in Europa selbst* nur selten große Verbreitung finden. Jedes Land hat seine eigene Variante eines Schützenpanzers, und jedes Land hat seinen eigenen traditionellen Lieferanten von Kleinwaffen.

Wenn Europa ein eigenes Kampfflugzeug der sechsten Generation entwickeln will, muss es gemeinsam einen „Champion“ auswählen.

Das größere Problem sind aber Maßstab und Tempo bei Innovationen. Der Eurofighter Typhoon, ein wirklich paneuropäisches Projekt, ist ein zuverlässiges Kampfflugzeug der [viereinhalbten Generation](#), ebenso wie die Rafale. Die USA haben allerdings zwei Kampfflugzeuge entwickelt, die dank ihrer Tarnkappen- und digitalen Sensortechnologien schon zur fünften Generation des Luftkampfs gehören: die Modelle F-22 und F-35. Letzteres ist auch für europäische Kunden zum bevorzugten Mehrzweckflugzeug geworden. Diese Kampfflugzeuge sind bereits in Großbritannien, Italien und Norwegen im Einsatz, Finnland hat ebenfalls eine große Bestellung aufgegeben.

„Jeder, der einsehen und beobachten konnte, was die F-35 wirklich können, kauft sie,“ heißt es in Branchenkreisen. Doch es gibt einen Haken: Offenbar hält die US-Regierung die Upgrade-Möglichkeiten und die Programmcodes der Flugzeuge eisern unter Verschluss und wird das auch weiterhin tun. Wenn Europa in Zukunft eine Art militärische [„strategische Autonomie“](#) anstreben will, muss es in der Lage sein, diese neue Art von

Verteidigungstechnologie zu produzieren. Dabei geht es weniger um klassische „Plattformen“ – wie Flugzeuge und Schiffe – als vielmehr um „Systeme“: digitale Sensoren und KI-Fähigkeiten, die über Netzwerke an Land, auf See, in der Luft und im Weltraum eingesetzt werden.

Hier kommt der Staat als Lenker ins Spiel. Laut dem australischen ASPI-Institut, das den technologischen Wettbewerb beobachtet, ist China in 37 von 44 „kritischen Zukunftstechnologien“ [führend](#). Diese Position sichert sich das Land durch sieben streng geheim agierende Militäruniversitäten, deren Forschung staatlich gelenkt wird und deren Absolventen drei Viertel der in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern ausgebildeten Arbeitskräfte der chinesischen Rüstungsindustrie stellen.

Wenn Europa ein eigenes Kampfflugzeug der sechsten Generation entwickeln will – es ist noch unklar, ob es sich dabei noch um ein bemanntes Flugzeug oder schon um eine Cloud aus autonomen Überschalldrohnen handeln würde –, muss es gemeinsam einen „Champion“ auswählen und die verfügbaren Fachkräfte und Kompetenzen entsprechend koordinieren. Stattdessen gibt es jedoch zwei Konkurrenten: das [Future Combat Air System](#) – eine Kollaboration zwischen Frankreich, Deutschland und Spanien – und das [Global Combat Air Programme](#), an dem das Vereinigte Königreich, Italien und Japan beteiligt sind. Bei beiden Projekten gibt es Probleme mit der [Finanzierung](#) und der [Arbeitsteilung](#).

Arbeitsplätze im Verteidigungsbereich sind gut bezahlt und können auch in strukturschwachen Regionen angesiedelt werden.

Eine Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Regierungen, die es mit Chinas technologischer Vormachtstellung bei hochentwickelten Waffen aufnehmen könnte, ist in einem Hochschulsektor, der sich als „Markt“ versteht, wie beispielsweise im Vereinigten Königreich, einfach nicht möglich. Wenn *Labour* die kommenden Parlamentswahlen gewinnen und ihr Vorsitzender Keir Starmer sein Versprechen einlösen sollte, einen [Sicherheitspakt mit der EU](#) zu unterzeichnen, wäre ein naheliegender nächster Schritt, dass Großbritannien und die EU eine strategische Partnerschaft im Bereich der Verteidigungstechnologien eingehen. Da die *Labour*-Partei eine Industriestrategie nach europäischem Vorbild verspricht, sollte tatsächlich als Erstes das Verhältnis Londons zu einer stärker staatlich gelenkten europäischen Wirtschaft ausgelotet werden.

Für die EU kommt nun in jedem Fall ein entscheidendes Moment. Wenn Donald Trump die US-Präsidentenwahlen im November gewinnt und sich von der NATO entfernt oder das Bündnis ganz aufgibt, müssen wir uns möglicherweise auf Ausgaben von *über* vier Prozent des BIP für die Verteidigung Europas einstellen. Und selbst wenn Joe Biden im Weißen Haus [bleiben sollte](#), zeigen die jüngsten Unzuverlässigkeiten der USA mit Blick auf die Ukraine, dass Europa strategische Autonomie und technologische Souveränität in Sachen Verteidigung braucht.

Dies zu erreichen, könnte große Vorteile bringen: Arbeitsplätze im Verteidigungsbereich sind gut bezahlt und können auch in strukturschwachen Regionen angesiedelt werden. Darüber hinaus hat Forschung im Verteidigungsbereich in der Regel positive Auswirkungen auf den zivilen Sektor. Die Problematik ist klar: Ein kleinteiliger Etatismus in der Rüstung und Verteidigung auf rein nationaler Ebene muss der Vergangenheit angehören. Europa muss sich kontinentweit wappnen – nicht nur mit Eurobonds, um neue Investitionswellen zu finanzieren, sondern auch mit der Zusammenführung der einzelnen nationalen Produktionsstandorte zu einer „Kriegswirtschaft“, die über die bisherigen rhetorischen Beteuerungen hinausgeht.

Aus dem Englischen von Tim Steins.

Dies ist eine gemeinsame Veröffentlichung von Social Europe und dem IPG-Journal.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/keine-zeit-fuer-alleingaenge-7469/?utm_campaign=de_40_20240430&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) „Vielleicht gäbe es dann heute keinen Krieg“. Der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen über die Osterweiterung, Fehler der EU und einen möglichen Ukraine-Beitritt.

Interview mit Günter Verheugen. Die Fragen stellten Joscha Wendland und Nikolaos Gavalakis



Günter Verheugen

Günter Verheugen war von 2004 bis 2010 EU-Kommissar für Unternehmen und Industrie und von 1999 bis 2004 EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik.

Interviews 22.04.2024

Die Fragen stellten Joscha Wendland und Nikolaos Gavalakis.



Nikolaos Gavalakis, Berlin

Nikolaos Gavalakis ist Chefredakteur des IPG-Journals. Zuvor war er Leiter des Regionalbüros „Dialog Osteuropa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew sowie des Myanmar-Büros der FES. Er hat in Mainz und Kalifornien Politikwissenschaft, Jura und Amerikanistik studiert.



„Kann man sich eine Kommission mit 37 Mitgliedern oder mehr vorstellen, von denen sieben aus dem ehemaligen Jugoslawien kämen, aber nur eines aus Frankreich?“ - *picture-alliance/dpa | Dirk_Waem*

Vor 20 Jahren traten im Zuge der Osterweiterung zehn osteuropäische Staaten, darunter die baltischen Länder, aber auch Polen und Ungarn der Europäischen Union bei. Sie haben in der Vergangenheit die von Ihnen vorbereitete Erweiterungsrunde 2004 als bedeutendste historische Leistung der EU seit ihrer Gründung gewertet. Teilen Sie diese Einschätzung auch noch heute?

Ja, unbedingt. Sogar noch eindringlicher. Aus der Sicht von heute ist es ein kleines Wunder, dass es möglich gewesen ist, dieses Projekt zu verwirklichen. Die EU wäre heute dazu nicht mehr in der Lage. Das war damals nur möglich, weil der Geist eines neuen, geeinten Europas noch lebendig war und Regierungen, Parlamente und Gesellschaft in den Kandidatenländern bereit waren, die Mühen der Transformation auf sich zu nehmen. Nur dadurch konnte das erfolgreich sein. Jetzt, 20 Jahre später, würde ich sagen, dass das Wesentliche, das erreicht werden sollte, auch erreicht wurde. Aber natürlich ist das nicht das Ende der Fahnenstange. Um es leicht abgewandelt mit Willy Brandt zu sagen: Es ist noch nicht alles zusammengewachsen, was zusammengehört.

Nicht alle der damals beigetretenen Länder produzieren rein positive Schlagzeilen. Könnte man nicht mit Blick auf Staaten wie zum Beispiel Ungarn sagen, dass der Beitritt zur EU womöglich etwas zu früh war?

Das könnte man dann auch für einige Alt-Mitglieder sagen. Welches Land sorgt schon immer für die beste Presse? Es ist interessant, dass Sie gerade das Beispiel Ungarn wählen. Ungarn war damals im Jahr 2000 *Everybody's Darling*. Ungarn war das Land, das den Eisernen Vorhang geöffnet hatte. Es war damals geradezu eine Liebesbeziehung zwischen der EU und Ungarn. Kein Mensch wäre auf die Idee gekommen, zu sagen, Ungarn gehöre nicht in die Europäische Union. Demokratische Wahlen produzieren nicht immer notwendigerweise Ergebnisse, die sich andere wünschen. Ich halte auch nichts davon, Menschen für ihr Wahlverhalten zu bestrafen.

Aktuell würde niemand mehr die Beziehung zwischen der EU und Ungarn als Liebesbeziehung bezeichnen.

Nein, absolut nicht. Und das schon seit zehn Jahren nicht mehr. Aber wir sollten nicht den Fehler machen, die ungarische Demokratie abzuschreiben. Ungarn ist nach wie vor eine Demokratie und das Schicksal, das Jarosław Kaczyński in Polen widerfahren ist, wird Viktor Orbán auch passieren.

Sie haben sich in der Vergangenheit auch für einen EU-Beitritt der Türkei ausgesprochen und gesagt, dass bezüglich eines EU-Beitritts des Landes keine weiteren Hindernisse mehr auf dem Tisch lägen. Wie beurteilen Sie die Situation heute?

Die EU hat die Türkei verloren. Und das ist einer der schwerwiegendsten strategischen Fehler, den sie in den letzten Jahrzehnten gemacht hat. Im Gegensatz zur Osterweiterung, bei der ein Akt historischer Gerechtigkeit im Vordergrund stand, ist der Fall Türkei ein geopolitischer. Die feste Einbindung der Türkei in EU-Strukturen ist eine zentrale sicherheitspolitische Frage, denn die Türkei liegt an der Nahtstelle zwischen Europa und Asien.

Die feste Einbindung der Türkei in EU-Strukturen ist eine zentrale sicherheitspolitische Frage.

Als der Europäische Rat die Türkei 1999 als Beitrittskandidat anerkannte, entwickelte das Land eine unglaubliche Reformdynamik, die 2002 am stärksten war, als Erdoğan an die Macht kam. Das ist heute natürlich vergessen. 2005 kam es dann zum Regierungswechsel in Deutschland und das Referendum über die Europäische Verfassung scheiterte in Frankreich. Chirac machte unter anderem die Türkeipolitik der EU dafür verantwortlich. Merkel behauptete wiederum, die Türkei sei ein anderer Kulturkreis mit einer anderen Religion, die nicht zu Europa gehöre. Damit war die Sache erledigt. Aus welchem Grunde sollte sich die Türkei dann noch weiter Mühe geben?

Gehört zu der Erzählung nicht auch eine deutliche Kritik am Erdoğan-Regime?

Keine Frage. Ich sage nicht, dass die EU schuld an dem ist, was seitdem in der türkischen Innen- und Außenpolitik passiert. Aber ich sage, dass die EU ganz leichtfertig auf jede Möglichkeit der Einflussnahme auf die innere Entwicklung der Türkei und auf die türkische Politik verzichtet hat. Nun neigt sich das Erdoğan-Regime dem Ende zu, aber ob man noch einmal zurückkehren kann zu der Situation von 1999 oder 2004, da habe ich ganz starke Zweifel. In dem Teil der türkischen Bevölkerung, für die es ein Herzenswunsch war, als Europäer akzeptiert zu werden, ist die Enttäuschung und die Frustration natürlich sehr groß.

Schauen wir Richtung Balkan. Mehrere Länder, unter anderem Albanien, Montenegro und Serbien, stehen auf der Liste der Beitrittskandidaten. Wie blicken Sie auf eine bevorstehende Balkanerweiterung der EU?

Die sogenannten Westbalkan-Staaten haben bereits seit 1999 eine Beitrittsperspektive. Sie sollte der Anreiz für die Länder der Region sein, für Frieden, Stabilität und gute Nachbarschaft zu sorgen. Das wurde zunächst sehr aktiv verfolgt, aber nach einiger Zeit hat die EU nicht mehr viel getan, um diesen Prozess lebendig zu halten. Man könnte argumentieren, dass, wenn die EU etwas energischer gewesen wäre – wie bei der Osterweiterung 2004 –, wir heute weiter wären. Entscheidend ist aber etwas anderes: Diese nächste Runde wird nicht möglich sein ohne Veränderungen im institutionellen System der EU. Die Aufnahme von mehreren Klein- und Kleinststaaten würde die demokratische Balance innerhalb der EU verändern. Bei unserem jetzigen System könnten diese Staaten dann den Kurs der EU bestimmen. Es besteht weitgehender Konsens, dass die nächste Erweiterung mit einer institutionellen Reform verbunden sein muss. Nur ein Beispiel: Kann

man sich eine Kommission mit 37 Mitgliedern oder mehr vorstellen, von denen sieben aus dem ehemaligen Jugoslawien kämen, aber nur eines aus Frankreich? Ob ein solches System in der Bevölkerung Akzeptanz finden würde, bezweifle ich. Ehe diese Beitrittsrunde abgeschlossen wird, braucht es einen neuen europäischen Vertrag, den es in Anbetracht der rechtspopulistischen Welle und der derzeitigen Verhältnisse in Europa in nächster Zeit nicht geben wird. Das Ziel der Erweiterung ist nach wie vor richtig, aber zunächst muss die Frage der weiteren Funktionsfähigkeit der EU geklärt werden.

Ende letzten Jahres haben die EU-Staaten beschlossen, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufzunehmen. Realistisch betrachtet ist das Land noch sehr weit davon entfernt, Mitglied zu werden. Ist die Mitgliedsperspektive für Kiew ein Ansporn für Reformen oder reine Symbolpolitik, die zusätzlich falsche Hoffnungen weckt?

Ich glaube beides. Aber ich neige eher dazu, dass es eine reine Symbolhandlung ist, die in der aktuellen Situation durchaus ihren Wert für die Ukraine haben mag. Eine realistische Perspektive für einen Beitritt der Ukraine ist damit zunächst einmal jedoch nicht verbunden. Ich will aber nicht ausschließen, dass eine ganze Reihe von Akteuren in der EU auch guten Glaubens ist, dass man mit dieser Perspektive das Land zu den notwendigen Reformen ermutigen kann. Tatsächlich haben wir es mit tiefgehenden strukturellen Problemen in der Ukraine zu tun – die endemische Korruption, die tief verwurzelte Macht der Oligarchen und der Radikalismus der Ultrarechten –, die diesen Prozess sehr schwierig gestalten. Hinzu kommt das Kriegsrecht. Angesichts all dessen bin ich eher pessimistisch, was die Perspektiven angeht.

Tatsächlich haben wir es mit tiefgehenden strukturellen Problemen in der Ukraine zu tun.

Wir wissen auch nicht, welche politische und territoriale Gestalt die Ukraine haben wird, mit der dann ernsthafte Verhandlungen geführt werden könnten. In den Verhandlungen werden schwierigste Fragen hochkommen, die bereits heute für massiven Ärger in einigen EU-Staaten sorgen, wie etwa die Landwirtschaft. Und dann sind da auch noch die Kosten, die durch einen Beitritt der Ukraine entstehen würden. Die Mittel dafür müssen aufgebracht und verteilt werden. Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: Die Beiträge der Mitgliedstaaten erheblich erhöhen oder die Leistungen deutlich kürzen. Beides wird sehr wehtun. Vor allen Dingen werden sie den größten Nettoempfänger, Polen, treffen, sodass die Begeisterung dort für einen schnellen Abschluss sich relativ schnell abkühlen wird, wenn wir in die Nähe ernsthafter Verhandlungen mit der Ukraine kommen.

Hat die EU, was die Ukraine betrifft, Fehler gemacht?

Ohne Zweifel. Fast 25 Jahre lang war es die Brüsseler Politik, die Ukraine auf Abstand zu halten. Noch im 2014 gebilligten Assoziierungsabkommen wurde der Ukraine der Wunsch nicht erfüllt, eine EU-Beitrittsperspektive zu bekommen. Die EU hatte sich in den Verhandlungen 2011 schlicht geweigert, Bezug auf den EU-Vertrag zu nehmen, worin steht, dass jeder sich um einen Beitritt bemühen kann. Die europäische Position war bis 2014 ganz klar von Distanz gekennzeichnet. Das hat sich dann, vor allem durch amerikanischen und englischen Druck – und natürlich durch den Krieg – geändert. Aber hätte die EU eine gesamteuropäische Strategie gehabt, hätten wir 2014 schon sehr viel weiter sein können. Vielleicht gäbe es dann auch heute keinen Krieg.

Neben der Ukraine werden mit der Republik Moldau Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Auch Georgien ist offizieller Beitrittskandidat. Besteht für Brüssel nicht die Gefahr einer imperialen Überdehnung?

Nun, der Begriff „Überdehnung“ wird gewöhnlich in Bezug auf Imperien angewandt. Man kann der Europäischen Union sicherlich eine Menge vorwerfen, aber imperiale Gelüste hat sie nicht. Es wird niemand gezwungen, dabei zu sein, niemand wird unterdrückt. Der Gedanke der europäischen Einigung ist gesamteuropäisch und die EU ist ein Instrument, um diese europäische Einheit herzustellen, denn ihrem Wesen nach ist die EU ein Friedensbund. Die alte Lektion, dass Europa nur dort friedlich ist, wo es geeint ist, gilt heute unvermindert.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/vielleicht-gaebe-es-dann-heute-keinen-krieg-7458/?utm_campaign=de_40_20240423&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Geiz ist nicht geil. Zwei Billionen Euro geben die EU-Staaten jährlich für öffentliche Aufträge aus. Doch vom Geldsegen profitieren oft die Falschen.

Von Dennis Radtke & Agnes Jongerius & Sara Matthieu
& Nikolaj Villumsen



Dennis Radtke, Bochum

Dennis Radtke gehört seit 2017 dem Europäischen Parlament an und ist dort Teil der Fraktion der *Europäischen Volkspartei*.



Agnes Jongerius, Utrecht

Agnes Jongerius ist seit 2014 im Europäischen Parlament und dort Teil der *Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten*.



Sara Matthieu, Brüssel

Sara Matthieu ist seit Oktober 2020 Mitglied des Europaparlaments und dort Teil der Fraktion *Grüne/EFA*.



Nikolaj Villumsen, Aarhus

Nikolaj Villumsen ist seit der Europawahl 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments als Teil der Fraktion *Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL*. Zuvor war er von 2011 bis 2019 Abgeordneter des dänischen Parlaments für die linke Partei *Enhedslisten*.

Europäische Integration 23.04.2024



picture alliance / fStop | Malte Mueller

Öffentliches Auftragswesen – nicht wenige dürften hier vor Langeweile abschalten. Dabei sollte der Prozess, mit dem öffentliche Behörden Aufträge für Bauleistungen, Waren oder Dienstleistungen an Unternehmen vergeben, und die Frage, wie unterschiedliche Praktiken den Wettbewerb beeinflussen oder sogar verzerren, im Mittelpunkt der politischen Debatte stehen. Denn Tatsache ist, dass das öffentliche Auftragswesen auch in der EU-Politik eine

weitaus größere Rolle spielt, als vielen bewusst ist. Einerseits geht es um riesige Geldsummen: Jedes Jahr geben die EU-Mitgliedstaaten insgesamt etwa zwei Billionen Euro für das öffentliche Auftragswesen aus, etwa 14 Prozent des gemeinsamen Bruttoinlandsprodukts. Andererseits ist das öffentliche Auftragswesen für das Funktionieren unserer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Es betrifft alle Bereiche – von Energie, Infrastruktur und Verkehr bis hin zu Gesundheit, Reinigung und Abfallwirtschaft. Da so viele Sektoren mit so riesigen Beträgen betroffen sind, kann – und sollte – das Auftragswesen als Instrument in vielen der dringlichsten Politikbereiche eingesetzt werden.

Bedauerlicherweise ist es in der Europäischen Union heute so, dass viel zu viele öffentliche Ausschreibungen ausschließlich auf der Grundlage des niedrigsten Preises vergeben werden. Die Qualität der Dienstleistungen, die Arbeitsbedingungen oder die Umweltauswirkungen werden hingegen nicht berücksichtigt. Laut einer im Auftrag des Europäischen Parlaments durchgeführten Studie haben im Jahr 2021 zehn Mitgliedstaaten [82 bis 95 Prozent](#) ihrer Ausschreibungen ausschließlich auf der Grundlage des niedrigsten Preises oder der niedrigsten Kosten vergeben. Doch die Logik des günstigsten Angebots ist kurzsichtig. Sie untergräbt die Qualität von Dienstleistungen und Konsumgütern und schadet Angestellten und Unternehmen gleichermaßen: den Arbeitnehmern, weil sie am Ende ungerecht behandelt werden; den Unternehmen, weil es bedeutet, dass diejenigen, die sich an die Regeln halten, einen unlauteren Wettbewerb mit denjenigen riskieren, die ein niedrigeres Angebot abgeben können, weil sie die Regeln brechen.

Die traurige Realität in der EU ist, dass öffentlich finanzierte Projekte immer wieder an Unternehmen vergeben werden, die das Leben ihrer Angestellten gefährden, indem sie grundlegende Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften nicht einhalten, oder an Unternehmen, die ihre Beschäftigten ausbeuten, indem sie ihnen weniger als den geltenden Mindestlohn bezahlen. Die öffentliche Auftragsvergabe schafft einen Anreiz für Unternehmen, sich gegenseitig mit mangelhaften Arbeitsbedingungen zu unterbieten, um die billigsten Dienstleistungen anbieten zu können. Letztlich untergräbt dies den fairen Wettbewerb.

Öffentliche Gelder dürfen nicht zur Finanzierung von Sozialdumping verwendet werden.

Diese Art des unlauteren Wettbewerbs sollte bekämpft und nicht belohnt werden. Öffentliche Gelder dürfen nicht zur Finanzierung von Sozialdumping verwendet werden. Stattdessen sollten Unternehmen finanziert und gefördert werden, die unsere gemeinsamen Regeln und Werte respektieren und gleichzeitig Lösungen für die sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit anbieten. Zwei Billionen Euro können ein wirksames Mittel sein, um die soziale Marktwirtschaft anzukurbeln und das Gesicht der europäischen Volkswirtschaften auf faire und nachhaltige Weise zu verändern. Sie können zu besseren Bedingungen für Millionen von Menschen führen, was dazu beitragen wird, stärkere und widerstandsfähigere Volkswirtschaften für uns alle aufzubauen. Auch der lange erwartete Bericht zur [Zukunft des EU-Binnenmarktes](#) stützt unsere Forderung. Darin heißt es, die Vorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen müssten sicherstellen, „dass die Verträge die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze fördern, die sich durch faire Löhne und Bedingungen auszeichnen, die durch Tarifverträge untermauert werden“.

Als Politikerinnen und Politiker können wir nicht untätig bleiben. Deshalb haben wir die Europäische Allianz für das öffentliche Auftragswesen ins Leben gerufen, um in der kommenden Legislaturperiode eine Überarbeitung der EU-Vergabevorschriften zu erreichen. Die Europäische Kommission soll wissen, dass die Forderung nach einer Überarbeitung des Auftragswesens breit im politischen Spektrum verankert ist. Bei allen

Seite E 46 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

öffentlichen Ausschreibungen sollten Sozialklauseln in der gesamten Auftragskette verbindlich vorgeschrieben werden. Der derzeitige freiwillige Ansatz für deren Anwendung ist nicht ausreichend.

Außerdem sollten öffentliche Ausschreibungen nur an Unternehmen vergeben werden, die Tarifverhandlungen und Gewerkschaften respektieren. Tarifverhandlungen und sozialer Dialog sind das Herzstück des europäischen Arbeitsmodells und der sozialen Marktwirtschaft; das öffentliche Auftragswesen kann dazu beitragen, dies zu fördern. Dies würde den Mitgliedstaaten dabei helfen, eine Tarifverhandlungsquote von 80 Prozent zu erreichen – ein erklärtes Ziel der EU – und bessere Arbeitsbedingungen für mehr Menschen zu schaffen.

Bei allen öffentlichen Ausschreibungen in der gesamten Auftragskette sollen Sozialklauseln verbindlich vorgeschrieben werden.

Außerdem müssen wir den öffentlichen Auftraggebern die Befugnis erteilen, Unternehmen, die Betrug begehen oder gegen Arbeitsrechte verstoßen, von öffentlichen Ausschreibungen auszuschließen. Die Grundlage hierfür bilden die Übereinkommen der [Internationalen Arbeitsorganisation](#) über Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen. Es sollte auch eine klare Grenze für die Vergabe von Unteraufträgen bei öffentlichen Ausschreibungen geben. Es gibt viele triftige Gründe für die Vergabe von Unteraufträgen, aber endlose Unterauftragsketten haben keinen anderen Zweck, als die Vorschriften zu umgehen oder anderweitig Betrug zu begehen. Leider ermöglichen Untervergabeketten den Unternehmen immer wieder, sich im Falle von Arbeitsunfällen oder Verstößen gegen das Arbeitsrecht vor der Verantwortung zu drücken.

Berücksichtigt werden muss auch, dass auf dem europäischen Arbeitsmarkt ein Fachkräftemangel herrscht, um die Herausforderungen des grünen und digitalen Wandels zu meistern. Mehr als 75 Prozent der europäischen Unternehmen haben Schwierigkeiten, Arbeitskräfte mit den richtigen Fähigkeiten zu finden. Daher sollten alle öffentlichen Ausschreibungen zweckgebundene bezahlte Praktika und Lehrstellen beinhalten. Auf diese Weise kann das öffentliche Auftragswesen von heute einen Beitrag zur Wirtschaft von morgen leisten.

Wenn es gelingt, das öffentliche Auftragswesen richtig zu gestalten, kann es zu einem mächtigen Instrument werden, das uns bei den politischen Maßnahmen und Initiativen hilft, die wir auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene beschließen. Wenn dies nicht gelingt, werden weiterhin öffentliche Gelder in Unternehmen gesteckt, die die von uns beschlossenen Maßnahmen aktiv untergraben. Wir wollen ein Europa, in dem das öffentliche Auftragswesen für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger arbeitet – und nicht gegen sie.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/geiz-ist-nicht-geil-7465/?utm_campaign=de_40_20240423&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 48 – E 70)

01) KW 17 (22. bis 28.04.2024) – Innenansichten. Von Ed Koch**paperpress**

seit 1976



Nr. 624-28

28. April 2024

49. Jahrgang

KW 17 – Innenansichten

Gestern fanden zahlreiche Auftaktveranstaltungen der Parteien zum Wahlkampf um die maximal 750 Sitze im Europäischen Parlament statt, von denen derzeit 705 besetzt sind.

Erste Zahl = Sitze insgesamt, zweite Zahl = Sitze für Deutschland: Christdemokraten 177/30, Sozialdemokraten 139/16, Liberale 102/7, Grüne 72/25*, Konservative 68/1, Rechtsextreme 59/9, Linke 37/5, Fraktionslos 50/3**.

Die mit Sicherheit unterhaltsamste Veranstaltung zum Wahlkampfstart fand am Freitag im Admiralspalast statt. Noch nie habe ich für eine zweistündige Lesung mit PowerPoint-Präsentation, auf einem viel zu engen und unbequemen Sessel sitzend, 40,75 Euro ausgegeben. Ich muss gestehen, dass sich die in mehrfacher Hinsicht schmerzhafteste Investition gelohnt hat.

Nico Semsrott, (1986 Hamburg), Kabarettist, Satiriker, Slam-Poet und seit 2019 Abgeordneter des Europäischen Parlaments, in das er gemeinsam mit **Martin Sonneborn** (1965 Göttingen) als Vertreter der Partei „Die Partei“ die Mandate errang. *Während sich Semsrott der Fraktion der Grünen anschloss, blieb **Sonneborn fraktionslos. 2021 trat Semsrott aus „Die Partei“ aus, behielt aber sein Mandat. Während Semsrott nicht erneut für das Europäische Parlament kandidiert, tritt Sonneborn erneut für „Die Partei“ an. Semsrott und Sonneborn waren vor ihrer politischen Karriere oft zu Gast in der ZDF „heute-show“, wo sie seitdem schmerzlich vermisst werden. Wikipedia



„Brüssel sehen und sterben – Wie ich im Europaparlament meinen Glauben an (fast) alles verloren habe“ ist der Titel eines im Rowohlt-Verlag erschienenen Buches. Nun, **Nico Semsrott** ist zum Glück nicht gestorben und seinen Glauben daran, dass Europa eigentlich eine gute Sache ist, auch nicht. Und auch dieser Hinweis darf nicht fehlen, Semsrott: „Ich habe dieses Buch nicht

nur nicht geschrieben, ich habe es noch nicht mal gelesen. Ich habe ein paar Hundert Seiten an Notizen abgegeben, und andere haben daraus ein Buch gemacht. Ich hoffe, es ist gut geworden.“ Sehr gut sogar, wobei es mir als überzeugten Europäer schwerfällt, es zu empfehlen, vor allem kurz vor der Wahl. Ein Teil dieser Texte würde die Leser verunsichern, um mal wieder den Klassiker in abgewandelter Form zu zitieren. Ob man nach der Lektüre des Buches noch Lust hat, am 9. Juni zur Wahl zu gehen, ist fraglich, aber notwendig, weil eine bestimmte Gruppe auf jeden Fall wählen gehen wird, und diesen Leuten

sollten wir keine zu große Stimme im Parlament einräumen.

„Das Europaparlament – eine hervorragende Idee. Nur in der Realität leider ein Witz, und noch dazu ein sehr schlechter. Nico Semsrott berichtet ehrlich und komisch von seinen Erfahrungen aus fünf Jahren Europaparlament. Von der sinnlosen Pendelei zwischen Brüssel und Straßburg, in der schon alles steckt, was das Parlament im Kern ausmacht: Steuerverschwendung, Tragik und grober Unfug. Von gierigen Parlamentariern, die keines ihrer unsinnigen Privilegien ungenutzt lassen und sich ständig in die eigene Tasche wirtschaften. Und von seinem aufreibenden Selbstversuch, sich bei unzähligen Lobbyveranstaltungen in Brüssel kostenlos durchzufüttern, ohne Smalltalk zu betreiben. Denn ihm ist schnell klar: An dem Ort, an dem wir dringend auf Gerechtigkeit und Vertrauen angewiesen sind, wird Korruption nur selten bestraft, sondern meistens belohnt.“

Wie erleben wir einfachen Bürger dieses Europa? Hand aufs Herz, könnten Sie aus dem Stand heraus erklären, welche Funktionen die vier zentralen Beschlussfassungsorgane der EU haben: das Europäische Parlament (Brüssel/Straßburg/Luxemburg), der Europäische Rat (Brüssel), der Rat der Europäischen Union (Brüssel/Luxemburg), die Europäische Kommission (Brüssel/Luxemburg) sowie Vertretungen in der gesamten EU. Können Sie die folgenden Namen der Präsidentinnen und Präsidenten den jeweiligen Institutionen zuordnen: **Roberta Metsola**, **Ursula von der Leyen**, **Charles Michel** und **Hadja Lahbib**.

Das Geflecht an Institutionen ist für die Emilia-Normalbürgerin oder den Noah-Normalbürger, um an dieser Stelle die beiden beliebtesten Kindernamen in Deutschland unterzubringen, kaum zu durchschauen. Wir wählen Parteien in ein Parlament. Der siegreiche Kandidat wird im Regelfall Bundeskanzler, 2021 so geschehen mit dem Ergebnis **Olaf Scholz**. 2019 war der siegreiche EU-Spitzenkandidat der Christdemokrat **Manfred Weber**. Regierungschefin der EU wurde aber **Ursula von der Leyen**, weil, platt gesagt, der französische Präsident **Emmanuel Macron** mehr auf eine deutsche Blondine als auf einen bärtigen Mann aus Niederbayern stand. Es spricht gegen das System, dass einer von 27 Staatschefs durchsetzte, wer den wichtigsten Posten in der EU übernimmt.

Schauen wir uns das System näher an, das **Nico Semsrott** kenntnisreich in seinem Buch beschreibt: „Die Europäische Kommission ist das ausführende

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIERES Druckcenter www.pieredg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Testarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.

Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Organ der Union, also die Exekutive der Gemeinschaft. Sie besteht aus 27 Mitgliedern – je eins pro Mitgliedsstaat. Die Kommission hat als einziges Organ das Initiativrecht im europäischen Gesetzgebungsverfahren. Allein sie kann die Gesetzesvorschläge einbringen. Die Kommission stellt auch den Haushalt auf." Das widerspricht allen parlamentarischen Gepflogenheiten eines demokratischen Staates, in dem das Parlament die Gesetze und den Haushaltsplan einbringt, wenn auch mit entsprechenden Vorschlägen der Regierungen. Dass aber die Regierung allein das Recht hat, Gesetzesvorschläge einzubringen, versetzt das Europaparlament in eine Nebenrolle mit Abnickfunktion.

„Nach der Europawahl schlägt der Europäische Rat einen Kandidaten oder eine Kandidatin für das Amt des Kommissionspräsidenten vor, der vom Europäischen Parlament mit absoluter Mehrheit bestätigt werden muss. Nach dem Vertrag von Lissabon muss der Europäische Rat dabei das Ergebnis der Europawahl berücksichtigen.“ Was für ein Schmarren. Die Mehrheitsfraktion oder Koalition schlägt den Regierungschef vor. Was ist der „Vertrag von Lissabon“ wert, wenn das Ergebnis und der siegreiche Spitzenkandidat nicht berücksichtigt werden?

Der Umgang mit den Mitteln der Steuerzahler ist ein Thema, mit dem sich **Nico Semsrott** ausführlich beschäftigt. Der EU-Haushalt beträgt 186,6 Milliarden Euro, 30,8 Milliarden, also 16,5 Prozent, steuert Deutschland bei. Davon wird unter anderem der Wanderzirkus zwischen Straßburg und Brüssel finanziert, einschließlich der Hin- und Herfahrenei der Abgeordneten.

Ein Europaparlamentarier hat die folgenden Ansprüche: Ein monatliches Grundgehalt von 9.166,30 EUR brutto. Davon ist eine EU-Steuer und ein Unfallversicherungsbeitrag zu leisten, was netto 7.145,04 EUR ergibt.

Ab dem vollendeten 63. Lebensjahr ein Ruhegehalt von 3,5 % des Gehalts für jedes volle geleistete Amtsjahr, jedoch maximal 70 % des Gehalts. Nach Ausscheiden aus dem Parlament ein Übergangsgeld in Höhe der Abgeordnetenentschädigung. „Dieser Anspruch besteht für jedes Jahr der Ausübung des Mandats für einen Monat, mindestens jedoch für sechs und höchstens für 24 Monate.“

Eine pauschale monatliche Spesenvergütung von 4.778 EUR. Die Vergütung der tatsächlich entstandenen Kosten der Reisen zum und vom Ort der Parlamentssitzungen beziehungsweise 0,56 € pro Kilometer, wenn die Reise im eigenen Fahrzeug absolviert wird (allerdings nur bis maximal 1.000 Kilometer). Ein Tagegeld von 338 EUR für jeden Tag der Teilnahme an offiziellen Sitzungen der Gremien des Europäischen Parlaments. Die Anstellung von Assistenten auf Kosten der EU bis maximal 25.447 EUR monatlich inklusive Spesen. Maximal ein Viertel dieses Betrags kann auch für Dienstleistungen wie Gutachten von externen Anbietern verwendet werden.“

Wie der Verschwendungswahnsinn funktioniert, beschreibt Semsrott anschaulich. Für ein verlängertes

Wochenende in Paris hat er die Kosten für das Zugticket von 100 Euro eingereicht und angegeben, dass die Reise privat gewesen sei. Ein paar Wochen später erhielt er 600 Euro. „EU-Abgeordnete können in vielen Fällen sogar die Erstattung von Reisekosten beantragen, ohne dafür überhaupt Belege einreichen zu müssen.“

Ein weiteres Beispiel: „Ich kann als deutscher EU-Abgeordneter ohnehin schon mit zwei Gratis-Netzkarten (1. Klasse) aus Belgien und Deutschland kostenlos in beiden Ländern rumfahren. Luxus pur. Das Krasse: Ich kann trotz 0 Euro realer Ticketkosten eine Erstattung beantragen. Und: Es ist kein Beleg nötig! Weil ich selbst nicht glauben kann, dass das wirklich möglich ist, habe ich kürzlich nach einer Hin- und Rückreise zwischen Brüssel und Berlin mit dem ICE mal als Experiment die Erstattung beantragt und habe für beide Strecken zusammen 539 Euro (!) erhalten.“ Semsrott hat das Geld an Sea-Watch gespendet.

Aus eigener Erfahrung kann ich beisteuern, dass ich vor vielen Jahren eine Journalisteneinladung nach Straßburg hatte. Zuerst wurde ich im Parlament zur Kasse geleitet und erhielt dort viel Geld, ohne Belege für Reise und Hotel einreichen zu müssen. Von früh bis spät nahm ich an Gesprächen teil, bei denen es immer etwas zu Essen und gute Weine gab. Es war die einzige Reise in meinem Leben, bei der ich am Ende mehr Geld in der Tasche hatte als vorher.

Was lernen wir daraus? Aus den erwähnten Gründen dennoch wählen gehen!



Ob es die Wahlchancen von **Katharina Barley** erhöhen wird, sich auf einem Plakat mit **Olaf Scholz**, der gar nicht kandidiert, zu zeigen, darf bezweifelt werden. Bei der Union gibt es wieder einen bayerischen Sonderweg. Die CDU tritt nur in 15 Bundesländern an, die CSU dafür getrennt in Bayern. Die Folge: Die Unionsparteien stellen für die Europawahl 16 Landeslisten mit jeweils einem eigenen „Spitzenkandidaten“ auf. Die CDU hat einfach die Kandidatin für das Amt der EU-Kommissionspräsidentin, **Ursula von der Leyen**, als ihre nationale Spitzenkandidatin deklariert, obwohl sie auf keinem Wahlzettel in Deutschland zu finden sein wird. Spitzenkandidat in Bayern ist erneut **Manfred Weber**. Quelle: Deutschlandfunk

Ed Koch

02) Vielfalt vs. Einfach. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-26

26. April 2024

49. Jahrgang

Vielfalt vs. Einfach

Um alle interessanten Orte in Berlin wenigstens einmal gesehen zu haben, reicht ein Leben nicht aus. Kennen Sie das **Xelor Kesselhaus** im tiefsten Neukölln? Keine besonders attraktive Gegend, aber mit einer Musikhalle, in der jeden Donnerstag **DON Jovi**, nicht zu verwechseln mit dem Rockstar **Bon Jovi**, zu einer Jam Session einlädt. „Eine Jam Session ist ein ungezwungenes, gemeinsames Musizieren in jeder beliebigen Besetzung und Instrumentierung.“

Die Veranstaltung, zu der **STADT UND LAND** in dieser Woche am Mittwoch vor DON Jovi's donnerstäglicher Session einlud, war so etwas ähnliches, bloß ohne Musik, dafür mit vielen Worten, ungezwungen und gemeinsam, allerdings in keiner beliebigen Besetzung, sondern mit ausgewählte Mitwirkende, alleamt Experten in ihrem Fach. Zu einer Jam Session gehört immer eine „opener-band welche den Abend mit einem eigenen Set (30-60 Minuten) eröffnet.“ In diesem Fall war es eine Keynote, dargeboten vom ehemaligen Bundespräsidenten **Christin Wulff**, der sich in 30 Minuten mit einem der emotionalsten Themen in unserem Land beschäftigte, das Zusammenleben mit den Zuwanderern.



STADT UND LAND-Chef **Ingo Malter** begrüßte **Christian Wulff** am Eingang zum Kesselhaus.

Vieles von dem, was Wulff vortrug, klang wie hinreichend bekannte Floskeln. Aber, Sätze wie den folgenden kann man gar nicht oft genug aussprechen: „Vielfalt ohne Regeln, bedeutet Anarchie, Einfach bedeutet Stillstand, Vielfalt mit Regeln bedeutet Zukunft, Einfach bedeutet Rückschritt.“ „Der Abend muss besser werden als viele Talk-Shows“, wünschte sich Wulff einleitend. Sein Wunsch wurde wahr, was vor allem daran lag, dass nicht **Markus Lanz**

oder **Sandra Maischberger** mit der Moderation der anschließenden Diskussion betraut worden waren, sondern **Volker Wieprecht**. Warum ist es so schwer zu begreifen, dass unser Land Einwanderung braucht, fragt sich seit langem der Autor dieses Beitrages, der an dieser Stelle oft erwähnt hat, auf welche Menschen er ohne Einwanderung verzichten müsste, vom Zahnarzt über die Wäscherei und Apothekerin bis zum Griechen, Italiener und Kroaten in den Lieblingslokalen im Kiez.



Rund 100 Gäste waren der Einladung von **STADT UND LAND** ins Neuköllner Kesselhaus gefolgt.

Die Berichterstattung über Einwanderung und den Zustrom von Flüchtlingen wird immer reißerischer, beklagt Wulff und weist auf die kürzlich veröffentlichte Kriminalstatistik hin. Diese weist einen Anstieg in der Gruppe der Ausländer auf, ohne zu berücksichtigen, dass durch den Anstieg der Zahl von ausländischen Menschen leider zwangsläufig auch die Zahl von Straftaten gestiegen ist. Die meisten Kriminalen sind immer noch die ethnischen Deutschen.

Christian Wulff, der vor seiner kurzen Präsidentschaft, die von 2010 bis 2012 währte, Ministerpräsident von Niedersachsen und CDU-Politiker war, ging in seinem Vortrag mit den Parteien hart ins Gericht. „Die immer weniger, immer älteren Mitglieder der Parteien haben einige schwerwiegende Fehler gemacht, und haben die jungen Medien verpennt, im Gegensatz zu anderen.“

Muslims, so Wulff, werden häufig nur in Zusammenhang mit Clankriminalität und Terrorismus wahrgenommen. Selten spricht jemand über die 5.000 muslimischen Soldaten in der Bundeswehr oder darüber, dass jedes fünfte Mitglied beim Deutschen-Fußball-Bund Einwanderer ist. Wulff beklagt, dass das Wir-Gefühl fehle. Ein beliebter, aber äußerst diskriminierender Satz einem Einwanderer gegenüber ist: „Sie sprechen aber gut Deutsch!“ Ja, besser als viele Deutsche, die im Gegensatz zu den Einwanderern nicht studiert haben. „Wenn morgen alle Menschen mit Einwanderergeschichte die Arbeit niederlegten,

1



stünde unser Land komplett lahm da.", so Wulff. Es sei ein Irrglaube anzunehmen, dass für Einwanderer Deutschland das Land ihrer Träume ist. Eine Studie in 53 Ländern mit der Frage, wo man gern leben möchte, hat Deutschland auf den 49. Platz befördert. Deutschland sei unfreundlicher geworden, es gebe zu viele kulturelle Hürden und eine völlig fehlende Infrastruktur. Das merken vor allem Geflüchtete aus der Ukraine, deren Angaben sich auf ihrem Handy befinden und die sich bei uns einem Berg von Papier-Formularen ausgesetzt sehen. **Viele Einwanderer gehören nach der Studie in Deutschland zu den unglücklichsten und einsamsten Menschen weltweit.**



Christian Wulff berichtete von seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Stiftungsrats der Deutschlandstiftung Integration. 1.700 Stipendiaten aus 105 Ländern betreut die Stiftung. Bei allen bedurfte es eines Menschen, der sie angespornt und motiviert hat, etwas aus ihrem Leben zu machen. Er nennt das Beispiel der zwölfjährigen Felor, die aus dem Iran nach Deutschland kam. Ein Lehrer hat ihr zugesprochen, den Weg der Bildung und Integration zu gehen. Der heute 86 Jahre alte Mann lebt glücklich zu zufrieden in einem Seniorenheim und freut sich, dass ihm das bei Felor gelungen ist. **Dr. Felor Badenberger** ist heute übrigens Berlins Justizsenatorin.

Die Frage, wie wir mit Zuwanderern umgehen, ist offen. Zu viele Menschen ignorieren die Zuwanderer, anstatt auf sie zuzugehen. **Die Aussage, dass die Flüchtlingswelle 2015 die Mutter aller Probleme sei, ist verheerend und objektiv falsch.** „Die konservativen Parteien haben in der Diskussion um Asylrecht und Migration dazu beigetragen, dass die Themen Einwanderung und Multikulturalismus heute noch ideologisch seien. Das Agieren der konservativen Parteien kann man als Politikversagen bezeichnen. Somit habe sich die Verweigerung, mit diesen Themen rechtzeitig, pragmatisch und lösungsorientiert

zu widmen, zum Aufstieg der AfD beigetragen.“, zitiert Wulff einen Historiker. Wulff endete seinen Vortrag mit dem Titel des Buches von **Elif Safak** „Hört einander zu!“



Dr. Armin Langer, DAAD-Assistenzprofessor am Center for European Studies an der University of Florida, Publizist, Philosoph und Rabbiner, **Güner Balci**, Journalistin, Schriftstellerin, Dokumentarfilmerin und Integrationsbeauftragte von Neukölln, **Silke Zimmermann**, stellvertretende Vorstandsvorsitzende GESICHT ZEIGEN e.V., Moderator **Volker Wieprecht**, **Christian E. Weißgerber**, Kulturwissenschaftler, Bildungsreferent, Autor und Aussteiger aus der Neonazi-Szene, **Ingo Malter**, Geschäftsführer der STADT UND LAND, v.l.n.r. Alle Fotos: STADT UND LAND Christian Kruppa.

Die hochkarätig besetzte Diskussionsrunde hätte es ebenso wie der Vortrag von **Christian Wulff** verdient, ausführlich behandelt zu werden, was aus Platzgründen leider nicht möglich ist. Festzuhalten bleibt, dass sich alle einig darüber waren, mehr für eine bessere Integration tun zu müssen. Besonders bemerkenswert war der Beitrag von **Christian E. Weißgerber**, wie es ihm gelungen ist, aus der Neonazi-Szene auszusteigen. Einen wichtigen Beitrag leistete dazu sein Studium, verbunden mit der Erkenntnis, dass sein Platz nicht dort sein könne.

In die Diskussion schalteten sich auch einige Mieter*innen der STADT UND LAND ein und brachen die Problematik auf das konkrete Zusammenleben in einer Wohnanlage runter. Es müssen mehr Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Richtig. **Ingo Malter** dämpft. Diese gab es, sind aber nicht angenommen worden. Als jemand, der selbst in einer Wohnanlage mit über 300 Einheiten wohnt, weiß ich, wie schwer es ist, Kontakt aufzunehmen. Höchsten Mal, wenn beim Nachbarn ein Päckchen abgegeben wurde. Meiner unmittelbaren Nachbarin begegne ich auf dem Flur vielleicht viermal im Jahr. Die Zeit, wo es noch Waschkeller in den Wohnanlagen gab, in denen sich viele Mieter trafen, ist vorbei. Jeder hat heute seine eigene Waschmaschine. Es ist lobenswert, dass sich STADT UND LAND nicht allein auf das Vermieten von Wohnungen konzentriert, sondern auch um das Zusammenleben der Mieter.

Ed Koch

03) Schlimmer als die Pest. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-25

25. April 2024

49. Jahrgang

Schlimmer als die Pest

Ältere sollten angesichts ihrer Erfahrungen in jungen Lebensjahren nicht die Sorgen der heutigen Jugend weglächeln. Sie sind ernst zu nehmen. Jugendliche treiben nicht nur Themen wie Inflation, Wohnen und Altersarmut um. Sie beklagen sich auch über psychische Belastungen und fühlen, dass sie von der Politik nicht gesehen werden.

Während der Corona-Pandemie wurden Kinder und Jugendliche von der Politik in übergriffiger Weise wahrgenommen. Der Vertrauensverlust, der dadurch entstanden ist, dass man sie wegspernte und ihnen den Kontakt zu ihren Freunden untersagte, ist nicht wieder gutzumachen. Auch nicht dadurch, dass sich Politiker heute für ihre Maßnahmen entschuldigen.

Dennoch darf darauf hingewiesen werden, dass die heutige Rentnergeneration in ihrer Jugend auch nicht gerade wenige Probleme hatte, die sich negativ auf die Psyche auswirkten. Die fünfziger und sechziger Jahre in West-Berlin waren geprägt von der Angst, es können zu einem Dritten Weltkrieg kommen. Am 12. Mai feiern wir die 75ste Wiederkehr der Beendigung der Luftbrücke. Die Jahrgänge 1948/49 sind in Berlin in eine Zeit hineingewachsen, wo die Freiheit und Existenz der Stadt auf der Kippe stand.

In den Jahren danach war und blieb West-Berlin Frontstadt, eine Insel im kommunistischen Meer der DDR. Beim Chruschtschow-Ultimatum 1958 stand die Freiheit West-Berlins erneut auf der Kippe. Der Mauerbau 1961 war auch nicht gerade ein stimmungserhellender Vorgang. Und was ging uns die Kuba-Krise 1962 an? Sehr viel. Hätte sie zu einer atomaren Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion geführt, wäre die erste Bombe auf West-Berlin gefallen. Wir lebten hier mit dieser Angst, und unsere sprichwörtliche große Schnauze half auch nicht viel weiter. Durch Berlin rollten die alliierten Panzer, nicht nur bei bunten Paraden der Amis, Briten und Franzosen.

Nach Jahren der Entspannung und der Euphorie der Wiedervereinigung, ist diese Angst zurückgekehrt. Putin hat uns schon vorgerechnet, wie lange es dauern wird, bis eine seiner Raketen Berlin erreicht. Da bliebe nicht einmal Zeit, sich auf **TikTok** von seinen Followern zu verabschieden. Ist die heutige Jugend sensibler als wir es früher waren? Kann sein. Die Zeiten sind nicht vergleichbar. Einen Vorwurf, der in der aktuellen Studie „Jugend in Deutschland 2024“ deutlich wird, muss sich die Politik ans Revers heften und sollte endlich damit beginnen, die Zukunftsgene-

ration ernst zu nehmen. Nicht nur Bundeskanzler Schröder sprach von Gedöns, wenn es um Kinder und Jugendliche ging. Als jemand, der über 50 Jahre seines Lebens mit präventiver Kinder- und Jugendarbeit verbracht hat und immer noch verbringt, könnte ich Bücher darüber schreiben, wie schwer es war und ist, diesen wichtigen Bereich ausreichend zu finanzieren und vor allem ernst zu nehmen.

Heute müssen wir die Frage stellen, ob wir unsere Jugend an TikTok verlieren, einem System, das schlimmer als die Pest ist. Die demokratischen Parteien haben dem bislang wenig entgegenzusetzen. Die **AfD** beackert hingegen dieses Feld äußerst erfolgreich. Wie anders ist es sonst zu erklären, dass sich Jugendliche und junge Erwachsene stärker der AfD zuwenden als in früheren Vergleichsstudien. „22 Prozent der befragten 14- bis 29-Jährigen würden demnach AfD wählen. Das sind mehr als doppelt so viele wie noch vor zwei Jahren. 2022 hatten sich noch neun Prozent für die AfD ausgesprochen, im vergangenen Jahr waren es zwölf Prozent.“

An diesem Zustand ist sicherlich TikTok nicht allein schuld, dieses unsägliche Netzwerk trägt aber einen großen Teil daran. Die Macher der Studie kommen zu der Erkenntnis: „Es wirkt so, als hätte die Corona-Pandemie eine Irritation im Vertrauen auf die Zukunftsbewältigung hinterlassen, die sich in einer anhaltend tiefen Verunsicherung niederschlägt.“

„Besonders die Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen ist dieses Jahr aber noch einmal deutlich gesunken. Die Sorgen mit Blick auf den Klimawandel gehen zurück und wachsen dafür bei Themen wie Inflation, Wirtschaft oder Altersarmut.“ Bislang dachten wir, dass der Klimawandel die größte Sorge der Jugend darstellt. Dem scheint nicht so.

Für die Mehrheit der Befragten, 62 Prozent, steht in der Liste der Sorgen der Krieg und Europa und in Israel an erster Stelle, gefolgt von der Inflation (61%), teurem und knappen Wohnraum (56%) und Spaltung der Gesellschaft und der Wirtschaftskrise mit jeweils 50 Prozent. Erst danach folgen alle anderen Themen mit einer Nennung unter 50 Prozent, wie Klimawandel, Zunahme von Flüchtlingsströmen, Zusammenbruch des Rentensystems oder Arbeitslosigkeit. Um den Zusammenbruch der Demokratie, den Wohlstandsperspektive für die junge Generation und den Konflikte zwischen den Generationen macht sich nur eine Minderheit Sorgen. Fazit: Die demokratischen Parteien müssen endlich aufwachen, sonst verlieren sie die Next Generation. *Quelle: rbb24*

Ed Koch

1

04) Ein Abgrund von Landesverrat. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-24

24. April 2024

49. Jahrgang

Ein Abgrund von Landesverrat

Bundeskanzler **Konrad Adenauer** sah 1962 in einer Veröffentlichung des **SPiegel** über das **NATO**-Manöver „Fallex 62“ einen „Abgrund von Landesverrat“, weil das Magazin die Erkenntnis des Verteidigungsbündnisses, die Bundeswehr sei „zur Abwehr bedingt geeignet“ publizierte. Wie die Geschichte weiterging, wissen wir, **SPiegel**-Affäre, Rücktritt des Verteidigungsministers **Franz-Josef Strauß** etc.

„Fallex 62 war das erste Manöver der Nato, dem die Annahme zugrunde lag, dass der dritte Weltkrieg mit einem Großangriff auf Europa beginnen würde.“

Seit 1962 hat sich am Zustand der Bundeswehr, trotz eines jährlichen Milliardenhaushalts, nicht viel verändert. Über die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr wird in allen Talk-Shows und Nachrichtensendungen täglich berichtet. **Olaf Scholz** regt sich darüber nicht auf und Verteidigungsminister **Boris Pistorius**, seit Monaten der beliebteste deutsche Politiker, lässt keine Journalisten einsperren, die darüber berichten.

Wegen dieser medialen Offenheit müssten Russland und China keine Spione nach Deutschland schicken. Alles, was über die Bundeswehr wichtig zu erfahren ist, verraten ihnen **Eva Högl**, **Marie-Agnes Strack-Zimmermann**, **Roderich Kiesewetter** und **Anton Hofreiter** bei **Markus Lanz** und **Sandra Maischberger**.

Deutsche Technologie auszuspähen, lohnt sich offenbar aber noch immer. Die **AfD** hat Mitten im Europa-Wahlkampf ein dickes Spionageproblem am Hals, in das ein Mitarbeiter ihres Spitzenkandidaten involviert ist. Ich finde es geradezu putzig, wie empört China auf die Vorwürfe reagiert, anstatt gelassen damit umzugehen. Warum werden eigentlich keine deutschen Spione irgendwo verhaftet? Gibt's keine mehr? Können demzufolge keine spektakulären Agentenaustausche mehr stattfinden wie damals auf der Glienicker Brücke?

Heute vor 50 Jahren, am 24. April 1974, wurde **Günter Guillaume** verhaftet. Er war der persönliche Referent von Bundeskanzler **Willy Brandt** und stets in seiner Nähe. Alle Erkenntnisse aus seiner Tätigkeit sandte er nach Ost-Berlin, der Hauptstadt der DDR. **Willy Brandt** trat zurück.

„Bei seiner Verhaftung sagte Guillaume: ‚Ich bin Offizier der Nationalen Volksarmee der DDR und Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Ich bitte, meine Offizierschleife zu respektieren.‘“ Das waren noch Agenten, unglaublich. Guillaume und seine

Frau wurden verurteilt, zu dreizehn und acht Jahren, wurden aber 1981 im Rahmen eines Agentenaustausches in ihre sozialistische Heimat DDR zurückgeschickt. Dort wurde er „offiziell als ‚Kundschafter des Friedens‘ gefeiert. Beide Eheleute erhielten den *Karl-Marx-Orden*; *Günter Guillaume* wurde zum Oberst im *MfS* befördert, seine Frau *Christel* zum Oberstleutnant im *MfS*. Fortan trat *Günter Guillaume* bei *MfS*-Agentenschulungen als ‚Stargast‘ auf. Am 28. Januar 1985 verlieh die Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit in Potsdam *Guillaume* in ‚Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die Sicherung des Friedens und die Stärkung der DDR‘ den Titel ‚Doktor der Rechtswissenschaft (ehrenhalber)‘.“
Wikipedia

Ob der Mitarbeiter der **AfD**, sollte er verurteilt werden, irgendwann nach China ausreisen darf und dort ähnliche Ehrungen erfährt, darf bezweifelt werden. Das muss man der DDR lassen, sie stand zu ihrer dunklen Seite und machte erst gar nicht den Versuch, irgendetwas abzustreiten.

An dieser Stelle geziemt es sich, unseren Geheimdiensten zu danken, dass es ihnen immer wieder gelingt, Spione dingfest zu machen. Auch wenn Deutschland in vielen Bereichen, vor allem, was die Wirtschaftskraft anbelangt, gegenwärtig weltweit keinen guten Stand hat, für Spione sind wir nach wie vor interessant. Das ist das auch etwas.

Ed Koch

1

05) Wladimir Kant. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-23

23. April 2024

49. Jahrgang

Wladimir Kant

Irgendwann reicht es. Was erfahre ich gestern in einem Beitrag des ZDF-Moskau-Korrespondenten **Sebastian Ehm**? „*Putin will Kant russifizieren.*“ Geht's noch? Der russische Kriegsverbrecher und Kindermörder **Wladimir Putin** erklärt **Immanuel Kant** (22.4.1724-12.2.1804), zu seinem Lieblingsphilosophen. Warum nicht **Richard David Precht** (*8.12.1964, „*Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?*“). Der könnte sich, wenn er dann wollte, wenigstens wehren, weil er noch am Leben ist.

Kant kann sich ebenso wenig wehren wie alle anderen toten Philosophen, von **Thales von Milet** (624-546 v.Chr.), der die Sonnenfinsternis voraussagte und Wasser als Urstoff erkannte, bis zu **Leslie Fiedler** (1917-2003), der den Begriff Postmoderne in die Literaturwissenschaft einführte. Schamlos verwendet jeder Festredner, ob Politiker, Gewerkschaftsboss oder Unternehmer Zitate der großen, aber eben toten, Gelehrten der Zeitgeschichte. So wegweisend die formulierten Erkenntnisse auch sein mögen, sie stammen aus einer längst vergangenen Zeit und müssen immer im Kontext der Lebenserfahrung aus eben dieser Zeit verstanden werden. Wie würde sich Kant heute äußern?

Stellen wir erst einmal klar, dass eine Russifizierung Kants eine widerliche kulturelle Aneignung ist. Königsberg, wo Kant gestern vor 300 Jahren zur Welt kam, „*war die Hauptstadt der preußischen Provinz Ostpreußen. Ihre nahezu siebenhundertjährige Geschichte endete infolge des Zweiten Weltkriegs. Die Stadt wurde 1946 als fortan russische Stadt in Kaliningrad umbenannt.*“ Wikipedia

Es ist schon abenteuerlich, wenn ein Russe Kant für sich proklamiert. Vor Studierenden der Universität in Kaliningrad sagte Putin: „*Sowohl für die damalige Zeit als auch für unsere Zeit ist er ein grundlegender Denker. Und natürlich ist sein Aufruf, nach dem eigenen Verstand zu leben, so gut, wie es nur geht, heute noch aktuell. Das ist es, was wir zu tun versuchen. In der Praxis bedeutet das für uns, dass wir nach unserem eigenen Geist leben müssen, das Land muss nach seinem eigenen Geist leben. Das Land sollte sich von seinem nationalen Interesse leiten lassen.*“ Was für eine Unverschämtheit, Kant als Pate für Putins Angriffskrieg auf die Ukraine zu missbrauchen.

Für die Erkenntnis, nach dem „*eigenen Verstand*“ zu leben, brauche ich weder Kant und erst recht nicht

Putin. Wonach soll man sonst leben? Und um das an dieser Stelle auch gleich abzuarbeiten. Königsberger Klopse bleiben Königsberger Klopse. Stünde auf einer Speisekarte Kaliningrader Klopse, würde ich sie nicht bestellen, weil das eine unerlaubte kulturelle Aneignung ist. Ein deutsches Gericht wird nicht dadurch russisch, weil sich der Name der Stadt, aus der es stammt, aufgrund eines verlorenen Krieges geändert hat.

Königsberg war „*eines der wichtigsten geistigen Zentren Preußens. An der weltberühmten Universität Albertina studierten unter anderem der Dichter Johann Gottfried Herder (1744-1803) und der Schriftsteller E. T. A. Hoffmann (1776-1822).*“ Besteht die Gefahr, dass auch diese beiden russifiziert werden könnten?

Kant gilt als „*Philosoph der Aufklärung und Verfasser der ‚Kritik der reinen Vernunft‘, ein bahnbrechendes Werk der Philosophie, das die Grenzen unseres Verstandes untersucht und die Grundlagen für das Verständnis von Erkenntnis, Wahrheit und Vernunft legt.*“ Wie kommt Putin auf die Idee, dass diese Erkenntnisse auf ihn zutreffen könnten?

Bundeskanzler **Olaf Scholz** verteidigte gestern die Vereinnahmung Kants durch Putin. „*Dazu habe er nicht die geringste Berechtigung*“, sagte Scholz zum 300. Geburtstag des Königsberger Philosophen. „*Der Bundeskanzler unterstrich auch die aktuelle Bedeutung von Kants Schrift ‚Zum ewigen Frieden‘. Zwar könne man in der Schrift keine ‚praktischen Handreichungen zur Lösung von kriegerischen Konflikten des 21. Jahrhunderts‘ finden, aber kluge und bedenkenwerte Hinweise. ‚Wer angegriffen wird, der darf sich verteidigen.‘ Ein wirklicher Friede gehe über einen bloßen Waffenstillstand und Aufschub der Feindseligkeiten immer hinaus.*“ Quelle: Zeit Online

Marcus Willaschek, deutscher Philosoph und Kant-Experte, sagte, dass Scholz mit Kant deutlich gemacht habe, dass Frieden nur geschlossen werden könne, „*wenn er wirklich dauerhaft sei und auf wechselseitiger Anerkennung beruhe.*“ ZDF

„*Unwissenheit ist nicht Dummheit*“, meint Kant. Aber: „*Unwissenheit schützt nicht vor Strafe.*“ Der Paragraphen 17 des Strafgesetzbuches besagt: „*Wem die Einsicht fehlt, Unrecht zu tun, der wird nur dann nicht bestraft, wenn ihm das Unrechtsbewusstsein unvermeidbar fehlte.*“ Nach dieser Logik müsste Putin, käme er dann irgendwann vor ein Gericht, freigesprochen werden.

Ed Koch

1

06) Umweltsau Sneakers. Von Ed Koch



Umweltsau Sneakers

2019 sang der WDR-Kinderchor „Meine Oma ist 'ne alte Umweltsau!“ Die lieben Kleinen hätten mal auf ihre Schuhe schauen sollen, besser gesagt, auf die Turnschuhe, die längst nicht mehr allein beim Sporttreiben getragen werden, sondern durch den ganz gewöhnlichen Alltag laufen.



Nicht nur das. **Joschka Fischer** wurde nicht allein deshalb bekannt, weil er zu Bundestagsvizepräsident **Richard Stücklen** sagte: „Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch“, sondern, weil er zur Verteidigung als hessischer Umweltminister 1985

Turnschuhe trug, die 1998, als er Außenminister wurde, einen Ehrenplatz in seinem Büro erhielten.

Turnschuhe gehören zum Alltag und zu jedem Anlass. Auch bei Beerdigungen laufen sie dem Sarg hinterher. Wenn im Fernsehen ein Sportmoderator Turnschuhe trägt, mag das noch passen, bei den anderen Moderatoren dreht sich einem der Magen um. **Sascha Hingst**, Moderator verschiedener Sendungen des **rbb**, darunter die **Abendschau**, sieht regelmäßig so aus, als komme er gerade vom Sport. Damit ist nicht gemeint, dass zu seinen Accessoires kein Kamm gehört, sondern natürlich sein Schuhwerk. Muss man in der Hauptnachrichtensendung des **rbb** Turnschuhe tragen?

Noch unmöglich finde ich, dass immer mehr Moderatoren und Nachrichtensprecher es nicht für nötig befinden, eine Krawatte zu tragen. Seit 1965 wurde jährlich vom **Deutschen Krawatteninstitut** der „Krawattenmann des Jahres“ gekürt. **Dieter Kürten**, **Bodo H. Hauser**, **Johannes B. Kerner**, **Ulrich Wickert** und **Claus Kleber**, um nur einige zu nennen, gehörten zu den Preisträgern. **Till Brönner** war 2019 der letzte, dem dieser Preis verliehen wurde. „seit dem Jahr 2020 ist die Verleihung des Preises ausgesetzt.“ Wikipedia

Heute halten es die Krawattenlosen offenbar für chic, ihr Hemd offen zu tragen und den Zuschauern ihre Brusthaare zu zeigen, wobei auch hier **Sascha Hingst** eine unrühmliche Rolle spielt. Der einzige Moderator, der beim **rbb** aussehentechnisch zu ertragen ist, heißt **Volker Wieprecht**. Ihm gebühren alle Preise. Natürlich klingt es und ist es wahrscheinlich auch, altmodisch und konservativ, diese Äußerlichkeiten überhaupt wahrzunehmen, aber, ich nehme mir die Freiheit!

Irgendjemand hat einmal gesagt, dass man bei der ersten Begegnung mit einem männlichen Menschen, beispielsweise bei einem Bewerbungsgespräch, zuerst auf die Schuhe schauen sollte, nicht, ob es Turn- oder Lederschuhe sind, sondern ob sich der Träger die Mühe gemacht hat, sie zu putzen. Wer keine Zeit hat, so der aus meinem Gedächtnis verschwundene jemand, sich seine Schuhe zu putzen, der wird sich auch nicht ordentlich um seinen Job kümmern.

Zurück zu den Turnschuhen. Diese gibt es schon seit 1860, inzwischen in unzähligen Variationen. Und natürlich ist es im Laufe der Jahre zur Ideologie geworden, welche Marke man trägt. „Laut einer repräsentativen Umfrage des Hamburger Marktforschungsinstitut **Splendid Research**, das im März 2023 1.000 Deutsche im Alter zwischen 18 und 69 Jahren zum Thema Sneaker-Marken befragt hat, gilt **Nike** als stärkste Marke unter den Sneaker-Herstellern. **Adidas** und **Puma** folgen in dem Top 10 Ranking auf den Plätzen zwei und drei.“ Quelle: gg-Magazin 05.01.2024

„Der Begriff **Sneaker** soll um 1917 durch den Werbefachmann **Henry Nelson McKinney** zu Englisch to sneak ‚schleichen‘ wegen des leisen Auftretts der Sohlen geprägt worden sein.“ Schon **James Dean** ließ sich in den 1950 Jahren mit Sneakers ablichten. „Im Jahr 2024 wird das Sneaker-Segment weltweit einen Umsatz von etwa 73,30 Mrd. € verzeichnen. Gemäß einer Prognose wird das Marktvolumen im Jahr 2028 bei 89,96 Mrd. € liegen, was einem jährlichen Umsatzwachstum von 5,25% entspricht.“ Wikipedia

Gestern, am 21. April 2024, erklärte die ZDF-Journalistin **Mareike Lamboury** den „Sneaker-Hype“ zur „Umweltkatastrophe.“

<https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/sneaker-hype-umwelt-nachhaltigkeit-100.html#xtor=CS5-281>

„Die Sneakerindustrie boomt, gleichzeitig landen aber 380 Millionen Schuhe in Deutschland jährlich im Müll. Etwa 17 Kilogramm CO₂ stecken in einem Paar Sportschuhe. Bei einem weltweiten Verkauf von circa 1,4 Milliarden Sneakern pro Jahr erreicht die CO₂-Bilanz der Herstellung über 23 Millionen Tonnen. Obwohl die meisten Schuhe aus China kommen und somit über 7.000 Kilometer nach Deutschland zurücklegen, verursacht ihr Transportweg nur weniger als zwei Prozent des CO₂-Fußabdrucks. Am stärksten ins Gewicht fällt mit 68 Prozent der CO₂-Emissionen die Produktion. Die britische Autorin und Umweltaktivistin **Tansy E. Hoskins** besuchte selbst Schuhfabriken in China, Nordmazedonien und Bangladesch: Ihr Fazit: Sneaker stellen eine der größten Umweltkatastrophen unserer Zeit dar.“ heißt es in dem Beitrag.

Und nun? „Oberstes Ziel ist es, seine Sneaker so lange wie möglich zu tragen, damit nicht so viel Neue produziert werden müssen“, betont Textilexperte **Kai Nebel** vom Textillabor der Uni Reutlingen. „Dazu gehört auch, sie bei Bedarf reparieren oder reinigen zu lassen, statt ein neues Paar zu kaufen.“ Zum überflüssigen modischen Erscheinungsbild gehören auch Schuhe. Ich bin viel unterwegs und meine Schuhe haben ein großes Gewicht zu tragen, dennoch halten sie merkwürdigerweise unendlich lange, und: ich habe noch nie in meinem Leben mehr als 100 Euro für ein Paar Schuhe ausgegeben. Umweltsäue sind also die anderen.

Ed Koch

07) Stockende Zeitenwende. In der Sicherheitspolitik klafft eine Lücke zwischen Anspruch und Realität. Deutschland sollte sich ein Beispiel an den europäischen Partnern nehmen.

Von Minna Ålander & Frank Sauer



Minna Ålander, Helsinki

Minna Ålander ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am *Finnish Institute of International Affairs* (FIIA). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der NATO, der Sicherheit in Nordeuropa und der nordischen Verteidigungszusammenarbeit sowie der deutschen und der finnischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zuvor arbeitete sie für die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.



Frank Sauer, München

Frank Sauer ist *Head of Research* am Metis-Institut für Strategie und Vorausschau und *Senior Research Fellow* an der Bundeswehr-Universität München. Er forscht und publiziert zu Fragen der internationalen Politik, insbesondere zu internationaler Sicherheit.

Außen- und Sicherheitspolitik 22.04.2024



Eine ukrainische Panzerbesatzung mit einem deutschen Leopard 2: Was die Bereitstellung deutscher Waffensysteme angeht, gibt es noch deutlich Luft nach oben.- *picture alliance / SZ Photo | Friedrich Bungert*

In ihrem jüngst hier erschienenen Text [Die unbeabsichtigten Folgen der Zeitenwende](#) mahnen Tobias Fella und Cornelius Friesendorf vor dem Hintergrund der deutschen Debatte um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine an, die nichtintendierten negativen Effekte des gegenwärtigen politischen Kurses nicht aus den Augen zu verlieren.

Im Rahmen der deutschen Diskussion darum, wie „Abschreckung, Verteidigung und die Unterstützung der Ukraine besser organisiert werden“ können, so die Autoren, könnten schwer einschätzbare, aber gefährliche Eskalations- und Fehlwahrnehmungsriskien übersehen werden. Andere Politikfelder laufen Gefahr, vernachlässigt zu werden; Institutionen sind von Destabilisierung bedroht; mahnende Stimmen könnten zu Unrecht als „Opfer Putin’scher Angstmacherei“ gebrandmarkt und darüber hinaus die Autokratie gestärkt werden.

Es ist nicht nur allgemein ratsam, stets über mögliche nichtintendierte Folgen des eigenen Handelns zu reflektieren. Auch diese konkreten Bedenken treiben die meisten Kolleginnen und Kollegen im Fach schon seit geraumer Zeit um. Fella und Friesendorf kritisieren außerdem zu Recht die Schärfe in der deutschen Debatte. Diejenigen, die für dauerhafte und verstärkte Unterstützung für die Ukraine plädieren, werden bisweilen als verantwortungslose Kriegstreiber verunglimpft. Zu guter Letzt eint uns auch die Sorge um Eskalationsrisiken, vor allem [mit Blick auf Nuklearwaffen](#).

Menschen, die für entschlosseneren Hilfe für die Ukraine und für eine insgesamt beherzter vorangetriebene Zeitenwende plädieren, kommen jedoch zu anderen Schlussfolgerungen als zögerlichere Zeitgenossen, weil sie auch die Risiken einer mangelnden Unterstützung der Ukraine und eines russischen Siegs berücksichtigen. Die absehbaren Folgen einer ukrainischen Niederlage für die europäische Sicherheit sind Teil ihrer Risikoabwägung. Werden die oben angeführten Bedenken in den breiteren Kontext der europäischen Zeitenwende eingebettet, dann rücken drei Punkte in den Fokus.

Russland wird auf absehbare Zeit eine Bedrohung für die europäische Sicherheit bleiben.

Erstens, bevor wir uns die Köpfe über die unbeabsichtigten Folgen der Zeitenwende zerbrechen, sollten in Deutschland zunächst die Konsequenzen der Vor-Zeitenwende-Politik aufgearbeitet werden. Das ist bisher nicht geschehen. Aber schon ein cursorischer Blick offenbart: Die Balten, Polen oder Finnen wussten es besser, sie hatten mit Blick auf Russland recht. In Deutschland hingegen lag man jahrzehntelang und parteiübergreifend falsch. Wenn wir uns dieser Einsicht verschließen und keine entsprechenden Konsequenzen ableiten, dann wiederholt Deutschland die Fehler der Vergangenheit.

In diesem Zusammenhang lässt sich festhalten: Es gibt keine Rückkehr zum Status quo ante mit Russland. Großen Teilen Europas steht das klar vor Augen – Deutschland auch? Fella und Friesendorf schreiben zu Recht: „Vor allem die militärisch exponierten östlichen NATO-Mitglieder gehen davon aus, dass Russland nur Stärke versteht, und schließen daraus, sie hätten bei einem vorsichtigen Risikomanagement mehr zu verlieren als zu gewinnen.“ Die [Rede des schwedischen Außenministers in Berlin](#) – um ein konkretes Beispiel zu nennen – hat genau dies jüngst erneut unterstrichen. Auch [der norwegische Außenminister](#) betonte bei seinem Besuch in Kiew anlässlich des bilateralen Sicherheitsabkommens zwischen Norwegen und der Ukraine, dass aus norwegischer Sicht das Versprechen, die Ukraine „so lange wie nötig“ zu unterstützen, klar „bis zum Sieg der Ukraine“ bedeutet. In Finnland sieht man bereits die direkten Folgen der nachlassenden Unterstützung in Form hybrider Aktionen: Sobald der Krieg im vergangenen Herbst für Russland besser zu laufen begonnen hatte – sobald also Kapazitäten auf der russischen

Seite E 58 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Seite frei geworden waren –, begann der russische Grenzschutz damit, undokumentierte Migranten in einer gezielten Operation an die finnische Grenze zu bringen.

Auch Staaten wie Schweden, Norwegen oder Finnland dürfte im Übrigen geläufig sein, dass man Risikomanagement nicht mit Freunden in einfachen Zeiten macht, sondern mit Feinden in schwierigen – um zu überleben. Aber sie haben eben auch internalisiert, dass die Kontextbedingungen mit Russland sich dafür nunmehr komplett geändert haben. Es gilt, diesen Punkt sehr ernst zu nehmen. Russland wird auf absehbare Zeit eine Bedrohung für die europäische Sicherheit bleiben, weil das Regime Putins seinen anti-westlichen Kurs zu *der* zentralen Rechtfertigung seiner Existenz und seines Herrschaftsanspruchs gemacht hat. Davon wird der Kreml nicht ohne Weiteres abrücken. Dies zu verkennen, wäre gefährlich realitätsfern.

In anderen Teilen Europas hat man vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis die Risiken abgewogen und ist zu dem Schluss gekommen, dass eine *ausbleibende* Zeitenwende mit Blick auf Russland deutlich höhere Risiken birgt als die unbeabsichtigten Folgen einer *stattfindenden* Zeitenwende. Nur so ist der Beitritt Schwedens und Finnlands zur NATO überhaupt zu erklären – für beide Länder ein historischer Schritt und ein echter Epochenwechsel, der innerhalb von weniger als drei Monaten nach Russlands Einmarsch in die Ukraine vollzogen wurde. Auch Deutschlands Nachbar Frankreich, dessen Präsident Emmanuel Macron erkennbar einen [Perspektivwechsel durchlaufen hat](#), schätzt das inzwischen so ein. Polen hat dies von Anfang so gesehen. Deutschland sollte sich davor hüten, es diesmal wieder vermeintlich besser als alle anderen wissen zu wollen.

Die deutsche Führungsrolle wird notgedrungen ein gestiegenes Maß an Risikotoleranz erfordern.

Zweitens, so weit fortgeschritten ist die Zeitenwende in Deutschland gar nicht. Die Politik von Bundeskanzler Olaf Scholz kennzeichnet von Beginn an ein abwägendes, besonnenes und schrittweises Vorgehen. Dieses sollte die Bewertungsgrundlage für das Reflektieren über etwaige nichtintendierte Folgen bilden. Es sind andere europäische Länder, die ihren Militärhaushalt verdoppeln (Norwegen), einen Anti-Fahrzeugminen-Gürtel vorbereiten (Estland, Lettland, Litauen) oder ein beispielloses Aufstocken der Landstreitkräfte planen (Polen) – inklusive der Beschaffung von rund 1 000 neuen K2-Kampfpanzern und 600 K9-Artilleriesystemen. Deutschland hat demgegenüber bisher 18 Leopard-Panzer und zwölf Panzerhaubitzen nachbestellt – gerade mal die Zahl der Systeme, die an die Ukraine abgegeben wurden.

Angekündigt hat [Kanzler Scholz in seiner Rede bei der Bundeswehrtagung am 16. September 2022](#) zwar ein „verändertes Denken“ in Deutschland, verbunden mit der Bekanntgabe, Deutschland werde bald über die „am besten ausgestattete Streitkraft in Europa“ verfügen, um in EU und NATO seiner Verantwortung gerecht zu werden. Aber die deutsche Führungsrolle gibt es nicht umsonst. Sie wird notgedrungen ein [gestiegenes Maß an Risikotoleranz erfordern](#). Ob angesichts der bisher vor allem betont besonnenen deutschen Aktivitäten unsere Nachbarn einen deutschen Führungsanspruch akzeptieren, der nicht nur langsam, sondern mit mahnend erhobenem Zeigefinger daherkommt, darf bezweifelt werden. Inzwischen hat die finnische Außenministerin, die fließend Deutsch spricht, längst [eine Medienoffensive in Deutschland](#) lanciert, um zu regerem Tempo bei der Zeitenwende zu inspirieren und die deutschen Eskalationsängste mittels ihres finnischen Realitätschecks zu dämpfen.

Drittens bleibt die wohl wichtigste Frage, nämlich: *So what?* Alle unbeabsichtigten Folgen der Zeitenwende sollten wir, wie eingangs gesagt, unbedingt aufwerfen und sorgsam

durchdenken. Aber die Frage des Timings ist auch nicht irrelevant. Dass es aktuell nicht möglich ist, „im Rahmen der OSZE“ mit Russland über „die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels“ zu reden, ist zweifellos bedauerlich. Die sicherheitspolitischen Implikationen des Klimawandels sind gewaltig und für die europäischen Länder zu Recht ein wichtiges Thema. Gerade mit einer fossilen Macht wie Russland müsste ein konstruktiver Dialog stattfinden. Putin weiß das zu nutzen. Schon vor der Vollinvasion 2022 waren für Putins Regime Klimafragen im besten Fall von marginalem Interesse. Kurz gesagt: *it takes two to tango*, und Russland hat derzeit schlicht kein Interesse an ehrlicher Win-Win-Kooperation in der Klimapolitik. Erstens, weil Russland im Rahmen der Geopolitik der Energiewende aggressiv fossile Interessen vertritt. Und zweitens, weil der Krieg in der Ukraine für Putins Russland schlicht wichtiger ist.

Auf die unbeabsichtigten Folgen der Zeitenwende können wir in Deutschland dann mehr Hirnschmalz aufwenden, wenn diese wirklich stattzufinden beginnt und, noch wichtiger, uns bessere Ideen zur Lösung des Primärproblems – des Kriegs – gekommen sind. Dass es – wie von Fella und Friesendorf beschrieben – „[i]m Nebel des Krieges keine einfachen Lösungen, sondern nur Risiken und Zielkonflikte“ gibt, ist nichts, was wir in Abrede stellen. Uns wäre auch neu, dass dies irgendjemand im Zusammenhang mit Russlands Angriffskrieg und der Zeitenwende behauptet hätte.

In seiner Osterbotschaft wiederholte Bundeskanzler Scholz erneut den zähneknirschend eingeschlagenen Lösungsweg, nämlich dass Deutschland „die Ukraine in ihrem Kampf für einen gerechten Frieden [unterstützt] – so lange, wie das nötig ist [...] auch für uns, für unsere Sicherheit“. Aber was bedeutet das konkret? Über zwei Jahre nach der berühmten Regierungserklärung im Bundestag ist „Zeitenwende“ immer noch eine Leerformel, mit einem erheblichen Delta zwischen Ankündigungsrhetorik auf der einen und Taten auf der anderen Seite. Sicher ist bisher eigentlich nur eines: Es wird in Deutschland, und zwar stets *nur mit Blick auf Deutschland*, mehr über Zeitenwende geredet, als wirklich Zeitenwende gemacht wird.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/stockende-zeitenwende-7461/?utm_campaign=de_40_20240423&utm_medium=email&utm_source=newsletter

08) Der Berliner Blob. Einseitigkeit und Gruppendenken kennzeichnen oft die außenpolitische Sicherheitsblase. In Deutschland ist dies besonders stark ausgeprägt.

Von Hans Kundnani



Hans Kundnani, London

Hans Kundnani ist *Senior Research Fellow* bei *Chatham House* in London. Zuvor war er *Senior Transatlantic Fellow* im Europa-Programm des *German Marshall Fund* in Berlin. Davor arbeitete der Oxford-Absolvent fünf Jahre als Forschungsdirektor im *European Council on Foreign Relations* (ECFR)

Außen- und Sicherheitspolitik 17.04.2024



Konsens, Konsens, Konsens: Ähnliches Denken prägt das außenpolitische Establishment.-
picture alliance / Zoonar | Firm

Die Verwendung des Ausdrucks „Blob“ geht zurück auf Ben Rhodes, den außenpolitischen Berater von Präsident Barack Obama – oder dessen „[Famulus](#)“, wie Jeffrey Goldberg ihn im Magazin *Atlantic* nannte. Zum ersten Mal tauchte der Begriff „Blob“ im Mai 2016 in einem [Porträt über Rhodes](#) im *New York Times Magazine* auf. Darin hieß es, er habe den Begriff benutzt, um das außenpolitische Establishment der USA zu charakterisieren. In seinem Buch *The World As It Is*, in dem er auf seine Zeit im Weißen Haus zurückblickt, erklärte Rhodes, er habe mit „Blob“ – eine gallertartige, schleimige Masse – jenes „Gruppendenken“ gemeint, „das scheinbar stets unweigerlich zu weiteren militärischen Interventionen im Nahen Osten führe, dazu, ‚irgendetwas zu bombardieren‘.“

Rhodes selbst positionierte sich zwar in Opposition zu diesem Blob, war aber tatsächlich mehr Teil davon, als er wahrhaben wollte. Nicht nur warb er 2013 für Luftschläge in Syrien (woraufhin Obamas Stabschef Denis McDonough ihm und Jake Sullivan, dem nationalen Sicherheitsberater des damaligen Vizepräsidenten Joe Biden, die Spitznamen „Cheney und Rumsfeld“ gab). Er stimmte auch in den allgemeinen Konsens in Washington ein, dass die „liberale Hegemonie“ verteidigt werden müsse. Trotzdem blieb der von ihm eingeführte Begriff haften. Inzwischen bezieht er sich allgemein auf ein außenpolitisches Establishment, das bestimmte Sichtweisen und Ideen teilt.

Wenn wir „Blob“ in diesem Sinn als Begriff für gruppenkonformes Denken – das *Groupthink* – in der Außenpolitik verwenden, können wir ihn auch auf andere Länder übertragen, in denen Außenpolitik in einer ähnlich geschlossenen Welt von Beamten, politischen Beratern, Analysten und Journalisten mit ähnlichen Sichtweisen und Ideen gemacht wird – auch wenn sich diese oft ziemlich von denen des Blob in Washington unterscheiden. Manche Blobs sind „blobbiger“ als andere – und der Berliner Blob, so scheint mir, ist vielleicht der blobbigste von allen.

In Washington wird das *Groupthink*-Problem immerhin bis zu einem gewissen Grad durch Parteidenken eingedämmt. Wie Jeremy Shapiro [schreibt](#), führt „Washingtons zutiefst von Tribalismus und Parteipolitik geprägte politische Kultur“ dazu, dass die dortigen Denkfabrikler wirklich miteinander streiten und sich gegenseitig durchaus aggressiv herausfordern, wenngleich die politische Polarisierung bedeutet, dass Shapiros Ideal eines „von Wettstreit oder gar Gegnerschaft geprägten, aber dennoch faktenbasierten und abwägenden Prozesses zur Entwicklung politischer Ideen“ nicht ganz erreicht wird. In Deutschland ist die politische Kultur im Gegensatz dazu stärker konsensorientiert und der *Groupthink*-Gefahr deshalb noch akuter ausgesetzt als in den USA.

Bevor der Krieg in der Ukraine begann, verteidigten viele deutsche Denkfabrikler Angela Merkels Außenpolitik.

Hinzu kommt, dass das *Groupthink*-Problem in Washington eng mit dem Drehtürsystem zusammenhängt – also mit der Rotation zwischen Thinktanks und Regierung, bei dem Personal von der einen Seite auf die andere wechselt, und umgekehrt. Das nimmt den parteipolitischen Konflikten manche Schärfe, denn Regierungsbeamte bedürfen der Bestätigung durch den Kongress und können es sich deshalb nicht leisten, Dinge zu sagen oder zu schreiben, die die andere Partei verärgern würden, geschweige denn ihre eigene. In Deutschland gibt es dieses Drehtürsystem nicht und Denkfabrikler wechseln nur selten in die Regierung. Zugleich werden allerdings einige führende außenpolitische Denkfabriken in Deutschland staatlich finanziert (wie zum Beispiel die im Wesentlichen vom Bundeskanzleramt finanzierte [Stiftung Wissenschaft und Politik](#)), mit ähnlichen Folgen.

Dass außenpolitische Eliten tendenziell ähnlich denken, hat eine Kehrseite: Sie koppeln sich gedanklich in gewisser Weise von dem ab, was die Allgemeinheit über außenpolitische Fragen denkt. Denkfabrikler teilen eine Reihe von Grundannahmen (die auch weitgehend mit dem Blob in anderen Ländern – zumindest im Westen – übereinstimmen). Von den gänzlich anderen Interessen und Präferenzen der Normalbevölkerung im eigenen Land sind sie aber oftmals abgeschnitten. In den USA machte die Wahl Donald Trumps diese Kluft deutlich sichtbar und dadurch die Idee einer „Außenpolitik für die Mittelschicht“ populär – also einer Außenpolitik im Interesse der Normalbürger und nicht nur der Eliten.

Dennoch ist das Problem des abgekoppelten Blob in Deutschland möglicherweise noch extremer ausgeprägt als in den Vereinigten Staaten. Wenn es stimmt, dass es unter den

außenpolitischen Denkfabriklern in Berlin einen noch stärkeren Konsens gibt als in Washington, ist womöglich auch die Kluft zwischen ihnen und der Allgemeinheit größer. Deutschlands außenpolitische Eliten, vor allem die, die sich mit Sicherheitspolitik beschäftigen, wollen unbedingt, dass Deutschland sich „strategischer“ verhält, in der europäischen Sicherheitspolitik eine „Führungsrolle übernimmt“, mehr Geld für Verteidigung ausgibt und bereit ist, seine militärischen Fähigkeiten zu nutzen, und ähnliche Dinge. Die deutsche Öffentlichkeit steht all dem jedoch ziemlich skeptisch gegenüber.

Den Vorwurf, sie seien auf diese Weise von der Öffentlichkeit abgekoppelt, weisen die außenpolitischen Eliten in Deutschland zumeist von sich. Sie stellen sich die deutsche Öffentlichkeit gerne militaristischer vor, als sie wirklich ist, und halten sie zugleich für formbar. Denn eines fällt auf: Spricht man sie kritisch auf die Kluft zwischen ihnen und der Allgemeinheit an, erhält man von Vertreterinnen und Vertretern deutscher Außenpolitik-Thinktanks oft die Antwort, sie sähen die Rolle von Experten wie sich selbst darin, die Öffentlichkeit aufzuklären. Politiker wie Bundeskanzler Olaf Scholz, die zwangsläufig engeren Kontakt mit der Öffentlichkeit haben, werden von Denkfabriklern häufig dafür kritisiert, dass sie der öffentlichen Meinung folgen, statt zu „führen“.

Ein anschauliches Beispiel sowohl für das gruppenkonforme Denken des Berliner Blob als auch für seine Abkopplung von der Bevölkerung ist seine Reaktion auf Russlands Großangriff auf die Ukraine im Februar 2022. Bevor der Krieg in der Ukraine begann, verteidigten viele deutsche Denkfabrikler Angela Merkels Außenpolitik – das heißt, sie teilten die gängige Meinung, solange sie gängige Meinung war. Doch nach Russlands Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 wurden sie auf einen Schlag allesamt zu Hardlinern – und inzwischen sehen sie ihre Aufgabe scheinbar darin, diejenigen zu attackieren, die außenpolitisch nicht auf dieser Linie sind, vor allem sozialdemokratische Politiker.

Die außenpolitische Fachwelt hat in Deutschland, ebenso wie in den USA, schwerwiegende Fehleinschätzungen getroffen.

Am deutlichsten zeigte sich dies bei der Diskussion über die Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern an die Ukraine, die für den Berliner Blob 2022 und 2023 über weite Strecken zur Obsession wurde. Scholz zögerte – nicht zuletzt weil er verstand, dass die Vorstellung, deutsche Panzer könnten in einem Krieg gegen Russland zum Einsatz kommen, nachvollziehbare Ängste bei der Bevölkerung auslösen könnte. Deshalb musste er es so aussehen lassen, als trete auf die Bremse und müsse von Deutschlands Verbündeten mühsam zur Lieferung der Panzer überredet werden – zu der es am Ende dann auch kam. Der Berliner Blob jedoch attackierte ihn unermüdlich, weil er es an deutscher „Führung“ habe fehlen lassen. Gemeint war damit, dass er nicht so gehandelt hatte, wie der Blob es wollte.

Das Absurde an der Kampagne des Berliner Blob zur „Befreiung der Leoparden“ war nicht nur, dass er sich leichthin auf eine so eng begrenzte Frage wie den Einsatz eines bestimmten Waffensystems fokussierte, als hänge davon der Ausgang des ganzen Krieges ab (und dass er damit zu der Ernüchterung beitrug, die sich einstellte, als die Panzer schließlich zum Einsatz kamen und klar wurde, dass sie nicht die von vielen erhoffte Wende brachten), sondern auch, dass diese Kampagne zur Stimmungsmache geriet und Analysen Mangelware wurden. Eine führende Vertreterin eines deutschen Außenpolitik-Thinktanks regte sogar an, sie und ihre Kolleginnen sollten bei der Münchner Sicherheitskonferenz allesamt Kleidung mit Leopardmuster tragen.

Während außenpolitische Denkfabrikler in Deutschland fast täglich ihre Empörung über Russlands Besetzung der Ukraine äußern, haben sie [fast nichts dazu zu sagen](#), dass Israel seit dem 7. Oktober des vergangenen Jahres die Bevölkerung aus Gaza vertreibt und vernichtet. Es ist schwer zu sagen, ob dieses dröhnende Schweigen über Israels Vorgehen auf Überzeugung beruht (dass Deutschlands bedingungslose Unterstützung für Israel richtig ist) oder auf Feigheit (weil sie Angst haben, sich offen zu diesem Thema zu äußern). Im Ergebnis führt dies allerdings dazu, dass Deutschlands außenpolitische Denkfabrikler kaum öffentlich über eine der wichtigsten Fragen der internationalen Politik diskutieren – in der die Allgemeinheit noch dazu erneut ganz anderer Meinung ist als die Eliten.

Was auch immer die Gründe dafür sind – die Fachleute in Deutschlands außenpolitischen Denkfabriken sehen ihre Aufgabe anscheinend nicht darin, offen zu diskutieren oder gar gegenseitig ihre Positionen zu hinterfragen, einander zu widersprechen und aus der Reserve zu locken. Stattdessen scheinen sie ihre Rolle eher darin zu sehen, gemeinschaftlich die aktuell gängige Meinung zu verteidigen, sich gegenseitig zu bestärken und Beistand zu leisten und diejenigen, die nicht ihrer Meinung sind, zu kritisieren oder gar lächerlich zu machen. Das wäre nachvollziehbar, wenn die außenpolitische Fachwelt eine überzeugende Erfolgsbilanz für die letzten Jahrzehnte vorweisen könnte. Sie hat aber in Deutschland, ebenso wie in den USA, schwerwiegende Fehleinschätzungen getroffen, die katastrophale Folgen hatten.

Realistische Theoretiker der Internationalen Beziehungen wie [Stephen Walt](#) machen darauf aufmerksam, dass außenpolitische Eliten für ihre Irrtümer selten zur Rechenschaft gezogen werden. Besonders fällt auf, dass Neokonservative – auf die sich Rhodes bezog, als er zum ersten Mal vom Blob sprach – inzwischen als Trump-Gegner rehabilitiert worden sind. Doch in den USA führte der Schock von 2016 auch dazu, dass sich zunehmend zurückhaltende Stimmen in die politische Debatte einbringen, die sich dem Konsens in Sachen liberale Hegemonie entgegenstellen – speziell das 2019 gegründete Quincy Institute. Deutschland hat bisher keinen vergleichbaren Schock erlebt – und deshalb wird der Berliner Blob womöglich noch weniger in die Verantwortung genommen als sein Pendant in Washington.

Die Originalversion dieses Artikels erschien zuerst auf Englisch bei [The Ideas Letter](#).

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/der-berliner-blob-7455/?utm_campaign=de_40_20240419&utm_medium=email&utm_source=newsletter

09) Kleine Parteien mischen mit



paperpress

seit 1976



Nr. 624-15

16. April 2024

49. Jahrgang

Kleine Parteien mischen mit

Der Anteil der „Sonstigen“ bei Wahlumfragen ist nicht unerheblich. In den aktuellen Umfragen liegt ihr Wert zwischen fünf und 14 Prozent, abhängig davon, wer es inzwischen aus der Sonstigen-Spalte in eine eigene Erwähnung gebracht hat. Die „Freien Wähler“ werden inzwischen namentlich in der Aufzählung erwähnt, auch wenn ihr Wert gegenwärtig nur zwischen einem und drei Prozentpunkten liegt.

Das ist nicht viel weniger als der LINKEN noch prognostiziert wird. Das Bündnis der Populistin **Sahra Wagenknecht** hat es auf Anhieb zu einem eigenen Eintrag geschafft und liegt bundesweit zwischen 5 und 6,5 Prozent. In den ostdeutschen Bundesländern, in denen im September gewählt wird, werden dem Bündnis zwischen 10 und 15 Prozent vorausgesagt, das ist mehr, als abgesehen von Brandenburg, SPD und Grüne in Sachsen und Thüringen gemeinsam bekämen. Die FDP gehörte schon immer zu den Kleinparteien, allerdings mit großem Einfluss, weil sie als Mehrheitsbeschaffer in verschiedenen Koalitionen benötigt wurde.

Ab welchem Wert kann man von einer Volkspartei sprechen? Über knapp 30 Prozent schafft es nur die Union. SPD, Grüne und AfD liegen im mittleren Zehnprozentbereich.



Foto: tv.Berlin

In seine wöchentliche Talk-Runde „*Meine Meinung*“, die heute um 19:30 Uhr über *tv.Berlin, Hamburg 1, bw future tv, Hauptstadt TV, KW-TV* sowie *YouTube* ausgestrahlt wurde, lud Moderator **Andreas Dorfmann** den Brandenburger Landtagsabgeordneter des BVB/Freie Wähler **Matthias Stefke** und *paperpress*-Herausgeber **Ed Koch** ein. Titel der Sendung, die in den Mediatheken abgerufen werden kann, war „*Sind diesmal kleine Parteien die Gewinner?*“

Matthias Stefke war von 1996 bis 2000 Bezirksstadtrat in Kreuzberg für die CDU, aus der er 2006 austrat und eine Wählergruppe in Brandenburg

gründete. 2008 wurde er mit dieser in die Gemeindevertretung gewählt und 2014 in den Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming. Seit 2019 sitzt er mit drei weiteren Kollegen seines Bündnisses im Brandenburger Landtag. Gegenwärtig werden seiner Partei, der *Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler* nur drei Prozent vorausgesagt. Sein Kampf besteht also darin, bis zum 22. September wieder über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen.

Ed Koch machte in dem Gespräch deutlich, dass er von kleinen Parteien nicht viel halte, weil sie es erschweren, regierungsfähige Mehrheiten zustande zu bringen. Und wenn eine kleine Partei in eine Koalition aufgenommen wird, gibt es, siehe Bundes-Ampel, häufig Ärger. Koch fände es sinnvoller, wenn Menschen, die sich politisch betätigen wollen, bei den großen Parteien einbringen. Zu viele Parteien in einem Parlament blockieren eher demokratische Prozesse, als dass sie ihnen nützen würden, weil sie häufig das Regierungshandeln blockieren.

Stefke wies darauf hin, dass es in großen Parteien sehr schwierig sei und lange dauern würde, ehe man ein Parlamentsmandat erreichen könne. Wenn man durch die so genannten „*Ochsentour*“ viele Jahre benötigt, um endlich politisch tätig werden zu können, ist das nicht attraktiv. Bei kleinen Parteien sei das viel einfacher.

Einig waren sich Stefke und Koch in der Frage, ob man die AfD verbieten solle. Ein Verbot schaffe nur Märtyrer und würde der Partei noch mehr Zulauf beschern. Man solle nicht so viel über die AfD reden, sondern sie in den Parlamenten stellen und ihren dubiosen Populismus entlarven. Die AfD habe nur ein Thema, mit dem sie punkte, die Zuwanderung, wobei es keinen Dissens darüber gibt, dass illegale Zuwanderung gestoppt werden muss. Was wäre aber unser Land ohne Zuwanderer, Koch zählt auf, dass er auf seinen sudanesischen Zahnarzt, die türkische Apothekerin, die ukrainische Fußpflegerin und erst recht auf seine griechischen, kroatischen und italienischen Gastronomen verzichten müsste.

Es zeichnet unsere Demokratie aus, dass hier jeder berechtigt ist, eine Partei zu gründen. Die Verantwortung liegt bei den Wählern, für stabile Verhältnisse in den Parlamenten zu sorgen. **Martin Sonneborn** und **Nico Semsrott**, die über „*Die Partei*“ ins EU-Parlament kamen, sind in der „*heute-show*“ besser aufgehoben, wobei sich Semsrott durch das Aufdecken einer Diebstahlsserie während der Coronapandemie im EU-Parlament Verdienste erworben hat.

1

10) Heute Ruhetag. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-14

15. April 2024

49. Jahrgang

Heute Ruhetag

Was früher ganz selbstverständlich war, sich abends spontan entscheiden zu können, zum Beispiel bei seinem Lieblings-Kroaten oder Griechen Essen zu gehen, führt oft zu einer Enttäuschung, denn an der Tür hängt das Schild „Heute Ruhetag“. Bei der Terminplanung achte ich also sehr genau darauf, nicht am Montag zu „Radl“ gehen zu wollen und dienstags nicht zu „Kostas“.

Bei immer mehr Restaurants steht allerdings nicht „Ruhetag“, sondern „Geschlossen“ am Eingang. Anfang April meldete **BILD**: „In Alt-Tegel bleibt die Küche kalt, denn der Ofen ist aus: Allein im März haben drei beliebte Restaurants dicht gemacht – das Fisherman's, das Aarju und das Haxnhaus.“

Der Hotel- und Gaststättenverband **DEHOGA** hat unter 3.175 gastgewerblichen Unternehmen eine Umfrage durchgeführt. Das Ergebnis ist erschreckend: „Die Betriebe beklagen Umsatzverluste, Kostensteigerungen sowie die Folgen der Mehrwertsteuererhöhung.“ Zwar wurde die Mehrwertsteuer nicht erhöht, sondern nach der Coronabedingten Absenkung auf sieben Prozent, wieder auf den alten Stand von 19 Prozent zurückgeführt, dennoch ist diese Teuerung bei den Kunden angekommen.

„In 23 von 27 Ländern gilt ein reduzierter Steuersatz. In einer ganzen Reihe von Staaten kassiert der Staat zehn Prozent, wenn Menschen auswärts essen, beispielsweise in unseren Nachbarländern Österreich, Frankreich und Italien. In Polen und Ungarn ist der Fiskus in diesem Punkt sogar noch bescheidener.“, schreibt der **stern**.

„Angesichts der vielfältigen Herausforderungen ist die Politik gefordert“, sagt DEHOGA-Präsident **Guido Zöllick**. „Wir erwarten dringend Maßnahmen zur Entlastung und Stärkung der Betriebe.“ Dazu gehören für ihn konsequenter Bürokratieabbau, mehr Flexibilität für die Unternehmer und einheitlich sieben Prozent auf Essen.

„Laut der bundesweiten Verbandsumfrage setzten die Gastronomen und Hotellers im März durchschnittlich 5,7 Prozent weniger um als im Vorjahr. Auch das so wichtige Ostergeschäft lief nur verhalten. 35,9 Prozent der Betriebe berichten von einem ‚guten bis sehr guten Verlauf‘. 35,9 Prozent bezeichnen den Verlauf ihres Ostergeschäfts als ‚befriedigend‘. Diesen gut 70 Prozent stehen 28,2 Prozent gegenüber, die ihre Geschäfte mit ‚schlecht bis sehr schlecht‘ bewerten. Denn für die meisten Betriebe lief das Ostergeschäft (57,1%) schlechter als im Vorjahr.“, teilt DEHOGA in einer Pressemeldung mit.

„Die Betriebe müssen nicht nur fehlende Umsätze, sondern zugleich steigende Kosten verkraften. Die Kosten für Lebensmittel lagen durchschnittlich um 16,2 Prozent höher als im Vorjahr, die von Getränken um 12,2 Prozent. Die Personalkosten stiegen um durchschnittlich 13,9 Prozent. Die steigenden Personalkosten werden von den Betrieben als die derzeit größte Herausforderung angesehen, gefolgt von der Anhebung der Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie zu Jahresbeginn sowie den höheren Kosten bei Lebensmitteln und Getränken. Die Hoteliers und Gastronomen leiden darüber hinaus unter der zunehmenden Bürokratie und den steigenden Energiekosten.“

Auch der Blick in die Zukunft bereitet dem Gewerbe Sorgen. „45,1 Prozent der Betriebe erwarten eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation, nur 15,5 Prozent der Unternehmer geben sich zuversichtlich und hoffen auf bessere Geschäfte. 39,4 Prozent gehen von „gleichbleibenden“ Geschäften aus.“, heißt es in der Studie.

„Viele Betriebe spüren eine wachsende Preissensibilität und Konsumzurückhaltung der Gäste“, berichtet Zöllick und verweist auf die Umfrageergebnisse. „Danach beklagt jeder zweite Betrieb Umsatzverluste (48,7%) und Gewinnrückgänge (54,0%). 53,9 Prozent zählen weniger Gäste, ein Drittel der Betriebe (34,2%) meldet einen niedrigeren Durchschnittsbetrag pro Gast.“

Restaurants sind mehr als nur ein Orte, an denen man etwas zu Essen und Trinken bekommt. Es sind Treffpunkte im Kiez, die eine große Bedeutung für viele Menschen haben. Anders als das in der eigenen Wohnung möglich wäre, kommt man hier mit den Nachbarn zusammen, um über Gott und die Welt zu sprechen. Für den erschwinglichen Zugang zu diesen Orten muss der Staat durch ein bezahlbares Steuersystem sorgen.

Ed Koch

1

11) KW 15 (08. bis 14.04.2024). Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-13

14. April 2024

49. Jahrgang

KW 15

Die Themen und Ereignisse der KW 15 sind so vielfältig, dass sie gleich für mehrere Wochenrückblicke ausreichen würden. Nun gibt es die **Bezahlkarte**, damit die Asylbewerber von dem Geld, das sie zum Leben erhalten, nicht auch noch ihre Schleuser bezahlen oder Geld nach Hause schicken können. Ob das die Zuwanderung stoppen wird?

Ein wirklicher Demokratiefortschritt ist, dass sich nun jeder nennen darf, wie er heißen möchte und das Geschlecht bevorzugen kann, dass zu ihm passt. Das **Selbstbestimmungsgesetz** gilt ab 1. November. Warum Union, AfD und das nicht in den Bundestag gewählte Bündnis Wagenknecht ihre Zustimmung verweigerten, ist mir unverständlich. Ist es wirklich „ideologischer Unfug“ wie die AfD behauptet und in der ihr eigenen Sprache von „*Transexremisten*“ spricht? **Sahra Wagenknecht** sagte, das Geschlecht werde „*von einer biologischen Tatsache zu einer Frage der Gemütsverfassung.*“ Quelle: MDR

Was für Menschenbilder spiegeln sich bei AfD und BSW wider? Problematisch finde ich allerdings, dass man bereits nach einem Jahr seine Entscheidung rückgängig machen und sich offenbar wieder einen neuen Vornamen geben kann. Was heißt das? Probezeit für das neue Geschlecht?

Über die **Kriminalstatistik** wurde ebenso heftig gestritten. Nach einem Höchststand von polizeilich erfassten Straftaten 2016, sank die Zahl und stieg ab 2021 wieder deutlich an. 5.940.667 Fälle im Jahr 2023, Aufklärungsquote 58,7 Prozent. Über 40 Prozent der Kriminellen kommen also davon, anders als in den Fernsehkrimis, wo man am Ende immer weiß, ob der Gärtner der Täter war. Durch die hohe Zahl der Zuwanderung, ob legal oder illegal, steigt, nicht überraschend, auch der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen, 2023 immerhin 41,1 Prozent. Gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung ist das sehr viel. „*Zum Stichtag 31.12.2023 waren 13.895.865 Personen im Ausländerzentralregister erfasst.*“ Quelle: Statistisches Bundesamt

Interessant ist, welche Delikte in der Statistik nicht erfasst werden: *Staatsschutzdelikte, bestimmte Verkehrsdelikte, Ordnungswidrigkeiten, Verstöße gegen strafrechtliche Landesgesetze, Delikte, die nicht in den Aufgabenbereich der Polizei gehören (z.B. Finanz- und Steuerdelikte) sowie Delikte, die unmittelbar bei der Staatsanwaltschaft angezeigt und ausschließlich von ihr bearbeitet werden.* Bundeskriminalamt

Völlig überraschend ist auch die in der vergangenen Woche erneut zutage getretene Erkenntnis, dass es mit dem **Wohnungsbau** nicht voran geht. Besonders spektakulär ist der Rückzug beim Projekt am Güterbahnhof Greifswalder Straße. 400 Wohnungen sollten dort entstehen und ein dringend benötigtes Gymnasium mit 800 Plätzen. Über dieses Vorhaben hat sich die Bezirksverordnetenversammlung heillos zerstritten, schreibt die **Berliner Morgenpost**. Der Investor *zieht sich aus dem Projekt zurück und beklagt unüberwindliche Schwierigkeiten. Er spricht von einem „Todesstoß“ für seine Pläne, weil ihm die vom Bezirk geforderte Schaffung von vergünstigten Wohnungen in der aktuellen Bau-Krise unbezahlbar scheint.*

Ob es in der **Sechsten Etage des KaDeWe**, mit 34.000 Produkten auf 7.000 qm die größte Lebensmittelabteilung Europas, künftig mehr thailändisches Essen geben wird, muss abgewartet werden. Der neue thailändische Eigentümer zahlt offenbar 1,2 Milliarden Euro dafür. KaDeWe-Gründer **Adolf Jandorf** investierte 1906 1.921.000 Mark in das Haus.

Mit einer ganz tollen Idee überraschte uns die **BVG** in dieser Woche. Es soll keine Fahrpläne mehr geben, sondern nur noch „Taktungen“. Als hätte es jemals Fahrpläne gegeben, nach denen man sich hätte richten können. Selbst der Blick auf den QR-Code hilft oft nicht weiter. Nicht selten wartet man ewig auf den Bus. Die Menschenmenge an der Haltestelle wird immer größer. Und dann kommen gleich zwei Busse hintereinander, weil sie irgendwo im Stau standen. Dass nun die beiden verspäteten Busse gemeinsam die Haltestelle ansteuern, ist sinnvoll, damit die vielen Fahrgäste an dieser und den folgenden Haltestellen mitgenommen werden können. Das will die BVG abschaffen. Wenn also demnächst ein Bus verspätet eintrifft, kommt der nächste erst nach der vorgesehenen Taktung, also häufig zehn Minuten. Diese Regelung soll zur Entlastung der Mitarbeitenden führen, wofür wir alle sind. Es wäre aber auch schön, wenn es Entlastungen für die Fahrgäste gäbe. Die neue Regelung führt nicht dazu.

Der Aufreger der Woche war das so genannte Duell zwischen zwei Männern, die beide gern Ministerpräsident von Thüringen werden wollen. Das Einzige, was diese Kandidatenvorstellung gebracht hat, ist, dass eine breite Öffentlichkeit **Mario Vogt**, den CDU-Chef von Thüringen kennengelernt hat. Seinen Kontrahenten, den AfD-Führer von Thüringen **Björn Höcke** kennt man als **Bernd Höcke** ja hinreichend aus der **heute-show**.

1



Auch, dass es einen Nachrichtensender mit dem schönen Namen **WELT** gibt, haben wir gelernt. Glückwunsch an die öffentlich-rechtlichen Sender, diese Veranstaltung nicht übertragen zu haben.

Die **Berliner Morgenpost** meint: „Dieser Schlagabtausch war ein Fehler.“ Profitiert habe Höcke, meint das Blatt: „Und das hat Auswirkungen, nicht nur für Thüringen. Höcke, der Rechtsaußen in der Rechtsaußen-Partei AfD, ein völkischer Nationalist, der gerichtsfest als Faschist bezeichnet werden darf, bekam beste Sendezeit für seine Parolen. Der TV-Schlagabtausch zwischen ihm und Voigt lief medial fast im Aufmerksamkeits-Ranking eines Kanzlerduells. Die Debatte kochte über, gerade weil die Risiken so hoch sind, einem Rechtsextremen mit dem Auftritt diese Bühne zu bieten.“

Der **Tagesspiegel** fragt: „Worum ging es in diesem Duell eigentlich? Eine Bundestagswahl? Das EU-Parlament? Gerade in der ersten Hälfte ist kaum nachzuvollziehen, warum hier zwei thüringische Kandidaten vor der Kamera stehen. Beide Kandidaten scheinen vergessen zu haben, für welches Land sie eigentlich gerade Wahlkampf betreiben. Thüringische Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung – all das kommt wenig bis gar nicht vor an diesem Abend.“ Da haben sich zwei Landes-Politiker über alles Mögliche, vor allem über die EU und natürlich über die Zuwanderung unterhalten, für einen der 1,8 Millionen Thüringer Wähler auch interessant, aber für seine Entscheidung bei der Kommunalwahl am 26. Mai und der Landtagswahl am 1. September nicht sehr hilfreich.

Höcke will die EU abschaffen. Damit trifft er seine Anhänger voll ins Herz, weil die EU häufig als Verwaltungsmonster wahrgenommen wird, das mehr kostet als es den Bürgern bringt, was natürlich nicht stimmt. Zeit zum Faktenchecken haben die AfD-Wähler nicht. „Massiv“ will Höcke die Entwicklungshilfe „zusammenstreichen“, was auch ein sehr beliebtes Argument ist, vor allem, wenn man sieht, was alles finanziert wird. Man könnte ja auch mal darüber nachdenken, die zwei Milliarden Euro, die Thüringen aus dem Länderfinanzausgleich bekommt, zu hinterfragen. Um nicht den Anschluss bei populistischen Phrasen zu verlieren, konterte Vogt mit: „Jeder, der arbeiten kann, muss arbeiten.“ Und: „Leistung muss sich lohnen.“ *Quelle: Tagesspiegel*

Für die **Berliner Zeitung** war das TV-Duell Höcke gegen Voigt: „Ein Quantensprung für Deutschlands Debattenkultur.“ „Es gab einmal ein Tabu, das da hieß: Mit AfD-Politiker **Björn Höcke** dürfe man unter keinen Umständen reden. Schon gar nicht als Spit-

zenpolitiker einer demokratischen Partei.“ Voigt hat dieses Tabu gebrochen und wollte Höcke inhaltlich stellen. „Ob ihm das gelungen ist, darüber lässt sich streiten. Darüber, dass er mit diesem Experiment Deutschlands Debattenkultur vorangebracht hat, eher nicht.“, meint die **Berliner Zeitung**.

Das sieht der Autor dieses Beitrages gänzlich anders. Es gehört dazu, dass die Spitzenkandidaten aller Parteien vor der Wahl in einer TV-Runde zu Wort kommen können. Duelle oder Trielle halte ich für undemokratisch. Als es dann im Höcke-Vogt-Duell um die Frage „Brötchen mit Mett oder Gehacktem“ ging, war der Höhepunkt erreicht und ich bereitete mir ein Hackepeterbrötchen zu.

Am 26. Mai werden wir erfahren, wer in den Kreistagen und bei den Stadt- und Gemeinderäten gewonnen hat. Das ist der erste Test, gefolgt vom 9. Juni, wenn sich die Thüringer zu Europa äußern dürfen. Und am 1. September, dem Antikriegs- und Weltfriedenstag, entscheiden die Thüringer darüber, wer in ihrem Land das Sagen hat. Das dürfte spannend werden. Die CDU, derzeit bei 20 Prozent, würde nicht einmal mit den Kleinstparteien SPD (9%) und Grüne (5%) eine mehrheitsfähige Koalition bilden können. Die FDP steht nicht mehr zur Verfügung, sie hat sich pulverisiert. Was also tun? Die LINKE (16%) mit ins Boot holen, um AfD (29%) und BSW (16%) zu verhindern? Das Land steht vor der Unregierbarkeit.

Olaf Scholz ist in China. Alle möglichen Leute haben ihm Themen mit auf den Weg gegeben. Eigentlich will er nur drei Tage bleiben. Um aber alles ansprechen zu können, bräuchte er länger. Entscheidend wird sein, welche Rolle China in den Konflikten dieser Welt zu spielen beabsichtigt. **Der Iran hat Israel angegriffen.** Die Lage im **Gaza-Streifen** wird für die dort lebenden Menschen immer auswegloser. Dass Israel alles Recht der Welt hat, militärisch gegen die Terrororganisation Hamas vorzugehen, die 1.239 Israelis bestialisch ermordete und immer noch über 100 Geiseln gefangen hält, ist unbestritten. Den Gaza-Streifen jedoch unbewohnbar zu bomben, geht über das hinaus, was als Verteidigungsmaßnahme gerechtfertigt ist. Nicht jeder Palästinenser ist ein Terrorist. **Verbalterroristen** hat man in Berlin den Strom abgeschaltet, als sie auf einer „Palästina-Konferenz“ ihren ungezügelten Hass gegen Israel verbreiten wollten. Das war eine konsequente Entscheidung. Berlin ist nicht die Plattform für Leute, die ihren Antisemitismus ausleben wollen.

Ed Koch

12) Heute mal fernsehen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-12

11. April 2024

49. Jahrgang

Heute mal fernsehen

Heute ist richtig was los in der Glotze. Die ZDF-Vorabendkrimis lohnen derzeit nicht, alles Wiederholungen. Wer wissen will, wie die Krankenversorgung 2049 aussehen könnte, kann einen Blick in die *Charité* werfen. In der ARD laufen heute Abend die beiden letzten Folgen der vierten Staffel, und es klingt dramatisch: „Die *Charité* ist einem Hackerangriff extremistischer Reformgegner zum Opfer gefallen. Überall fallen Systeme aus, OP-Roboter bewegen sich nicht mehr, die Klimaanlage versagt, Türen lassen sich nicht mehr öffnen und schließlich gibt auch das Beatmungsgerät den Geist auf.“ Und das soll erst 2049 passieren?

Unterhaltsamer dürfte es um 22:50 Uhr, ebenfalls in der ARD, bei **Christian Ehrings** Satireendung **extra3** zugehen. Wem allerdings das Thema „Ukraine droht Niederlage – lässt der Westen Kiew im Stich?“ interessiert, müsste um 22:15 Uhr ins ZDF umschalten. Bei **Maybrit Illner** sind **Kevin Kühnert**, **Dietmar Bartsch**, **Vitali Klitschko**, Bürgermeister von Kiew, die Sicherheitsexpertin **Claudia Major** und die ZDF-Korrespondentin **Katrin Eigendorf** zu Gast. Was die drei Politiker erklären werden, dürfte vorher bekannt sein: Kühnert, Solidarität Ja, Taurus Nein; Bartsch, keine Waffen, sondern Verhandlungen; Klitschko, mehr Verteidigungswaffen, Taurus Ja, bitte.

Das Highlight dürfte aber heute Abend beim Privatsender **WELT** zu sehen sein. Das TV-Duell zwischen **Mario Vogt** und **Björn Höcke** und die anschließende Sondersendung können Sie am Donnerstag, 11. April 2024, ab 20.15 Uhr live auf **WELT** Fernsehen, im Livestream auf **WELT.de** sowie im Anschluss in der Mediathek und TV-App verfolgen.

Mario Vogt ist der CDU-Chef von Thüringen, **Björn Höcke** der Führer der thüringischen AfD. Am 1. September wird in Thüringen ein neuer Landtag gewählt. Schon am 26. Mai bei den Kommunalwahlen (Kreistage, Stadträte, Gemeinderäte) wird sich zeigen, wie die Stimmung im Land ist, und am 9. Juni haben die Thüringer noch die Möglichkeit, über Europa abzustimmen.

Die Frage, ob es klug ist, dass sich **Mario Vogt** mit **Björn Höcke** duelliert, wird heiß diskutiert. Für die CDU würden nach einer Umfrage von **Infratest dimap** vom 19. März 20 und für die AfD 29 Prozent stimmen. Die Partei von Ministerpräsident **Bodo Ramelow** (Linke) käme auf 16 Prozent, nur einen Punkt mehr als **Sahra Wagenknechts** links-rechter Gemischtwarenladen **BSW**.

Die AfD Thüringen gilt als gesichert rechtsextrem und „ein Gericht hat entschieden, dass der Thüringer AfD-Chef **Höcke** ‚Faschist‘ genannt werden darf. Auch Wähler trifft dieses Label – und das ist gut so.“, schreibt die **taz** und fordert, „Stigmatisiert sie!“ Kann man sich mit so einem Menschen wie Höcke an einen Tisch setzen und reden? Der Autor dieses Beitrages mein Ja, man muss. Alles andere könnte als Feigheit gewertet werden. Aber, von einem „Duell“ halte ich

nichts. Wenn schon, dann müssten auch die anderen Spitzenkandidaten an der Diskussion teilnehmen, zumindest der Ministerpräsident **Bodo Ramelow**. Dass CDU und AfD den Termin unter sich ausmachen, halte ich für einen Fehler. Und da wir gerade bei Fehlern sind, möchte ich an dieser Stelle wiederholen, dass es m.E. ein Fehler ist, der AfD die ihr zustehenden Plätze in den Präsidien der Landtage und des Bundes zu verweigern. Jeder neue gescheiterte Wahlgang drückt die AfD mehr in die Opferrolle.

Ein eklatanter Fehler war es m.E. auch, die Regularien bezüglich des Alterspräsidenten zu ändern. Als absehbar war, dass das älteste Mitglied des Bundestages ein AfD-Abgeordneter sein würde, beschloss man schnell, dass nicht der lebensälteste, sondern dienstälteste Abgeordnete die erste Sitzung zu Beginn der Legislaturperiode eröffnet. Hätte das unsere starke Demokratie nicht ausgehalten? Es macht keinen Sinn, die AfD und ihre Wählerschaft als Aussätzige zu behandeln, anstatt sie mit guter demokratischer Politik zu heilen.

Sie können sich heute Abend natürlich auch **Quarks** im **WDR** anschauen: „*Alles in Bewegung, wie wir Veränderungen im Leben meistern*.“, oder die Komödie im **rbb** „*Grüner wird's nicht, sagte der Gärtner und...*“. Bevor um 21:00 Uhr bei **RTL** das Europa League-Spiel des vermutlich und hoffentlich deutschen Meisters **Bayer Leverkusen** gegen **West Ham United** beginnt, erleben wir **Elton** in seiner Show „*Blamieren oder Kassieren*.“

Apropos **Elton**. Er ist „*Wütend und traurig*“, weil ihn **ProSieben** aus der Show „*Schlag den Star*“ geworfen hat. **Matthias Opdenhövel** soll die Show zum 1. Juni übernehmen, **Elton**, der mit bürgerlichem Namen **Alexander Duszat** heißt, ist im Fernsehen omnipräsent, und zwar auf vielen Kanälen, privaten wie öffentlich-rechtlichen. Die Fernsehwelt wird nicht untergehen, wenn man beim Zappen nicht mehr so häufig in **Eltons** Gesicht schauen muss.

Ein wirklich schönes Format läuft im **NDR** mit **Elton** als Moderator, „*Na siehste*“, wo **Jürgen von der Lippe**, **Esther Schweins**, **Kurt Krömer** und **Mike Krüger** Fragen aus der Fernsehgeschichte der letzten Jahrzehnte beantworten müssen. **Elton**, der 2001 als Show-Praktikant von **Stefan Raab** bei **TV-total** auf **ProSieben** seine Karriere startete, moderiert auch die **ZDF**-Kinderspiel-Show „*1, 2 oder 3*“.

Von Montag bis Freitag entkommt man **Elton** nur schwerlich auf der **Mattscheibe**. Um 10:30 und 18:00 Uhr heißt es „*Wer weiß denn sowas?*“, wo er, moderiert von **Kai Pflaume**, gegen **Bernhard Hoëcker** antritt und, ergänzt durch je einen Promi, die absonderlichsten Fragen beantworten muss. Die Sendung ist beim Publikum vor allem deshalb beliebt, weil das erspielte Geld vom jeweils siegreichen Team auf die Zuschauer, die hinter **Elton** oder **Hoëcker** sitzen, verteilt wird.

Es bleibt also genug übrig von **Elton**, auch wenn jetzt ein anderer der Star schlägt.

Ed Koch

1

13) Aufarbeitung dringend erforderlich. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-06

6. April 2024

49. Jahrgang

Aufarbeitung dringend erforderlich!

Eigentlich wollen wir alle die Corona-Zeit vergessen. Es kommt einem heute alles so unwirklich vor, was wir mit uns haben machen lassen. Natürlich haben wir den Experten vom Robert-Koch-Institut und allen anderen tatsächlichen und selbst ernannten Virologen vertraut, die uns täglich in Radio-Podcasts, Fernsehinterviews und unzähligen Talk-Shows mit ernstem Gesicht ihre Sicht der Dinge präsentierten.

Was **Christian Drosten** sagte, war Gesetz. Und die Politiker, die von all dem keine Ahnung hatten, offenbar auch nicht Professor **Karl Lauterbach**, wirkten als eine Art Brandbeschleuniger in der Umsetzung der Experten-Vorschläge. Denn, alle Maßnahmen haben Politiker angeordnet, die sich als Absicherung immer auf die Virologen beriefen. Diese erlangten einen für Mediziner ungewöhnlichen Bekanntheitsgrad, der dazu führte, dass der Virologe **Hendrik Streeck** kürzlich bekannt gab, dass er für die CDU in den Bundestag einziehen will. Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Beitrag des ZDF: *„Covid & Co. als Politik-Booster - Wie die Pandemie Virologen zu Stars machte.“*

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-politik-booster-virologen-100.html>

Da niemand weiß, ob uns nicht eines Tages wieder auf irgendeinem Schiff aus irgendeiner Ecke dieser globalen Welt ein neuer Virus erreicht, ist eine Corona-Aufarbeitung dringend notwendig.



Es reicht nicht aus, dass der Corona-Minister **Jens Spahn** bereits im September 2022 ein Buch mit dem vielsagenden Titel: *„Wir werden einander viel verzeihen müssen“* herausgegeben hat. *„Wie ein Orkan ist die Pandemie übers Land gefegt. Nichts ist mehr, wie es war. Zum ersten Mal berichtet jetzt Jens Spahn sehr persönlich aus dem Zentrum des Orkans. Er erzählt, wie die Politik in einer historischen Situation, für die es kein Beispiel gibt, der Krise Herr zu werden versucht, wie Kanzlerin, Ministerpräsidentenrunde, RKI und Experten um den richtigen Weg ringen. Er spart nichts aus, schildert schwierige Entscheidungen, drastische Maßnahmen, Zumutungen und Fehler ebenso wie*

Momente der Erschöpfung und Verzweiflung, erzählt von maßlosen Angriffen und dem Riss, der durch die Gesellschaft geht. Aber er richtet den Blick auch nach vorn: Wie können wir uns wappnen für kommende Krisen? Wie die erbitterten Gegensätze versöhnen, wie heilen, was unheilbar scheint? Ein bemerkenswert offener, ebenso kritischer wie selbstkritischer Blick auf unser Land in seiner bisher vielleicht größten Bewährungsprobe.“ Mit diesem Text wurde das Buch, das für 14,99 bzw. 22,00 Euro zu haben ist, angepriesen. Ich kann mir kaum vorstellen, dass dieses Werk irgendjemand gekauft hat.

Der einzig vernünftige Satz in der Beschreibung heißt: *„Wie können wir uns wappnen für kommende Krisen?“* Und dazu ist eine Aufarbeitung erforderlich. Spahn fordert, dass wir *„uns viel verzeihen müssen“*, es würde schon reichen, wenn sich mal jemand bei uns entschuldigt. Dass es alle, Politiker und Virologen nur gut mit uns gemeint haben, glaube ich schon. Alle haben jedoch die Verhältnismäßigkeit aus den Augen verloren.

Michael Müller, damals Regierender Bürgermeister von Berlin und Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz, saß ständig mit **Angela Merkel** und den anderen Politikern zusammen. Von Ministerpräsidenten-Konferenzen hatte vor Corona niemand etwas gehört, eine Randnotiz in den Nachrichten. Nun wurden Fernsehprogramme unterbrochen und live ins Kanzleramt geschaltet, wenn Merkel und Müller wieder neue Maßnahmen verkündeten.

Gegenüber der **Berliner Morgenpost** (22.03.2024) gesteht **Michael Müller** heute: *„Bei manchen Dingen sind wir über das Ziel hinausgeschossen.“* Exemplarisch nennt er die sogenannte *Osterruhe*, die vorsah, fünf Tage lang alles dichtzumachen - auch Lebensmittelgeschäfte. *„Dieser Beschluss ist glücklicherweise zurückgenommen worden.“* Die damalige Idee, Kinder sollten zur Unterbrechung der Infektionsketten ihre Spielpartner festlegen, nennt Müller heute *„wirklichkeitsfremd“*. Quelle: Berliner Morgenpost

Ob für die Corona-Aufarbeitung eine Enquete-Kommission eingesetzt werden muss, oder andere Wege sinnvoller wären, ist egal. Nicht zielführender dürfte jedoch sein, das Gesundheitsministerium mit der Aufarbeitung zu beauftragen. Das wäre ungefähr so, als bäte man die Baufirma mit der Untersuchung, deren Gebäude eingestürzt ist. Es muss eine unabhängige Kommission sein, an der vor allem auch Betroffene beteiligt werden. Zwar sollte nach vorn geschaut und vielleicht nicht im Nachhinein den Beteiligten ihre Äußerungen und Maßnahmen vorgehalten wer-

1



den. Aber zumindest daran erinnern sollte man schon, schließlich ging es um massive Einschränkungen der Freiheitsrechte, was sich in dieser Form nicht wiederholen darf.

Die **Berliner Zeitung** hat sich die Mühe gemacht, einige der Äußerungen zusammenzustellen und versucht, mit Entscheidungsträgern von damals ins Gespräch zu kommen. Das Büro von **Jens Spahn** verwies auf sein Buch. Tatsache ist, dass viele dieser Entscheidungsträger diejenigen, die sich nicht impfen lassen wollten, öffentlich diffamierten und sie noch mehr als andere in ihren Freiheitsrechten einschränkten. So wurde beispielsweise einem Vater, der sich nicht impfen lassen wollte, verboten, seinen Sohn zum Schwimmunterricht zu begleiten. Der Vater wurde damit gezwungen, sich impfen zu lassen.

In den Medien wurden regelrechte Kampagnen gegen Impfunwillige gefahren, es fehlte nur noch, dass man sie gezwungen hätte, einen Sticker am Revers zu tragen auf dem sich ein rot durchgestrichenes C befindet, oder zumindest ein 2G, 2G-Plus, 3G oder 3G-Plus. Ohne Impfpass mit den Nachweisen hatte man überall Probleme. „Politiker aller etablierten Parteien überboten sich in der Pandemie mit Forderungen, Ungeimpften das Leben schwer zu machen.“, schreibt die **Berliner Zeitung** in ihrem Beitrag.

„So sollten mehr Menschen dazu gebracht werden, sich impfen zu lassen – trotz möglicher, damals noch nicht ausreichend erforschter Nebenwirkungen. Ebenfalls nicht bekannt war, ob die Impfung die Ansteckung anderer überhaupt verhindern kann – sie kann es nicht, wie mittlerweile bekannt.“

Heute: „Wirtschaftsminister **Robert Habeck** (Grüne) kündigte gegenüber der **Bild-Zeitung** eine Phase des Nachdenkens ‚über die schwere Pandemie-Zeit mit all ihren Auswirkungen‘ an.“ **Damals:** „29. Juli 2021, der damalige Grünen-Vorsitzende Habeck wird von Fernsehreportern in seinem Heimatdorf Heikendorf in Schleswig-Holstein interviewt. Thema sind auch die Corona-Maßnahmen an Schulen: Man trage die ‚Pandemie auf dem Rücken der Kinder‘ aus, weil die ‚Erwachsenen zu lahm sind, sich impfen zu lassen‘, sagte Habeck. ‚Also Leute: Spritze in den Arm‘, so das Fazit des heutigen Wirtschaftsministers.“ „Doch bei der Impfung der Erwachsenen wollte es Habeck nicht belassen. Er drängte die Ständige Impfkommission (STIKO) beim Robert-Koch-Institut dazu, ‚mal ein bisschen in die Gänge‘ zu kommen. Diese sollte ‚ihre zögerliche Haltung‘ zur Impfung von Kindern über zwölf Jahren noch einmal

überdenken‘. Die vermeintliche Position der Experten – ‚Wir haben nicht genug Daten, wir können dazu uns nicht äußern‘ – sei ‚angesichts der Dringlichkeit der Lage‘ keine „gut genuge Haltung“. „genuge“?

„Ein weiterer Politiker, der sich während der Pandemie fast täglich zu gesundheitspolitischen Fragen äußerte, ist der heutige Gesundheitsminister **Karl Lauterbach** (SPD). In seiner Zeit als Abgeordneter sprach er sich gegen eine allgemeine Impfpflicht aus, als Gesundheitsminister drängte er darauf. In einem Tweet vom Mai 2020 schrieb Lauterbach, eine Impfpflicht ergebe bei Covid ‚so wenig Sinn wie bei Grippe‘. Februar 2022: ‚es reiche nicht, ‚den Ungeimpften nur auf die Nerven zu gehen‘. ‚Ich bin ein ganz klarer Befürworter einer allgemeinen Impfpflicht.“

„**Friedrich Merz** sagte Ende November 2021 bei Markus Lanz, man sei an einem Punkt, ‚an dem unser Land in Geiselschaft genommen wird von den Corona-Leugnern und den Impfgegnern‘. Gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland forderte er, Ungeimpfte sollten im Rahmen einer flächendeckenden 2G-Regelung aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Merz kandidierte damals für den CDU-Bundesvorsitz. Den Lockdown für Ungeimpfte stellte Merz sich so vor: ‚Kein Ungeimpfter mehr im Büro, kein ungeimpfter Fußballspieler mehr auf dem Rasen, kein ungeimpfter Abgeordneter mehr im Bundestag, kein ungeimpfter Student mehr im Hörsaal.“

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) forderte „drakonische Strafen“. Gegenüber **WELT** sagte sie: „Menschen, die sich weigern, geimpft zu werden, also – sofern sie keine Erkrankung haben, die das nicht zulässt –“ müssten sich darüber im Klaren sein, „dass sie nicht als Minderheit die Mehrheit terrorisieren dürfen und deshalb auch mit entsprechenden Regeln konfrontiert werden.“ „Ungeimpfte seien ‚Bekloppte‘ ist eine Aussage von **Joachim Gauck**. Und so könnte man die Zitatliste fortsetzen.

Es ist Zeit für Aufarbeitung und Entschuldigungen, damit sind vor allem auch die Medien gemeint. Wir fangen an und entschuldigen uns für den folgenden Satz vom 09.01.2022: „Es gibt nur einen Weg, die Menschen an die Nadel zu bringen: Beschränkungen. 2G+ ist vollkommen richtig. Auch wenn es platt klingt, aber, wer nicht angeschnallt ist, darf nicht Auto fahren und wer nicht vollständig geimpft ist, darf an vielen Angeboten des öffentlichen Lebens nicht teilnehmen.“

Ed Koch

01) Veranstaltungstipps für den Mai



Veranstaltungstipps für den Mai

ufaFabrik – www.ufafabrik.de

Viktoriastraße 10-18 – 12105 Berlin
Öffnungszeiten Kartenvorverkauf
Mo - Sa, 10:00 - 18:00 Uhr / sonntags, 14:00 -
18:00 Uhr außer an Feiertagen! Tel. 30 755 030



Musikkabarett Ganz dünnes Eis

Variété Salon Do. 2. Mai 2024 - 20:00 Uhr
20 €, Ermäßigt: 17 €, Studenten (nur im VVK): 12 €

In ihrem zehnten Bühnenprogramm begeben sich **Stefan Klucke** und **Dirk Pursche** mit nagelneuen, bitterwitzigen Songs mal wieder auf ganz dünnes Eis. Das haben sie eigentlich schon immer gemacht, doch was früher lustig war, ist es heute nicht mehr. Die selbsternannte Humorpolizei shitstürmt nicht nur das Internet, sie hockt neuerdings auch im Publikum.

Ein Lied über das Sammeln von Giftpilzen – böse und geschmacklos! Eine Satire über ein militärisch gesichertes Reihenhaus – maßlos übertrieben! Ein Song über Political Correctness im Kindergarten – unfair und gemein! Selbst in den genialen Wortspielen des Duos lauert der Teufel im Detail.

Alle, die Satiresendungen im Fernsehen aufgrund der Triggerwarnungen meiden, sollten dem Konzert des Potsdamer Kult-Duos besser fernbleiben. Für alle anderen wird es mit Sicherheit wieder ein Mordsspaß.

<http://www.humorbuero.com/schwarze-gruetze/>

Foto: Göran Gnaudschun

38. Berliner Kinderzirkusfestival

Berliner Kids im Rampenlicht
Theatersaal - Sa. 4. bis So. 5. Mai 2024
Sa-So 15:00 Uhr Erwachsene: 7 €, Kinder: 4 €

"Manege frei!" für die jungen Nachwuchsartisten der Stadt. Breakdancer, Tänzerinnen, Clowns, Jongleure

und Akrobaten begeistern mit einer rasanten Show voller Witz und Lebensfreude. Von Flic Flac und dreistöckiger Pyramide, von Kugellauf bis Bauchtanz ist alles geboten, was Spaß macht und das Publikum zum Staunen bringt. Mitfiebern und anfeuern!

BABYLON EUROPA

Konzert - Europäische Kulturshow
Überdachte Freiluftbühne Sa. 18. Mai 2024
17:30 Uhr - Eintritt: Frei



Eine Ode an die kulturelle Vielfalt Europas eröffnet dieses Jahr den Open-Air-Sommer auf der Überdachten Freiluftbühne.

Bereits zum zweiten Mal ist die Show von EUNIC Berlin, dem Netzwerk der europäischen Kulturinstitute, in der ufaFabrik zu Gast und auch in diesem Jahr wieder als Satelliten-Event ein Programmteil vom Karneval der Kulturen. 12 Künstler*innen aus verschiedenen europäischen Ländern präsentieren ein selbst erarbeitetes Programm, welches die individuelle Bedeutung von Freiheit in den Fokus rückt. Mit Live Musik, Artistik und Performance konzipieren alle Künstler*innen den Showabend gemeinsam. Auch in diesem Jahr bildet die Berliner Showband The Swag den musikalischen Rahmen um die Veranstaltung.

Foto: Jim Kraft

Kabarett-Theater Die Stachelschweine

Europa Center - Tauentzienstraße 9-12, 10789 Berlin
Telefon: 030 2614795

<https://diestachelschweine.de/>

Steglitz, wir haben ein Problem

1., 10., 11., 12., 18., 19. und 26.

Wie sagte ein Nachfolger Willy Brandts, ein Mann namens Kai Wegner: „Berlin gehört in die Top 3 der Welt!“. Daher: Lokale Visionäre aus Berlin planen jetzt den großen Coup! Woran bislang Amerikaner



und Russen scheiterten, auch Chinesen und Inder sowie zuletzt Elon Musk: Unter der Leitung eines ehemaligen BVG-Koordinators soll der Mars besiedelt werden!

Drei Lügen zu viel

2., 3., 4., 5., 9., 27. und 28.

Wir schreiben das Jahr 2023. Corona ist überwunden. Doch schon droht eine neue Gefahr! Drei Menschen in einem Geheimbunker am Potsdamer Platz, tief unter der Erde, ausgewählt von Angela Merkel selbst, sollen die Welt retten. Und es muss schnell gehen. Denn das Desaster scheint unaufhaltsam. Ehen sind bereits tausendfach zerbrochen, Weltkonzernen droht die Pleite, die „Tagesschau“ muss abgeschaltet werden und Markus Söder will Bayern in die Unabhängigkeit führen. Denn eine neue gefährliche Krankheit breitet sich aus: Das Wahrheitsvirus.

Gutes Geld 6., 7. und 8.

Als in Asien die Finanzmärkte zusammenbrechen, ahnt noch niemand, dass da ein Zusammenhang zum neuen Computer einer Familie aus Berlin-Wilmersdorf bestehen könnte. Doch Heizungsinstallateur Timo Steppanski ist schon verwundert, als er plötzlich auf seinem Privatkonto den Eingang von 2 Billionen Euro verzeichnet. Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die frohe Kunde bei Freunden und Nachbarn. Was soll man mit so viel Geld anstellen? Doch anstatt sich ein Wohnmobil zu gönnen und entfernten Verwandten zu helfen, hat Steppanski eine große Vision: Durch eine anonyme Spende entschuldet er den deutschen Staat. Die Sensation ist groß, die Freude auch. Aber leider nicht von Dauer.

Fassen wir zusammen

13., 14., 16., 17., 21., 22., 23., 24., 25., 30. und 31.

Wie macht man die Welt zu einem besseren Ort? Wie enteignet man Facebook, Amazon und Google - und bringt gleichzeitig die eigene Frau dazu, einem mal wieder zuzuhören? Und wird damit über Nacht berühmt? Ganz einfach: Indem man das Internet abschaltet. Digital Detox für alle. Denken sich die Hacker-Aktivistin Pepsi-Carla und der grüne Hinterbänkler Lars Kugelreiter. Tatsächlich gelangen sie in den Kellerraum, wo alle Kabel zusammenlaufen. Der historische Moment ist da. Das Bekennervideo ist abgedreht. Zurück in die analogen 80er ...

ACHTUNG! WORTWECHSEL!

Mit **Philipp Hübl** (Spiegel Bestsellerautor und Philosoph) und **Frank Lüdecke** 15. Mai 2024 - 19:00 Uhr „Moralspektakel - Wie die richtige Haltung zum

Statussymbol wurde und warum das die Welt nicht besser macht.“ Moral als Show: Wenn es wichtiger ist die richtige Haltung zu zeigen, als sie zu haben - und warum das ein Problem ist.



Wir wollen gute Menschen sein, aber das allen anderen auch zeigen. Denn unser moralischer Charakter verschafft uns Anerkennung und Attraktivität. Doch durch den Einfluss der digitalen Medien wird Moral immer mehr zum Statussymbol und die öffentliche Diskussion zu einem Moralspektakel. Mit negativen

Folgen, denn die inszenierte Moral führt zu Populismus, Symbolpolitik, verzerrter Forschung und wirkungslosen Maßnahmen gegen Diskriminierung. Statt uns in Schaukämpfen zu profilieren, zeigt uns **Philipp Hübl**, wie wir einer universellen Ethik folgen können, um reale Missstände zu beseitigen - einer Ethik, in der weder autoritäres Denken noch Opfergruppen im Mittelpunkt stehen, sondern der selbstbestimmte Mensch.

Träumt Weiter!

Das neue Kabarettprogramm von **Frank Lüdecke** 20. Mai 2024 - 20:00 Uhr

Benötigen Sie betreutes Denken? Wunderbar! Frank Lüdecke hat so lange über diese Welt nachgedacht, sie können seine Meinung einfach getrost übernehmen. Das ist praktisch. Gerade in dieser verwirrenden, unübersichtlichen Zeit. In der viele verunsichert sind: Darf man heute noch mit Menschen reden, die eine andere Meinung vertreten? Und warum ist die richtige Meinung bei den anderen so selten anzutreffen? Die Politik macht es uns auch nicht einfach. Wenn die Regierung fast 30 verschiedene Sondervermögen hat - sind wir dann überhaupt noch verschuldet? Warum setzen wir wieder aufs Militär, wollen aber gleichzeitig die Bundesjugendspiele abschaffen? Und dann noch KI: Wer gewinnt den Wettlauf zwischen künstlicher Intelligenz und natürlicher Dummheit? Noch steht es nicht fest.

Aber es gibt erste Anzeichen: Behörden sind nicht erreichbar, weil die Bürger keine Faxgeräte mehr besitzen. Schüler haben Mühe, Buchstaben zu entziffern, obwohl die Lehrer regelmäßig Lernzielkontrollgesprächsprotokolle schreiben. Was läuft da schief?

Frank Lüdecke durchforstet unsere chaotische Lebenslandschaft gewohnt aktuell und überraschend. Am Ende seiner Analyse hat er eine gute und eine



schlechte Nachricht für Sie. Die schlechte: Er weiß es selbst nicht so genau. Die gute: Er bleibt trotz aller Widrigkeiten optimistisch. Und rät: „Träumt weiter!“.



Frank und Caroline Lüdecke mit der paperpress-Crew nach einem Auftritt im Schloßparktheater.

Kabarett-Theater Die Wühlmäuse

Pommernallee 2-4, 14052 Berlin, am Theodor-Heuß-Platz, Telefon: 030 30673011

<https://wuehimaeuse.de/veranstaltungen/>

4. Mai 2024 – 15:30 Uhr

Frank Lüdecke – Träumt Weiter!

4. Mai 2024 – 20:00 Uhr

Der Tod – Gevatter Unser



Tod ist ein Knochenjob. Religionen versprechen überall auf der Welt Wiedergeburt und Reinkarnation, die moderne Medizin forscht ohne Unterlass nach dem ewigen Leben und nun hat auch noch der Dauer-Rivale des Sensemannes, der Klapperstorch, dem Tod ein Ei vor die Gruft gelegt. Was für ein Chaos. Und so werden die Menschen immer älter und die Weltbevölkerung wächst

ohne Unterlass. Kein Wunder, wenn man als Gevatter jetzt auch noch dafür sorgen muss, dass der kleine Totellini einen Kita-Platz ergattert und dass das neue Kindermädchen nicht gleich wieder am ersten Abend in die Spielzeug-Sense "reinläuft".

In seinem vierten Abendprogramm widmet sich der Erfinder der Death Comedy mit seiner engelsgleichen Stimme den (Grab-) Steinen, die ihm immer wieder vor die Gebeine geworfen werden, zeigt die neusten Bilder aus seinem legendären Foto-Album und berichtet moderfrisch von seinen Erfahrungen, wenn er mit Kind am Arbeitsplatz erscheint. Foto: Exluzzi

Chin Meyer - Grüne Kohle

Sonntag, 12.05.2024 20:00 Uhr



Hat man bereits nachhaltig investiert, wenn man auf einem E-Tretroller einen veganen Smoothie schlürft? Oder war man bei der Frage nach der Tretroller-Helmpflicht in etwa so aufrichtig wie Boris Becker bei seinen Vermögensverhältnissen? Darf man nach zweimaligem Mallorca-Verzicht zur Erholung auf den Malediven

tauchen? Kommen Menschen mit Solardach automatisch ins Nachhaltigkeitsparadies?

Schonungslos entlarvt **Chin Meyer**, der Großmeister des Humor-Investments, unsere Märchen um nachhaltige Lebens- und Finanzlügen. Stets aktuell spielt er auf der ganzen Klaviatur der Wohlfühl-Umwelt-Kuschel-Romantik und stellt sich der Frage: Rettet Geld die Welt? Oder überlebt am Ende doch nur bunt bedrucktes Papier? Zumal die Deutschen in der Inflation gern auf die härteste Währung zurückgreifen, die wir seit D-Mark-Zeiten kennen: Klopapier – das neue Gold! Mit einem praktischen Zusatznutzen, den andere Geldscheine nur schwer erreichen...! Und: Angesichts gegenwärtiger Preissteigerungen kann man demnächst ein Millionenerbe entweder mit einer Villa am Mittelmeer, zehn Jahren Urlaub in der Karibik oder einer Maß Bier auf der Wiesen durchbringen!

Aber wenn aus dem German Global Player „Wirecard“ am Finanzmarkt aufgrund homöopathischer Verdünnung der Bilanzen ein „German Globuli Player“ wird, dann können auch Sie zusammen mit Energie- und Rüstungskonzernen Klimaziele erreichen – und zwar mit dem gleichen simplen Rezept: alles rein in die Grün-Geld-Waschmaschine, auf „Pflegeleicht“ stellen und mit dem „1,5 Grad-Ziel“ sanft schleudern.

Zusammen mit Finanzprofis wie „Steuerfahnder Siegmund von Treiber“, Chin Meyers Kultfigur aus dem bayrischen Fernsehen und anderen zwielichtigen Geld-Gurus surft der Satiriker nicht nur durch die bunte Welt nachhaltiger Investitionen, sondern verleiht auch dem allgemeinen Wahnsinn gesellschaftlichen Lebens wieder die nötige Dosis humorvoller Distanz. Denn Umweltrettung ohne Humor hat die gleichen Erfolgsaussichten wie Bankenrettung ohne Geld – oder Online-Dating ohne Strom. Chin Meyer ist sich sicher: Lachen löst vielleicht keine Probleme – aber definitiv die Stimmung! F: Michael Holz

02) Die Leser haben das Wort



paperpress

seit 1976



Nr. 624-29

29. April 2024

49. Jahrgang

Die Leser haben das Wort

In zwei Beiträgen aus der Leserschaft geht es um die Zukunft der Berliner SPD und um die der FDP.



Hans-Georg Lorenz, 81-jähriges Urgestein der Berliner SPD, macht sich Sorgen um seine Partei und analysiert das Vorsitzen-Casting, das in dieser Woche in die entscheidende Runde geht. Lorenz schreibt:

Mit Erstaunen habe ich zur Kenntnis genommen, dass das Duo Bartels/Niroomand zur Stichwahl gegen Hikel/Böcker

Giannini mit der Begründung antritt, nach dem Ausscheiden von Saleh/Lehmann die Einzigen zu sein, die die Linke in der SPD repräsentieren: Seit wann sehen Bartels/Niroomand das Duo Saleh/Lehmann als „links“? Seit wann sind Bartels/Niroomand „politisch links“? Foto: paperpress Archiv

Wer zu den wenigen gehört, die noch wissen, was linke sozialdemokratische Politik ausmacht, kann der Genossin Bartels nur teilweise zustimmen: Ja, mit Saleh und Lehmann ist ein Duo abgewählt worden, das eine linke Politik nicht nur propagiert, sondern auch praktiziert hat. Es war allerdings auch das einzige „linke“ Duo! Bartels/Niroomand scheinen nicht einmal zu wissen, was „links“ ist. Das Schicksal teilen sie allerdings mit vielen Genossinnen und Genossen! Man verwechselt das Begriffspaar „links/rechts“ mit „konservativ/progressiv“.

Vor allem aber haben sie nicht erkannt, dass sich linke und rechte Politik nicht in den Zielen, sondern in dem Weg unterscheiden, diese Ziele zu verwirklichen! Die Ziele sind nämlich bei fast allen Gruppen gleich: Alle wollen den Klimawandel aufhalten, alle wollen einen sozialen Staat, alle wollen Frieden, alle wollen Integration und Emanzipation, alle wollen Toleranz.

Alle wollen! Das dramatisch dargebotene Herunterbeten dieser Ziele war es auch, was die Casting-Veranstaltungen intellektuell verödete. Der einzige Streit, an dem man Einstellungen ablesen konnte, war dann auch eine Streit über den Weg. Hikel/Böcker Giannini meinten, soziales Handeln erfordere die Aufgabe der Gebührenfreiheit. Die beiden anderen Duos sahen das anders. Richtig ist, dass Hikel/Böcker Giannini eine rechte Position in der SPD vertreten. Deshalb ist es auch ein Lacher, wenn die – wie immer ahnungslose – Presse vermutet, dass die Wegener-CDU schwereren Zeiten entgegengeht, wenn dieses Duo gewählt wird. Das bedeutet aber nicht, dass Bartels/Niroomand eine linke sozialdemokratische Politik vertreten:

Im Wesentlichen vertreten sie eine an den Zielsetzungen der Grünen orientierte Politik. Eine speziell sozialdemokratische Komponente, die sie von den Grünen klar unterscheidet und deshalb in einer weiteren Partei vertreten sein muss, ist nicht erkennbar.

Es muss endlich mit dem fatalen Irrtum aufgeräumt werden, dass die Grünen linke Politik betreiben. Sie sind eine bürgerliche Partei, deren Politik den Klimawandel bekämpft - und zwar mit Mitteln, die effektiver zu sein scheinen als die aller anderen Parteien. Diese Mittel erfordern finanzielle Opfer. Die kann die Klientel der Grünen verkraften, ohne auf die Befriedigung elementarer Bedürfnisse verzichten zu müssen. Das gilt für die Zielgruppe der SPD nicht. Die kann diese sozialen Härten nicht ohne Weiteres verkraften. Daher sind die Grünen auch keine linke Partei – auch wenn sie gelegentlich scheinbar soziale Anwendungen bekommen.

Linke Politik ist keine Almosenpolitik, die dem Individuum das Überleben sichert. Linke Politik zielt darauf, alle Teile der Bevölkerung als gleichberechtigt in die Gesellschaft zu führen, sie gesellschaftlich zu emanzipieren. Die SPD wollte immer die Partei der Emanzipation sein. Das ist ihr als Arbeiterpartei mit dem gesellschaftlich ausgegrenzten Proletariat gelungen. Und sie versagt gegenwärtig! Wenn immer mehr Menschen auf die staatliche Hilfeleistungen angewiesen sind, sich als Harz IV-Generationen wiederfinden, Studieren zunehmend vom Geldbeutel und vom Bildungsstand der Eltern abhängt, jedes fünfte Kind in Armut aufwächst, schon wegen sprachlicher Defizite nicht einmal eine Ausbildung bewältigt, alleinstehende Mütter in permanentem Stress stehen – kurz: Wenn sich mindestens ein Drittel der Bevölkerung nicht als aktive Mitglieder der deutschen Gesellschaft fühlen kann, dann hat die SPD als Partei der gesellschaftlichen Emanzipation versagt. Der Versuch, durch weitere staatliche Almosen diesen Mangel auszugleichen, muss scheitern – und tut das auch.

Linke Politik hat zur Grundlage, dass die elementaren Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden. Dazu gehören insbesondere eine Wohnung, die über sauberes Wasser und Heizung verfügt, die Möglichkeit, sich gesund zu ernähren, die Chance eine gute Bildung und Ausbildung zu erlangen, mit der ein Beruf ergriffen werden kann, der ein selbstbestimmtes und von Sozialleistungen unabhängiges Leben erlaubt, aber auch die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Diese Bedingungen müssen weitgehend aus dem ruinösen Wettbewerb um Kapitalmaximierung herausgehalten werden. Das hatte selbst die FDP zeitweilig erkannt.

Auch hier hat die Berliner SPD versagt: Unter ihrer Verantwortung sind staatliche Wohnungsbestände nachgerade verscherbelt worden, wurden die Wasserwerke privatisiert, sind die Schulen verkommen. Erhebliche Teile der Bevölkerung beherrschen die deutsche Sprache nur bruchstückhaft – und das ist keine nationalistische Klage, sondern ein Mangel, der die Menschen ausgrenzt.

1



Und hier wird deutlich, dass es vor allem auch **Raed Saleh** war, der durch seine Politik den – oft erfolgreichen – Versuch unternahm, diese Voraussetzungen sozialdemokratischer Politik zu schaffen und zu revidieren, was andere SPD-Mitglieder bewusst vernachlässigt hatten:

- Rückkauf der Wasserbetriebe. In den vergangenen zehn Jahren wurden die Wasserpreise dreimal gesenkt, obgleich der Betrieb profitabel arbeitet.
- Verhinderung des Verkaufs weiterer Wohnungen. So sollte die BIH – die 14.000 Mieteinheiten verwaltet – für 115 Mio. € verkauft werden. Der Verkauf unterblieb. Der heutige Wert liegt bei mehr als sieben Milliarden €.
- Rückkauf von Wohnungen. Rund 25.000 Wohnungen wurden in den vergangenen fünf Jahren zurückgekauft.
- Freie Bildung - keine Studiengebühren der öffentlichen Universitäten, komplette Abschaffung der Kitagebühren, drei beitragsfreie Hortjahre, Befreiung der Eltern von Lernmittelgebühren, Einführung des kostenfreien Mittagessens für alle Berliner Schülerinnen und Schüler
- Freie Bewegung - kostenfreies Schülerticket sowie 9 €- Sozialticket und 29 €- Ticket für alle
- Schulsanierungen - 2016 wurde unter Führung der SPD-Fraktion die Berliner Schulbauoffensive ins Leben gerufen – seit 2016 haben sich die jährlichen Ausgaben für den Ausbau neuer und die Sanierung bestehender Schulgebäude von rund 270 Mio. auf rund 870 Mio. Euro (2022) mehr als verdreifacht.

Daran haben viele mitgewirkt – unter der klaren Leitung von **Raed Saleh**. Das alles hat die Partei offensichtlich nicht einmal bemerkt – und die Bevölkerung hat es nicht als sozialdemokratische Politik erfasst. Stattdessen mäkelte man an der Form herum, in der Raed Saleh Politik betreibt. Hinterzimmerpolitik wird das genannt.

Ich darf als Person Folgendes anmerken: Ich habe stets offen gegen die Privatisierung und für Integration und Emanzipation gekämpft wurde „Kanaken-Lorenz“ geschimpft. Ich habe diesen Kampf immer offen geführt, habe immer „das Weiße im Auge des Gegners“ gesehen. Und ich bin mit dieser Politik der offenen Auseinandersetzung gescheitert – übrigens an Leuten, die in Hinterzimmern mit Versprechungen an Dritte dafür gesorgt haben, dass „die Linke“ aus den Funktionen herausgewählt wurde. Ich sage deshalb: Ich will, dass sozialdemokratische Politik gemacht wird, meinestwegen auch in „Hinterzimmern“.

Nunmehr kann die Berliner SPD zwischen zwei Duos, die eine rechte SPD vertreten, wählen. Bei dieser Wahl sollte man sich vor Augen halten, worin sich die Kandidaten unterscheiden. Für mich achten Hikel/Böcker Giannini - ähnlich wie die CDU – darauf, dass sie die Bevölkerung durch ihre Politik befriedigen müssen. Ich werde sie deshalb wählen.

Dabei verkenne ich aber nicht, dass die von ihnen gesetzten Akzente nur schwer als sozialdemokratisch eingeordnet werden können. Allerdings ist mir eine Politik, die die Spaltung der Stadt nicht noch vertieft, lieber als die Hinwendung zu den elitären politischen Zielsetzungen der Grünen. Für linke Sozialdemokraten bleibt nur der gegenwärtig wenig aussichtsreiche Kampf für emanzipatorische Ziele.

Und hier ein Beitrag von **Reinhard Frede**, FDP-Bezirksverordneter in Tempelhof-Schöneberg.



Ist die FDP noch zu retten? Am 27. und am 28. April hielt die FDP ihren Bundesparteitag in Berlin ab. Zirka 650 Delegierte aus ganz Deutschland nahmen daran teil. Sie haben sich mal wieder die „ordre du mufti“ abgeholt, bevor sie nach Hause fuhren. Ich war selbst bis vor zwei Jahren Hauptdelegierter auf dem Bundesparteitag. Jetzt

bin ich noch Kommunalpolitiker. Foto: phrenetica

Derzeit sagen diverse Umfrageinstitute der FDP sowohl für die Europawahlen als auch für die Landtagswahlen in diesem Jahr 3 bis 4 Prozent der Wählerstimmen voraus. Diesen Trend kann man noch umkehren, wenn die Weichen der Politik neu gestellt werden. Zunächst einmal muss eine „heilige Kuh“, die Schuldenbremse, in Frage gestellt werden, die seinerzeit Finanzminister **Peer Steinbrück** erfunden hat.

Alle deutschen Wirtschaftsweisen warnen unisono, in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation oder Rezession, sich in die Krise hineinzusparen. Kredite sind zu unterscheiden in Ausgaben für Investitionen, von denen die nachfolgenden Generationen einen Nutzen haben und von solchen für konsumtive Zwecke. Zum Beispiel wären kreditfinanzierte Ausgaben für Bildung, Straßen, Brücken, Schienen, für den Wohnungsbau und für die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft Investitionen in die Infrastruktur des Landes und damit für Kinder und Enkel als nützlich zu bewerten. Das käme den Menschen zugute. Es gilt, gemeinsam mit SPD und den Grünen Wege zu finden, die heute gültige Schuldenbremse zu modifizieren – zur Not auch gemeinsam mit der CDU.

Die Rente mit 63 Jahren ohne Abschläge bewirkt, dass dringend benötigte Fachleute den Arbeitsmarkt vorzeitig verlassen. Für besonders hart arbeitende Handwerker und das Pflegepersonal müssen andere Regelungen gefunden werden. Vielleicht hilft die Altersgrenze mit 60 Jahren für diesen Personenkreis weiter, wenn andere, wie z. B. Büroberufe, erst mit 70 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen.

Bezüglich der Bürgergeldempfänger, die arbeiten könnten, aber alle Angebote ablehnen, kann ich mir vorstellen, sie vor die Wahl zu stellen, entweder sie akzeptieren einen persönlichen Mentor, einen Coach, der für die tagesstrukturellen



Maßnahmen der Wiedereingliederung zuständig ist, oder es gibt dauerhaft 30 Prozent Abzug vom Bürgergeld.

Um zusätzliche Arbeitskräfte zu gewinnen, müssen in Deutschland zirka 400.000 KiTa-Plätze neu geschaffen werden. Gefragt sind eine angemessene Bezahlung für Erzieher und gute Arbeitsbedingungen. Auch das wäre eine Investition in unsere Zukunft. Diejenigen Mütter und Väter, die mehr als in Teilzeit arbeiten möchten, hätten eine Chance auf berufliche Selbstverwirklichung. Fachkräfte werden dringend gesucht...

Die FDP ist noch zu retten, wenn sie sich einen Ruck gibt, über den eigenen Schatten springt und die Bremsen im eigenen Kopf endlich löst.

Umfragen zu den anstehenden Wahlen in diesem Jahr für die FDP:

Europa – 9. Juni – 3-4 Prozent

Sachsen – 1. September – 2 Prozent

Thüringen – 1. September – 2 Prozent

Brandenburg – 22. September – 3 Prozent

Bundestagswahl 2025 – derzeit 4-6 Prozent

Berlin – 2026 – derzeit 3 Prozent

03) Berliner sind nie zufrieden. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-27

27. April 2024

49. Jahrgang

Berliner sind nie zufrieden



Dieses Foto entstand beim CDU-Parteitag im September 2023, als **Kai Wegner** und **Katharina Günther-Wünsch** gut 100 Tage in ihren neuen Ämtern waren, er als Regierender Bürgermeister, sie als Bildungs- und Familiensenatorin. Sicherlich standen sie zufällig zusammen, denn erst im Januar 2024 wurde auch ihre private Beziehung bekannt.

In den letzten zwei Wochen wurde ein Jahr Schwarz-Rot in den Medien schon hoch und runter gefeiert. Nun, **paperpress** feiert die Feste wie sie fallen, und zwar heute, denn am 27. April 2023 wurde **Kai Wegner** zum Regierenden Bürgermeister gewählt. Der Start kann nicht gerade als gelungen bezeichnet werden, denn es brauchte drei Wahlgänge, ehe Wegner vereidigt werden konnte. Wer die Heckenschützen waren, bleibt im Verborgenen. Vielleicht CDU-Abgeordnete, die sich bei der Ämterverteilung übergangen fühlten, vielleicht SPD-Abgeordnete, deren Phantomschmerz über den Verlust von Rot-Grün-Rot ein Kreuz für Wegner verhinderte? Wer weiß. Egal. Gewählt ist gewählt.

Das Beste an Schwarz-Rot sind die Farben Schwarz und Rot, ohne Grün und Dunkelrot. Der Unterhaltungswert von R2G bzw. RGR hatte sich im Laufe der Jahre abgenutzt. Die Streitigkeiten wurden unerträglich. Wenn es etwas Gutes im neuen Senat gibt, dann

das Ende des öffentlich ausgetragenen Streits der Koalitionspartner.



Einige beklagen, dass durch die neue Harmonie die strittigen Themen unterm Deckel gehalten werden. Ja, richtig, da gehören sie auch hin. CDU und SPD sollen sich verständigen und dann mit einer Zunge sprechen. Das läuft doch sehr gut und wird souverän von Senatsprecherin **Christine Richter** kommuniziert.

Mit der Wahl eines neuen SPD-Landesvorstands im Mai kann sich allerdings dieser Gleichklang ändern, denn die Neuen werden sich profilieren müssen, und das bekanntlich immer auf Kosten der anderen.

Meine Wahrnehmung vom neuen Senat ist eine positive. Damit befinde ich mich aber in der Minderheit, denn die Berliner sind nie zufrieden und meckern, was das Zeug hält. Mit der Arbeit des Senat sind nach der neuesten Umfrage von **Infratest dimap** im Auftrag des **rbb** nur 29 Prozent zufrieden und 67 Prozent nicht zufrieden, vier Prozent haben vom Senat noch nie etwas gehört.

Dieses Ergebnis erstaunt mich. Nehmen es die Befragten **Kai Wegner** übel, dass er bis Ende 2023 eine Terminbuchung beim Bürgeramt innerhalb von 14 Tagen versprochen, aber nicht gehalten hat? Es war das Gegenteil von schlau, dieses Versprechen zu geben, schließlich sind wir in Berlin, das weiß er doch.

Dass Berlin mit der Bewertung seiner Regierung die Rote Laterne aller Bundesländer trägt, ist nicht neu, das gab es auch schon früher, weil in Berlin mehr gemekelt als anerkannt wird. Tragisch ist es allerdings schon, dass nur die Bundesampel noch unbeliebter ist. Warum sind nur 30 Prozent der Befragten mit der Arbeit von **Kai Wegner** zufrieden und 50 Prozent unzufrieden? 20 Prozent wissen vermutlich gar nicht, wer Wegner ist.

Die berühmte Sonntagsfrage, die sich in Berlin erst im September 2026 stellt, ist dementsprechend. Während die **SPD** bei 15 Prozent verharrt, verliert die **CDU** zwei Punkte und steht jetzt beim 27 Prozent, immer noch deutlich vor allen anderen. Eine Mehrheit hätte Schwarz-Rot nicht mehr. Die **Grünen**

1



legen um einen Punkt auf 20 Prozent zu. Woher kommt dieses eine Prozent? Eine knappe Mandatsmehrheit hätte also Schwarz-Grün. Es gibt viele Gründe, aus Berlin wegzuziehen, das wäre der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brächte.

Die **Linke** käme auf 10 Prozent, was knapp unter einer Neuauflage von Rot-Grün-Rot, allerdings in anderer Reihenfolge, läge. Die **AfD** verliert erfreulicherweise drei Zähler auf nun 12 Prozent. Bitte weiter so. Die **FDP** bliebe mit 3 Prozent weiterhin draußen vor der Tür. Aus dem Stand käme **Sahra Wagenknechts** Gemischtwarenladen für Links-Rechts-Enttäuschte auf 6 Prozent. What??? „Der Zugewinn des BSW geht laut BerlinTrend auf Kosten von AfD, CDU und FDP.“, analysiert der **rbb**.

Die Wähler gefallen sich in ihrer mächtigen Rolle, Chaos anrichten zu können. Anstatt für stabile Verhältnisse zu sorgen, verschwenden sie ihre Stimme an Parteien, in deren Büros, wenn auch versteckt hinterm Schrank, immer noch die signierten Fotos von **Wladimir Putin** zu hängen scheinen, bei einigen offenbar inzwischen auch die von **Xi Jinping**.

Den Berlinern geht alles mal wieder nicht schnell genug. Nachdem sie jahrelang monatelang auf Termine beim Bürgeramt gewartet haben, soll es nun ganz schnell gehen. Wie lange vorher weiß man, wann der Personalausweis abläuft? Zehn Jahre. Da könnte man rechtzeitig planen. Ja, ich weiß, es gibt vieles, was kurzfristig entsteht und auch kurzfristige Termine verlangt. Die wichtigste Aufgabe eines Bürgeramtes besteht darin, den Bürgern so schnell wie möglich die erforderlichen Bescheinigungen auszustellen.

Ralf Kleindiek, Chief Digital Officer des Landes Berlin und Staatssekretär für Digitales und Verwaltungsmodernisierung, (*passt das auf eine Visitenkarte?*) verspricht die digitale Meldebescheinigung und die elektronische Wohnsitzanmeldung. Klingt toll, aber schauen Sie mal nach, wie das geht:

<https://service.berlin.de/dienstleistung/120702/>

Seit Mai 2023 ist **Martina Klement** Chief Digital Officerin und erklärt: „Die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung ist eine der Mega-Aufgaben Berlins. Deshalb hat **Kai Wegner** sie auch zur Chefsache gemacht. Die Berlinerinnen und Berliner haben zurecht einen Anspruch darauf, schnell Verbesserung bei den Verwaltungsleistungen zu spüren. Ich möchte dafür sorgen, dass Berlin jeden Tag ein

Stückchen besser funktioniert und unsere Stadt auf allen Ebenen zu einer handlungsfähigen, innovativen und zukunftsorientierten Stadt wird. Berlin und seine Verwaltung können mehr, die Politik muss dafür nur den richtigen Rahmen setzen. Dafür möchte ich in den kommenden Jahren mit vollem Einsatz arbeiten.“ Die Berliner scheinen jedoch noch nichts zu spüren. Die Dienstleistungen der Bürgerämter gehören m.E. nicht in die Zuständigkeit der Bezirke. Dass muss zentral im großen Stil geregelt werden.

Und was ist mit der Rückabwicklung der ideologisch verbrämten Verkehrswende? Damit, die Friedrichstraße wieder befahrbar gemacht zu haben, kann es ja nicht getan sein. Mit dem ÖPNV in Berlin unterwegs zu sein, ist teilweise eine Zumutung. Man kann jeden verstehen, der sich lieber in sein Auto als in einen überfüllten unpünktlichen Bus oder eine durch Kabeldiebstahl ausgebremste U-Bahn setzt.

Acht von zwölf Verkehrsstadträten in Berlin haben das Sonnenblumensymbol am Revers, vier gehören der CDU an. Die SPD hat sich aus der Verkehrspolitik der Bezirke verabschiedet. Der Machtzuwachs der Berliner Bezirke ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich angewachsen. Berlin blockiert sich dadurch selbst. Durchregieren von oben ist kaum möglich. Oft wird auf Hamburg geschaut. Leider nicht oft genug, denn dort gibt es zwar auch Bezirke, aber mit weit weniger Macht als in Berlin. In den Bezirken gibt es keine Bürgermeister, sondern Bezirksamtsleiter. Das sind zwar auch politische Wahlbeamte, allein ihre Bezeichnung ordnet sie aber anders ein. **Katharina Fegebank** (Grüne) ist Zweite Bürgermeisterin Hamburgs und neben Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung auch für die Bezirke zuständig. Das gesamtstädtische Interesse in Hamburg steht über der Kleinstaaterei von Berlin.

Kai Wegner kann machen, was er will, er kommt an den Bezirken nicht vorbei. Die Unzufriedenheit mit den Dienstleistungen der Bezirke, läßt sich bei Wegner ab. Es ist schwer für Wegner, eine Politik zu machen, die sich bei der CDU einzahl. Apropos einzahlen. Das ist doch mal eine satte Mehrheit. 60 Prozent finden die Wiedereinführung des 29-Euro-Tickets gut, 33 Prozent für falsch, 7 Prozent fahren ohnehin schwarz. Diese von der SPD durchgesetzte Wohltat, die jährlich 300 Millionen Euro kostet, zahlt sich bei der SPD nicht ein. Die Berliner nehmen die sozialdemokratischen Geschenke gern an, bedanken sich aber bei den anderen.

Ed Koch

04) KW 16 (15. bis 21.04.2024) – Scheißegal. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-21

21. April 2024

49. Jahrgang

KW 16 - Scheißegal

Wie wichtig sind die Funktionen der SPD-Landesvorsitzenden? Offenbar nicht einmal in den eigenen Reihen wichtig genug. Gerade einmal 47,58 Prozent der Mitglieder haben sich überhaupt an der Wahl beteiligt, dem größten Teil ist es offenbar scheißegal, wer die Partei führt.

Das Ergebnis:
Jana Bertels und Kian Niroomand: 3.020 Stimmen (36,11 %) <16,76>
Nicola Böcker-Giannini und Martin Hikel: 4.034 Stimmen (48,24 %) <22,39>
Luise Lehmann und Raed Saleh: 1.309 Stimmen (15,65 %) <7,26>
In spitzen Klammern der prozentuale Anteil, gemessen an der Mitgliederzahl.
Stimmberechtigte: 18.020 Mitglieder
Abgegebene Stimmen: 8.574 Stimmen
(Beteiligung: 47,58 %)
Gültige Stimmen: 8.363 Stimmen

Damit hat kein Kandidaten-Team die im ersten Wahlgang erforderliche absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen von mindestens 4.182 Stimmen erreicht. Dem Team Hikel/Böcker-Giannini fehlten 148 Stimmen, um gleich im ersten Wahlgang die Sache perfekt zu machen. Deshalb findet vom 2. Mai bis 17. Mai 2024 eine Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Teams statt.

Das Ergebnis ist vor allem für den Fraktionsvorsitzenden **Raed Saleh** ein Desaster. Er ist zwar immer noch der mächtigste Mann in der SPD, denn im Parlament findet die Politik statt, muss sich aber jetzt mit zwei neuen Parteivorsitzenden arrangieren, und so, wie es aussieht, werden diese **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel** heißen. Sie kritisieren die von Saleh betriebene „Umsonst-Stadt“, in der Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni herrscht. Gerade noch rechtzeitig wurde das 29-Euro-Ticket, ein 300-Millionen teures Sponsoring für die ÖPNV-Nutzer des Berliner Stadtgebiets beschlossen.

In einem Kommentar in der **Berliner Morgenpost** beleuchtete gestern **Joachim Fahrn** das „Politikmodell der starken Männer“, das „auf der Kippe“ stehe. Gemeint ist die Zusammenarbeit zwischen CDU-Chef und Regierendem Bürgermeister **Kai Wegner** und Noch-Partei- und Fraktionschef **Raed Saleh**. „Dass ein solches Politikmodell der unangefochtenen Partei- und Regierungschefs **Kai Wegner** zupasskommt, ist offenkundig. Christdemokraten sind von jeher geneigt, ihren starken Personen weitgehend freie Hand zu lassen, solange sie erfolgreich

agieren, für gute Wahlergebnisse sorgen und möglichst viele Posten und Mandate sichern.“, schreibt Fahrn.

Wegner würde sich brüsten, führt Fahrn aus, „wie geräuschlos seine Koalition arbeitet. Kein Wunder: Wenn wie im Falle der jüngsten Finanz-Entscheidungen nicht einmal Senatoren und Staatssekretäre, geschweige denn Abgeordnete oder Landesvorstandsmitglieder in eine Entscheidungsfindung eingebunden werden, kann auch niemand öffentlich darüber meckern. Nach außen herrscht Frieden.“

Dass so ein „Politikmodell“ mit Grünen und Linken nicht umsetzbar ist, dürfte bekannt sein. „In beiden ehemaligen Regierungsparteien erwarten auch die Leute aus der zweiten Reihe, nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. In der SPD ist das eigentlich auch so.“ Die neuen Parteichefs werden also nicht nur ein Problem für Saleh, sondern auch für Wegner. Die neuen Vorsitzenden wollen und werden mit am Tisch sitzen, und mit **Martin Hikel** dazu noch ein Bürgermeister, der die Interessen der Bezirke im Blick hat.

Dass Wegner Saleh als Pendant in der Funktion des Parteichefs verloren geht, ist gerade jetzt, als der neue Senat ein Jahr im Amt ist, tragisch. Ganz so geräuschlos wird es zwischen CDU und SPD künftig nicht mehr zugehen, dafür dürfte schon die äußerst streitlustige, vermutlich künftige Co-Vorsitzende **Nicola Böcker-Giannini** sorgen. Sie muss beweisen, dass sie etwas draufhat, denn ihre bisherige politische Karriere war alles andere als erfolgreich. Ihren Neuköllner Wahlkreis gewann sie 2016 nicht direkt, sondern zog erst nach einem Mandatsverzicht von **Karin Korte**, die Bezirksstadträtin in Neukölln wurde, ins Abgeordnetenhaus ein. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 bewarb sich Böcker-Giannini vergeblich um ein Direktmandat in Reinickendorf. Auch über die Bezirksliste verfehlte sie den Wiedereinzug und schied im November 2021 aus dem Abgeordnetenhaus aus. Im Dezember 2021 wurde sie Staatssekretärin für Sport, wurde aber im Oktober 2023 nicht ganz freiwillig in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Quelle: Wikipedia

Die **taz** bringt das Mitgliedervotum auf den Punkt: „**Raed Saleh** wollte es noch einmal wissen. Jetzt weiß er es.“ Die **Berliner Morgenpost** spricht von einer „krachenden Niederlage für Saleh.“ Der **Tagesspiegel** schreibt, dass die Parteibasis „das Ende der Ära **Raed Saleh** eingeläutet“ „und damit für einen Neustart in ihrem Landesverband votiert“ hat. „Für den langjährigen Fraktionsvorsitzenden und Noch-

1



Parteichef ist es eine Schmach. „Viel mehr noch aber war dieser Entscheid eine Absage an die Art, wie Saleh Politik macht.“, stellt der **Tagesspiegel** fest. „Sie wird getragen von Hinterzimmerabsprachen und Gefälligkeiten, die ein wirksames Netz von Abhängigkeiten geschaffen haben. Oftmals gelangten damit nicht die Personen auf Posten, die am geeignetsten sind, sondern diejenigen, die im Machtgefüge des Parteichefs strategisch am besten passten. Insofern dürfte dieses Mitgliedervotum auch viele Menschen in den höchsten Rängen der SPD nervös machen, deren Besetzung eine von Salehs Gnaden war.“ Schön beschrieben, aber keine neue Erkenntnis, vor allem nicht für **paperpress**-Leser. Wie Saleh seine Macht immer wieder festigte, kann man in unserem Archiv nachlesen.

Salehs größter Coup war sein Umgang mit dem Aufstand aus den Reihen der Fraktion 2017. Dieser verlief im Sande, weil sich zwar viele über die Art von Saleh, Politik zu machen, beschwerten, aber niemand das geeignete Gesäß in der Hose hatte, um gegen ihn erfolgreich anzutreten. Viele der Unterzeichner des Schreibens sind heute nicht mehr in der Politik, andere sind befördert und mit schönen Posten versorgt worden. Auf Dauer ging diese Strategie nicht einmal im alten Rom auf.

Seit **Raed Saleh** Fraktionsvorsitzender ist, also seit 2011, und es ihm eigentlich immer egal war, wer unter ihm Regierender Bürgermeister ist, ging es kontinuierlich von 28,3 im Jahr 2011 (**Klaus Wowereit**) auf 21,6 2016 (**Michael Müller**), 21,4 2021 bis zum Tiefstand 2023 mit nur noch 18,4 Prozent (**Franziska Giffey**) bergab. Eine 3 stand zuletzt bei **Klaus Wowereit** 2006 vor dem Ergebnis, 30,8 Prozent. 42,7 waren es 1979 bei **Dietrich Stobbe**, 50,4 Prozent 1971 bei **Klaus Schütz** und 61,9 Prozent 1963 bei **Willy Brandt**. OK, andere Zeiten, andere Ergebnisse.

Was noch?

Nun hat es doch noch das Repräsentantenhaus der USA geschafft, das 60 Milliarden schwere Unterstützungspaket für die Ukraine zu verabschieden. Die parlamentarischen Trickereien, die dazu notwendig waren, sind beeindruckend. Dem republikanischen Vorsitzenden des Repräsentantenhauses **Mike Johnson** ist es gelungen, große Teile seiner Fraktion mit den Demokraten abstimmen zu lassen. Wie die Machtverhältnisse in den USA tatsächlich aussehen, wurde deutlich, als sich Johnson erst bei **Donald Trump**, der als „de facto“-Chef der Republikaner bezeichnet wird, das Einverständnis zu diesem Schritt

abholte. Johnson hatte Glück, Trump zwischen dessen vielen Gerichtsterminen zu erreichen.

Es gibt immer mehr Menschen, die vom Ukraine-Krieg genug haben, womit nicht die Ukrainer gemeint sind, die lieber heute als morgen wieder von der Front nach Hause gehen würden. Es hat sich in Europa eine Müdigkeit breit gemacht, immer wieder von diesem Krieg hören zu müssen, den ein Größenwahnsinniger Russe angezettelt hat.

Es gibt in meinem Bekanntenkreis viele, die sich gegen weitere Waffenlieferungen aussprechen, aber nicht sagen können, was die Konsequenzen einer Niederlage der Ukraine sein würden. Putin übernehme das Land, Selenskyj und Klitschko nach Sibirien deportiert oder ihnen noch in Kiew ein Tee angeboten.

Nachdem Putin ein in vielen Bereichen zerstörtes Land übernommen hätte, würde er nicht gleich weitere Länder angreifen, sondern erst einmal die Ukraine wieder funktionsfähig machen müssen, schließlich ist vor allem die Infrastruktur zerstört. Und er müsste überall getreue Vasallen einsetzen, die das Land unter Kontrolle halten. Das dürfte sein größtes Problem sein, denn die Ukrainer, die noch kämpfen können, werden das aus dem Untergrund heraus tun. Das Land wird auf absehbare Zeit ein Krisenherd bleiben, auch wenn der Krieg formal für beendet erklärt werden wird. Darüber muss sich doch Putin im Klaren sein.

Was vor allem uns Europäer anstacheln muss, die Ukraine weiter mit Waffen zu versorgen, ist die enorme Flüchtlingswelle, die auf uns zukommen wird, wenn die Niederlage absehbar ist. Und das schaffen wir dann nicht mehr. Die Flüchtlingswelle wird über Polen zu uns schwappen und auch **Viktor Orbán** wird sie an seiner Grenze nicht aufhalten können.

Wir können in Deutschland diskutieren, solange wir wollen, wenn es aber nicht gelingt, den Krieg so zu beenden, dass es einen weiterhin lebensfähigen demokratischen Teil der Ukraine geben kann, wird uns die Wucht des Flüchtlingsunami zerdrücken. Der Taurus wird der Ukraine nicht zum Sieg verhelfen, aber vielleicht dazu beitragen, dass Putin irgendwann die Lust an dem Gemetzel verliert. **Olaf Scholz** Bedenken wegen der Einsatzvoraussetzungen des Taurus, sind inzwischen mehrfach widerlegt worden. Es wird Zeit zu handeln. Eine Prognose zum Ende der 16ten KW gefällig? Taurus wird geliefert und am Ende behält **Rolf Mützenich** recht. **Ed Koch**

05) Zeitreise



paperpress

seit 1976



Nr. 624-20

20. April 2024

49. Jahrgang

Zeitreise

Den Begriff „*Zeitenwende*“ kennen wir seit dem 27. Februar 2022, als **Olaf Scholz** eine Regierungserklärung im Bundestag abgab, für die er Applaus auch aus den Reihen der Union bekam, weil kreditfinanzierte 100 Milliarden Euro in die kaputtgesparte Bundeswehr investiert werden sollen, die trotz ihres jährlichen Budget von 50 Milliarden Euro die Soldaten nicht einmal mit vernünftiger Unterwäsche versorgen kann. Außerdem sollen nun die vereinbarten zwei Prozent unserer Wirtschaftsleistung in die Kriegskasse der NATO eingezahlt werden. Deutschland rüstet auf. Was ist geschehen?

Drei Tage vor Scholz Rede überfiel die Armee des **Wladimir Putin** die Ukraine, um sie vom Faschismus zu befreien, ganz im Stile **Adolf Hitlers** Wehrmacht, die am 1. September 1939 mit dem Überfall Polens den Zweiten Weltkrieg auslöste. Einen Blitzkrieg wie Hitler in Polen, hat Putin in der Ukraine nicht hinbekommen. Der Krieg dauert nach über zwei Jahren immer noch an.

Was heißt *Zeitenwende*? Dass am 24. Februar 2022 in Europa und im Rest der Welt die Nachkriegszeit endete? Nie zuvor, weder beim Chruschtschow Berlin-Ultimatum 1958 noch in der Kubakrise 1962 wurde so häufig vom III. Weltkrieg gesprochen wie jetzt. Was macht das mit den Menschen? Unglaubliches Leid herrscht in der Ukraine, die sich immer mehr zu einem Schrottplatz zeretzter Panzer und Raketen entwickelt. Wer soll das alles aufräumen, wenn eines Tages der Krieg vorbei ist? Bleiben werden große Friedhöfe in der Ukraine und Russland, auf denen zehntausende Soldaten und Zivilisten beigelegt wurden. Alle Opferzahlen sind nicht überprüfbar, denn, zu keinem Zeitpunkt wird mehr gelogen als im Krieg.

Wir leben in gefährlichen Zeiten. Der Feind steht rechts, was nicht nur geographisch gemeint ist. Der Feind steht nicht nur vor der Tür, sondern er befindet sich bereits in unserem Haus. Wie gefährlich sind Reichsbürger wirklich? Stellen wir uns lieber nicht vor, wie viele „*Kameraden*“ heute Abend in ihren Kellern, umgeben von Devotionalien mit Runen und einem etwa 6.000 Jahre alten Symbol indischen Ursprungs, beisammensitzen und das Glas auf einen österreichischen Ansichtskartenmaler erheben, der wie kein anderer zuvor die Welt in Schutt und Asche legte und dessen Größenwahn geschätzt 75 Millionen

Menschen zum Opfer fielen. Was also tun in diesen *Wendezeiten*? Am besten in die Vergangenheit fliehen und eine *Zeitreise* unternehmen. Nachkriegszeiten haben, wenn es erlaubt ist, das so zu formulieren, auch einen Vorteil. Es geht wieder aufwärts. Die Stimmung ist gut und optimistisch. Der Aufschwung, zumindest in West-Deutschland, war nach dem Zweiten Weltkrieg enorm, auch in West-Berlin, der Frontstadt, in der drei Westalliierte aufpassten, dass uns die vierte Siegermacht im Ostteil nicht auffrisst.

In der intimen Atmosphäre des **Wolfgang-Neuss-Salons** in der **ufaFabrik** nahmen uns **Johannes-Sebastian Strauss** und sein Pianist **Timo Tietz** gestern Abend mit auf eine *Zeitreise* in das West-Berlins der frühen Nachkriegsjahre.



Foto: Ed Koch

Strauss und Tietz nennen sich die **Firlefanzenbrüder**, die alles andere als *Firlefanzen* boten. „*In den Wirren der aktuellen Vorkriegszeit bringen die Swing-Exzentriker auf unterhaltsame Weise auch frischen Wind in politische Chansons der Nachkriegszeit.*“, wurde ihr Programm angekündigt.

Eine wichtige Rolle im Programm spielt **Wolfgang Müller** (14.12.1922-26.04.1960), der gemeinsam mit **Wolfgang Neuss** (03.12.1923-05.05.1989) das bekannteste Kabarett- und Film-Duo der 1950er Jahre bildete. Zum 100sten Geburtstag erinnerte die **ufaFabrik**, präsentiert von **Arnulf Rating**, im letzten Jahr an **Wolfgang Neuss** mit einem fünf-tägigen Festival „*Legalize Neuss*“. Die Erinnerung an **Wolfgang Müller** hält sein Groß-Neffe **Johannes-Sebastian Strauss** wach, der auch ein sehr lesenswertes Buch über ihn herausgegeben hat. Mit dieser Biografie in der Hand zieht Strauss Parallelen von 1933/1945 zu 2024 mit musikalischer Unterstützung vom Mann am Klavier **Timo Tietz**. „*So schwingen sich die Firlefanzenbrüder durch das besetzte West-Berlin der Trümmerjahre und befreien auch alte po-*

I



litische Chansons vom Staub der Zeit. Zwei Vernünftige von heute über Verrückte von gestern, mit musikalischen Werken von **Franz Grothe, Günter Neumann, Bruno Balz, Heino Gaze** sowie **Bully Buhlan, Peter Wehle, Jupp Schmitz** und natürlich den **King Kols.** So wurde das Programm angekündigt und so fand es auch, grandios dargeboten, statt.



Strauss las Texte aus seinem Buch, sang Lieder und spielte immer wieder Originaltöne der Protagonisten von damals ein. Vieles davon befindet sich auf einer CD, die dem Buch beiliegt. Durch diesen Stilwechsel sorgten die **Firlefanzenbrüder** für einen kurzweiligen, unterhaltsamen und auch lehrreichen Abend. Vieles von dem, was Strauss erzählte, und viele

Namen rief er in unsere Erinnerung zurück. Das Buch ist ein großartiger Rückblick auf eine Zeit des Aufbruchs, in der, das sollte man nicht vergessen, Politiker mit fragwürdiger Vergangenheit im so genannten „Dritten Reich“, im Palais Schaumburg, dem Bundeskanzleramt, und der Villa Hammerschmidt, dem Bundespräsidialamt, in Bonn saßen. Dafür stehen Namen wie **Kurt-Georg Kiesinger** und **Heinrich Lübke**, aber auch **Hans Globke**, enger Vertrauter des ersten Bundeskanzlers **Konrad Adenauer**. „Er, Globke, ist das prominenteste Beispiel für die Kontinuität der Verwaltungseliten zwischen dem ‚Dritten Reich‘ und der frühen Bundesrepublik Deutschland.“ *Wikipedia.*

Zum Buch: Paperback, Format 148 x 210
136 Seiten inkl. CD mit Interpretationen von Müller und Neuss (22 Tracks) veröffentlicht: 2024
ISBN: 978-3-936399-34-9 - 19,90 €
Frank Lüdecke: „Das Buch geht ja drastisch in die Tiefe.“
Darauf **Johannes-Sebastian Strauss:** „Ja, das wusste ich. Auch das Flugzeug mit Müller.“

Die **Firlefanzenbrüder** sind wieder zu erleben am:

02.06.2024, Berlin, Zimmertheater Steglitz
03.06.2024, Berlin, Wühlmäuse, „Blauer Montag“
09.06.2024, Berlin, t.b.a.
29.06.2024, Berlin, Zimmertheater Steglitz



06) Kryptisch. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-19

19. April 2024

49. Jahrgang

Kryptisch

Benjamin Netanjahu kanzelt den Außenminister der USA und die Außenministerin Deutschlands ab. Beide und viele andere haben versucht, den israelischen Regierungschef davon zu überzeugen, auf den Angriff des Irans mit hunderten Raketen gemäßigt zu reagieren. Israel solle den Umstand, dass fast alle Raketen abgefangen wurden, als Sieg werten und es dabei belassen. Dass die Raketen abgefangen werden konnten, verdankt Israel einem Schutzschirm, den seine Freunde, allen voran die USA, errichtet und finanziert haben. Für gute Ratschläge ist Netanjahu aber nicht zu haben.

In der letzten Nacht erfolgte ein Gegenschlag, ein „begrenzter Angriff“, was immer man darunter versteht. Nein, Netanjahu ist nicht zugänglich für gute Argumente. Er weiß, dass er sich nur im Amt halten kann, wenn der Gaza-Krieg und die weiteren Auseinandersetzungen mit der Hisbollah und dem Iran andauern. Netanjahu wird nie Teil einer Lösung des Konfliktes sein, sondern immer Teil des Problems bleiben. Eine Zwei-Staaten-Lösung wird es nicht geben. „Die USA haben im Sicherheitsrat ein Veto gegen eine Resolution für eine UN-Vollmitgliedschaft Palästinas eingelegt. Washington sieht eine Zwei-staatenlösung als Voraussetzung. Palästina hat damit weiterhin einen Beobachterstatus.“, meldet heute Morgen die **tagesschau**. Wer so an die Sache ran geht, verhindert dauerhaft einen autonomen Staat Palästina. Eines von beiden muss zuerst stattfinden. Eine Vollmitgliedschaft Palästinas bei den Vereinten Nationen wäre der erste und richtige Schritt.

„Kein Mensch wird als Terrorist geboren“, sagt **Dieter Hallervorden** in seinem Video-Gedicht „Gaza Gaza“, das für Aufregung sorgt. Und so sind natürlich nicht alle Palästinenser Terroristen, auch wenn sie unter einem unsäglichen Generalverdacht stehen.

Warum sich **Dieter Hallervorden** ausgerechnet von **Diether Dehm** das Gedicht schreiben ließ, wissen wir nicht. Dehm hatte eine sehr gute Zeit als Musikproduzent und Liedermacher, dem wir das Werk „1000 und 1 Nacht“ zu verdanken haben, das **Klaus Lage** interpretierte. In der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD habe ich diesen charismatischen und äußerst unterhaltsamen Zeitgenossen in der Wendezeit kennengelernt, nicht wissend, dass er „in den 1970er Jahren als Spitzel für das DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) den regimekri-

tischen Liedermacher **Wolf Biermann**, dessen Manager er war, ausspähte.“ Dehms weiterer Weg führte ihn über die PDS in die LINKE. **Sahra Wagenknecht**, die im Vorfeld der Gründung ihres Bündnisses erklärte, dass die Partei nicht „von Spinnern gekapert werden dürfe“, lud ihren Freund **Diether Dehm** nicht zum Mitmachen ein, was ihn empörte.

Dieter Hallervorden wäre fraglos in der Lage gewesen, selbst ein Gedicht zu verfassen. Am Anfang stehen klare Worte, dass er den Hamas-Terror verurteile und eine Zwei-Staaten-Lösung anstrebe. Etwas kryptisch ist seine Äußerung, dass „Grausamkeiten eine Vorgeschichte“ hätten. Vielleicht der 7. Oktober 2023? Oder meint er die Siedlungspolitik Israels im Westjordanland und die Weigerung, Palästina als autonomen Staat anzuerkennen? Welche Vorgeschichten Hallervorden auch meint, sie dürfen nicht dazu führen, dass eine Terrororganisation 1.139 Menschen, teilweise bestialisch ermordet und weitere 5.400 verletzt.

Hallervorden zeigt in seinem Video die Zerstörungen im Gaza-Streifen und das Leid der Menschen. Er zeigt ein kleines palästinensisches Kind, das traurig und verstört in die Kamera schaut und fragt, was dieses „zarte Dingelchen“ den „Generälen getan hat.“ Wo sind die Bilder der getöteten israelischen Kinder und wo die Frage, was diese „zarten Dingelchen“ den Hamas-Terroristen getan haben?

Um das an dieser Stelle zum wiederholten Male noch einmal deutlich zu sagen: Israel hat jedes Recht, die Terroristen zu bekämpfen und auszuschalten. Ob es, um dieses Ziel zu erreichen, erforderlich ist, den Gaza-Streifen, in dem zwei Millionen Menschen leben, dem Erdboden gleichzumachen, darf bezweifelt werden. Auch wenn sich unter einem Krankenhaus Terroristen in Tunneln verstecken, muss es einen anderen Weg geben, dieser habhaft zu werden, als das Krankenhaus zu zerstören. Aus dem Akt akzeptierter Selbstverteidigung scheint ein Rachefeldzug geworden zu sein, ohne Rücksicht auf Zivilisten, und diesen haben **Benjamin Netanjahu** und sein Kriegskabinett zu verantworten. Durch immer weitere Zerstörungen kommen die Geiseln nicht frei. So schmerzhaft es ist, mit dem Teufel Geschäfte machen zu müssen, wird sich Netanjahu auf die Hamas zubewegen müssen, um die Geiseln freizubekommen. Davon hängt auch sein politisches Schicksal ab.

Am Ende des Videos fragt Hallervorden „Und das soll kein Völkermord sein?“ Nein, ist es nicht. Völkermorde sehen anders aus. Ein Blick in die deutsche Geschichte hilft weiter. Die Vernichtung der Juden in

1



Europa durch das Deutsche Reich des **Adolf Hitler** war ein Völkermord. Weitere Einträge sind leicht bei Wikipedia zu finden. Die Betroffenheit von **Dieter Hallervorden** ist ihm abzunehmen. Auf die Wortwahl sollte er allerdings achten.

Es muss erlaubt sein, die Staatsführung Israels zu kritisieren, ohne gleich mit dem Antisemitismusvorwurf belegt zu werden. Das ist unerträglich. Deutschland hat eine historische Verantwortung gegenüber allen Juden in der Welt und nimmt diese seit Jahrzehnten wahr. Niemand in Israel beschwert sich darüber, dass Deutschland nicht fest an ihrer Seite steht. Das bedeutet aber nicht eine bedingungslose Unterstützung der jeweiligen Regierung. Die Regierung Netanjahu richtet mehr Schaden an, als sie ihrem Land nutzt. Es wird Zeit, dass Netanjahu auf seine Verbündeten hört und sie nicht wie dumme Kinder abfrühstückt.



Foto: Ed Koch

Gestern im Abgeordnetenhaus wurde aus den Reihen der Opposition die Frage an den Regierenden Bürgermeister gestellt, ob er nach diesem Video **Dieter Hallervorden** zum Hoffest einladen würde. **Kai Wegner** antwortete, dass er sich die Einladungsliste genau ansehen werde. Sorry, aber was ist das für eine kryptische Antwort? Hallervorden hat seine Meinung geäußert, über deren Inhalt muss man streiten, deshalb ist er noch keine Persona non grata. In einer Nachfrage wurde Hallervordens Wahlkampfeinsatz für die CDU 2023 thematisiert, was Wegner abbürstete. Die politischen Präferenzen von Hallervorden sind flexibel. In den 1970er Jahren unterstützte er die FDP und 2019 nahm er dankend die Einladung des SPD-Vorsitzenden **Michael Müller** zu dessen Sommerfest an (Foto).

Ed Koch

Quelle Diether Dehm: Wikipedia

07) And the Winner is ... Von Ed Koch



And the Winner is....



Foto: paperpress-Archiv

Nicht nur der **SPD** gelingt es regelmäßig, mit innerparteilichen Angelegenheiten mediale Aufmerksamkeit zu erlangen. Auch an Auseinandersetzungen bei der **CDU**, den **Grünen** und **Linken** sowie der **FDP** erinnern wir uns ungern. Meistens ging es weniger um inhaltliche als vielmehr personelle Fragen. Der **SPD** gelingt es allerdings immer wieder, mehr als andere Parteien, durch Castings auf der Suche nach Spitzenkandidaten, Parteivorsitzende oder Regierende Bürgermeister die landespolitische Berichterstattung auf sich zu lenken.

Das Foto zeigt **Walter Momper** 1999 bei der Verkündung des Ergebnisses der Urwahl um den Posten des Spitzenkandidaten der SPD für die Abgeordnetenhauswahl. Er gewann gegen den damaligen Fraktionsvorsitzenden **Klaus Böger**. Regierender Bürgermeister, was er schon einmal in einer der wichtigsten Phasen Berlins, dem Fall der Mauer, von 1989 bis 1991 war, wurde er dennoch nicht erneut, er unterlag dem Amtsinhaber **Eberhard Diepgen**. 1995 stellte sich Momper schon einmal einer Urwahl, damals gegen **Ingrid Stahmer**, die das innerparteiliche Rennen zwar gewann, aber auch nicht Regierende Bürgermeisterin wurde.



Foto: paperpress Archiv

Besonders spannend war das Casting um die Nachfolge von **Klaus Wowereit** 2014. Da bewarben sich der Landesvorsitzende **Jan Stöß**, der Fraktionsvor-

sitzende **Raed Saleh** und Bausenator **Michael Müller** um das Amt des Regierenden Bürgermeisters. Das Foto zeigt ein Mitgliederforum im Willy-Brandt-Haus. Wie es ausging, wissen wir, Müller gewann im ersten Wahlgang mit knapp 60 Prozent der Stimmen und verwies Stöß (20,9%) und Saleh (18,7%) auf den zweiten und dritten Platz. Im Dezember 2014 wurde Müller dann zum Regierenden Bürgermeister gewählt. Interessant war, dass eine von der **Berliner Zeitung** in Auftrag gegebene Umfrage unter allen Berlinern fast genau dieses Ergebnis voraus sagte.



Foto: Ed Koch

Die Suche nach einer neuen Parteiführung der SPD ist diesmal etwas unübersichtlicher, weil gleich drei Doppel-Teams antreten. Dass eines der Kandidatenpaare im ersten Wahlgang gewinnt, ist eher unwahrscheinlich. Gerechnet wird mit einem entscheidenden zweiten Wahlgang, in dem die beiden Bestplatzierten gegeneinander antreten.

In der Medienberichterstattung gewinnt man den Eindruck, als ginge es hier um etwas ganz Bedeutendes, dabei sucht die Partei nur zwei Vorsitzende. Aber, einer oder eine aus dem Siegerpaar wäre schon mal gesetzt, um sich 2026 für das Spitzenkandidatenamt zu bewerben.

Die SPD zelebriert die Auszählung der Stimmen am Samstag, dem 20. April 2024, und lädt die Medien für „Aufaktbilder der Auszählung“ schon um 10:00 Uhr ins Kurt-Schumacher-Haus ein. Um ca. 14:00 Uhr soll dann die amtierende Parteivorsitzende **Franziska Giffey** das Ergebnis verkünden. Über die genaue Uhrzeit werden die Medienvertreter per E-Mail eine Stunde vorher benachrichtigt. Die Journalisten können aber auch vor Ort warten und bekommen sicherlich einen Kaffee und ein paar Kekse.

Der **Tagesspiegel** meldete Anfang der Woche, dass sich bis Sonntag nur 6.000 der rund 18.000 Parteimitglieder an der Abstimmung beteiligen hätten. Das veranlasste die ehemaligen Regierenden Bürger-



meister **Franziska Giffey, Michael Müller, Klaus Wowereit** und **Walter Momper** zu einem dringenden Appell an ihre Parteimitglieder. „Wir möchten Euch dazu aufrufen, von Eurem Stimmrecht Gebrauch zu machen und Euch an der Mitgliederbefragung über die Zukunft der SPD zu beteiligen. Die Berliner SPD braucht eine starke Stimme ihrer Mitglieder und die künftigen Landesvorsitzenden eine möglichst hohe Wahlbeteiligung, um gestärkt aus dieser Mitgliederbefragung hervorzugehen.“

Und das sind die drei Bewerber-Teams:

Jana Bertels und Kian Niroomand



Foto: Ben Schneider

Nicola Böcker-Giannini und Martin Hikel



Foto: Johannes Jost

Luise Lehmann und Raed Saleh

Außerhalb der SPD am bekanntesten sind Neuköllns Bürgermeister **Martin Hikel** und Fraktionschef **Raed Saleh**. Ob ihnen das nützt, ist ungewiss. Die Paare in linke und rechte Schubladen zu legen, müsste inzwischen eigentlich überholt sein, wenn

aber, dann sind Bertels und Niroomand eher links und Böcker-Giannini und Hikel eher rechts gestrickt. Saleh ist eine eigene Kategorie.



Foto: SPD

Wie die Mitgliederbefragung auch ausgeht, eines ist (vorläufig) sicher. Der starke Mann in der SPD ist und bleibt der Fraktionsvorsitzende **Raed Saleh**, der sein Ziel, eines Tages Regierender Bürgermeister zu werden, längst nicht aufgegeben hat. Die Chancen, 2026 Spitzenkandidat zu werden, sind in der Kombination mit dem Parteivorsitz größer, als wenn er „nur“ Fraktionsvorsitzender ist.

Sollte, was vermutet wird, im ersten Wahlgang niemand die absolute Mehrheit erreichen, findet vom 2. bis 17. Mai 2024 die Stichwahl statt. Am 18. Mai werden dann die Sieger gekürt.

Kaum jemand wagt, eine Prognose abzugeben. Doch, einer, nämlich der Autor dieses Beitrages. Er hat mehrere Wetten zu laufen, deren Ausgang entweder teuer werden könnte, oder ihm ein paar Einladungen zum Essen bescheren.

Also, mein Tipp:

1. Wahlgang: Bestplatzierte
Jana Bertels und **Kian Niroomand**
Nicola Böcker-Giannini und **Martin Hikel**
Luise Lehmann und **Raed Saleh** scheiden aus.

Stichwahl:

Sieger: **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel**

Wer dagegenhalten möchte, ist herzlich willkommen. Samstag gegen 14:00 Uhr wissen wir mehr.

Ed Koch

08) Super effizient! Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-16

17. April 2024

49. Jahrgang

Super effizient!

Das Berliner Stromnetz ist leistungsstark. „Statistisch gesehen ist jeder Berliner Bürger nur etwa alle fünf Jahre einmal spannungslos. Bleibt doch mal der Strom weg, dauert es bei einer Störung im Durchschnitt knapp 55 Minuten, bis er wieder fließt.“, verspricht die **Stromnetz Berlin GmbH**. Das war, die Älteren können sich erinnern, auch schon zu **BE-WAG**-Zeiten so, und auch, als dem schwedischen Staatskonzern **Vattenfall** das Berliner Stromnetz gehörte. 2021 ist es rekommunalisiert worden, und die Erfolgsgeschichte setzt sich fort. Das liegt vor allem auch daran, dass durch den Eigentümerwechsel das Management weitestgehend und die Belegschaft komplett vom neuen Eigentümer, dem Land Berlin, übernommen wurden.

2019, also noch zu Vattenfall-Zeiten, hat die **Bundesnetzagentur** einen bundesweiten Effizienzvergleich der Verteilnetzbetreiber durchgeführt. Die Stromnetz Berlin GmbH erreichte nicht nur einen Effizienzwert von 100 Prozent, sondern darüber hinaus die höchstmögliche „**Supereffizienz**“ in Höhe von 105 Prozent, was ansonsten in Berlin nur bei der Wahlbeteiligung vorkommen kann.

Im kommenden Jahr knackt die Stromnetzgesellschaft die Zweitausendermarke bei ihren Beschäftigten. Damit, so Wirtschaftsministerin **Franziska Giffey** heute auf einer Pressekonferenz, rückt die Gesellschaft in die „**Liga der großen Landesunternehmen**“ auf. Einen Fachkräftemangel gäbe es bei der Gesellschaft nicht, so Geschäftsführer **Dr. Erik Landeck**.

Die Umsatzerlöse lagen 2023 bei rund 1,35 Milliarden Euro, wovon knapp 100 Millionen „nach Steuern“ als Gewinn verbucht werden können, die nun nicht mehr nach Schweden fließen, sondern in Berlin bleiben. 140 Millionen Euro erhält Berlin überdies als Konzessionsabgabe.

Das Berliner Stromnetz gehört, wie die Muttergesellschaft **Berlin Energie & Netzholding BEN**, zu 100 Prozent Berlin. Am 3. Mai übernimmt Berlin von Vattenfall auch das Fernwärmenetz, das größte in Europa. Eine vollständige Übernahme der **GASAG** sei nicht geplant, jedoch eine Mehrheitsbeteiligung. Berlin hat damit seine Energieversorgung zurückgekauft. Lassen wir an dieser Stelle einmal die Differenz zwischen dem seinerzeitigem Verkaufserlös und den Rückkaufkosten unbeantwortet im Raum stehen.

Finanziell kein gutes Geschäft, auf Dauer aber vermutlich sinnvoll, die Energieversorgung der Stadt unter Kontrolle zu haben.



In der Zentrale der **Stromnetz Berlin GmbH** in der Eichenstraße in Alt-Treptow fand heute Vormittag eine Pressekonferenz statt, an der **BEN**-Geschäftsführer **Stephan Boy**, Wirtschaftsministerin **Franziska Giffey** und **Stromnetz Berlin**-Geschäftsführer **Dr. Erik Landeck** (v.l.) teilnahmen.

Die Energiewende nimmt in Berlin deutlich Fahrt auf. Ob bei der Nutzung von Solarenergie oder der Zunahme von Elektromobilität mit dem Ausbau von Ladeinfrastruktur – es geht voran. Doch die Herausforderungen aus der beschleunigten Energie- und Wärmewende sowie den Entwicklungen im Bereich Mobilität und Digitalisierung bleiben enorm. Berlin befindet sich in einem tiefgreifenden Transformationsprozess und dieser stellt auch besondere und langfristige Anforderungen an das hauptstädtische Stromverteilungsnetz. Investitionen in erheblichem Umfang werden nötig und müssen – will Berlin seine Klimaziele erreichen – solide und nachhaltig finanziert werden. Das erforderte für das Jahr 2024 auch einen Berliner Nachtragshaushalt, der Ende März durch das Abgeordnetenhaus verabschiedet wurde., heißt es im Eingangsstatement.



Franziska Giffey führte aus: „Wir arbeiten für ein klimaneutrales Berlin vor dem Jahr 2045. **Stromnetz Berlin** ist hierfür ein enorm wichtiger Partner. Der Strombedarf und die Anforderungen an unser



Berliner Stromnetz werden durch die Umstellung auf E-Mobilität, die Wärmewende und den Solarausbau immens wachsen. Wir müssen unsere Stromnetzkapazität in den nächsten zehn Jahren von 2,2 GW auf 4,1 GW nahezu verdoppeln. Deshalb haben wir die richtige und zukunftsweisende Entscheidung getroffen, das Eigenkapital der Muttergesellschaft Berlin Energie und Netzholding (BEN) in diesem und im nächsten Jahr, um insgesamt 300 Millionen Euro durch einen Nachtragshaushalt zu erhöhen. Wir bekennen uns damit zu den nötigen Investitionen in eine sichere und nachhaltige Stromversorgung."



Für die BEN Berlin Energie und Netzholding GmbH erklärte Geschäftsführer **Stephan Boy**: „Das vom Berliner Senat und Abgeordnetenhaus zugesagte Eigenkapital bringt der BEN die notwendige Stabilität und Nachhaltig-

keit in der finanziellen Ausstattung, um weiterhin erfolgreich marktgerechte Finanzierungen bei Banken abschließen zu können. Diese in den kommenden Jahren steigenden Finanzierungsvolumina sind notwendig, um die zusätzlichen Investitionen von Stromnetz Berlin mit Blick auf Energie-, Wärme- und Verkehrswende realisieren zu können. Das Eigenkapital gewährleistet die zukunftsfähige Weiterentwicklung der Energieinfrastruktur Strom. Deshalb gilt mein Dank dem Land Berlin, dies ermöglicht zu haben."

Mehr als zwei Milliarden Euro will Stromnetz Berlin in den kommenden fünf Jahren investieren. Das Geld fließt in die nötige Erweiterung oder den Umbau des Berliner Stromnetzes im Zeichen von Energie-, Wärme- und Mobilitätswende sowie zunehmender Digitalisierung. Allein im Jahr 2024 wird das Unternehmen 337 Millionen Euro für Investitionen ausgeben und damit seine bereits langjährige Investitions-offensive mit einem erneuten Allzeithoch fortsetzen.

Stromnetz-Chef **Dr. Erik Landeck**: „Wir werden bauen, bauen, bauen. Nach jetziger Planung bedeutet das die Errichtung und Erneuerung von 13 Netzknoten und 29 Umspannwerken, den Neubau von etwa 2.000 Netz- und Kundenstationen sowie die Verlegung von rund 6.000 Kilometern Kabel. Dabei

handelt es sich zum Teil um große, komplexe und zeitintensive Bauvorhaben, die für das Gelingen der Transformation jedoch unumgänglich sind.

Im Rahmen der Energiewende bedeutet es aber beispielsweise auch, dass wir intelligente Messsysteme, sogenannte Smart Meter, für etwa 360.000 neue So-



lارانlagen, Wärmepumpen oder steuerbare Einrichtungen wie Ladeinfrastruktur bereitstellen werden. Wir handeln auf allen Spannungsebenen und es bleibt unser Anspruch, immer ein modernes und leistungsfähiges Netz zur Verfügung zu stellen."

17 Minuten nach Beginn der Pressekonferenz äußerte sich schon der energiepolitischer Sprecher der Grünen, **Dr. Stefan Taschner**, mit einem Statement. „Die Umsetzung der Energiewende in Berlin erfordert entschlossenes Handeln, insbesondere im Hinblick auf die Infrastruktur. Trotz frühzeitiger Hinweise hatte die Koalition es zunächst versäumt, die notwendigen Mittel für den Ausbau des Stromnetzes bereitzustellen. Erst auf Druck von uns Grünen wurde dies zum Glück im Nachtragshaushalt korrigiert.“, schreibt Taschner. Was würde Berlin bloß ohne die Grünen machen?

„Sowohl die Wärmewende über Wärmepumpen als auch die Antriebswende durch Elektrofahrzeugen benötigen ein gut ausgebautes und funktionierendes Stromnetz. Mit dem rekommunalisierten Stromnetz können wir nun selbst dafür sorgen, dass die Energiewende funktioniert und pro-aktiv vorangetrieben wird. Damit lassen sich Problem frühzeitig erkennen und rechtzeitig beheben.“

„Doch“, mahnt Taschner, „es bleibt noch viel zu tun. Bestehende Hindernisse wie z. B. in der Bauordnung bezüglich Mindestabstände für Solaranlagen müssen korrigiert werden. Auch bei Balkonkraftwerken werden den Mieter*innen immer noch viel zu viele Steine in den Weg gelegt, auch von den landeseigenen Wohnungsgesellschaften.“

Unser Eindruck während der Pressekonferenz war, dass Giffey, Boy und Landeck die Sache im Griff haben. Ratschläge von den Grünen sind aber immer willkommen.

Ed Koch

Fotos: Stromnetz Berlin/Pedro Becerra stageview

09) Kammeier kocht Suppe. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-11

11. April 2024

49. Jahrgang

Kammeier kocht Suppe

Der gastronomische Leiter des **EUREF-Campus**, **Thomas Kammeier**, hat viele kulinarische Talente. Das kann man in seinen Restaurants auf dem Campus testen und genießen, ob im **Grüns** mit veganen Speisen, in der **Werkstatt** mit saftigen Burgern und leckerer Streetfood, im **Café im Wasserturm**, wo man schon ab 8 Uhr ein reichhaltiges Frühstück und mittags ein original Wiener Kalbsschnitzel angeboten bekommt, oder in der Spitzengastronomie im **The Cord**, hinter dem sich Borchard & Co. verstecken können.



Im April stehen auf Kammeiers Speiseplan herzhafte Suppen, die er für den **KUBUS Foodtruck** zubereitet. Der KUBUS-Suppentopf ist zurzeit unterwegs in Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln und versorgt dort bedürftige Menschen mit Suppen und anderen warmen Gerichten. Ein Projekt, das dringend auf Spenden angewiesen ist und das Kammeier gern unterstützt, um eine warme Mahlzeit und ein bisschen Lebensfreude vom EUREF-Campus Berlin zu den bedürftigen Menschen zu bringen.

Der **rbb** berichtete und sprach mit **Thomas Kammeier**. Mit diesem Link kommen Sie zu dem Beitrag und erhalten einen Einblick in Kammeiers Küche und der Arbeit seines Teams.

<https://kubus-berlin.de/archive/12645>

Jede Spende hilft: **KUBUS gGmbH**

Bank für Sozialwirtschaft:

BIC BFSWDE33XXX

IBAN: DE18 3702 0500 0003 2721 03

Über die



Eine kleine Auswahl

- 1991** Gründung des Vereins
- 1992** Integrations- und Qualifizierungskurse für Ausländer und Aussiedler
- 1993** Einrichtung erster Werkstätten
- 1994** Entwicklung gewerblicher Projekte für Recycling von Elektroschrott, Altmöbeln und Altkleidern.
- 1997** In Neukölln wird der „Selbsthilfestützpunkt Waschhaus“ eingerichtet.
- 1999** Für das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit werden zwei Qualifizierungsmaßnahmen eingerichtet.
- 2002** Wir schaffen neue Arbeitsmöglichkeiten in Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg.
- 2003** Mit Projekten wie „Das schöne Buch“ und „Historische Technik“ kommen neue, interessante Tätigkeitsfelder hinzu.
- 2004** Neue Standorte in Spandau und Charlottenburg-Wilmersdorf.
- 2007** Mit seinem Projekt „Mädchen und Technik“ richtet Kubus einen Werkstattbereich für junge Frauen unter 25 Jahren ein.
- 2012** KUBUS beteiligt sich mit zwölf Projekten am Bundesprogramm Bürgerarbeit
- 2013** Die KUBUS gGmbH erhält den Zuschlag für ihr Pilot
- 2017** KUBUS eröffnet erstmalig zum 15.01.2017 eine Kältehilfestation mit Notübernachtung für 25 obdachlose Menschen.
- 2018** mit 25 Kindern und 10 Mitarbeitenden eröffnen wir den Betrieb unserer ersten Kita „Die Kubis“.
- 2020** Wir richten 65 Arbeitsplätze für Teilnehmende des Berliner Projektes zum Solidarischen Grundeinkommen (SGE) ein.
- 2021** KUBUS rettet die Neuköllner Suppenküche. Ab Juni befindet sich diese nun in unserem Stadtteilzentrum unter dem Namen „Mahlzeit – KUBUS Suppenküche“ und versorgt weiterhin bedürftige Menschen mit günstigen Speisen. Wir sammeln nicht mehr verkaufbare Lebensmittel aus umliegenden Supermärkten ein.
- 2022** Mit Beginn des Krieges in der Ukraine erweitern wir dieses Engagement und versorgen knapp sechs Monate geflüchtete Menschen mit kostenlosem Mittagessen, Lebensmitteln und Bekleidung.

Quellen und Fotos: **KUBUS gGmbH / EUREF AG**
Bearbeitung und Kommentierung: **Ed Koch**

10) Warten auf'n Zug. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-09

9. April 2024

49. Jahrgang

Warten auf'n Zug



Foto: Frank Schubert

Eine meiner zahlreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten führt mich in unregelmäßigen Abständen zu einer Vorstandssitzung für rund 20 Stunden nach Hamburg, einschließlich Fahrtzeit, und die kann variieren. Hamburg ist eigentlich in zwei Stunden erreichbar, daraus können schon mal drei und mehr werden.

Es gibt nichts, was ich in den letzten Jahren auf diesen Bahnfahrten nicht erlebt hätte. Es beginnt mit verschmutzten Toiletten im Bahnhof Südkreuz. In dem Euro Eintrittsgeld scheint die Reinigung nicht inbegriffen zu sein.

Ängstlich schaue ich vor jeder Reise auf den DB Navigator, grundsätzlich eine äußerst hilfreiche App, die die aktuelle, sich immer wieder ändernde Wagenstandsreihung, das QR-Ticket, Wagen- und Sitzplatznummer anzeigt. Gestern ploppte (mal wieder) der Hinweis auf: 10 Minuten Verspätung wegen Technischer Störung am Zug. Eine Nachfrage beim Bahnpersonal ergab, dass es bei diesem Zug aus München in Leipzig ein Problem gab. Leider fehlt bei den Durchsagen der hilfreiche Hinweis, ob sich denn das Problem gelöst habe, ob der Zug denn nun fahre oder nicht. Aus 10 wurden 25 Minuten, was man inzwischen als „im Rahmen“ betrachtet.

Ich habe auch schon den Takt 10, 20, 30, 40, Zug fällt aus erlebt. Alternativen werden entweder angezeigt oder man muss selbst herausfinden, wie man zum Ziel kommt. Fast jede Durchsage auf dem Bahnhof beinhaltet eine Verspätung oder einen Ausfall des Zuges, nicht nur gestern, sondern meistens. Highlight: „Am Gleis 8 fährt mit einer Stunde Verspätung der Zug nach Hamburg Altona ein, heute nur bis Berlin Hauptbahnhof. Erkundigen Sie sich nach

Alternativen.“ Man hätte auch sagen können, bleiben Sie einfach stehen, der nächste Zug nach Altona kommt in Kürze. Meine heutige Rückfahrt, auch das gehört zur Wahrheit, von Altona nach Südkreuz, verlief pünktlich auf die Minute.

Insgesamt gesehen, muss die Bahn nicht streiken, sie ist auch zu „normalen Zeiten“ nicht in der Lage, den Betrieb vollständig aufrecht zu erhalten, was nicht am Personal liegt, das einem nur leidtun kann, entläßt sich doch der Unmut der Passagiere bei ihm.



Wenn dann alles läuft, auch die Toiletten im Zug funktionieren und das Bord-Bistro geöffnet hat, macht Bahnfahren richtig Spaß. Auch über den Service

kann man nicht meckern. Meine Liebesspeise für unterwegs ist Currywurst mit Pommes. Ja, ich weiß, wie diese im Bistro zubereitet werden, habe ich selbst gesehen. Schmeckt trotzdem. Fotos: Ed Koch



Und wem das Bistro zu teuer ist, bringt sich seine Getränke selbst mit. Zwei Personen, sechs Dosen Bier, wer's braucht!

Die Bahnfahrt habe ich genutzt, um zwei Papiere zu lesen: Das Interview des **Tagesspiegel** mit **Michael Müller** zum Thema Corona-Aufarbeitung und einen Text vom am 15. April 81 Jahre alt werdenden Grand Seigneur der SPD, **Hans-Georg Lorenz**, der sich mit dem Vorsitz-Casting seiner Partei beschäftigt, das in diesem Tagen läuft.

Die SPD macht mal wieder das, was sie am besten kann, sich in der Öffentlichkeit zu zerlegen. Eigentlich lief das Casting, verteilt auf mehrere Veranstaltungen, weitestgehend unbemerkt von der Öffent-

1



lichkeit ab. Dann kamen aber ein paar schlaue Genossen aus Spandau, dem Heimatbezirk von **Raed Saleh**, auf die grandiose Idee, über den SPD-Verteiler ein Empfehlungsschreiben für Saleh zu versenden. Wie kann man nur so dumm sein, es hätte doch klar sein müssen, dass das Ärger bringt. Und so kam es und gelangte natürlich in die Medien.

„Kämpft SPD-Chef Raed Saleh mit linken Tricks?“, fragte sich die **B.Z.** und erzählte die Geschichte. Für den Newsletter des **Tagesspiegel**, Checkpoint, ist das die Geschichte der Woche. Es wurde sogar eine Umfrage durchgeführt, welches Duo denn gewinnen würde/sollte/müsste. Hikel/Böcker Granini 35%, Niroomand/Bertels 32% und Saleh/Lehmann 20%.

Aber, Vorsicht, der Checkpoint warnt: „Um für ihre Favoriten ein besseres Ergebnis bei der Checkpoint-Umfrage zu erzielen, wurde allerdings gestern früh in einigen aufgeregten SPD-Zirkeln ordentlich getrommelt – und auf diese Tricks zur heimlichen Mehrfachabstimmung hingewiesen.“

H.G.L. hat eine klare Meinung dazu, wer Parteivorsitzender werden bzw. bleiben soll. Umfanglich analysiert er aus seiner Sicht, was die Bewerber vorhaben:

„**Jana Bertels** und **Kian Niroomand** werden sich fragen müssen, was ihre Politik von der der Grünen unterscheidet und sie unverkennbar sozialdemokratisch macht? Der Kampf um die Umwelt gewiss nicht. Da sind und bleiben die Grünen überzeugender. Auch in der Migrationspolitik, gibt es keine elementaren Unterschiede. Man ist liberal und weltoffen. Was dann mit den Migranten später geschieht, interessiert nicht mehr. Sollen sie wie tausende „Gastarbeiterkinder“, um die man sich auch nicht hinreichend gekümmert hat, von staatlichen Almosen leben! Warum jemand die Niroomand-Bertels-SPD den Grünen vorziehen soll, erschließt sich nicht!“

„**Nicola Böcker-Granini** und **Martin Hinkel** repräsentieren eine engagierte soziale SPD - ohne politischen Ehrgeiz. Man kann sie sich sehr gut als eine erfolgreiche Regierung mit sozialem Engagement vorstellen. Eine SPD, die den Ehrgeiz hat, die Spaltung der Gesellschaft aktiv zu bekämpfen und diejenigen, die durch die gesellschaftlichen Fehlbildungen in ein gesellschaftliches Abseits geraten sind, wieder ins Boot zu holen: Das ist die Sache dieses Duos nicht. Sie sind für viele Funktionen bestens geeignet – nur nicht für einen Aufbruch nach einer Zeit der sozialen Fehlentwicklungen.“

„**Luise Lehmann** und **Raed Saleh** sind das einzige Duo, das sich der Aufgabe widmen will, die gesellschaftspolitischen Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten. **Raed Saleh** hat das mit der Rekommunalisierung der Betriebe der Daseinsversorgung begonnen. Die existentiellen Bedürfnisse der Menschen – wie Wasser, Wohnen, Bildung und Erziehung – müssen dem Zugriff der Gewinnmaximierung und damit dem Würgegriff des Turbo-Kapitalismus entzogen werden. Ebenso wichtig ist die Förderung derjenigen, die aus armen und die bildungsfernen Schichten kommen. Eine Reform des Erziehungswesens bleibt vordringliche Aufgabe.“



Michael Müller, Hans-Georg Lorenz, Ed Koch und Raed Saleh, bei Lorenz' 80sten Geburtstag am 15. April 2023.

„Es ist offensichtlich, dass diese Aufgaben die Kraft der Berliner SPD deutlich überschreiten. Vieles bleibt Aufgabe für viele Jahre. Voraussetzung für den Erfolg aber ist, dass die Menschen erkennen, dass es um gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidungen geht und nicht nur um aktuelle Probleme, die von einer Elite gelöst werden. Gegenwärtig erfüllt diese Forderung nur das Duo **Luise Lehmann** und **Raed Saleh**.“, schreibt der Fachmann und Saleh-Freund **H.-G. Lorenz**.

Julius Betschka hat für den **Tagesspiegel** **Michael Müller** interviewt.

Hier ein paar kurze Ausschnitte, unvollständig und aus dem Zusammenhang genommen. Das vollständige Interview können Sie im **Tagesspiegel** nachlesen.

Hat die Politik die Pandemie ausreichend aufgearbeitet?

Müller: „Wir sind schon schnell wieder in einen anderen Rhythmus gekommen, gerade durch die Krisen und Kriege, die wir jetzt erleben. Insofern stimmt es: Wir sollten die Pandemie besser aufarbeiten. Allerdings darf man diese Zeit nicht nur schwarzmalen. Wir haben als Gesellschaft in der Pandemie auch viel gelernt. Das nochmal aufzugreifen, fände ich gut. Vielleicht ist ein bisschen Abstand sogar hilfreich, weil wir nicht mehr so emotionalisiert darüber sprechen.“



Wie lief die Abwägung ab zwischen Gesundheitsschutz und sozialen Folgen von Maßnahmen?

Müller: „Mir fällt das Beispiel der Spielplätze ein, das wirkt aus heutiger Sicht absurd. Aber damals haben wir darüber lange gestritten. Wir hatten die Empfehlung, möglichst viele Kontakte zu vermeiden, egal, wo sie anfallen – auch auf Spielplätzen. Dort treffen sich Kinder, Eltern und eben auch Großeltern.“

Viele andere Bundesländer haben diese Orte im ersten Lockdown auch geschlossen. Aber wir haben gesagt, das kann nicht richtig sein für einen Stadtstaat. Bei uns in Berlin leben zigtausend Menschen auf engstem Raum und die Kinder müssen raus, brauchen Platz. Das war eine klassische Abwägungsentcheidung.“

Gerade Ungeimpfte galten damals als Verbreiter der Krankheit, als Gefährder. Heute weiß man, dass die Impfungen Übertragungen gar nicht so gut verhindern, wie damals erhofft. Hätte man mit diesem Wissen mehr Verständnis für Ungeimpfte aufbringen müssen?

Müller: „Ich akzeptiere jegliche Kritik an einzelnen Maßnahmen. Politik muss sich kritisch hinterfragen lassen, von Journalisten, von Bürgern. Aber umgekehrt erwarte ich auch eine Akzeptanz für politische Entscheidungen, die andere Menschen schützt, die sich nicht selbst schützen können. In den Krankenhäusern, in den Pflegeheimen. Wer damals die Bilder aus Italien, New York und auch unseren Krankenhäusern gesehen hat und nicht zur Schlussfolgerung kam, dass er jetzt etwas zur Eindämmung dieser Pandemie beitragen muss ... tut mir leid, dafür habe ich bis heute kein Verständnis.“

Die Maßnahmen in der Pandemie waren hart – Sie sagen selbst, manche waren überzogen. Muss es eine offizielle Form der Entschuldigung des Staates dafür geben?

Müller: Eine Entschuldigung drückt ein generelles Fehlverhalten aus. So empfinde ich aber nicht. Wir müssen selbstkritisch sein und Fehler benennen, wo sie gemacht wurden. Und für einzelne kann man sich auch entschuldigen. Aber eine Entschuldigung für die Coronazeit als Ganzes wäre nicht angebracht.

Unsere Politik hat auch sehr vielen Menschen das Leben gerettet. Aus heutiger Sicht hätte man möglicherweise manche Entscheidung auch anders treffen können, aber in der Abwägung stand damals immer der Gesundheitsschutz im Vordergrund.“



Screenshot NDR

Zum Schluss noch ein Wort zur NDR-Dokumentation über **Gerhard Schröder** anlässlich seines 80sten Geburtstages. Dokumentationen dauern normalerweise 45 Minuten. Es war also schon etwas Besonderes, **Gerhard Schröder** 60 Minuten einzuräumen, dazu noch in der Prime-Time um 21:00 Uhr. Die Quote soll nicht bemerkenswert gewesen sein, was verständlich ist. Viele haben mit Schröder, der sich unbeirrt zu seiner Freundschaft mit **Wladimir Putin** bekennt, abgeschlossen.

Auch die SPD ist auf Distanz zu ihrem früheren Vorsitzenden gegangen und erwähnt ihn nicht mal mehr auf ihrer Internetseite. Dafür hat Schröder nur Spott übrig. „Aber, schauen Sie, das sind doch armselige Gestalten, die so etwas verursachen. Was soll man davon halten? Wenn es denn einen Generalsekretär – der müsste ja dafür verantwortlich sein – gibt, der das für notwendig hält: ein armer Wicht. Mehr doch nicht. Soll ich mich darüber aufregen? Nein. Die SPD ist größer als diese Leute.“

Putins Angriffskrieg auf die Ukraine nennt Schröder einen Fehler. Die „Wahlen“ in Russland hält er für demokratisch, auch wenn es keine Opposition gibt. Die „Professionalität im Auswärtigen Amt ist eher unterentwickelt“, sagt Schröder und steht zumindest mit dieser Aussage nicht allein.

Ansonsten geht es dem Alt-Kanzler, der Deutschland nicht in den Irak-Krieg verwickelt hat, vermutlich seine größte Leistung, sehr gut. Er wirkt fit für 80, geht Golfen und trifft sich mit Freunden wie **Sigmar Gabriel** und **Otto Schily**, lässt sich nach China einladen und hält dort Vorträge. Ein besseres Leben kann man sich kaum vorstellen. Vermutlich war die Dokumentation sein letzter großer öffentlicher Auftritt. Gönnen wir ihm dieses Geschenk der ARD, an dem wir uns mit den Gebühren beteiligt haben.

Ed Koch

11) KW 14 (01. bis 07.04.2024) - Kein Firlefanz. Von Ed Koch



KW 14 – Kein Firlefanz



19.04.2024, Berlin, ufaFabrik, Neuss Salon
02.06.2024, Berlin, Zimmertheater Steglitz
03.06.2024, Berlin, Wühlmäuse, „Blauer Montag“
09.06.2024, Berlin, t.b.a.
29.06.2024, Berlin, Zimmertheater Steglitz

Als Firlefanz bezeichnet man ein albernes Gehabe oder auch unnötige Dinge. Darüber berichten wir gelegentlich, wenn es um Politik geht. Hier und heute möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auf die **Firlefanzbrüder** lenken und auf einen bemerkenswerten Tag mit zwei Programmen im **Theater der Wühlmäuse** am gestrigen Samstag, und das ist weder „albernes Gehabe“ und sind schon gar nicht „unnötige Dinge.“

Beginnen wir mit den **Firlefanzbrüdern** und ihrem geplanten Auftritt am 19. April in der **ufaFabrik** statt. Hier die Programmankündigung.

Swing - Kabarett - Chanson
Sex, Hugs & Jazz
Wolfgang Neuss Salon
Freitag, 19. April 2024 - 20:00 Uhr
Eintritt: 14 €, Ermäßigt: 8 €

In den Wirren der aktuellen Vorkriegszeit bringen die Swing-Exzentriker auf unterhaltsame Weise auch frischen Wind in politische Chansons der Nachkriegszeit.

Wolfgang Müller (14.12.1922-26.04.1960) bildete gemeinsam mit **Wolfgang Neuss** das bekannteste Kabarett- und Film-Duo der 1950er Jahre (*Das Wirtshaus im Spessart*, *Wir Wunderkinder und Rosen für den Staatsanwalt*.)

„Die Partnerschaft endete jäh, als Müller 1960 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam. „Damit war Neuss auf sich allein gestellt, bis er 1989 starb. Er wurde im Grab von Müller beerdigt, ohne dass sein Name auf dem Grabstein hinzugefügt werden sollte.“

Die Erinnerung an **Wolfgang Müller** hält sein Großneffe **Johannes-Sebastian Strauss** wach, der ein Buch über ihn herausgegeben hat.



Der Star der vom Himmel fiel
Wolfgang Müller

Mit **Wolfgang Müller's** Biografie in der Hand zieht sein Großneffe **Johannes-Sebastian Strauss** Parallelen von 1933/1945 zu 2024 und wird dabei musikalisch unterstützt vom Pianisten **Timo Tietz**. So schwingen sich die **Firlefanzbrüder** durch das besetzte West-Berlin der Trümmerjahre und befreien auch alte politische Chansons vom Staub

der Zeit. Zwei Vernünftige von heute über Verrückte von gestern, mit musikalischen Werken von **Franz Grothe/Günter Neumann**, **Bruno Balz/Heino Gaze** sowie **Bully Buhlan**, **Peter Wehle**, **Jupp Schmitz** und natürlich den **King Kols**.

Die Vorgeschichte: Aus dem Jazz & Swing-Kammerorchester **Long John & his Ballroom Kings** gingen 2022 die **Firlefanzbrüder** hervor. 2022 noch als Quartett, brachten sie im Dezember 2022 eine Hommage an den Schauspieler und Kabarettisten **Wolfgang Müller** (zu dessen 100. Geburtstag) auf die Bühne. Im Dezember 2023 folgte der 100. Geburtstag von **Wolfgang Neuss**. Mehrfach standen nun die beiden **Firlefanzbrüder** im Rahmen der sechstägigen Festwoche „**Legalize Neuss**“ auf der Bühne. Anhand von Müllers Lebensgeschichte dreht sich 2024 alles um den damaligen kulturellen Einfluss der Amerikaner auf die West-Berliner, der Bundesweit für viele Generationen prägend war.

Zum Buch: Paperback, Format 148 x 210
136 Seiten inkl. CD mit Interpretationen von Müller und Neuss (22 Tracks) veröffentlicht: 2024
ISBN: 978-3-936399-34-9 - 19,90 €

Natürlich verlosen wir zwei Tickets!

Zu beantworten ist eine ganz einfache Frage: Wie heißt das berühmte Lied von **Wolfgang Neuss** und **Wolfgang Müller** aus dem Film „*Das Wirtshaus im Spessart*“.

Ausnahmslos richtige Antworten sind erbeten an:
paperpress@berlin.de

Unter den Mails, die bis zum 12. April eingehen, werden die beiden Tickets verlost.



Foto: Ed Koch

Zwei der wortgewaltigsten Kabarettisten gaben sich gestern bei den Wühlmäusen die Klinke in die Hand. **Arnulf Rating** bestritt die Nachmittags-Show ab 15:30 Uhr mit seinem neuen Programm „tages-schauer“ und **Wilfried Schmickler** die Abendveranstaltung mit seinem ebenfalls neuen Programm „Es hört nicht auf“ ab 20:00 Uhr.

Zuerst muss an dieser Stelle eine Respektbekundung an das Publikum erfolgen. Beide Vorstellungen waren gut besucht mit Menschen, die auf einen sommerlich warmen Aufenthalt auf dem Balkon oder im Biergarten verzichteten, zugunsten eines dunklen Saals mit grell erleuchteter Bühne, auf der sich zweimal zwei Stunden je ein Kabarettist abmühte, die gegenwärtige Lage der Nation und darüber hinaus zu kommentieren und ihre Sicht auf die Dinge zu erklären. Da muss man Kabarett wirklich mögen. Bei Rating gab es am Ende Bravo-Rufe und um Schmickler zu erleben, waren eigens Leute aus München nach Berlin gereist, weil München nicht im Tourplan steht.

Arnulf Rating begann sein Programm mit dem von **Rudi Carrell** bis **Oliver Welke** beliebten Nachrichtenformat, in dem es um Meldungen geht, die man schon einmal im Fernsehen gesehen hat, allerdings satirisch neu präsentiert mit entsprechend bearbeiteten Bildern. Ratings Programm ist brandaktuell und wird immer wieder inhaltlich angepasst.

Ein beliebtes Stilmittel des 72-Jährigen aus Mülheim an der Ruhr stammenden Kabarettisten, der einst Mitglied der legendären „3 Tornados“ war, ist das Kommentieren von Zeitungsschlagzeilen, wobei **BILD** die Headlines liefert, über die man sich am besten hermachen kann. In Ratings Programm wird deutlich, wie schwer er sich in diesen Kriegszeiten tut. Kein gutes Haar lässt er an der NATO. In einem fiktiven Gespräch mit alten Friedensbewegten, was ein bisschen an „Diner for One“ erinnert, wobei die Freunde nicht tot, sondern nur nicht anwesend sind, werden die Argumente hin und her gewälzt.

Nachdem 75 Jahre Frieden in Europa herrschte, befinden wir uns jetzt mitten im Krieg, wobei es nur eine semantische Feinheit ist, ob wir uns als Kriegspartei sehen oder nicht. Klar ist, dass Deutschland in den letzten 75 Jahren nicht so viel Kriegsgerät eingesetzt hat wie seit dem Überfall Putins auf die Ukraine vor zwei Jahren. Die Entspannungspolitik von **Willy Brandt** und **Egon Bahr** hat Deutschland und Europa verändert. So ein Projekt lässt sich schwerlich wiederholen, ein Versuch wäre es trotzdem wert.

Wilfried Schmickler sieht die Lage ebenso kritisch, lässt aber nicht unerwähnt, dass er trotzdem optimistisch in die Zukunft schaut. Schmickler ist bekannt für das Zusammenfügen von Worten in Höchstgeschwindigkeit. Man muss schon sehr konzentriert zuhören, damit einem nichts entgeht.

Wilfried Schmickler kam in Hitdorf, heute ein Stadtteil von Leverkusen, auf die Welt und wird im November 70 Jahre alt. Viele Male habe ich ihn mit großem Vergnügen im Fernsehen gesehen, vor allem bei den „Mitternachtsspitzen“ des **WDR**. Live habe ich ihn zum ersten Mal erlebt und war vor allem erfreut darüber, dass er das politische Chanson pflegt. Seine Lieder bereicherten das Programm und seine eingestreuten kleinen Witze brachten trotz der ernsten Lage etwas Heiterkeit in den Saal: „Gehen in Dresden zu Zeiten der DDR zwei Stecknadeln spazieren. Sagt die eine zur anderen, sprich nicht zu laut, hinter uns läuft eine Sicherheitsnadel.“

Und als man angesichts seiner Wortakrobatik erschöpft das Veranstaltungsende tapfer erreicht hatte, schlug er in der Zugabe noch einmal richtig drauf, und zwar auf die Kirche. Das kann man auch als Abrechnung verstehen.

Der Tag bei den Wühlmäusen mit diesen beiden brillanten Kabarettisten war grandios, aber auch anstrengend, weil man hochkonzentriert zuhören musste. Voraussetzung für die Teilnahme an solchen Veranstaltungen, das muss man wissen, ist eine umfangreiche Kenntnis der Nachrichtenlage, sonst kommt man nicht mit.

Nach einer Deutschland-Tournee, die **Arnulf Rating** von Hamburg über Dinslaken bis nach München und Mannheim führt, ist er am 3. Juni wieder in Berlin beim „Blauen Montag.“ Auch **Wilfried Schmickler** ist im Land unterwegs von Schwerte bis Düsseldorf, heute aber um 15:30 Uhr noch einmal bei den **Wühlmäusen** getreu dem Tites seines Programms „Es hört nicht auf!“

Ed Koch

12) Mit Raed Saleh unterwegs in Spandau. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-05

5. April 2024

49. Jahrgang

Mit Raed Saleh unterwegs in Spandau



Immer wieder erhalten wir Informationen über die Veranstaltungsreihe der SPD, „Fraktion vor Ort.“ Es wäre falsch zu behaupten, dass sich die Abgeordneten nicht aus ihrer Komfortzone hinausbewegen würden. Sie suchen den Kontakt zu den Bürgern, die bestenfalls auch Wähler sein könnten/sollten.

Schaut man sich die Flyer an, so fallen zuerst die Hinweise in Klammern hinter Datum und Uhrzeit auf. Es gibt drei Kategorien: „nicht öffentlich“, „öffentlich“ und „öffentlich mit Anmeldung.“ Warum, so fragt man sich, teilt uns der Abgeordnete mit, wen er nicht öffentlich besucht? Unter den nicht-öffentlichen Terminen sind städtische und Einrichtungen freier Träger und viele andere interessante Projekte, die man eigentlich auch einmal kennenlernen möchte. Welchen Informationsgehalt hat es, zu wissen, wo sich mein Abgeordneter informiert und mit wem er spricht? Das sind Informationen, die in einen Newsletter, den viele Abgeordnete haben, gehört. Für mich als Bürger sind nur die öffentlich zugänglichen Termine, meinetwegen auch mit Anmeldung, interessant.

Gestern übersandte der Spandauer Abgeordnete **Raed Saleh** seinen Flyer für die Fraktion-vor-Ort-Tour am 12. April. Und siehe da, nicht ein einziger Termin mit einem anderen Hinweis als „öffentlich“.



So geht's auch. Saleh ist eben ein Profi. Zur Wahrheit gehört auch, dass es bei seinem letzten Vor-Ort-Einsatz am 25. November 2022 von sechs Terminen einen nicht öffentlichen gab: „Besuch beim ‚Glücklich mit Alpakas e.V.‘“ in

Brandenburg. Darüber wollen wir uns keineswegs lustig machen, weil das wirklich ein tolles Projekt ist.

Wäre aber schön gewesen, wenn an diesem Termin auch andere Interessenten hätten teilnehmen können. Infos unter:

<https://gluecklich-mit-alpakas.de/>

Raed Saleh befindet sich im Innerparteilichen Wahlkampf. Er möchte gern wieder SPD-Landesvorsitzender werden. In diesen Tagen haben die Parteimitglieder die Qual der Wahl, Saleh im Amt bestätigen oder andere Kandidierende wählen. Neben **Luise Lehmann** und **Raed Saleh** kandidieren **Jana Bertels** und **Kian Niroomand** sowie **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel**. Abgesehen vom Neuköllner Bürgermeister **Martin Hikel** und eben **Raed Saleh**, alles Namen, die außerhalb der SPD kaum einer kennt.

Zurück nach Spandau. Man kann von **Raed Saleh** halten, was man will. Auf www.paperpress.org finden sich 337 Einträge über ihn, damit ist von unserer Seite (fast) alles geschrieben. Am 20. April werden wir wissen, wer das Rennen gemacht hat, es sei denn, kein Duo gewinnt im ersten Wahlgang. In diesem Falle gibt es eine Stichwahl, und am 18. Mai steht das Ergebnis fest. Sollte Saleh verlieren, bleibt ihm der viel mächtigere Posten des Fraktionsvorsitzenden. Er müsste sich in diesem Fall dann nur mit neuen Parteivorsitzenden rumärgern.

Da Saleh alle Termine am 12. April öffentlich anbietet, wollen wir das hier lobend erwähnen. Wenn Sie also am 12. April in Spandau zu tun haben, oder vielleicht dort wohnen, treffen sie ihn an diesen Orten:

- 🕒 07:30 – 08:30 Uhr #Ansprechbar am Kolk
- 📍 Kolkbrücke, 13597 Berlin
- 🕒 09:30 – 10:30 Uhr #Kaffeebürgersprechstunde im Falkenhagener Feld, anschließend #mobile Bürgersprechstunde durchs Falkenhagener Feld.
- 📍 Falkenseer Chaussee 239, 13583 Berlin (vor dem Supermarkt)
- 🕒 12:00 – 13:30 Uhr, Frühschoppen im Spandauer Bock. Lassen Sie uns in der Nischtraucher-Kneipe entspannt über Politik sprechen.
- 📍 Moritzstraße 1 – 2, 13597 Berlin
- 🕒 14:00 – 15:00 Uhr
- #Ansprechbar in der Wilhelmstadt
- 📍 Seeburger Str./ Ecke Wilhelmstr., 13581 Berlin (vor der Bäckerei)
- 🕒 15:30 – 16:30 Uhr #Ansprechbar an der Borkzeile
- 📍 Seegefelder Str. 54, 13583 Berlin (vor dem Getränkemarkt)

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

13) Vom Umgang mit Medien. Von Ed Koch



Vom Umgang mit Medien

Das Gute an einer Demokratie, deren höchstes Gut die freie Meinungsäußerung ist, besteht in der ebenso freien Wahl der Medien, über die man sich informieren lassen möchte. Das ist Vertrauenssache. In einer Diktatur bekommt man den Einheitsbrei der jeweiligen Machthaber vorgesetzt, meistens fernab jeder Realität.

Der Printzeitschriftenmarkt hat es schwer, immer weniger Menschen nehmen sich eine Zeitung aus Papier zur Hand. Wer in Bahnen und Bussen unterwegs ist, findet niemand mehr, der eine Zeitung in der Hand hält, dafür aber sein Mobilphone. Das ist alles nicht so tragisch, kann man sich doch auch online für seine Lieblingszeitung entscheiden. Immer aktuell, rund um die Uhr, was keine gedruckte Zeitung, die vom Redaktionsschluss abhängig ist, leisten kann.

Anker der Verlässlichkeit sind die öffentlich-rechtlichen Medien, mit denen dieses Land bislang gut gefahren ist, selbst wenn punktuell Kritik an dieser oder jener Sendung berechtigt ist. Im NDR gibt es seit 2002 das **Medienmagazin ZAPP**, das sich häufig sehr selbstkritisch mit dem ÖRR beschäftigt, was nicht bei allen Sendern gut ankommt.

Abgesehen davon, dass **ZAPP** ohnehin nur etwas für Leute ist, die spät schlafen gehen und keinen Festplattenrekorder haben, wurde aus „Kostengründen“, aus welchen anderen denn sonst, ab Januar 2021 das wöchentliche Ausstrahlen auf ein monatliches verkürzt. In der ARD-Mediathek können jederzeit die aktuellen Beiträge abgerufen werden. Die nächste Sendung im NDR läuft am Mittwoch, dem 17. April 2024, von 23:30 bis 00:00 Uhr und wird auf 3sat und One wiederholt und ist auch auf YouTube zu sehen.

Das Magazin, das von so prominenten ARD-Modératoren wie **Gerhard Delling**, **Caren Miosga**, **Anja Reschke** und **Constantin Schreiber** moderiert wurde, hat sich mit seinen kritischen Nachfragen, auch in den eigenen Häusern, nicht nur Freunde gemacht. Beim Publikum umso mehr!

So interessant und wichtig auch kritische Beiträge von Medien über Medien sind, so hat der geneigte Leser keinen Spaß daran, wenn sich beispielsweise zwei Zeitungen in den Haaren liegen. Gegenwärtig tobt ein Kleinkrieg zwischen der **Berliner Zeitung** und dem **Tagesspiegel**. Wir berichteten darüber, (Nr. 623-17 vom 31.03.2024). Alles fing damit an, dass der **Tagesspiegel** der **Berliner Zeitung** vorgeworfen haben soll, „ein Interview mit Roger

Waters verfälscht zu haben.“ Die **Berliner Zeitung** reagierte mit einem Beitrag über die finanzielle Situation des **Tagesspiegel** und monierte die Einstellung der Sonntagsausgabe der Zeitung, was ein bisschen komisch wirkte, weil die **Berliner Zeitung** selbst nie eine Sonntagsausgabe herausbrachte.

Etwas grenzwertig war der Hinweis in der **Berliner Zeitung** auf die Formatänderung des **Tagesspiegel** im Jahr 2022. „Das Format ähnelt dem der rechtspopulistischen **Kronen Zeitung** aus Österreich.“, schrieb die **Berliner Zeitung**. Sie hätte auch schreiben können, ähnelt dem Format des **Berliner Kuriers**, der im selben Verlag wie die **Berliner Zeitung** erscheint.

In diesem Konflikt spielt nun plötzlich der ukrainische Botschafter **Oleksii Makeiev** eine Rolle. Er habe „Redakteure der Berliner Zeitung an den Pranger gestellt.“, schreibt das Blatt und stellt in gleichem Atemzuge die Frage: „Welche Rolle spielt der **Tagesspiegel** bei der seltsamen Aktion?“



Diese „seltsame Aktion“ besteht darin, „dass der Botschafter Redakteure der Berliner Zeitung persönlich angegriffen und ihnen ihre früheren beruflichen Stationen vorgeworfen“ habe. „Er fragte unter anderem, ob die Berliner Zeitung nun auf dem Weg sei, ‚Radio Moskau‘ zu werden und bastelte ein digitales Logo mit dem Titel ‚Berliner Volksrepublik Zeitung‘.“

Die **Berliner Zeitung** führt an, dass sich die Botschaft nie über die Berichterstattung beschwert habe, „im Gegenteil: Aus Anlass ihrer Rückkehr nach Kiew bedankte sich eine ranghohe Mitarbeiterin aus der Pressestelle der Botschaft ‚für die wunderbare Zusammenarbeit‘ und schrieb über die Arbeit der Berliner Zeitung: ‚Dank Ihren ausführlichen Analysen versteht man in Deutschland besser, worum es bei diesem russischen Krieg gegen die friedliche Ukraine geht. Und dank Ihren Berichterstattungen weiß man jetzt auch, dass Russland den blutigen Krieg gegen die UkrainerInnen schon längst vor dem 24. Februar 2022 entfacht hat.“

Nun allerdings postete der Botschafter bei X, „Ich habe einmal der @berlinerzeitung ein Interview gegeben. Ich werde diesen Fehler nicht wiederholen. Meine Empfehlung für den Umgang mit der Berliner Volksrepublik Zeitung - einfach nicht lesen und kein Interview geben. Es gibt doch bessere/freie Medien



in Berlin!" Bei seinen Vorwürfen gegen die **Berliner Zeitung** zog Botschafter „*Makeiev in seinem Post den Tagesspiegel als Zeugen für seine Vorwürfe gegenüber der Berliner Zeitung heran.*“

„Der Tagesspiegel ist direkter Mitbewerber der Berliner Zeitung im Berliner Zeitungsmarkt. (Anm.d.Red: Auflage **Tagesspiegel** 102.800, **Berliner Zeitung** 65.000, 4. Quartal 2023). Bis vor kurzem wurde der Wettbewerb zwischen den Zeitungen in Berlin hart, aber fair geführt. Seit einiger Zeit unterstellt der Tagesspiegel der Berliner Zeitung, wie ein russisches U-Boot zu agieren. Die Berliner Zeitung hat auf derartige Untergriffe verzichtet. Im erfolgreichen Relaunch der neuen Wochenendausgabe der Berliner Zeitung vom 30. März erschien allerdings ein Text zur wirtschaftlichen Schwäche des Tagesspiegels. Ist das der Hintergrund für die Attacke?“

Quelle: Berliner Zeitung 02.04.2024

Anmerkungen:

Wenn sich Zeitungen in Berlin einen Kleinkrieg liefern möchten, dann ist das ihr Problem, und wie geschrieben, es langweilt die Leser. Die Einlassungen des Botschafters haben allerdings eine andere, eine politische Dimension. Wem der Botschafter Interviews gibt, ist seine Sache. Dass er sich über Artikel in der **Berliner Zeitung** aufgeregt hat, sei ihm unbenommen. In solchen Fällen hilft eine Gegendarstellung, die in § 10 des Berliner Pressegesetzes ausführlich beschrieben ist.



Quelle: Wikipedia

Nicht nur die **BILD-Zeitung** kennt sich mit Gegendarstellungen aus. Kaum ein Medium, das nicht schon mal zurückrudern musste, weil die Quellen nicht korrekt waren.

Botschafter **Oleksii Makeiev** mag aus seiner Sicht gute Gründe haben, mit der Berichterstattung der

Berliner Zeitung unzufrieden zu sein. Seine Reaktion darauf ist allerdings völlig inakzeptabel. Jeder hat Verständnis dafür, dass bei den Botschaftern und allen anderen politischen Vertretern der Ukraine die Nerven blank liegen. Beschimpfungen und erst recht nicht Verunglimpfungen der Medien, sind kein Mittel, um die Nerven zu beruhigen.

Makeievs Vorgänger **Andrij Melnyk** bezeichnete im Mai 2022 Bundeskanzler **Olaf Scholz** öffentlich als „*beleidigte Leberwurst*“. Scholz hatte damals „*entschieden, vorerst nicht nach Kiew zu reisen, weil Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zuvor von seinem geplanten Ukraine-Besuch ausgeladen wurde.*“ Quelle: NDR

In Zeiten wie diesen, wo die Unterstützung bröckelt, sollte die Ukraine äußerst diplomatisch agieren. Entscheidungen eines Bundeskanzlers hat ein Botschafter nicht zu kommentieren, und einen Bundespräsidenten lädt man nicht aus, egal, wie sein früheres Verhältnis zu Russland war. Und das Beschimpfen von Medien gehört erst recht nicht zum Aufgabenbereich eines Botschafters.

Ed Koch

Finde den Fehler



Quelle: Berliner Zeitung

Am Ostersonntag veröffentlichte die **Berliner Zeitung** dieses Foto vom Sonnenaufgang über Berlin, leicht getrübt durch den Sahara-Staub. Was stimmt an diesem Foto nicht?

Zuschriften erbeten an:
paperpress@berlin.de

Unter den Gewinnern verlosen wir kleine süße Überraschungen.

Schweiz (Seiten E 98 – E 100)

01) Gefährlicher Übergriff. Der Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt die Schweiz aufgrund ihrer Klimapolitik. Doch für diese sollte jemand anderes zuständig sein: das Volk.

Von François Valentin



François Valentin
London

François Valentin ist *Senior Researcher* im Londoner Thinktank *Onward* und Host des *Uncommon Decency*-Podcasts zu europäischen Angelegenheiten.

Wirtschaft und Ökologie 25.04.2024



Der Kampf gegen den Klimawandel ist zweifellos dramatisch. Doch über drastische Maßnahmen sollten die Wählerinnen und Wähler entscheiden – und nicht Gerichte.- *picture alliance / AP | Matthew Thayer*

Am 9. April hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in einem wegweisenden Urteil die Schweiz wegen ihrer klimapolitischen Untätigkeit verurteilt. Das Gericht in Straßburg wertete die unzureichenden Bemühungen der Schweiz, ihre nationalen Treibhausgasemissionen zu reduzieren, als Verletzung der Menschenrechte von mehr als 2 000 älteren Schweizerinnen.

In der Klimapolitik steht ohne Frage sehr viel auf dem Spiel. Rechtsstaatlichkeit und eine starke Justiz sind wiederum wesentliche Grundlagen für eine intakte liberale Demokratie.

Klar, die Gefahren eines reinen Mehrheitssystems, in dem der Wählerwille ungeprüft umgesetzt wird, sind uns hinlänglich bekannt. Doch mittlerweile überlassen wir es zu sehr den Gerichten, Politik unmittelbar zu gestalten. Der EGMR hat sich mit seiner Entscheidung auf bedenkliche Weise in eine Angelegenheit eingemischt, für die in erster Linie die Wählerinnen und Wähler zuständig sein sollten.

Der französische Philosoph Montesquieu vertrat im 18. Jahrhundert die Ansicht, Richter sollten „der Mund des Gesetzes“ sein, sprich: Sie sollten sich an das schriftlich niedergelegte Gesetz halten. Denn Richterinnen und Richter werden nicht gewählt. Die Legitimität ihrer Entscheidungen gründet sich auf Gesetze und Verfassungen, die vom Volk und seinen Vertreterinnen und Vertretern beschlossen wurden. Natürlich können die Gerichte in der Klimapolitik aktiv werden und tun das auch regelmäßig. Dies muss jedoch auf der Grundlage von Gesetzen und Verfassungsänderungen geschehen, die zuvor von Parlamenten verabschiedet wurden. Was wir jetzt beim EMGR erleben, ist eine schleichende Ausweitung seines eigentlichen Auftrags – ohne unmittelbare Grundlage in Form von Rechtstexten.

Schauen wir uns die Argumentationsweise des Straßburger Gerichtshofs an. Im Fall der Schweiz befand der EGMR, das Land habe gegen Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen. Nun könnte man annehmen, es gehe in diesem Artikel um Klimapolitik. Tatsächlich aber [besagt](#) Artikel 8, dass „jede Person das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz“ hat. Unter Berufung auf diesen Artikel macht der Europäische Gerichtshof geltend, ältere Menschen seien am stärksten vom Klimawandel und insbesondere von Hitzewellen betroffen und ihr Leben werde dementsprechend beeinträchtigt. (Nebenbei, die Lebenserwartung Schweizer Frauen über 80 ist seit 1990 [deutlich gestiegen](#).)

Die Entscheidung des EGMR macht deutlich, dass Demokratien immer mehr versucht sind, in aristokratischer Manier den komplizierten und vertrackten Prozess der Wahldemokratie zu umgehen.

Diese Argumentation ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Der vom Gericht hergestellte Zusammenhang mit dem Klima steht – gelinde gesagt – auf äußerst schwachen Füßen und wäre von den Erstunterzeichnern der Menschenrechtskonvention wahrscheinlich belächelt worden. Wir sollten uns vor Augen halten, dass die Konvention ausdrücklich zum Schutz der Rechte *des Einzelnen* verfasst wurde, während die jetzige Entscheidung des EGMR de facto unter Berufung auf *das Gemeinwohl* auf einen Politikwechsel drängt. Man kann natürlich geltend machen, dass das Gemeinwohl wichtig ist – einschließlich des Wohls, in einer Welt ohne Klimawandel zu leben. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Konvention nicht für diesen Zweck geschaffen wurde.

Die Entscheidung des EGMR macht deutlich, dass Demokratien immer mehr versucht sind, in aristokratischer Manier den komplizierten und vertrackten Prozess der Wahldemokratie zu umgehen, indem sie die Politik so weit wie möglich von der Wählerschaft fernhalten und sie Fachleuten anvertrauen. Hinter der Argumentationslinie des EGMR steht die Vorstellung, Rechtsdokumente seien „lebende Instrumente“ (*Living Instruments*), die von Richterinnen und Richtern neu interpretiert werden müssen, damit sie dem Wandel der Zeiten Rechnung tragen.

Der EGMR bezieht seine Legitimität jedoch aus der Konvention, die von den nationalen Parlamenten der Mitglieder des Europarats ratifiziert wurde. Wenn die *Living Instrument*-Doktrin zu weit getrieben wird, schwächt das die Legitimität des EGMR – zumal in einer Zeit, in der einige [Länder](#) die Entscheidungen des EGMR ignorieren und andere über einen

Austritt diskutieren. Die Versuchung, den politischen Spielraum der Wahldemokratie immer weiter einzuschränken, bringt das Risiko mit sich, dass autoritäre Stimmen, die sich einen starken Mann wünschen, der über Parlamente oder Gerichte hinweggeht, an den politischen Rändern gestärkt werden.

Der Fall der Schweiz ist nahezu ein Paradebeispiel für den Konflikt zwischen nicht gewählten Institutionen und dem Willen der Wählerinnen und Wähler. Auf dieses Spannungsverhältnis wies die britische Anwältin Jessica Simor, die die Schweizer Frauen vertrat, ausdrücklich hin: „Dieser Konflikt tritt immer wieder auf: Auf der einen Seite ein Demokratieverständnis, das allein den Volkswillen gelten lässt, und auf der anderen Seite die Position, dass Demokratie mit grundlegenden und universellen Rechten einhergeht, die essenziell sind und nicht davon abhängen, was die Mehrheit entscheidet.“

Statt zu schmollen und die Schweizer Wählerinnen und Wähler zu beschimpfen, machte sich das Parlament noch einmal an die Arbeit.

Doch das Schweizer Modell zeigt, dass man dem Volk durchaus zutrauen *darf*, sich mit komplexen Gesetzesvorlagen auseinanderzusetzen. Die Schweizerinnen und Schweizer nehmen die Klimapolitik zweifellos ernst und haben in den letzten drei Jahren gleich zweimal per Referendum über den Klimaschutz abgestimmt: 2021 und 2023. Der erste Gesetzentwurf zum Klimaschutz, der auf Netto-Null-Emissionen bis 2050 abzielte und eine Abgabe auf Autokraftstoffe sowie eine Steuer auf Flugtickets vorsah, wurde 2021 von der Wählerschaft knapp abgelehnt, weil viele Bürgerinnen und Bürger befürchteten, sie müssten die Kosten für die Netto-Null-Politik tragen.

Statt zu schmollen und die Schweizer Wählerinnen und Wähler zu beschimpfen, machte sich das Parlament noch einmal an die Arbeit und legte einen neuen Gesetzesentwurf vor. Auch dieser hatte die Netto-Null-Emissionen bis 2050 zum Ziel, enthielt aber statt neuer Steuern oder Verbote verschiedene Anreize. Dieser neue Gesetzesentwurf, mit dem die Schweiz ihren Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen von 2015 nachkommt, wurde von den Schweizern im vergangenen Sommer mit überwältigender Mehrheit angenommen. Die Schweiz verkörpert mit ihren vielen Volksabstimmungen ein kurioses und eigenwilliges Politikmodell. Doch es führt umweltbewussten Gesetzgebern und Aktivistinnen weltweit vor Augen, dass Wählerinnen und Wähler sehr wohl in der Lage sind, sich ernsthaft mit wichtigen politischen Fragen auseinanderzusetzen, wenn man sie wie mündige Menschen behandelt.

Noch ein Wort zum EGMR: Er läuft Gefahr, seinem Ruf und den hohen Idealen, für die die Europäische Menschenrechtskonvention steht, erheblichen Schaden zuzufügen. Der einzige Richter des EGMR, der eine abweichende Meinung vertrat, war Tim Eicke. Er bringt diese Besorgnis sehr deutlich auf den Punkt: „Ich kann nachvollziehen, dass man den menschengemachten Klimawandel als etwas sehr Reales und seine Bekämpfung als dringend notwendig empfindet, und teile diese Meinung. Aber ich befürchte, dass die Richtermehrheit mit diesem Urteil den legitimen und zulässigen Handlungsrahmen des Gerichtshofs überschritten und damit leider vielleicht genau das Gegenteil dessen erreicht hat, was eigentlich intendiert war.“

Dieser Artikel erschien zuerst im US-Onlinemagazin Persuasion.

Aus dem Englischen von Christine Hardung

[https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/gebrahrlicher-uebergreif-](https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/gebrahrlicher-uebergreif-7467/?utm_campaign=de_40_20240426&utm_medium=email&utm_source=newsletter)

[7467/?utm_campaign=de_40_20240426&utm_medium=email&utm_source=newsletter](https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/gebrahrlicher-uebergreif-7467/?utm_campaign=de_40_20240426&utm_medium=email&utm_source=newsletter)

Keine Berichte

Ukraine (Seiten E 102 – E 109)

01) Vorteil David? Im Krieg siegt nicht immer der Stärkere. Warum gerade ohne die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern Hoffnung für die Ukraine besteht.

Von Roland Lichte



Roland Lichte
Frankfurt am Main

Roland Lichte studierte Politikwissenschaft, internationales Recht und VWL in Göttingen und Madrid. Er ist Gründer und Geschäftsführer der Personalberatung *Kimberlite Consulting* in Frankfurt am Main. Er promoviert zum Thema asymmetrische Kriege an der Universität der Bundeswehr München.

Außen- und Sicherheitspolitik 24.04.2024



Ein mobiler ukrainischer Abwehrtrupp trainiert den Abschuss russischer Drohnen. Reicht gute Verteidigung aus oder muss die Ukraine auch Ziele in Russland angreifen können?
picture alliance / dpa / Kay Nietfeld

In den internationalen Beziehungen existiert ein empirisch gut zu beobachtendes Rätsel: In asymmetrischen Kriegen verlieren militärisch hochgerüstete, mächtige Staaten sehr häufig gegen militärisch schwache Gegner. Eklatante Beispiele sind der Algerienkrieg (1954–1962), der Vietnamkrieg (1965–1975), der Krieg der Sowjetunion in Afghanistan (1979–1989) sowie der Krieg des Westens in Afghanistan (2001–2021). In allen Fällen war es ein Kampf zwischen David und Goliath. Es stellt sich die Frage: Warum verlieren die Goliaths

so häufig gegen die Davids? Lässt sich daraus etwas für den Ukrainekrieg lernen? Und welche sicherheitspolitische Strategie erscheint vor diesem Hintergrund in Bezug auf die deutsche Unterstützung der Ukrainer und auf die Lieferung des Taurus-Marschflugkörpers sinnvoll?

Im Sinne des klassischen politikwissenschaftlichen Diskurses lässt sich zunächst feststellen, dass sich der Ukrainekrieg als ein sogenannter „asymmetrischer Krieg“ klassifizieren lässt. Asymmetrie liegt dann vor, wenn eine militärisch starke Kriegspartei in der Lage ist, eine andere, militärisch schwache Kriegspartei in deren Heimat anzugreifen, aber dies umgekehrt nur begrenzt möglich ist. Aufgrund der asymmetrischen Natur des Krieges kämpft die militärisch schwache Kriegspartei einen Kampf um ihr (politisches) Überleben. Wenn sie aufhört zu kämpfen, wird ihre Existenz ausgelöscht. Die militärisch starke Kriegspartei hingegen kann den Krieg jederzeit abbrechen, ohne um ihre Existenz fürchten zu müssen.

Aus dieser unterschiedlichen Bedrohungslage entsteht ein Ungleichgewicht hinsichtlich des kriegsentscheidenden Faktors „Zeit“. Diese steht dabei in der Regel auf der Seite der militärisch schwachen Kriegspartei. Denn aufzugeben ist für sie keine Option. Sie muss bis zum bitteren Ende weiterkämpfen, wenn sie überleben will – koste es, was es wolle. Für die starke Kriegspartei hingegen stellt sich im Zeitverlauf eines solchen Krieges immer mehr die Frage, ob der Krieg wirklich die immensen Kosten wert ist. Mit jedem weiteren Tag, an dem der Krieg fortgeführt wird, nimmt die Anzahl der gefallenen Soldaten und die finanzielle Belastung zu. Da der Krieg eben nicht existenziell wichtig ist, ist irgendwann der Kulminationspunkt erreicht, an dem „Butter“ wichtiger wird als „Kanonen“. Die militärisch starke Kriegspartei wird dann den Krieg abbrechen und eine Niederlage in Kauf nehmen müssen.

Im Krieg der Starken gegen die Schwachen sind es häufig die Schwachen, die über ein größeres Durchhaltevermögen verfügen.

Im Krieg der Starken gegen die Schwachen sind es daher häufig die Schwachen, die über ein größeres Durchhaltevermögen verfügen und den Kampf um die Zeit gewinnen. Im Vietnamkrieg (1965–1975) und im Afghanistankrieg (2001–2022) verfügten die Nordvietnamesen beziehungsweise die Taliban trotz ihrer militärischen Unterlegenheit über einen stärkeren Durchhaltewillen als die Weltmacht USA und ihre Verbündeten.

Es reicht für die militärisch Schwachen aus, nicht zu verlieren, den Krieg in die Länge zu ziehen und so die Kosten der militärisch starken Kriegspartei mit der Zeit stetig in die Höhe zu treiben. Henry Kissinger hat das im Kontext des Vietnamkriegs folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Die Guerilla gewinnt, wenn sie nicht verliert. Die konventionelle Armee verliert, wenn sie nicht gewinnt.“ Die Vietnamesen und die Taliban waren mit dieser defensiven Strategie der zeitlichen Verlängerung des Krieges erfolgreich. Ein Sprichwort der Taliban im Kontext des asymmetrischen Afghanistankriegs besagte: „Ihr habt die Uhren, wir haben die Zeit.“

Im Krieg Davids gegen Goliath sind es jedoch nicht nur Demokratien, die den Kampf um die Zeit häufig verlieren. Auch der autokratischen Sowjetunion gelang es trotz ihrer immensen militärischen Überlegenheit und Lufthoheit nicht, die Mudschahidin im Afghanistankrieg (1979–1989) zu besiegen. Nach zehn Jahren blutigen Kampfes musste die mächtige Sowjetunion den asymmetrischen Krieg abbrechen und eine bittere Niederlage realisieren.

Diese lässt sich vor allem durch innenpolitische Restriktionen erklären. Der asymmetrische Krieg war aufgrund der zahlreichen menschlichen und finanziellen Opfer bei der sowjetischen Bevölkerung keineswegs populär. Tausende junger Soldaten waren in dem Krieg ohne großen Gewinn umgekommen und ließen trauernde Angehörige darüber nachdenken, wie und warum solch ein katastrophales Unterfangen zustande kam. Für die sowjetische Bevölkerung war trotz aller Propaganda auf Dauer nicht ersichtlich, warum sie für ein Land, von dem keine offensichtliche Gefahr ausgeht, einen so hohen Blutzoll entrichten soll. Angriffe der Mudschahidin auf sowjetisches Territorium blieben die Ausnahme. Das sowjetische Volk distanzierte sich daher immer mehr von den Zielen der politischen Führung. Und am Ende musste Michail Gorbatschow den Krieg abbrechen, um das russische Volk nicht auf die Barrikaden zu treiben.

Im Krieg Davids gegen Goliath sind es jedoch nicht nur Demokratien, die den Kampf um die Zeit häufig verlieren.

Parallelen zum heutigen Ukrainekrieg werden hier deutlich. Russland und die Ukraine liegen geografisch zwar viel näher beieinander als Russland und Afghanistan. Entscheidend ist jedoch, dass die Ukraine Russland nicht oder nur in begrenztem Maße auf dessen Kernterritorium angreift. In Moskau fallen keine Bomben, in Kiew hingegen schon. Das ukrainische Volk kämpft um sein Überleben. Russland hingegen könnte den Krieg jederzeit beenden, ohne dass die russischen Bürgerinnen und Bürger um ihr Leben fürchten müssten.

Im russischen Volk kann der Krieg nicht populär sein. Denn die Soldaten, die ihr Leben in diesem aufs Spiel setzen müssen und in Särgen oder schwer verwundet wieder in ihre Heimat zurückkehren, kommen Mann für Mann aus den Reihen des russischen Volkes. Weiterhin müssen die russischen Bürgerinnen und Bürger den Krieg über Steuergelder finanzieren. Viele Russen werden sich trotz aller Propaganda insgeheim fragen, warum sie diese Lasten (er-)tragen müssen, für einen Krieg, durch den für sie keine direkte, offensichtliche Bedrohung im Alltag zu erkennen ist. Je länger der Krieg andauert und je mehr sich mit der Zeit die Kriegslasten akkumulieren, wird daher wohl die Kriegsaversion des russischen Volkes zunehmen.

Putin ist sich der kriegskritischen Haltung seines Volkes vollkommen bewusst. Aus gutem Grund hat er auf eine vollständige Mobilisierung verzichtet und nur eine Teilmobilisierung angeordnet. Weiterhin spricht er statt von „Krieg“ nur von einer „Spezialoperation“. Er weiß, dass sein Volk das Wort „Krieg“ nicht goutiert. Und ein langandauernder, blutiger und kostenintensiver Krieg gefällt ihm schon gar nicht. Auch der Autokrat Putin ist auf die Unterstützung seines Volkes angewiesen und kann nicht beliebig viele Soldaten beliebig lange mobilisieren. Dies gilt umso mehr, je länger der Krieg andauert.

Putin ist sich der kriegskritischen Haltung seines Volkes vollkommen bewusst.

Was würde aber nun passieren, wenn aus dem asymmetrischen Ukrainekrieg ein symmetrischer Krieg werden würde? Wenn also die Ukrainer russische Soldaten und Bürger in ihrer Kernheimat angreifen würden? Wenn eine Waffe mit großer Reichweite von der Ukraine abgefeuert und in der Nähe von Moskau zahlreiche Zivilistinnen und Zivilisten töten würde? Angesichts dieser offensichtlichen Bedrohung hätte Putin keinerlei Probleme mehr, den totalen Krieg auszurufen und das russische Volk vollumfänglich zu mobilisieren.

Die weitreichende Waffe „Taurus“ hat das Potenzial, einen Wandel des Krieges herbeizuführen. Im Nebel des Krieges ist immer mit Friktionen zu rechnen. Und niemand kann vollkommen ausschließen, dass eine „Taurus“-Lieferung letztlich nicht doch zu zivilen

Seite E 105 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Toten in Russland führen würde. Wenn in der Nähe von Moskau Bomben einschlugen, würde sich der asymmetrische Krieg in Richtung eines symmetrischen Kriegs bewegen. Die russischen Bürger würden sich dann hinter Putin stellen und seinen Krieg auch zu ihrem Krieg machen. Das Volk wäre dann wahrscheinlich viel mehr bereit, erhebliche Opfer für einen intensiven und langandauernden Kampf auf sich zu nehmen. Die Ukrainer wiederum – würden sie das russische Volk angreifen und gegen sich aufbringen – würden folglich ihren elementar wichtigen Vorteil aufgeben: dass nämlich die Zeit auf ihrer Seite steht – freilich vorausgesetzt, der Westen liefert weiter ausreichend Kriegsmaterial von geringer Reichweite.

Eine Strategie Deutschlands, die darauf setzt, keine Waffen mit großer Reichweite zu liefern, ist also durchaus eine kohärente Strategie und im Einklang mit politikwissenschaftlichen sowie historischen Erkenntnissen. Es sind nicht (nur) Putins Atomwaffen, vor denen sich Deutschland nach der Lieferung von „Taurus“ fürchten müsste – es wäre vor allem das russische Volk.

Wenn Deutschland und der Westen kurz-, mittel und vor allem auch langfristig genug militärisches Material liefert und dennoch vermieden wird, aus dem asymmetrischen Krieg einen symmetrischen Krieg zu machen, könnten die Ukrainer am Ende obsiegen. Dabei reicht es aus, den Krieg nicht zu verlieren, um ihn zu gewinnen.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/vorteil-david-7459/?utm_campaign=de_40_20240426&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Stille Revolution. Um Ressourcen für den Krieg zu mobilisieren, greift die ukrainische Regierung in die Wirtschaft ein wie selten zuvor.

Von Luke Cooper



Luke Cooper, London

Luke Cooper ist assoziierter Forschungsprofessor und Direktor des *PeaceRep*-Programms für die Ukraine an der *London School for Economics and Political Science*. Er arbeitet in der Forschungsgruppe Konflikt und bürgerschaftliches Engagement

Europa 08.04.2024



Neoliberalismus: Die neue Steuerstrategie der Ukraine soll die „Liberalisierungsauswüchse“ der letzten zehn Jahre beenden. *picture alliance / abaca | UkrinformCiao*

Mit der Enttäuschung über die Gegenoffensive von 2023 und dem Beginn des brutalen Abnutzungskrieges hat sich die Stimmung im pro-ukrainischen Informationsraum verfinstert. Dass der Westen sich mit seiner Unterstützung Israels in dessen Krieg im Gazastreifen so drastisch isoliert, stellt auch das Ansehen der Ukraine in der Weltöffentlichkeit in Frage. Während die wichtigsten Verbündeten des Landes einer maßlosen Heuchelei bezichtigt werden und sich die globale Aufmerksamkeit auf die Krise im Nahen Osten verlagert, wittern diejenigen, die gegen eine Unterstützung des ukrainischen Selbstverteidigungskrieges stehen, nun die Chance, die militärische und finanzielle Hilfe ganz einzustellen oder zumindest aufzuschieben.

Vor diesem Hintergrund hat die Ukraine begonnen, ihre Strategie für die „Heimatfront“ zu überdenken, beispielsweise im Hinblick darauf, wie die heimische Wirtschaft organisiert

Seite E 107 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

werden könnte, um die für den Krieg zur Verfügung stehenden Ressourcen zu maximieren. Einige dieser Veränderungen sind so drastisch, dass sie einer stillen Revolution der bisherigen Doktrin gleichkommen. Ausgerechnet eine Regierung, deren Präsident sich als „wirtschaftsliberal“ bezeichnet, greift nun in einem Ausmaß in die Wirtschaft ein wie nie zuvor seit der Unabhängigkeit.

Auf der Konferenz über den Wiederaufbau der Ukraine (*Ukraine Recovery Conference*) im Juni 2023 in London gab es bereits die ersten Hinweise auf ein Umdenken, die jedoch einerseits zaghaft und in sich unschlüssig wirkten und denen es andererseits vor allem an Unterstützung durch die gesamte Regierung mangelte. In der Tat warteten die Mitglieder der ukrainischen Delegation oft mit ziemlich widersprüchlichen Vorschlägen auf. Einige davon waren von typischen neoliberalen Denkweisen durchdrungen – wie etwa die Versprechungen an Investoren, den Arbeitsmarkt weiter zu deregulieren, selbst wenn das gegen die für eine EU-Mitgliedschaft erforderlichen Mindeststandards verstieß. Zudem sollten niedrige steuerliche Rahmenbedingungen für Großinvestitionen in die Infrastruktur und den Energiesektor das dadurch gesicherte Wachstum finanzieren.

Es waren jedoch auch besonnenere Reden zu hören, in denen betont wurde, wie lang der Weg zum Wiederaufbau sei und dass es oberste Priorität habe, die Wirtschaft den Erfordernissen des Krieges anzupassen. Allen voran widersprach der ukrainische Finanzminister Sergii Marchenko einigen anderen Regierungsmitgliedern, als er sich für eine Entwicklungsstrategie aussprach, bei der den ukrainischen Wirtschaftsbedürfnissen während der Kriegszeit ausdrücklich Vorrang eingeräumt wird. [Er erklärte](#): „Bisher waren wir für jede Art von Geld offen. Jetzt sind wir das nicht. Wer in der Ukraine investieren will, muss die Prioritäten der Ukraine akzeptieren.“

Die Vorstellung, dass Märkte in Kriegszeiten funktionieren könnten, wurde weitgehend aufgegeben.

Die jetzige ukrainische Politik deutet darauf hin, dass diese „Besonnenen“ die Oberhand in Kiew gewonnen haben. Völlig vom Tisch sind offenbar die [Vorschläge von Rostyslaw Schurma](#), dem stellvertretenden Leiter des ukrainischen Präsidialamts, die Körperschafts-, Einkommens- und Mehrwertsteuer für die Dauer des Krieges auf den Pauschalsatz von zehn Prozent zu senken. Stattdessen ist laut der ukrainischen Steuerstrategie (*National Revenue Strategy for 2024–2030*) vorgesehen, die Eintreibung der Steuern zu verbessern und die vielen in den letzten Jahren eingeführten Steuerschlupflöcher wieder zu schließen. Das beinhaltet nicht nur die Rückkehr zu einer progressiven Einkommenssteuer, die Abschaffung des weit verbreiteten Systems der Scheinselbständigkeit – das es möglich machte, dass eigentlich angestellte Beschäftigte teils die absoluten Niedrigsteuersätze von lediglich zwei Prozent zahlen –, sondern auch die Einführung einer Übergewinnsteuer und von Maßnahmen, mit denen die Einhaltung der Richtlinien für die neue globale Mindestbesteuerung für Konzerne gesichert wird.

In diesen Schritten spiegeln sich die institutionellen Reformen wider, die schon in der Vergangenheit von kriegführenden Staaten eingeführt worden waren, um die Steuererhebung zu zentralisieren und zu optimieren (beispielsweise führte Großbritannien 1944 das *Pay As You Earn*-Prinzip ein, bei dem die Steuer gleich vom Lohn abgezogen wird). In der Steuerstrategie kommt aber auch Kritik an den „Liberalisierungsauswüchsen“ in der Entwicklung der Ukraine seit der [Revolution der Würde](#) zum Ausdruck. Beispielsweise wird beschrieben, dass das „vereinfachte Steuersystem“ mit den extrem niedrigen Steuersätzen für „Unternehmer“ (wobei diese Kategorie so vage definiert ist, dass im

Grunde jeder Steuerzahlende der Ukraine dazuzählen könnte) mehrere Nachteile mit sich gebracht habe: Die Wohlhabenden entrichteten zu wenig Steuern, der Schmuggel mit gefälschten Waren sei erleichtert worden, da es keinerlei Anforderungen an eine ordnungsgemäße Buchführung gebe, und in einigen Branchen sei das Nichtvorhandensein formaler Beschäftigungsverhältnisse zur Normalität geworden.

Diese Steuerreform geht mit einer umfassenden Hinwendung zu einem wirtschaftlichen „Interventionismus“ einher. Die Vorstellung, dass Märkte in Kriegszeiten funktionieren könnten, wurde weitgehend aufgegeben. Während eine industriepolitische Strategie und eine Vorzugsbehandlung einheimischer Produzenten früher tabu waren, werden sie jetzt als entscheidend für die ukrainische Widerstandsfähigkeit im Krieg erachtet. Die Mitglieder der ukrainischen Regierung haben immer wieder ihre Unterstützung zugesichert, zuvor ausgelagerte Prozesse für den Wiederaufbau in die einheimische Wirtschaft zurückzuholen. Sollte diese Politik von der EU oder der Welthandelsorganisation (WTO) rechtlich angefochten werden, könnte Kiew gezwungen sein, eine sogenannte [National Security Exception](#) von seinen internationalen Verpflichtungen geltend zu machen.

Auch bei denen, die in der Regierung oder der Zivilgesellschaft eine Vorreiterrolle spielen, hat sich die Stimmung verändert. So machen auch diejenigen, die in der Vergangenheit die Marktliberalisierung als den richtigen Weg für die Korruptionsbekämpfung und eine transparente Regierung ansahen, jetzt eine radikale Kehrtwende in ihren Vorschlägen, wobei sie auf die Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg zurückgreifen. So verweist die angesehene Antikorruptionsaktivistin Daria Kaleniuk auf den *New Deal* der US-Demokraten und die Arbeit von Harry Hopkins, einem engen Vertrauten von Präsident Roosevelt während des Krieges, der sich für das Führen eines Siegesbuchs (*Victory Book*) ausgesprochen hatte, in dem der militärische Bedarf erfasst und den Ressourcen und dem Produktivvermögen der Wirtschaft gegenübergestellt wurde.

Der drastische Anstieg bei den Militärausgaben wird zwangsläufig zu einer Umgestaltung des ukrainischen Wirtschaftsmodells führen.

Von allen Veränderungen, die in Kiew auf den Weg gebracht wurden, ist der ganzheitliche Ansatz, der vom ukrainischen Kabinett für die langfristige Entwicklung der Ukraine verfolgt wird, vielleicht der vielversprechendste. Beispielsweise [befürwortete](#) Tetyana Berezhna, die stellvertretende Wirtschaftsministerin der Ukraine einen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation vom Dezember 2023, in dem es hieß, dass die Ukraine ihr angestrebtes Ziel eines BIP-Wachstums von sieben Prozent kaum erreichen könne, wenn sie nicht gegen das geschlechtsspezifische Lohngefälle und die Hindernisse für die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt vorgehe. In diesem Sinne wird das Bestreben der Ukraine, nach dem Krieg die Produktionskapazität zu verbessern, nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn es ihr gelingt, die Einkommen und das soziale Wohlergehen der breiten Bevölkerung zu steigern.

Die einfache Erklärung für die stille Abkehr der Ukraine vom Neoliberalismus sind der unaufhaltsame Anstieg der Militärausgaben und die Auswirkungen der kriegsbedingten Risiken für das Marktgeschehen. Zusammen hat das zu einer vom Staat regulierten Wirtschaft geführt. Nach [vorläufigen Schätzungen](#) des ukrainischen Zentrums für Wirtschaftsstrategie (*Centre for Economic Strategy*) betragen die Militärausgaben 2023 etwa 30 Prozent des BIP. Somit waren die [Verteidigungsausgaben der Ukraine 2023](#) höher als die *gesamten* Staatsausgaben 2021.

Dieser drastische Anstieg bei den Militärausgaben wird zwangsläufig zu einer Umgestaltung des ukrainischen Wirtschaftsmodells führen, da es sich dabei um einen militärisch-industriellen Komplex handelt, bei dem ein [effektiver staatlicher Eingriff](#) nur über eine

strategische Planung von Preisen, Organisationsstrukturen und Investitionen möglich ist. Interessant ist jedoch, dass dieses System nicht allein vom Staat getragen wird. Die Widerstandskräfte in der Ukraine machen sich auf effiziente Weise kostengünstige, leicht replizierbare Digitaltechnologien und dezentralisierte Produktionsnetzwerke zunutze. Beispielsweise greift die [digitale Fundraising-Plattform Come back Alive](#), die über eine Einfuhrgenehmigung für militärische Güter sowie für Güter mit doppeltem Verwendungszweck verfügt, als Investor aktiv in den Produktionsprozess ein. Diese Mischung aus staatlichen, privaten und gemeinnützigen Instanzen scheint ein Ökosystem zu schaffen, das im technologischen Wettrennen um Überlegenheit an der Front für Innovation und Anpassungsfähigkeit sorgt.

Trotz dieses beeindruckenden Fortschritts ist die Ukraine immer noch in hohem Maße auf Finanzhilfen aus dem Ausland angewiesen. Aber selbst wenn alle Verbündeten die zugesagten Finanzhilfen leisten, werden die ukrainischen Militärausgaben 2024 weit unter denen Russlands liegen. Die Regierung wird mit all ihren Außenbeziehungen sorgfältig umgehen und doch seine Interessen notfalls entschieden verfolgen müssen, auch wenn es dabei zu Spannungen mit den globalen Institutionen kommt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) spielte beispielsweise eine wichtige Rolle dabei, die Ukraine von ihrer liberalen Steuerpolitik abzubringen, scheint jedoch einer Vorzugsbehandlung einheimischer Hersteller [ablehnend gegenüberzustehen](#). Auch der Beitrittsprozess zur Europäischen Union ist nicht gut auf die Bedürfnisse der Ukraine zugeschnitten, denn der Integrationsprozess in den EU-Binnenmarkt unterwirft ein Land, das sich im Krieg befindet, den gleichen „Wettbewerbsbedingungen“ wie alle anderen – die aus ukrainischer Perspektive aber alles andere als gleich sind.

Für Kiew wird es nicht leicht sein, in diesem komplexen strategischen Umfeld den richtigen Kurs zu finden. Aber trotz der entsetzlichen Gräueltaten des russischen Krieges und der zahlreichen, sich überall in der Welt ausbreitenden Krisen hat die Ukraine eine Trendwende vollzogen. Aus diesem Kampf zwischen David und Goliath könnte David als unerwarteter Sieger hervorgehen.

Aus dem Englischen von Ina Goertz.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/stille-revolution-7433/?utm_campaign=de_40_20240408&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Kasachstan (Seiten E 110 bis E 113)

01) Vermittler gesucht. Kasachstan unterhält gute Beziehungen sowohl zu Russland als auch zur Ukraine. Das Land wäre bestens geeignet, Verhandlungen zu führen.

Von Alexandra Sitenko

Asien 22.04.2024



Der kasachische Präsident Qassym-Schomart Toqajew gilt in Russland als zuverlässig, hält aber an seiner unabhängigen Meinung fest.- *picture alliance/dpa/Pool | Pavel Bednyakov*

Der Krieg in der Ukraine hat die Länder, die politisch, ökonomisch und historisch eng mit Russland verbunden sind, vor eine schwierige Aufgabe gestellt: Einerseits können sie ihre Beziehungen zu Moskau nicht abbrechen, andererseits wollen sie international nicht in Ungnade fallen. Zu den Ländern, denen dieser Balanceakt bisher weitgehend gelungen ist, gehört Kasachstan. Seit 2022 haben Staatsoberhäupter aus aller Welt die Hauptstadt Astana besucht – vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping über den türkischen Präsidenten Recep Erdoğan bis zum französischen Staatschef Emmanuel Macron. Im Westen gilt der kasachische Präsident Qassym-Schomart Toqajew als Reformier, im Kreml als zuverlässiger Verbündeter. Erst Anfang März 2024 [begräftigten Moskau und Astana](#) ihr Engagement für eine umfassende Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen den beiden Ländern. Könnte Astanas Fähigkeit, inmitten enormer geopolitischer Spannungen geschickt zu balancieren, eventuell in eine Vermittlerrolle münden?

Welche Folgen ein Konflikt mit Russland für die Anrainerstaaten haben kann, zeigt die Ukraine eindringlich. Im Gegensatz zu anderen Ländern der Region hat Kasachstan eine gemeinsame Grenze mit der Russischen Föderation – mit 7 644 Kilometern die längste durchgehende Landgrenze der Welt. Durch seine Mitgliedschaft in der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) ist Kasachstan ein militärischer Verbündeter Moskaus, [90 Prozent aller Waffenimporte](#) stammen aus Russland. Darüber hinaus mietet Russland in Kasachstan nicht nur den Weltraumbahnhof Kosmodrom Baikonur, sondern auch drei [militärische Übungsplätze](#), auf denen rund 900 russische Soldaten stationiert sind. Zudem verbinden die beiden Länder enge Wirtschafts- und Handelsbeziehungen: Beide

Seite E 111 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

sind Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU); Russland ist einer der fünf Hauptinvestoren in Kasachstan; der [größte Teil der kasachischen Einfuhren](#) (27 Prozent) stammt aus dem Nachbarland; und schließlich werden etwa 80 Prozent des kasachischen Öls über die durch Russland verlaufende Pipeline ins Ausland exportiert.

Die von Kasachstan eingenommene Position zum Krieg in der Ukraine erscheint überraschend eigenständig.

Angesichts solcher fest etablierten Beziehungen mit Moskau in strategisch wichtigen Bereichen erscheint die von Kasachstan eingenommene Position zum Krieg in der Ukraine überraschend eigenständig. Von Anfang an hat Astana wiederholt auf die Notwendigkeit einer diplomatischen Lösung des Konflikts hingewiesen [und bekräftigt](#), dass die territoriale Integrität der Ukraine gewahrt werden müsse. Seit Februar 2022 hat der kasachische Präsident dreimal mit seinem ukrainischen Amtskollegen Volodymyr Selenskyj telefoniert. Auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg im Juni 2022 bezeichnete er – in Anwesenheit von Wladimir Putin – die sogenannten „Volksrepubliken“ Luhansk (LNR) und Donezk (DNR) als „quasi-staatliche Gebiete“ [und betonte](#), dass Kasachstan solche Gebilde nie anerkannt hat und auch nie anerkennen werde. Während seines offiziellen Besuchs in Deutschland im September 2023 äußerte Toqajew die Absicht Kasachstans, die gegen Russland verhängten westlichen Sanktionen einzuhalten, wobei er [später klarstellen musste](#), dass sein Land schlicht und einfach keine Waren habe, die von Sanktionen betroffen wären.

Diese Haltung Astanas ist nicht nur das Ergebnis der seit 30 Jahren praktizierten Multivektor-Außenpolitik, die auf Pragmatismus beruht und [darauf abzielt](#), „Freunde zu gewinnen, statt Feinde zu finden“. Zwei weitere Faktoren beeinflussen diese Position ebenfalls. Erstens ist Kasachstan ein multinationaler Staat; seit dem 19. Jahrhundert gibt es eine ukrainische Diaspora, die heute die viertgrößte im Land ist – nach der russischen, usbekischen und uigurischen. Folglich besteht die vorrangige Aufgabe der kasachischen Führung in der Wahrung des interethnischen Friedens und der sozialen Stabilität. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat das multinationale Land keine Bürgerkriege und keine ethnisch gefärbten Konflikte erlebt. Dies erklärt die relativ harte Reaktion der kasachischen Behörden auf radikale öffentliche Äußerungen über den Krieg in der Ukraine. Im Oktober 2022 forderte Astana Kiew auf, den ukrainischen Botschafter in Kasachstan, Petro Wrublewski, [zu ersetzen](#), der zuvor in einem Interview gesagt hatte, dass die nächste Generation von Ukrainern umso weniger Russen töten müsse, je mehr von ihnen jetzt getötet würden. Und im Januar 2023 wurde der Abgeordnete Azamat Abildayev aus der kasachischen Partei Ak Zhol [ausgeschlossen](#), nachdem er in einem lokalen Radiointerview seine Unterstützung für Russland geäußert hatte.

Aussagen einiger russischer Politiker sorgen seit Jahren für Irritationen in Kasachstan.

Zweitens sorgen die Aussagen einiger russischer Politiker seit Jahren für Irritationen in Kasachstan. Eine Welle der Empörung löste beispielsweise 2020 [die Anmerkung](#) des Duma-Abgeordneten Wjatscheslaw Nikonow aus, Kasachstans heutiges Territorium sei „ein großes Geschenk Russlands und der Sowjetunion“. Das kasachische Außenministerium wies darauf hin, dass solche provokanten Angriffe russischer Politiker die bilateralen Beziehungen beeinträchtigten. Wie befremdlich die Äußerungen mancher russischen Politiker auch sein mögen, aufgrund der geografischen Nähe, der historischen und wirtschaftlichen Verflechtungen sowie der Sicherheitserwägungen beteuert Kasachstans Führung die besondere außenpolitische Stellung Russlands: etwa mit der Initiative, eine internationale Organisation für die russische Sprache [zu gründen](#), oder der Betonung der [Freundschaft mit Russland](#), die „absolut dauerhaft und ewig sein sollte“.

Und obwohl Kasachstan eine vergleichsweise eigenständige Position vertritt, hebt es die Notwendigkeit einer diplomatischen Lösung hervor. Laut dem stellvertretenden Außenminister Roman Vasilenko ist der Krieg in der Ukraine für Kasachstan ein sehr naher und [tragischer Konflikt](#), denn unter den 20 Millionen Kasachen sind 3,5 Millionen Russen und 250 000 ethnische Ukrainer. Daher tut Kasachstan sein Möglichstes, um das Blutvergießen zu beenden und zur Lösung des Konflikts beizutragen. Bereits der ehemalige kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew, der in der Ukraine studiert und gelebt hat, wollte zur Normalisierung der russisch-ukrainischen Beziehungen beitragen. Im Jahr 2019 [schlug er vor](#), ein Treffen zwischen dem russischen und dem ukrainischen Präsidenten in Kasachstan zu organisieren. Moskau entgegnete damals, es bevorzuge Gespräche im Normandie-Format. Da dieses Format heute nicht mehr existiert, wäre es doch eine Überlegung wert, Kasachstans Kompetenzen bei der Vermittlung in internationalen Konfliktsituationen stärker einzubeziehen.

Beispielsweise moderierte Kasachstan im Jahr 2013 in der Stadt Almaty zweimal die Gespräche über das iranische Atomprogramm: Im Februar 2013 fand die erste Gesprächsrunde statt, an der fünf ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats sowie Deutschland, weitere EU-Länder und Vertreter der Islamischen Republik Iran teilnahmen. Die zweite Runde fand im April desselben Jahres zwischen Vertretern der E3+3 (Großbritannien, Deutschland, Frankreich, China, Russland, USA) und dem Iran statt. Vier Jahre später bot die Hauptstadt Astana zum ersten Mal eine Plattform für inzwischen über 20 Gesprächsrunden zur Beilegung des syrischen Konflikts unter Beteiligung der syrischen Regierung und der Opposition sowie Russlands, der Türkei und des Iran. Im Januar 2024 fand in der kasachischen Hauptstadt die 21. Runde statt. Dass der Austausch seit Jahren aufrechterhalten wird, zeugt davon, dass er seinen Zweck erfüllt. Das Format ermöglichte es, mittels Diplomatie und Dialog eine Basis unter allen Konfliktparteien zu finden, um nach Lösungen zu suchen. Auch konkrete Maßnahmen wie die Schaffung von Deeskalationszonen, die Einstellung der Kämpfe und die Verbesserung der humanitären Lage wurden in diesem Format erörtert.

Die internationale Erfahrung Toqajews stellt eine günstige Voraussetzung für eine konstruktive Rolle Kasachstans bei der Suche nach einem Ausweg aus dem Krieg in der Ukraine dar.

Kasachstan ist auch ein aktives Mitglied der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), was es auch in den Augen der europäischen Länder glaubwürdig macht. 2010 hatte Kasachstan den Vorsitz inne und richtete ein OSZE-Gipfeltreffen aus – das erste in elf Jahren. Die im Rahmen des Treffens unterzeichnete „Erklärung von Astana“ ist das erste und bisher einzige Konsensdokument der OSZE, das von den Staats- und Regierungschefs in diesem Jahrhundert verabschiedet wurde. In diesem Kontext spricht für Kasachstans mögliche Mediatorenrolle auch seine bereits frühere Involvierung in die Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine: Seit 2014 war es an der OSZE-Sonderbeobachtungsmission [beteiligt](#): sowohl personell (mit eigenen Beobachtern) als auch finanziell (mit einem freiwilligen Beitrag von 40 000 US-Dollar). Zudem stellt die internationale Erfahrung des heutigen Präsidenten Toqajew – als Berufsdiplomat, ehemaliger stellvertretender UN-Generalsekretär, Generaldirektor des UN-Büros in Genf sowie Generalsekretär der UN-Abrüstungskonferenz – eine günstige Voraussetzung für eine konstruktive Rolle Kasachstans bei der Suche nach einem Ausweg aus dem Krieg in der Ukraine dar.

Eine friedensstiftende Rolle im Ukraine-Krieg würde auch ein Großteil der Bevölkerung Kasachstans unterstützen – bei der bisher letzten Umfrage im Mai 2023 bezeichneten 60 Prozent der [Befragten](#) ihre Position in diesem Konflikt als „neutral“. Seit Beginn des Krieges

sprachen sich zudem die meisten befragten Personen dafür aus, dass Kasachstan sich an die Neutralität halten oder als Vermittler auftreten sollte. Schließlich besteht das Hauptinteresse Astanas, der politischen und wirtschaftlichen Eliten Kasachstans sowie seiner Bevölkerung darin, die politische und soziale Stabilität zu erhalten und die nationale Sicherheit zu gewährleisten. Damit dies gelingt, muss eine weitere Eskalation verhindert und der Krieg in der Ukraine so schnell wie möglich beendet werden. Kasachstans historische, politische und kulturelle Nähe sowohl zu Russland als auch zur Ukraine, sein genuines Interesse an nationaler und regionaler Stabilität sowie seine bereits vorhandene Erfahrung bei der Lösung internationaler Konflikte machen das Land zu einem potenziellen Akteur bei möglichen Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. Seine Bereitschaft dazu hat Kasachstan bereits mehrmals bekundet.

https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/vermittler-gesucht-7460/?utm_campaign=de_40_20240423&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Georgien (Seiten E 114 bis E 116)

01) Vorreiter auf Abwegen. Georgiens Führung riskiert den Bruch mit der Europäischen Union. Doch die Bevölkerung wehrt sich leidenschaftlich

Von Marcel Röthig



Marcel Röthig
Tbilissi

Marcel Röthig ist Leiter des Regionalbüros Südkaukasus der Friedrich-Ebert-Stiftung und zuständig für Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Zuvor war er Landesvertreter in der Ukraine und der Republik Moldau, Repräsentant für Belarus sowie stellvertretender Landesvertreter in der Russischen Föderation.

Europa 29.04.2024



Die Bevölkerung träumt weiter von einer Zukunft in der EU.- *picture alliance / Reuters | Irakli Gedenidze*

Eigentlich ist es noch gar nicht so lange her, dass sich Georgiens jüngere Geschichte als eine mit gutem Ende las: Die junge Demokratie im Südkaukasus hatte als eines der ersten osteuropäischen Länder 2014 ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet. Seither galt das Land stets als Vorreiter in der Nachbarschaft und als Vorbild für Reformen und gute Regierungsführung. Doch dieser Schein ist längst verblasst. Zwar gewährte die EU Georgien Ende 2023 den lang ersehnten Status als EU-Beitrittskandidat – jedoch letztlich wohl vor allem aus geopolitischen Erwägungen heraus, weniger basierend auf echten Fortschritten. Denn faktisch hatte Georgien nur zweieinhalb der zwölf Auflagen der

Seite E 115 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

EU erfüllt, die eigentlich als Meilensteine auf dem Weg zum Kandidatenstatus zu meistern waren. Die Gewährung des Beitrittskandidatenstatus war daher auch ein Vertrauensvorschuss an Georgiens Bevölkerung: In kaum einem anderen Land ist die Zustimmung zum EU-Beitritt so hoch wie in Georgien. Vor allem junge Menschen sehen die Zukunft ihres Landes in Europa, der EU-Beitrittswunsch ist sogar in der georgischen Verfassung festgehalten.

Die georgische Führung unter der nationalkonservativen Partei „Georgischer Traum“, deren Gründer und Ehrenvorsitzender der Oligarch Bidsina Iwanischwili ist, hatte sich zuletzt im Glanz des Beitrittskandidatenstatus gesonnt. So war es diese Partei, die seit 2012 alle entscheidenden Reformschritte auf dem Weg dorthin vorgebracht hat. Letztlich hat sie in ihrer langen Regierungszeit dabei sicherlich auch Erwartungen geweckt, die sie nun nicht umsetzen kann: Wer der EU wirklich beitreten will, muss auch die ganz harten Nüsse anpacken – Stichwort Justizreform und Deoligarchisierung – und somit an der eigenen Machtbasis rütteln. Der Parteivorsitzende Irakli Gharibaschwili hat wohl letztlich ausgedrückt, was viele dachten: Weder sei die EU bereit für die Erweiterung, noch Georgien für die EU. Die Motivation scheint klar: Der Beitrittskandidatenstatus reicht der Regierungspartei offenbar.

Der Beitrittskandidatenstatus reicht der Regierungspartei offenbar.

Die Ankündigung, ein Gesetz zur „Ausländischen Einflussnahme“ wieder aus der Schublade zu holen, war zuletzt Ursache des Vertrauensbruchs: Im vergangenen Jahr brachten tausende Menschen dieses Vorhaben, welches auf Georgiens vitale Zivilgesellschaft abzielt, [eigentlich zu Fall](#). Der Inhalt: Organisationen, die mehr als 20 Prozent ihrer Projektgelder von internationalen Partnern erhalten, müssen sich registrieren als „Organisation, die die Interessen ausländischer Staaten vertritt“. Die Regierungspartei begründet dies mit dem Gebot der Transparenz und verweist auf europäische Vorbilder. Allerdings ist in Georgien bereits jetzt ein hohes Maß an Transparenz gegeben und auch der Vergleich hinkt: Einzig in Ungarn gab es ein entsprechendes Vorhaben, welches jedoch vom Europäischen Gerichtshof gekippt wurde. Und was wird letztlich damit bezweckt, wenn eine Umweltorganisation, die ein Projekt mit internationaler Hilfe umsetzt, als Handlanger ausländischer Staaten hingestellt wird? Oder noch besser: Eine Anti-Korruptions-NGO, die sich für die Freiheit der Justiz einsetzt? Handeln diese nicht in ureigenem, georgischem Interesse?

Die EU droht Georgien, mit dem Durchwinken dieses Gesetzes würde der Beitrittsprozess eingefroren. Und nicht nur das: Auch große Errungenschaften wie die Visafreiheit stünden auf einmal zur Disposition. Im Sog des Agentengesetzes, welches augenscheinlich an ein Rezept aus der russischen Suppenküche erinnert, droht das ganze Werk des „Georgischen Traums“ unter die Räder zu kommen. Georgien würde mehr als zehn Jahre zurückgeworfen – und das in einer Zeit, in der Russland die Grenzen neu zieht. Auch dies dürfte eine Überlegung dahinter sein: Die georgische Führung scheint darauf zu spekulieren, dass Russland auf die eine oder andere Weise in der Ukraine die Oberhand gewinnt und sich mit gestärktem Selbstbewusstsein auch in anderen Nachbarländern engagiert. Es mit der EU-Integration nicht zu weit zu treiben und Moskau möglichst nicht gegen sich aufzubringen, mag daher auch ein Ausdruck einer georgischen Ur-Angst sein.

Georgiens Präsidentin Salome Surabischwili hat sich vor die Proteste gestellt.

Nur: Es scheint, als habe der „Georgische Traum“ die von ihm in Gang gesetzte Dynamik unterschätzt. Seit Tagen protestieren tausende Menschen friedlich im Zentrum der Hauptstadt Tbilissi. Künstlerinnen und bekannte Sportler wie die georgische

Fußballnationalmannschaft – längst Volkshelden, die Georgien auch fußballerisch endlich auf Europas Bühne gehievt haben – solidarisierten sich unlängst mit den Protestierenden. Und Georgiens Präsidentin Salome Surabischwili, eigentlich vom „Georgischen Traum“ ins Amt gebracht, hat sich vor die Proteste gestellt. Wie sie haben sich viele ehemalige Amts- und Würdenträgerinnen und -träger in den letzten Monaten und Jahren von der Regierungspartei mit ihrer zunehmenden Radikalisierung abgewendet. Dort scheint man auf ein Abflauen der Proteste zu spekulieren, spätestens im Sommer, wenn die Straßen der Hauptstadt ohnehin leergefegt sein werden und man lieber die Fußball-EM schauen wird. Objektiv betrachtet geht es den Menschen in Georgien so gut wie lange nicht. Doch nun geht auch die gewachsene Mittelschicht auf die Straße – eigentlich Profiteurin der Jahre unter dem „Georgischen Traum“.

In Georgien herrscht darüber hinaus Wahlkampf: Im Herbst wird ein neues Parlament gewählt. Eigentlich galt ein erneuter Sieg des „Georgischen Traums“ angesichts der zersplitterten Opposition als ausgemacht, zumal alle staatlichen Hebel mit Ausnahme des Präsidentenamts in der Hand der Regierungspartei sind. Mit dem Agentengesetz wollte die Partei das nationalkonservative Elektorat hinter sich vereinen und die Opposition und die kritische Zivilgesellschaft als Handlanger des bösen (westlichen) Auslands hinstellen. Diese Art der Verleumdungspropaganda wirkt in großen Teilen der Bevölkerung, sorgt aber für auch Spaltung und immer toxischerer Polarisierung. Somit ist die Lage in Georgien letztlich ein Ausdruck der Paranoia und Angst vor Machtverlust eines einzigen Mannes und seiner von ihm abhängigen Gefolgsleute. Die Leidtragenden sind diejenigen, die von der europäischen Zukunft ihres Landes träumen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/vorreiter-auf-abwegen-7475/?utm_campaign=de_40_20240430&utm_medium=email&utm_source=newsletter

T ü r k e i (Seiten E 117 bis E 119)

01) Erdoğan kassiert bei den Kommunalwahlen die heftigste Niederlage seiner politischen Karriere. Wie nah ist ein Machtwechsel in der Türkei?
Despotendämmerung

Von Hendrik Meyer



Hendrik Meyer

Istanbul

Henrik Meyer leitet das Türkei-Büro der FES mit Sitz in Istanbul. Zuvor war er Leiter des Büros in Tunis.

Europa 05.04.2024



picture alliance / AP | Khalil Hamra

Keine 48 Stunden nach seinem rauschenden Wahlsieg hatte die Realität des Bürgermeisteralltags Ekrem İmamoğlu wieder eingeholt. „Möge Gott unseren Bürgern, die ihr Leben verloren haben, gnädig sein“, schrieb er sichtlich angefasst [auf dem Nachrichtendienst X](#). Bei einem Brand im quirligen Stadtbezirk Beşiktaş waren 29 Menschen [ums Leben gekommen](#). Das tragische Ereignis und die Wut der Angehörigen der Opfer zeigten, wie schnell sich Stimmungen verändern können. Für İmamoğlu sowie andere siegreiche Politikerinnen und Politikern der Opposition waren die erfolgreichen Kommunalwahlen sicherlich ein wichtiger Schritt. Wie lange die Freude hierüber anhalten wird, ist jedoch keineswegs sicher.

Dennoch: Am Sonntag ereignete sich Historisches in der Türkei. In nicht für möglich gehaltener Manier räumten die Oppositionsparteien ab. Erstmals seit 1977 wurde die sozialdemokratische CHP mit knapp 38 Prozent landesweit stärkste Kraft und gewann die Wahl in 35 von 81 Provinzen. Die linke, pro-kurdische Partei DEM errang die Mehrheit in zehn Provinzen. Die Rathäuser von Istanbul, Ankara, Izmir, Antalya, Adana und Diyarbakir – um nur einige der größten zu nennen – bleiben in den Händen der Opposition. Unter anderem die Millionenstadt Bursa, die Schwarzmeerstadt Zonguldak und das zentralanatolische Kırıkkale kamen sogar noch neu hinzu. Mehr als zwei Drittel aller Türiinnen und Türiken leben von nun an in Städten und Gemeinden, die von oppositionellen Parteien regiert werden. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die Wahlen waren eine schallende Ohrfeige für Staatspräsident Erdoğan und die regierende AKP. Der im vergangenen Jahr bei den Präsidentschaftswahlen noch knapp siegreiche Langzeitherrscher der Türkei muss erkennen, dass sein Stern weiter sinkt.

Dieser Niedergang zeigte sich insbesondere in Istanbul. Die Wahl hier wurde bereits weit im Voraus von allen Parteien als herausragend wichtig bezeichnet. Die 16-Millionen-Metropole am Bosphorus ist nicht nur wirtschaftliches und kulturelles Zentrum der Türkei, sondern gilt als Gradmesser für nationale Entwicklungen. Ein Sieg hier hat eine enorm hohe Symbolkraft. Bereits vor fünf Jahren hatte die AKP gegen den damals noch nahezu unbekanntem Ekrem İmamođlu von der CHP verloren. Erdoğan, 1994 einst selbst Bürgermeister von Istanbul, hat diese schmerzliche Niederlage nie verwunden. Seit dem damaligen Wahltag hat er İmamođlu als gefährlichsten Rivalen auf nationaler Ebene ausgemacht und lässt ihn die ganze Härte des türkischen Staatsapparats spüren. In einem laut Human Rights Watch politisch motivierten Prozess wurde İmamođlu 2022 wegen Beleidigung erstinstanzlich [zu einem Politikverbot verurteilt](#) – ein wesentlicher Grund, warum dieser bei den letztjährigen Präsidentschaftswahlen nicht als Kandidat aufgestellt wurde, obwohl er beste Chancen gehabt hätte, für die Opposition siegreich zu sein.

Der identitäre Block, den Erdoğan über so viele Jahre erfolgreich aufbauen und hinter sich versammeln konnte, wackelt.

Erdoğan, ein erwiesenermaßen begnadeter Wahlkämpfer, nahm sich bei den diesjährigen Kommunalwahlen der Sache persönlich an. Der Nominierung des blassen AKP-Kandidaten Murat Kurum folgte ein Wahlkampf, in dem es für Außenstehende so aussehen musste, als trete Erdoğan persönlich gegen İmamođlu an. Immer wieder lenkte er die Debatte weg von kommunalen Themen, hin zu Fragen nationaler Identität. Erdoğan insinuierte mehr als einmal, dass es doch sehr hilfreich für Vorhaben aller Art sei, wenn kommunale und nationale Politik in einer Hand lägen. Und selbst bei Kundgebungen außerhalb der Stadt rief er dazu auf, in Istanbul für die AKP zu stimmen. Dass in diesem de facto-Duell İmamođlu gegen Erdoğan der CHP-Bürgermeister eine absolute Mehrheit erringen konnte, muss beim Staatspräsidenten alle Alarmglocken schrillen lassen.

Schmerzlich aus Sicht der AKP ist ebenfalls die erneute Bestätigung, dass sie in den kurdischen Gebieten der Südosttürkei längst nicht mehr mehrheitsfähig ist. Die pro-kurdische DEM-Partei errang dort erwartungsgemäß mit großem Abstand die meisten Mandate. Von der Anziehungskraft der AKP auf konservative Kurdinnen und Kurden ist nicht mehr viel übrig. Schlimmer noch: Die in Anatolien traditionell schwache CHP gewann in Kilis und Adiyaman die Mehrheit, in den früheren AKP-Hochburg Şanlıurfa und Yozgat siegte mit der Yeniden Refah-Partei gar erstmals eine als direkte Konkurrenz zur AKP angetretene islamisch-konservative Partei. Der identitäre Block, den Erdoğan über so viele Jahre erfolgreich aufbauen und hinter sich versammeln konnte, wackelt.

Diese Erschütterungen der in der Vergangenheit so festgefahrenen politischen Landschaft können indes leicht dazu verleiten, bestehende Realitäten und Machtverhältnisse aus den Augen zu verlieren. Tatsächlich müssen bei nüchterner Analyse viele aus Sicht der demokratischen Opposition positive Zeichen relativiert werden. Die regierenden Parteien AKP und MHP haben gemeinsam nach wie vor mehr Stimmen als die derzeit ohne Bündnispartner dastehende CHP. Ekrem İmamoğlu könnte jederzeit per Gerichtsurteil aus dem politischen Verkehr gezogen werden. Die von der pro-kurdischen HDP gewonnenen Kommunen der Osttürkei wurden nach der Kommunalwahl 2019 unter Zwangsverwaltung gestellt und die gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister abgesetzt.

Erdoğan bleibt viel Zeit, sich aus der politischen Zwickmühle zu befreien.

Eine Wiederholung der Geschichte ist, diesmal für die DEM-Partei, durchaus möglich, wie sich bereits kurz nach der Wahl am [Gerangel um den Bürgermeister der Stadt Van](#) zeigte. Und schließlich: Staatspräsident Erdoğan wurde erst vor zehn Monaten für fünf Jahre wiedergewählt. Ihm bleibt viel Zeit, sich aus der politischen Zwickmühle zu befreien. Ein Kunststück, das ihm in seiner Karriere schon mehrfach gelungen ist. Sollte die lahrende türkische Wirtschaft wieder anspringen, ist ihm dies ohne Weiteres zuzutrauen. Die teils euphorische Berichterstattung, gerade in den deutschen Medien, verkennt diese Ambiguität.

Was als Hoffnungsschimmer allerdings bleibt und in den Analysen der Kommunalwahl beinahe untergeht, ist eine Beobachtung jenseits der Mehrheitsverhältnisse. Die säkulare Opposition scheint begriffen zu haben, dass für eine echte Machtperspektive ein Kulturwandel nötig ist. In der von einer langen Geschichte der gesellschaftlichen Spaltung geprägten Türkei, in der seit Gründung der Republik identitäre Trennlinien zwischen Ost und West, Stadt und Land, säkular und religiös, arm und reich in unversöhnlicher, polarisierter Rhetorik und Politik resultierten, scheint sich eine vorsichtige Trendwende einzustellen. Die bei den Kommunalwahlen erfolgreichen Politikertypen der Opposition haben sich vom teils allzu plakativen Laizismus der Vergangenheit glaubhaft losgesagt. Sie wollen die Lagerbildung aktiv aufbrechen. Ekrem İmamoğlu und Mansur Yavaş, überaus erfolgreicher Bürgermeister von Ankara, verzichten auf spaltende Rhetorik und Symbole.

Der im letzten Jahr neu gewählte CHP-Vorsitzende Özgür Özel sorgte durch eine konsequente Verjüngung sowie die verstärkte Einbindung von Frauen für eine angemessene Modernisierung der Partei. Er gibt den sanften Weg der nationalen Aussöhnung als Linie vor und setzt damit die Politik der Sozialdemokratisierung der CHP fort, die bereits sein Vorgänger, Kemal Kılıçdaroğlu, gegen große Widerstände angestoßen hatte. Alle drei Führungsfiguren hielten am Wahlabend Reden, in denen sie auf Siegesgeheul verzichteten, Gemeinsamkeiten betonten und auf ihre politischen Rivalen zuzingen. Die zukünftigen Herausforderer nehmen Erdoğan somit ganz bewusst seine mächtigste Waffe aus den Händen: Die Fähigkeit zur Mobilisierung der Massen durch Zuspitzung und Polarisierung.

Die Kommunalwahlen waren für die türkische Opposition ein Etappenerfolg. Weder bedeuten sie das politische Ende Erdoğan's, noch die triumphale Rückkehr der Demokratie. Wenn die Opposition den eingeschlagenen Weg weitergeht, könnte der 31. März 2024 dennoch als Wendepunkt für die demokratische Kultur der Türkei in die Geschichte eingehen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/despotendaemmerung-7434/?utm_campaign=de_40_20240405&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Keine Berichte

Großbritannien (Seiten E 122 bis E 125)

01) Das Spiel ist aus. In Großbritannien bedauern immer mehr den EU-Austritt. Doch auch unter einer Labour-Regierung wird es keine Neuauflage der Brexit-Verhandlungen geben.

Von Michèle Auga



Michèle Auga
London

Michèle Auga leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung im Vereinigten Königreich und Irland. Zuvor leitete sie die Referate Subsahara-Afrika und Westeuropa/Nordamerika der FES in Berlin sowie die FES-Büros in Mali, den Palästinensischen Gebieten und bei den Vereinten Nationen in New York.

Europa 11.04.2024 .



Empics BarrattsTor oder nicht Tor? Der vom englischen Stürmer Geoff Hurst (nicht im Bild) geschossene Ball knallt von der Latte auf den Boden – vor oder hinter der Linie?- picture-alliance/dpa |

Am 30. Juli 1966 läuft bereits die Verlängerung im WM-Endspiel in Wembley zwischen England und Deutschland. Nach 101 Minuten steht es noch immer 2:2, als der englische Spieler Geoff Hurst den Ball von der rechten Seite des Torraums mit einem strammen

Seite E 123 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Schuss über den Kopf des deutschen Torwart Hans Tilkowski hinweg aufs Tor schießt. Der Ball prallt zunächst an die Unterseite der Torlatte, von dort direkt auf die Tor-Linie und zurück in den Strafraum, wo der deutsche Verteidiger Wolfgang Weber ihn beherzt über das Tor ins Aus köpft. Tor oder nicht Tor – das ist hier die Frage. Das Spiel ist lange abgepfiffen, England wurde Weltmeister und dennoch blieb das Wembley-Tor eine Generationenfrage. Der Diskussionsprozess war so schmerzhaft, dass vor allem die deutschen Spieler lange nicht darüber sprechen wollten.

Der britische *Labour*-Vorsitzende Keir Starmer, ein Linksfüßler, spielt noch immer jede Woche Fußball (Alte Herren) in – wie er sagt – „einer taktisch-kontrollierenden Rolle im Mittelfeld“. Was er an Fußball liebe, seien die Toleranz und der Respekt, den man gegenüber dem gegnerischen Team aufbringen müsse. Zwischen 2016 und 2019, als er die Rolle des Schattenministers für die Brexit-Verhandlungen ausfüllte, musste er, der überzeugte Europäer, diese Toleranz vor allem gegenüber weiten Kreisen der eigenen Anhängerschaft aufbringen. Über 30 Prozent der klassischen *Labour*-Wähler hatte sich für den Austritt aus der EU stark gemacht.

Gerade in den traditionellen Wahlkreisen der Arbeiterpartei in den Midlands und im Norden Englands war die Anti-EU-Stimmung besonders stark. Ausgerechnet diese ehemaligen Hochburgen von *Labour* gingen 2019 in der von Boris Johnson ausgerufenen „Get Brexit Done“-Parlamentswahl krachend für die Partei verloren. Seither hat sich das Vereinigte Königreich dramatisch verändert. Das Land ist durch eine schwere Pandemie, einen heftigen Anstieg der Lebenshaltungskosten und eine erneute Austeritätspolitik schwer gebeutelt. Die Auswirkungen des Brexits sind nicht mehr nur abstrakte Warnungen der Pessimisten, sondern werden vor allem im Alltag durch gestiegene Preise, Fachkräftemangel und Beschwerden beim Reisen deutlich.

Großbritannien wartet gespannt auf die nächsten Parlamentswahlen, die bis zum Januar 2025 abgehalten werden müssen. Die Entscheidung über den genauen Zeitpunkt obliegt allein dem derzeitigen Premierminister Rishi Sunak. Am Wahltag wird die Konservative Partei seit mehr als 13 Jahren an der Macht sein. Lange galt sie als fast unbesiegbar, aus den letzten vier Wahlen zum Unterhaus ist sie jeweils als stärkste Partei hervorgegangen. Seit 2021 befinden sich ihre [Umfragewerte](#) jedoch im freien Fall. Eine Reihe von verlorenen Nachwahlen verstärkt den Eindruck, dass die *Tories* an den Urnen auf eine dramatische Niederlage zusteuern. Von heute 365 Sitzen in Westminster würden ihnen nach jetzigem Stand nur noch 155 bleiben, während die *Labour*-Fraktion von vormals 202 Abgeordneten [auf 403 angewachsen würde](#). Ein neues Schlagwort macht die Runde: „Bregret“ – das Bedauern über den Brexit.

Der Anteil derjenigen, die den Brexit bedauern, liegt bereits seit zwei Jahren durchgehend über 50 Prozent.

Labour dürfte sich die Downing Street nicht nur für eine, sondern mindestens zwei Wahlperioden sichern. Wäre es daher jetzt nicht an der Zeit, dass der Europäer Starmer den „Fehler“ des EU-Austritts wiedergutmacht? So kurz vor den Europawahlen böte es sich doch an, die mediale Aufmerksamkeit für das Thema zu nutzen. Im März 2024 waren schließlich 55 Prozent der Menschen in Großbritannien der Meinung, dass es falsch war, die EU zu verlassen, gegenüber 34 Prozent, die es weiterhin für eine richtige Entscheidung halten. Der Anteil derjenigen, die den Brexit bedauern, liegt bereits seit zwei Jahren durchgehend über 50 Prozent. Diese Zahlen spiegeln die sinkenden Zustimmungswerte der Regierung wider, zumal die *Tories* und ihr ehemaliger Premierminister Johnson stark mit dem Brexit und dem „Leave“-Votum in Verbindung gebracht werden.

Seite E 124 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024

Obwohl es eine klare Mehrheit gibt, die den Brexit tatsächlich bedauert, gibt es noch immer keine bestimmte Politik mit Blick auf die EU. Noch Ende 2023 wollten nur 31 Prozent der Britinnen und Briten tatsächlich zurück in die EU, während 30 Prozent lediglich die Handelsbeziehungen verbessern und weder der EU noch dem Binnenmarkt wieder beitreten wollten. Auch der Ukraine-Krieg hat daran nichts geändert.

„Es ist von grundlegender Bedeutung, dass das Vereinigte Königreich und Europa engste Beziehungen unterhalten, und die Zeit des Brexits ist vorbei, die Situation ist geklärt“, so *Labours* vermeintlich zukünftiger Außenminister David Lammy auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2024. *Labour* werde einen neuen Sicherheitspakt mit der EU anstreben, der regelmäßige Treffen zwischen Ministerinnen und Ministern beider Seiten vorsehe – derzeit gibt es keine Treffen dieser Art. Im EU-Lager der *Labour*-Partei hoffen viele, dass ein regelmäßiger Sicherheitsdialog eine katalysatorische Wirkung hätte. Wer über Sicherheit spreche, der werde bald auch über andere Themen Informationen austauschen wollen wie zum Beispiel Energie, Lieferketten oder Migration.

Bereits 2026 steht die nächste Herausforderung im bilateralen Verhältnis mit der EU an: die im Handelsabkommen (TCA) vorgesehene Überprüfung der bisherigen Vereinbarungen. Vorstellbar sei deshalb auch, dass sich *Labour* für atmosphärische Verbesserungen einsetzen könnte, unter anderem durch ein Abkommen zum Abbau von Handelshemmnissen, über die gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen, die Erleichterung der visafreien Kurzzeitbeschäftigung von Briten in der EU und umgekehrt oder über die Übernahme von EU-Standards im Bereich Pflanzen- und Tiergesundheit. Auch die viel zitierten Schwierigkeiten bei der Durchführung von Musik-Tourneen könnte man leicht aus dem Weg räumen. Anders als die *Tories* werde man sicherlich auch nicht permanent nach Divergenz zur EU streben, sondern versuchen, gemeinsame Standards zu halten.

Ein weiteres Abkommen mit der EU könne auch die Vorteile der Freihandelsregeln mit Australien und Neuseeland gefährden.

Der Taktiker Starmer ist jedoch nicht bereit, das Vereinigte Königreich zurück in den Binnenmarkt oder die Zollunion zu führen. Eine Rückkehr zur Personenfreizügigkeit wäre aus seiner Sicht eine Verletzung der Spielregeln. Die Kontrolle darüber, wer ins Land kommt, dürfe nie wieder aufgegeben werden. Die Brexit-Parole „Take back control“ schwingt vor allem in den ehemaligen Bergbaustädten Englands noch immer nach und die Parteistrategen sind überzeugt, dass sie von der dortigen Wählerschaft – ohne deren Stimmen ein Wechsel in London unmöglich bleibt – sofort abgestraft würden, sollten sie das Thema Migration preisgeben. Ein weiteres Abkommen mit der EU könne auch die Vorteile der Freihandelsregeln mit Australien und Neuseeland gefährden oder die Bedeutung der Mitgliedschaft in der [CPTPP-Freihandelszone](#) schmälern. Zwar möchte *Labour* gern eine Vereinbarung mit der EU treffen, um die Auswirkungen der Kontrollen von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu mildern, aber dies würde wahrscheinlich voraussetzen, dass man eine Angleichung an zukünftige EU-Vorschriften akzeptierte – ein Narrativ, das Starmer tunlichst vermeiden will.

Der Wahlexperte Rob Ford von der Organisation *UK in a Changing Europe* hält den derzeitigen Kurs aus wahltaktischen Gründen durchaus für sinnvoll: „In Dudley, Nuneaton, Leigh und all den anderen Orten, die viel stärker von der Linken geprägt sind, funktioniert das gut.“ Andererseits, so warnt er, könnte die Partei später in der Regierung von ihren eigenen Abgeordneten unter Druck gesetzt werden.

Das Lager um Abgeordnete wie Stella Creasy, die im *Labour Movement for Europe* den Vorsitz innehat, formiert sich wiederum gerade neu und stellt erfolgversprechende pro-

europäische Kandidatinnen und Kandidaten auf. Die *Labour*-Partei unter Starmer ist zwar instinktiv pro-europäisch, aber im Vorfeld der Parlamentswahlen bleibt sie vorsichtig und konzentriert sich darauf, die *red wall seats* zurückzugewinnen. Brexit ja oder nein, das war keine Wirtschafts-, sondern Identitätspolitik und viele Unzufriedene könnten sich vielleicht schnell an ihre starke „Leave“-Identität erinnern, sollte sich die politische Auseinandersetzung wieder vermehrt um Europa drehen.

Starmer weiß, es gibt noch viele andere Gegner auf dem Spielfeld. Möchte Brüssel tatsächlich eine Neuauflage der Brexit-Verhandlungen? Hat das Königreich diesbezüglich nicht ein Glaubwürdigkeitsproblem? Und wer garantiert, dass eine europafeindliche Konservative Partei bei der nächsten Wahl nicht doch wieder an die Macht gelangt? Haben die Hardliner unter den *Brexiters* wirklich an Einfluss verloren? Die rechtspopulistische *Reform UK*-Partei (früher „Brexit-Partei“) erfährt wieder Zulauf und hat mit dem TV-Sender *GB News* ein neues, lautes Sprachrohr.

Ob Wembley oder Brexit: Das Spiel ist aus. Es ist abgepfiffen, aber ob die Schiedsrichterentscheidung korrekt war, darüber wird wohl noch über Jahre gesprochen werden. Bis eine nächste Generation auf dem Feld steht, könnte die Spieltaktik von *Labour* lauten: Festlegung einer Agenda und Prioritäten, Kommunikation mit Brüssel, Ermutigung der britischen Behörden, ihre Netzwerke in den EU-Hauptstädten zu halten und auszubauen, Verbreitung von Wissen über Europa, Schaffung von strukturellen Verbindungen in der Außen- und Verteidigungspolitik, Aushandlung eines zusätzlichen Kapitels über Mobilität sowie Abkehr von der Divergenz und Anerkennung der EU-Vorschriften zur Pflanzen- und Tiergesundheit sowie zur Lebensmittelsicherheit.

Es war lange unklar, ob der Ball im Wembley-Stadion hinter der Torlinie war oder nicht. Erst in den 1990er Jahren kam eine von britischen Ingenieuren veröffentlichte Studie zu dem Schluss, der Ball sei nicht im Tor gewesen. Aufbereitete Fotos und Filmaufnahmen zeigen den hochgeschleuderten Kalk der Torlinie. Starmer weiß, spätere Generationen werden anders auf Europa schauen: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/das-spiel-ist-aus-7443/?utm_campaign=de_40_20240411&utm_medium=email&utm_source=newsletter